

L-01-001 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 1 bis 4:

Wir tragen die Verantwortung für alle Menschen in der Stadt. Unsere Vision ist, dass Kinder ihre Talente frei und zuversichtlich entfalten können - unabhängig von Herkunft und Geldbeutel ihrer Familien. Alle Kinder haben das Recht auf Teilhabe, Chancengleichheit und Empowerment. Berlin ist jedoch Hauptstadt der Kinderarmut, jedes dritte Kind ist hier auf Transferleistungen angewiesen – das sind etwa 180.000 Kinder. ~~Der Kindergeburtstag, der Schulausflug~~ – Dinge, die für andere Kinder selbstverständlich sind, sind für viele dieser Kinder ein Luxus, den

L-01-002 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 2 bis 4:

Berlin ist Hauptstadt der Kinderarmut, ~~jedes dritte Kind ist hier auf Transferleistungen angewiesen – das sind etwa 180.000 Kinder. Der Kindergeburtstag, der Schulausflug.~~ Es geht hierbei nicht nur um 180.000 Kinder, deren Eltern auf Transferleistungen angewiesen sind, sondern auch diejenigen, die sozial, kulturell, materiell bzw. finanziell benachteiligt sind. Der Kindergeburtstag, der Schulausflug, der volle Kühlschrank – Dinge, die für andere Kinder selbstverständlich sind, sind für viele dieser Kinder ein Luxus, den

L-01-006 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

sie selten erleben. Diese Ungerechtigkeit ist gerade in einem so reichen Land wie Deutschland nicht hinnehmbar. Wir wollen, dass Kinder ihre Talente frei und zuversichtlich entfalten können – und das unabhängig von Herkunft und Geldbeutel ihrer Familien.

Begründung

Satz aus Zeile 43/44. Ein weniger defizitorientierter Satz zum Einstieg.

L-01-006-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

sie selten erleben. Diese Ungerechtigkeit ist gerade in einem so reichen Land wie Deutschland nicht hinnehmbar.

Unter "alle Kinder" verstehen wir auch in Obdachlosigkeit gedrängte Kinder und Jugendliche sowie Kinder und Jugendliche von Familien in Sammelunterkünften. Berlin schließt wohnungslose Geflüchtete mit Kindern weiterhin vom Wohnberechtigungsschein aus. In der Koalitionsvereinbarung "Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen." steht: "Die Koalition wird prüfen, wie Geflüchteten die Anmietung einer Wohnung mit Wohnberechtigungsschein ermöglicht werden kann und bezieht dabei die Praxis von Niedersachsen und Bremen mit ein."

Wir fordern vom Berliner Senat und insbesondere die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen alle rechtlichen Gestaltungsräume auszuschöpfen, um die Wohnungslosigkeit geflüchteter Familien zu beenden. Dazu gehört auch, sie nicht länger vom Wohnberechtigungsschein (WBS) auszuschließen und bei den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften Kontingente für geflüchtete Familien bereitzustellen.
Spätestens nach 6 Monaten muss diesen Familien eine Wohnung zugewiesen werden.

Begründung

Viele Familien mit Migrationshintergrund, geflüchtete Familien sowie Familien aus Osteuropa - auch Sinti und Roma - sind in ehemaligen Hostels/Hotels untergebracht.

Die Wohnungssituation wirkt durch das beengte Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Nationalitäten und kulturellen Hintergründen sowie dem Mangel an Rückzugsmöglichkeiten und an Privatsphäre sehr belastend und birgt zudem ein hohes Konfliktpotential, insbesondere unter den Erwachsenen.

Geflüchtete Kinder und Jugendlichen leben gemeinsam mit ihren Eltern seit mehreren Jahren auf wenigen Quadratmetern in 1 oder 2 Räumen. Küchen, Waschräume und WC's müssen mit einer Vielzahl anderer Personen geteilt werden und befinden sich oft weit entfernt von den Zimmern, sodass die Kinder auf ihren täglichen Wegen dorthin oftmals noch zusätzlich (sexualisierten) Übergriffen ausgesetzt sind. Die Eltern können diese Geschehnisse nicht immer überblicken. Hier muss unbedingt der Schutz für Kinder greifen. Kinder dürfen neben ihrer Armut, ihrem Heimatverlust und Traumatisierungen nicht zusätzlicher Gefährdung ausgesetzt sein, z. B. durch Bedrohung von Wohnungslosigkeit und daraus folgender Obdachlosigkeit.

In vielen Sammelunterkünften gehen Polizei und Notärzt*innen täglich ein und aus. Allein durch ihre Anwesenheit sind Kinder in diese Konflikte involviert und leben in einer Atmosphäre von Angst in ihrem Zuhause (i. d. R. ein Zimmer) und leben mit Angst um ihre Eltern! Es kommt sogar vor, dass die Kinder in Konflikten mit den Eltern durch die Agressor*innen bedroht werden, was wiederum Schulversäumnis nach sich zieht. Kinder haben existentielle Angst um ihre Eltern und weigern sich in die Schule zu gehen, täuschen Bauchschmerzen u. ä. vor und berichten Wochen später vertrauten Personen (Klassenlehrerin, Kindern in der Klasse) von den Vorfällen in ihrer Unterkunft. Dies betrifft oft auch Kinder und Jugendliche, die durch Kriegserlebnisse und strukturelle oder sexualisierte Gewalt

traumatisiert sind und so immer wieder Re-traumatisierungen erfahren. Diese Belastungen führen gemeinsam mit den deutlich eingeschränkten Lebensmöglichkeiten in einer Sammelunterkunft häufig zu erheblichen Konzentrations- und Lernschwierigkeiten

Trotz gegenteiliger Ankündigungen der r2g-Koalition hält die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen offenbar am diskriminierenden Ausschluss wohnungsloser Geflüchteter und weiterer Ausländer vom WBS fest. Anders als manche anderen Bundesländer schließt Berlin Asylsuchende und Geduldete nach wie vor generell vom WBS aus, auch wenn Sie aus Ländern mit hoher Asylanerkennungsquote kommen, schon seit vielen Jahren in Berlin leben oder z. B. aufgrund einer Ausbildungsduldung oder aus gesundheitlichen Gründen absehbar dauerhaft nicht abgeschoben werden. Sogar Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis, darunter auch viele wohnungslose anerkannte Geflüchtete, erhalten in Berlin - anders als in anderen Bundesländern - weiterhin keinen WBS.

L-01-007 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 7 bis 11 löschen:

Armut nimmt strukturell und systematisch Chancen, Zuversicht und Teilhabe. ~~Kinder tragen nie die Verantwortung für die Armut ihrer Familie, sie übernehmen aber Verantwortung in ihrer Familie. Sie nehmen die Sorgen wahr und sorgen sich selbst. Sie erfahren Einschränkungen und kürzen die eigenen Bedürfnisse. Sie erfahren ihre Armut durch den Vergleich mit anderen Kindern und erleben soziale Diskriminierung. Armut nimmt Hoffnung und entmutigt.~~

Begründung

Die Beschreibung ist ausschließlich defizitorientiert. Vielleicht passt der Satz an eine andere Stelle. Aber Einkommensarmut, um die es zu Beginn geht, ist nur eine Dimension von Armut. Ein Verzicht auf den Satz an dieser Stelle schärft die politische Botschaft.

L-01-008 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Bernd Schwarz (KV Berlin-Reinickendorf)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 7 bis 11:

Armut nimmt strukturell und systematisch Chancen, Zuversicht und Teilhabe. Kinder tragen nie die Verantwortung für die Armut ihrer Familie, sie übernehmen aber Verantwortung ~~in ihrer Familie~~. Sie nehmen die Sorgen wahr und sorgen sich selbst. Sie erfahren Einschränkungen und kürzen die eigenen Bedürfnisse. Sie erfahren ihre Armut durch den Vergleich mit anderen Kindern ~~und~~. Sie erleben soziale Diskriminierung und werden häufig Opfer von Klassismus und Exklusion. Armut nimmt Hoffnung und ~~entmutigt~~ kann entmutigen.

Begründung

Ich empfinde diesen Absatz als zentral. Die möglichen und verbreiteten Auswirkungen von Armut auf Kinder, insbesondere durch soziale Diskriminierung und Klassismus, sollten wir thematisieren - insbesondere im Einstieg.

L-01-011 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

kürzen die eigenen Bedürfnisse. Sie erfahren ihre Armut durch den Vergleich mit anderen Kindern und erleben soziale Diskriminierung. Armut nimmt Hoffnung und entmutigt. Es ist nicht hinnehmbar, dass in einem Land wie Deutschland, dass zu den reichsten Ländern der Erde gehört, Armut vielerorts heute vererbt und als normal angesehen wird.

Begründung

mündlich

L-01-011-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

kürzen die eigenen Bedürfnisse. Sie erfahren ihre Armut durch den Vergleich mit anderen Kindern und erleben soziale Diskriminierung. Armut nimmt Hoffnung und entmutigt. Es ist nicht hinnehmbar, dass in einem Land wie Deutschland, dass zu den reichsten Ländern der Erde gehört, Armut vielerorts heute vererbt und als normal angesehen wird.

L-01-013 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 12 bis 17:

Es ist skandalös, dass allein Kinder zu bekommen in Deutschland ein Armutsrisiko darstellt. ~~Besonders betroffen sind die Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit mehr als einem Geschwister und Kinder mit familiärer Migrationsgeschichte oder zugeschriebenem Migrationshintergrund – und das obwohl viele ihrer Eltern arbeiten. Und auch, wenn Eltern ein Kind mit Behinderung bekommen, steigt damit ihr Armutsrisiko.~~ Unabhängig davon ob ihre Eltern arbeiten sind Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit mehr als einem Geschwister und Kinder mit familiärer Migrationsgeschichte oder zugeschriebenem Migrationshintergrund und auch Kinder mit körperlichen Beeinträchtigungen besonders betroffen. Dass damit die Schwächsten der Gesellschaft besonders unter Druck stehen, nehmen wir nicht hin! Deshalb entwickeln die

Begründung

Die ursprüngliche Formulierung klingt zunächst ein bisschen holprig, außerdem ist der Nachsatz zum Einkommen zwar vermutlich auf alle vorigen Beispiele gerichtet, im Lesefluss dann aber auf den Kontext Migrationshintergrund bezogen.

L-01-015 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Fatos Topac (Abteilung Gesundheit und Soziales)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 14 bis 16 einfügen:

Geschwister und Kinder mit familiärer Migrationsgeschichte oder zugeschriebenem Migrationshintergrund – und das obwohl viele ihrer Eltern arbeiten. Ebenso sind Kinder besonders dann von Armut betroffen, wenn ihre Eltern sucht- bzw. psychisch krank sind. Dieses gilt auch gerade für Familien mit Pflegebedürftigen, seien es die pflegebedürftigen Kinder, die eine Erwerbstätigkeit ihrer Eltern fast unmöglich machen oder pflegebedürftige Eltern, die kein Erwerbseinkommen haben. Und auch, wenn Eltern ein Kind mit Behinderung bekommen, steigt damit ihr Armutsrisiko. Dass damit die Schwächsten

L-01-015-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Fatos Topac (Abteilung Gesundheit und Soziales)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 14 bis 16 einfügen:

Geschwister und Kinder mit familiärer Migrationsgeschichte oder zugeschriebenem Migrationshintergrund – und das obwohl viele ihrer Eltern arbeiten. Ebenso sind Kinder besonders dann von Armut betroffen, wenn ihre Eltern sucht- bzw. psychisch krank sind. Dieses gilt auch gerade für Familien mit Pflegebedürftigen, seien es die pflegebedürftigen Kinder, die eine Erwerbstätigkeit ihrer Eltern z.T. fast unmöglich machen oder pflegebedürftige Eltern, die kein Erwerbseinkommen haben.

L-01-016 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 15 bis 18:

Migrationshintergrund – und das obwohl viele ihrer Eltern arbeiten. Und auch, wenn Eltern ein Kind mit Behinderung bekommen, steigt damit ihr Armutsrisiko. Dass ~~damit~~ die ~~Schwächsten der Menschen,~~ die durch rassistische, sexistische und behindertenfeindliche Einstellungen oder sonstige Diskriminierungen in unserer Gesellschaft ~~besonders~~ noch einmal zusätzlich unter Druck ~~stehengesetzt werden,~~ nehmen wir nicht hin! Deshalb entwickeln die Senatsverwaltungen unter der rot-rot-grünen Regierung in Berlin mit der Landeskommission zur

Begründung

Kinder und vor allem Kinder von Menschen mit Migrationshintergrund, mit Beeinträchtigung, mit mehr als einem Kind, Alleinerziehenden, etc. sind nicht die Schwächsten der Gesellschaft. Unsere Gesellschaft sorgt mit den damit verbundenen Zuschreibungen für diese Schwäche. Das sollten wir klar formulieren, anstatt dieses Narrativ einfach zu übernehmen.

L-01-020 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 19 bis 20 einfügen:

Prävention von Kinder- und Familienarmut aktuell eine Strategie zur Verbesserung der Lage von armen Familien in Berlin, die im kommenden Jahr vorgelegt wird.

L-01-020-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Taylan Kurt (KV Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 19 bis 20 einfügen:

Prävention von Kinder- und Familienarmut aktuell eine Strategie zur Verbesserung der Lage von armen Familien in Berlin. Wir erwarten von der zuständigen Senatsverwaltung, dass durch die Kommission zeitnah konkrete Maßnahmen vorgelegt werden.

L-01-021 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 21 bis 23 löschen:

Die allermeisten Eltern tun alles dafür, dass es ihren Kindern gut geht ~~und sie die Armut nicht spüren~~. Eltern sparen an sich selbst, aber auf dem Weg aus der Armut ihrer Kinder scheitern sie häufig an formalen Hürden, an den Vorurteilen der Arbeitgeber*innen und auch

Begründung

Ohne den Nachsatz ist die Botschaft deutlicher.

L-01-025 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 24 bis 25:

an öffentlichen Institutionen. Die Hürden komplizierter und als stigmatisierend empfundener ~~Antragsverfahren~~ Unterstützungssysteme sind der Hauptgrund für eine hohe Dunkelziffer verdeckter Armut.

Begründung

Es geht um mehr als nur "Antragsverfahren".

L-01-027 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 26 bis 34 löschen:

Auch die Unterschiede zwischen den Bezirken, Stadtteilen und sogar Nachbarkiezen sind gewaltig. Während in den Bezirken Neukölln und Mitte Armut jedes zweite Kind betrifft, ist in Pankow und Steglitz-Zehlendorf „nur“ etwa jedes 8. arm. Im Märkischen Viertel sind weiterhin weit mehr als die Hälfte aller Kinder arm, im benachbarten Lübars „nur“ jedes 16. Kind; im Gesundbrunnen fast zwei Drittel aller Kinder, im benachbarten Stadtteil Mitte dagegen „nur“ jedes 7. Kind und im Prenzlauer Berg „nur“ jedes 10. Kind. Noch krasser sind die Unterschiede zwischen Hellersdorf und Mahlsdorf: Während Kinder in Mahlsdorf nur in Einzelfällen von Armut betroffen sind, trifft es in Hellersdorf fast die Hälfte aller Kinder.

Begründung

Anstatt zu konkretisieren, wird hier pauschalisiert

L-01-036 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 35 bis 37:

Auch das ist entscheidend für einen katastrophalen Armutskreislauf. In den von Armut besonders betroffenen Stadtteilen fällt häufiger Unterricht aus, ist die ~~Bildungsqualität~~Bildungs- und Lebensqualität geringer, die Schulabbruchquote höher und sind die Abschlüsse schlechter. Dadurch sinken die

Begründung

Der Absatz war so zu sehr auf ökonomische Verwertung fokussiert. Armut hat aber auch gedunheitliche, soziale und kulturelle Benachteiligung zur Folge.

L-01-037 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 36 bis 38 einfügen:

besonders betroffenen Stadtteilen fällt häufiger Unterricht aus, ist die Bildungsqualität geringer, die Schulabbruchquote höher und sind die Abschlüsse schlechter. Damit wird Aufstieg durch Bildung unmöglich und für viele unerreichbar. Dadurch sinken die Chancen auf eine Ausbildung, ein Studium und einen Beruf, die aus der Armut führen können.

Begründung

mündlich

L-01-037-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 36 bis 38 einfügen:

besonders betroffenen Stadtteilen fällt häufiger Unterricht aus, ist die Bildungsqualität geringer, die Schulabbruchquote höher und sind die Abschlüsse schlechter. Damit wird Aufstieg durch Bildung unmöglich und für viele unerreichbar. Dadurch sinken die Chancen auf eine Ausbildung, ein Studium und einen Beruf, die aus der Armut führen können.

Begründung

mündlich

L-01-038 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und
Familie

Beschlussdatum: 20.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 37 bis 38 einfügen:

geringer, die Schulabbruchquote höher und sind die Abschlüsse schlechter. Dadurch sinken die Chancen auf eine Ausbildung, ein Studium und einen Beruf, die aus der Armut führen können. Auch die Abhängigkeit und Wechselwirkung von Gesundheit und Krankheit zu Einkommensarmut ist insbesondere bei Kindern eine strukturelle Belastung.

Begründung

Weitere Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

L-01-042 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 41 bis 44 löschen:

koordiniert und Ressourcen konzentriert werden. Ziel ist die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen und -chancen in der ganzen Stadt. ~~Denn wir haben die Verantwortung für alle Menschen in der Stadt. Wir wollen, dass Kinder ihre Talente frei und zuversichtlich entfalten können – und das unabhängig von Herkunft und Geldbeutel ihrer Familien.~~

Begründung

In Abhängigkeit zu unserem ÄA 001 beantragen wir an dieser Stelle die Streichung.

L-01-042-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 22.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 41 bis 43 einfügen:

koordiniert und Ressourcen konzentriert werden. Ziel ist die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen und -chancen in der ganzen Stadt. Für uns gilt dabei das Prinzip der Sozialraumorientierung: Hilfe direkt vor Ort, vielfältig und eng vernetzt, nah bei den Menschen und angepasst an ihre Bedürfnisse. Denn wir haben die Verantwortung für alle Menschen in der Stadt. Wir wollen, dass Kinder ihre Talente frei und zuversichtlich

Begründung

Sozialraumorientierung sollte als eine unserer zentralen Leitlinien wenigstens genannt werden.

L-01-043 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 42 bis 44 löschen:

Lebensbedingungen und -chancen in der ganzen Stadt. Denn wir haben die Verantwortung für alle Menschen in der Stadt. ~~Wir wollen, dass Kinder ihre Talente frei und zuversichtlich entfalten können – und das unabhängig von Herkunft und Geldbeutel ihrer Familien.~~

Begründung

Satz passt besser zu Beginn des Antrages

L-01-048 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 47 bis 48 einfügen:

Familien verbessern und bürokratische Hürden abbauen, indem wir die Verwaltung neu aufstellen. Hierfür ist es unumgänglich, zuständige Mitarbeitende in den Senats- und Bezirksverwaltungen, aber auch pädagogische Fachkräfte für heterogene Lebensumstände der Familien zu sensibilisieren, Angebote an den Anliegen der Familien entlang partizipativ zu konzipieren sowie Gespräche mit Familien dialogisch zu gestalten, die auf radikalen Respekt und Wertschätzung basieren müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir daraufhin wirken, entsprechende nachhaltige Qualifizierungsmaßnahmen zu finanzieren.

L-01-048-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 47 bis 48 einfügen:

Familien verbessern und bürokratische Hürden abbauen, indem wir die Verwaltung neu aufstellen. Familien mit Zuwanderungsgeschichte oder Geflüchtete, die bei uns Zuflucht gefunden haben und deren Kinder, sind oft überproportional von Armut betroffen. Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass bestehende, wie auch zukünftige Angebote, Maßnahmen und Projekte zur Armutsbekämpfung sich an den Bedürfnissen aller Betroffenen orientieren. Dazu gehören zum Beispiel muttersprachliche Informationen und Angebote sowie muttersprachliches Personal.

Begründung

mündlich

L-01-048-3 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 47 bis 48 einfügen:

Familien verbessern und bürokratische Hürden abbauen, indem wir die Verwaltung neu aufstellen. Familien mit Zuwanderungsgeschichte oder Geflüchtete, die bei uns Zuflucht gefunden haben und deren Kinder, sind oft überproportional von Armut betroffen. Deshalb ist es zwingend erforderlich, dass bestehende, wie auch zukünftige Maßnahmen und Projekte zur Armutsbekämpfung sich an den Bedürfnissen aller Betroffenen orientieren. Dazu gehören zum Beispiel muttersprachliche Informationen und Angebote sowie muttersprachliches Personal.

Begründung

mündlich

L-01-071 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 71 bis 72 einfügen:

Das wollen wir ändern! Die mehrfachen Ungerechtigkeiten wollen wir auf Bundesebene mit unserem Gesetzesentwurf für starke Kinderrechte im Grundgesetz und mit der Einführung einer grünen Kindergrundsicherung lösen – wir begrüßen, dass unsere

L-01-089 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 88 bis 89 einfügen:

Unterhaltsvorschuss angerechnet werden, so dass die automatische Angleichung auch endlich in Ein-Eltern-Familien ankommt. Solange wir die Kindergrundsicherung auf der Bundesebene nicht durchgesetzt haben, muss die Ungerechtigkeit, dass Kinder mit Eltern mit Transferbezug kein Kindergeld bekommen, sofort abgeschafft werden.

L-01-089-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 88 bis 89 einfügen:

Unterhaltsvorschuss angerechnet werden, so dass die automatische Angleichung auch endlich in Ein-Eltern-Familien ankommt. Solange wir die Kindergrundsicherung auf Bundesebene nicht durchgesetzt haben, muss zumindest jetzt die Ungerechtigkeit abgeschafft werden, dass Kinder deren Eltern Transferleistungen beziehen, kein Kindergeld bekommen.

L-01-090 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 90 bis 91:

Auf der Berliner Ebene haben ~~wir~~ beste Kita- und Hortbetreuung, gesundes Schulessen und Busse und Bahnen, die die Kinder sicher und verlässlich ans Ziel bringen, für uns ~~mit~~ Vorrang. Mit der rot-rot-grünen Koalition haben wir uns aber auch vorgenommen, Familien finanziell zu entlasten. Von kostenloser Kita- und Hortbetreuung, dem kostenlosen Schulessen

Von Zeile 93 bis 97 löschen:

Familien, die in Armut leben. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und dabei dafür sorgen, dass die Angebote höchsten Qualitätsanforderungen genügen. ~~Beste Kita- und Hortbetreuung, gesundes Schulessen und Busse und Bahnen, die die Kinder sicher und verlässlich ans Ziel bringen.~~ Gerade den Familien, für die die Hürden des Bildungs- und Teilhabe-Pakets (BuT) zu hoch waren und Familien, die statistisch nicht als arm erfasst werden und in verdeckter

Begründung

Hier sollten wir – wie sonst auch – Qualität mindestens als Rahmen nennen, wenn wir die Beschlüsse zu Kostenfreiheit schon loben, obwohl dies so nicht unserer Beschlusslage entspricht.

L-01-091 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 90 bis 93:

Auf der Berliner Ebene haben wir uns mit der rot-rot-grünen Koalition vorgenommen, Familien finanziell zu entlasten. Von ~~kostenloser~~kostenfreier Kita- und Hortbetreuung, dem ~~kostenlosen~~kostenfreien Schulesen oder dem ~~kostenlosen~~kostenfreien ÖPNV-Ticket für Schüler*innen profitieren alle Familien, besonders aber Familien, die in Armut leben. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und dabei dafür sorgen, dass

L-01-095 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 94 bis 96:

die Angebote höchsten Qualitätsanforderungen genügen. Beste Kita- und Hortbetreuung, gesundes Schulessen und Busse und Bahnen, die die Kinder sicher ~~und~~, verlässlich und kostenlos ans Ziel bringen. Gerade den Familien, für die die Hürden des Bildungs- und Teilhabe-Pakets (BuT) zu

L-01-095-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 94 bis 96:

die Angebote höchsten Qualitätsanforderungen genügen. Beste Kita- und Hortbetreuung, gesundes Schulessen und Busse und Bahnen, die die Kinder sicher ~~und~~, verlässlich und kostenlos ans Ziel bringen. Gerade den Familien, für die die Hürden des Bildungs- und Teilhabe-Pakets (BuT) zu

L-01-102 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 101 bis 111:

bekannt – Rot-Rot-Grün hat sich hier auf den Weg gemacht und wir arbeiten weiter daran, unsere Verwaltung ~~nöch~~-fitter zu machen. Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 setzen wir ~~beispielsweise~~ einen Schwerpunkt beim Ausbau der Online-Dienstleistungen im Berliner Servicekonto. Davon profitieren natürlich alle Berliner*innen; wir wollen aber ein ~~besonderes~~ Augenmerk darauf legen, die Verwaltung ~~besonders~~ für Familien schneller und besser zu machen. Das ist besonders wichtig für Familien, die in Armut leben, da sie dringender auf gewisse staatliche Leistungen angewiesen sind. Im Rahmen unserer Forderung nach einem Familienfördergesetz, auf ~~die wir~~ das wir uns ~~auch~~ im Koalitionsvertrag verständigt haben, setzen wir uns dafür ein, dass alle Bezirksämter ein Familienbüro einrichten, ~~in dem alle~~ Alle Leistungen, die Familien zustehen, sollen gebündelt beantragt werden können und ~~in dem~~ auch Sozialarbeiter*innen zur Beratung zur Verfügung stehen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass

Begründung

redaktionell.

L-01-119 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 118 bis 121:

teilweise vom Jugendamt und teilweise vom Sozialamt finanziert werden, könnten hier zusammen bearbeitet werden und würden armen Familien das Leben erleichtern. ~~Es ist klar, dass eine Familie im Transferleistungsbezug weder den Musikschulunterricht noch die Klassenfahrt zahlen kann – jeder neue Antrag ist hier eine unnötige Hürde.~~ Für Familien im Transferleistungsbezug bedeutet jeder Antrag eine unnötige Hürde.

Begründung

Wir beantragen die Umformulierung, da uns die Formulierung zu defizitär ist.

L-01-123 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 122 bis 125:

Eine entsprechende Umstellung der Verwaltung kann jedoch nur eine Übergangslösung sein. Für uns ist die Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepakets der richtige Weg. ~~Wir~~Die Kinder brauchen stattdessen endlich eine Kindergrundsicherung auf Bundesebene ~~einerseits und andererseits~~. In Berlin benötigen wir außerdem Angebote vor Ort bei Mittagessen, Nachhilfe, Sport, und Kultur, die beispielsweise in

Begründung

redaktionell, um dem Schachtelsatz verständlicher zu machen.

L-01-127 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 126 bis 128 einfügen:

Ganztagsschulen stattfinden und damit allen Kindern ohne bürokratische Anträge und Hürden zugänglich sind. Denn alle Kinder haben ein Recht gute auf Bildung und Teilhabe. Alle werden bestmöglich gefördert, kein Kind steht gedemütigt daneben, weil der entsprechende Antrag

L-01-127-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 126 bis 128 einfügen:

Ganztagsschulen stattfinden und damit allen Kindern ohne bürokratische Anträge und Hürden zugänglich sind. Denn alle Kinder haben ein Recht auf gute Bildung und Teilhabe. Alle werden bestmöglich gefördert, kein Kind steht gedemütigt daneben, weil der entsprechende Antrag

L-01-140 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 20.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 139 bis 141 einfügen:

Erziehung und Beratung in Fragen von Partnerschaft, Trennung und Umgangsrecht ermöglicht werden, bevor Hilfen zur Erziehung nach §27 des Achten Sozialgesetzbuches nötig werden. Zur Entlastung von Kindern in belasteten Familien sollte auch die Möglichkeit der Kostenübernahme für Familientherapie frühzeitig in Erwägung gezogen werden. Wir wollen damit die bezirkliche Steuerung und die sozialräumliche Infrastruktur durch die

Begründung

Die Familientherapie ist neu als vollwertiges Richtlinienverfahren anerkannt worden. Deren Möglichkeiten, früh die „Symptomträger“, häufig die Kinder, in belasteten Familien zu entlasten, sollten früher als bisher Aufmerksamkeit geschenkt werden und von den Jugendämtern vorgeschlagen und finanziert werden. Dies geht bisher nur in Einzelfällen und meist sehr spät, wenn andere Hilfen (Einzeltherapie usw) versagt haben.

L-01-144 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Taylan Kurt (KV Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 144 bis 146:

Kinderarmut entsteht dort, wo Eltern arm sind. Denn oftmals decken die Sozialleistungen nicht die notwendigen und insbesondere unvorhergesehenen Ausgaben ab. Für viele erwerbslose Eltern ist insbesondere die nur einmalige Zahlung der Erstausrüstung durch die Jobcenter für Neugeborene problematisch, da hierdurch in den folgenden Jahren anfallende Kosten für Kinder, wie z.B. das größere Kinderbett, aus dem zu knapp bemessenen Hartz 4 Satz angespart werden muss. Um unkompliziert für die Betroffenen diese Bedarfe zu decken, unterstützen wir daher bis zur Einführung einer bedarfsdeckenden Kindergrundsicherung die Einrichtung von Härtefallfonds in den Bezirken für Betroffene wie im Bezirk Mitte. Neben staatlicher Hilfe in der aktuellen Notsituation muss es ~~also~~ oberste Priorität haben, Eltern zu ermöglichen, aus der Armut heraus zu kommen oder gar nicht erst hinein zu kommen. Eine Arbeit, von der man auch leben

Begründung

Forderung wird unterstützt von der LAG Gesundheit und Soziales

L-01-147 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Taylan Kurt (KV Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 146 bis 148:

heraus zu kommen oder gar nicht erst hinein zu kommen. Eine Arbeit, von der man auch leben kann, ist dafür unerlässlich. ~~Deshalb~~ Eine wesentliche Notwendigkeit ist es, hierzu Eltern, die von Hartz 4 leben, bei der Vermittlung in gute Arbeit zu unterstützen. Dafür müssen die Jobcenter verstärkte Anstrengungen unternehmen, insbesondere für die von Armut besonders betroffenen Alleinerziehenden. Das im Bezirk Mitte erprobte Modellprojekt der verstärkten Förderung von Familien-Bedarfsgemeinschaften, in denen kein Mitglied einer Erwerbsarbeit nachgeht, wollen wir auf ganz Berlin ausweiten. Durch die Betreuung dieser Bedarfsgemeinschaften im Rahmen eines eigenen Teams mit einem besseren Betreuungsschlüssel ist es gelungen, mehr als 200 Personen in Mitte in Arbeit zu bringen. Denn neben dem dadurch erzielten Erwerbseinkommen für die Familie wird auch die Vorbildfunktion der Eltern für ihre Kinder gestärkt. Ebenso ist es gut, dass wir zum Beispiel im nun vorgelegten Entwurf für ein Vergabegesetz auf einen angemessenen Mindestlohn achten. Aber auch die

L-01-147-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 146 bis 148 einfügen:

heraus zu kommen oder gar nicht erst hinein zu kommen. Eine Arbeit, von der man auch leben kann, ist dafür unerlässlich. Auch für geflüchtete Familien muss deshalb unabhängig vom Aufenthaltsstatus spätestens nach 6 Monaten eine Arbeits- und Ausbildungserlaubnis erteilt werden, auch wenn das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Dies hilft der Familie bei der Integration in die Lebens- und Arbeitswelt in Berlin, um sich als aktiver Teil unserer Gesellschaft zu begreifen. Durch diese existenzielle Sicherheit können geflüchtete Familien damit auch traumatische Erfahrungen verarbeiten.

Begründung

s. o.

L-01-169 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 168 bis 170 löschen:

können aber nicht alle Bedarfe abdecken. Berlin hat mit dem MoKiS (Mobiler Kinderbetreuungsservice für Eltern mit besonderen Arbeitszeiten) ~~eigentlich~~ ein ~~großartiges~~ Angebot für Eltern, die außerhalb von Kita-Öffnungszeiten arbeiten müssen. Das Angebot ist

Begründung

redaktionell - sprachlich.

Es braucht die weder die Einschränkung durch das "eigentlich" noch den Superlativ durch "großartig".

L-01-176 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 175 bis 177:

durchbrechen, braucht es auch eine langfristige Strategie. Dabei ist ein wichtiger Hebel eine diskriminierungsfreie Bildungspolitik, die allen Kindern ~~die~~selbengerechte Chancen bietet. Dafür haben wir zuletzt 2018 in unserem Beschluss „Schule fürs Leben: Bessere Schulen, mehr

L-01-179 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 178 bis 181:

Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt“ konkrete Schritte vorgeschlagen. Die hohe Schulabbrecher*innen-Quote in Berlin muss endlich ~~in-den-Griff~~ **bekommengesenkt** werden und allen Kindern muss ein guter Zugang zu Bildung ermöglicht werden – längeres gemeinsames Lernen, Schulsozialarbeit oder kostenlose Unterstützung bei

Begründung

redaktionell - sprachlich.

L-01-179-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 178 bis 180 einfügen:

Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt“ konkrete Schritte vorgeschlagen.
Die hohe Schulabbrecher*innen-Quote sowie die hohe Zahl von Schulabsolvierenden mit geringer Literalität in Berlin muss endlich in den Griff bekommen werden und allen Kindern muss ein guter Zugang zu Bildung ermöglicht werden –

L-01-182 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 181 bis 183 einfügen:

längeres gemeinsames Lernen, Schulsozialarbeit oder kostenlose Unterstützung bei Hausaufgaben, aber auch Erwachsenenbildungsangebote zur Stärkung von Eltern sind Beispiele dafür, wie zumindest ein Stück weit unterschiedliche Voraussetzungen in den Familien ausgeglichen werden können.

L-01-183 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 182 bis 183 einfügen:

Hausaufgaben sind Beispiele dafür, wie zumindest ein Stück weit unterschiedliche Voraussetzungen in den Familien ausgeglichen werden können.

Kein Kind/Jugendlicher darf mehr ohne Anschlussperspektive die Schule/Berufsschule verlassen, d. h. wenn ein Kind/Jugendlicher einen Schulzweig oder Ausbildungsgang - aus welchen Gründen auch immer - verlässt bzw. sich falsch entschieden hat, muss unabdingbar vor der Streichung aus der Schüler- oder Auszubildendenliste der verantwortlichen Schule eine sinnvolle Anschlussperspektive entwickelt, abgesichert und nachweislich gefunden werden durch Unterstützung von Schulsozialarbeit, Jugendberufsagentur sowie Jugend- und Familienhilfe. Die Streichung aus der Schüler- bzw. Ausbildungsliste kann erst erfolgen, wenn die Anschlussperspektive erfolgreich dokumentiert ist. Die/der Jugendliche muss deshalb auch in der Übergangszeit sozialpädagogisch bzw. oder durch eine andere kompetente Beratung begleitet werden.

Begründung

s. o.

L-01-184 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 184 bis 187:

~~Aber um~~ Um Armut wirksam zu bekämpfen, muss Unterstützung bereits während der Schwangerschaft und von Geburt an ansetzen. Gerade junge ~~Mütter und Väter~~ Eltern dürfen ~~sich~~ in dieser aufregenden und anstrengenden Zeit nicht allein gelassen ~~fühlen werden~~. Bereits mit dem letzten Doppelhaushalt haben wir die Ausweitung der Babylots*innen auf alle Geburtsstationen auf den Weg gebracht.

Begründung

mündlich

L-01-185 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 184 bis 186 löschen:

Aber um Armut wirksam zu bekämpfen, muss Unterstützung bereits während der Schwangerschaft ~~und von Geburt an~~ ansetzen. Gerade junge Mütter und Väter dürfen sich in dieser aufregenden und anstrengenden Zeit nicht allein gelassen fühlen. Bereits mit dem letzten Doppelhaushalt

Begründung

Der Nachsatz "und von Geburt an" ist nicht mehr relevant wenn wir schon Unterstützung während der Schwangerschaft fordern.

L-01-185-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schweiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 184 bis 186:

Aber um Armut wirksam zu bekämpfen, muss Unterstützung bereits während der Schwangerschaft und von Geburt an ansetzen. ~~Gerade junge Mütter und Väter~~ Eltern dürfen sich in dieser aufregenden und anstrengenden Zeit nicht allein gelassen fühlen. Bereits mit dem letzten Doppelhaushalt

Begründung

Gemeint sind wohl Menschen, die gerade Eltern geworden sind, die können aber auch alt sein. Außerdem würde ich befürworten von "Eltern" zu sprechen, um keinen Bezug auf das soziale Geschlecht zu machen und besonders nicht wenn wir hier nur die "traditionelle" binäre Codierung Frau/Mann verwenden.

L-01-192 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 192 bis 197:

~~Finanzielle Armut in einer Familie bedeutet natürlich nicht zwangsläufig, dass Eltern nicht in der Lage sind, ihre Kinder in der Schule zu unterstützen oder diese gar vernachlässigen. Die meisten Eltern kümmern sich vorbildlich um ihre Kinder und geben ihr Bestes zu deren Unterstützung. Wenn Armut sich in Familien aber über Generationen hinweg fortsetzt, führt das in~~ Die meisten Eltern kümmern sich vorbildlich um ihre Kinder und geben ihr Bestes zu deren Unterstützung. Wenn Armut sich in Familien aber über Generationen hinweg fortsetzt, führt das in zu vielen Fällen auch zu Hoffnungslosigkeit bei den Eltern, teilweise zu Depression oder Suchterkrankungen. Gerade in solchen Situationen brauchen Familien gezielte Unterstützung.

Begründung

Wir beantragen die Streichung, da zu defizitär.

L-01-200 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 20.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 199 bis 200 einfügen:

Eltern von Grundschulkindern eine Elternbegleitung gibt, die sie empowert, ihre Kinder gut durch die Schulzeit zu begleiten. Der Einsatz von Einzelfallhilfe und Familienhilfe in besonders belasteten Familien soll extern evaluiert werden und gegebenenfalls neu strukturiert werden, damit qualifizierte und fallbezogene Hilfe bei den Familien auch wirklich ankommt.

Begründung

Es gibt in Berlin eine Vielzahl von Trägern und Einzelfall- und Familienhelferinnen, die häufig nicht ausreichend auf Qualität der Arbeit achten können. Eine Evaluation ist sinnvoll, um die Qualität der Hilfen zu verbessern.

L-01-200-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 199 bis 200 einfügen:

Eltern von Grundschulkindern eine Elternbegleitung gibt, die sie empowert, ihre Kinder gut durch die Schulzeit zu begleiten.

Um den intergenerationalen Armutskreislauf durchbrechen zu können, ist es an der Zeit, frühkindliche Bildung und Erwachsenenbildung (Bildungsangebote wie etwa Grundbildung für Eltern) im Rahmen von Angeboten der Familienbildung (family literacy) gemeinsam zu denken. Dieser erfolgsversprechende Ansatz wird in Deutschland kaum verfolgt. Berlin könnte hierfür eine Vorreiterrolle übernehmen und ein Konzept zur Familienbildung als landesfinanziertes Programm pilotieren, behutsam erproben und sukzessiv ausdehnen. Eine enge Kooperation zur Stärkung von Familienbildung zwischen Volkshochschulen und Kitas sowie Grundschulen könnte erkenntnisbringend sein, wobei an bereits bestehende erfolgreiche Angebote angeknüpft werden sollte, um Parallelstrukturen zu vermeiden und Synergien zu nutzen und zu stärken.

L-01-201 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 201 bis 203:

~~Darüber hinaus~~Es gibt es in Berlin eine Vielzahl an großartigen Einrichtungen, die mit Kindern, Jugendlichen und Familien arbeiten. In Musik- und Jugendkunstschulen, in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen können Kinder und Jugendliche sich frei entfalten und erfahren Unterstützung in ihrer

Von Zeile 205 bis 207:

hier ausprobieren und werden in ihren Interessen gefördert. Die Menschen, die hier mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten, leisten einen ~~unbezahlbaren~~zentralen Beitrag für deren Entwicklung und zum sozialen Zusammenhalt in den Kiezen. Genauso wichtig sind Familienzentren oder

Von Zeile 211 bis 213:

Beratungen stetig wächst und für viele Familien zur Herausforderung wird. Wir wollen die Familienzentren ~~befähigen~~finanziell in die Lage versetzen, diese Beratungen weiter ~~zu bieten~~anzubieten und – ähnlich wie die Early Excellence Centres in England – sich weiter hin zu Orten zu entwickeln, an denen Familien

Begründung

- Die Ergänzungen von Musik- und Jugendkunstschulen erscheint uns angemessen.

- die finanzielle Ausstattung und inhaltliche Weiterentwicklung der Familienzentren muss im Familienförderungsgesetz quantitativ ausgebaut und qualitativ unterfüttert werden.

L-01-210 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 209 bis 211:

Berlin gehen bereits jetzt über die „typischen“ Beratungsthemen rund um Familie und Erziehung hinaus, da der Bedarf an ~~Schuldnerberatung~~ Schuldner*innenberatung, Mietrechtsberatung und ähnlichen Beratungen stetig wächst und für viele Familien zur Herausforderung wird. Wir wollen die

L-01-210-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 209 bis 211:

Berlin gehen bereits jetzt über die „typischen“ Beratungsthemen rund um Familie und Erziehung hinaus, da der Bedarf an ~~Schuldnerberatung~~ Schuldner*innenberatung, Mietrechtsberatung und ähnlichen Beratungen stetig wächst und für viele Familien zur Herausforderung wird. Wir wollen die

L-01-215 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 20.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 214 bis 215 einfügen:

eine ganzheitliche Beratung, von Erziehungs- über Gesundheitsfragen bis hin zur Bewerbungsberatung, erfahren. Durch aktive Gesundheitsförderung werden aus Kindern nicht nur gesundheitsbewusste Erwachsene, sondern können auch Auswirkungen von Armut eingeschränkt werden. Wir wollen den Öffentlichen Gesundheitsdienst besser finanzieren sowie eine stärkere Vernetzung der Hilfe für Menschen mit besonderen Einschränkungen und dem Gesundheitswesen für von Behinderung betroffener oder bedrohter Kinder sowie für pflegende Kinder und Jugendliche.

Begründung

mündlich

Mitunterstützer*in: LAG Gesundheit und Soziales

L-01-215-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 214 bis 215 einfügen:

eine ganzheitliche Beratung, von Erziehungs- über Gesundheitsfragen bis hin zur Bewerbungsberatung, erfahren. Wir wollen auch Mehrgenerationen-Häuser gewinnen und sie darin bestärken, im Rahmen ihrer Arbeit und ihrer Angebote, Kindern, Jugendlichen und Familien zu helfen und Armut zu bekämpfen.

L-01-215-3 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Özcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 214 bis 215 einfügen:

eine ganzheitliche Beratung, von Erziehungs- über Gesundheitsfragen bis hin zur Bewerbungsberatung, erfahren. Wir wollen auch Mehrgenerationen-Häuser gewinnen und sie darin bestärken im Rahmen ihrer Arbeit und ihrer Angebote, Kindern, Jugendlichen und Familien zu helfen und Armut zu bekämpfen.

Begründung

mündlich

L-01-216 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 216 bis 220:

Wer ~~will, dass~~ Familien gut ~~unterstützt werden~~unterstützen können, muss auch die im Blick haben, die ihnen helfen. Denn gerade die Menschen, die daran arbeiten, gehen oft auf dem Zahnfleisch. Es ist deshalb dringend nötig, den Sozialarbeiter*innen und ~~anderen Menschen, die in diesen Zusammenhängen arbeiten,~~anderem Fachpersonal sowohl eine langfristige Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit entsprechend ihrer Qualifikation zu entlohnen. Es ist deshalb richtig, dass

Begründung

Die Betonung der Fachlichkeit ist uns wichtig.

L-01-220 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 219 bis 221:

Zusammenhängen arbeiten, sowohl eine langfristige Perspektive zu bieten als auch ihre Arbeit entsprechend ihrer **Qualifikation** **Leistungen** zu entlohnen. Es ist deshalb richtig, dass Sozialarbeiter*innen wie Erzieher*innen nach den Tarifverhandlungen der Länder in Berlin

Begründung

Wenn wir Menschen nach **Qualifikation** entlohnen, brauchen wir eine vorweisbare **Qualifikations** als Bezugspunkt. Gerade in diesen Berufsfeldern leisten aber viele Menschen einen riesigen Anteil der Arbeit, ohne dass sie unbedingt für diese Tätigkeit "zertifiziert" sind. Das macht ihre Arbeit nicht schlechter und nicht weniger wert. Außerdem beheben wir so auch das Problem, dass viele Menschen Arbeit leisten aber gemäß ihrer **Qualifikation** entlohnt werden und die eben nicht mit "Leitungsfunktion" oder ähnlichem zu Buche schlägt, de facto aber diese Arbeit geleistet wird.

Weitere Antragsteller*innen:

Britta Kallmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Jan Paschke (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-01-222 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: André Schulze (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 221 bis 223:

Sozialarbeiter*innen wie Erzieher*innen nach den Tarifverhandlungen der Länder in Berlin mehr Geld bekommen. Wir setzen uns aber auch dafür ein, dass die ~~Kostenblätter~~ **Entgelte und Zuwendungen**, nach denen freie Träger bezahlt werden, endlich so angepasst werden, dass Kostensteigerungen, die durch

Begründung

Das beschriebene Problem betrifft alle Finanzierungsbereiche - nicht nur dort wo Kostenblätter existieren.

L-01-227 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: André Schulze (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 226 bis 228 einfügen:

in dem sie eine Erfahrungsstufe nach oben rutschen, ihre Arbeitsstunden reduzieren müssen, damit der Träger sie weiterhin finanzieren kann. Für eine solide Finanzierung von Trägerstrukturen bedarf es auch einer auskömmlichen, einheitlichen Verwaltungsgemeinkosten-Pauschale im Bereich der Zuwendungen um eine nachhaltige Fortführung der wichtigen Arbeit zu gewährleisten. Die bisherige Unterfinanzierung der Gemeinkosten geht häufig gerade auch zu Lasten der Mitarbeiter*innen.

Außerdem stellt die Tatsache, dass viele Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Familienzentren und Nachbarschaftsheime nur

L-01-239 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: LAG Gesundheit und Soziales

Beschlussdatum: 20.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 238 bis 240 einfügen:

daher unser Ziel, mit einer Ausweitung des Projektes Stadtteilmütter Familien unabhängig von ihrer Herkunft zu unterstützen. Auch die Supervision der Stadtteilmütter durch Fachkräfte soll selbstverständlich sein und verlässlich finanziert werden. Es ist bedauerlich, dass der Senat sich mit der Umsetzung des Koalitionsvertrages hier auf Kosten der Stadtteilmütter und der betroffenen Familien

Begründung

Die Supervision - in diesem Bereich, aber auch bei Einzelfallhilfe und Familienhilfe - muss häufig privat bezahlt werden oder Träger versprechen diese, sie kommt dann aber nur sehr selten zustande. Es sollte ein extra Budget dafür eingerichtet werden, das auch nicht anders verwendet werden kann. Dies würde sowohl den Stadtteilmüttern als auch den betreuten Familien zugutekommen.

L-01-253 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Kinder, Jugend und Familie

Beschlussdatum: 02.10.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 253 bis 254:

Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Berliner Familien ein ~~Problem~~Mangel – aber gerade für Familien, die von Armut betroffen sind. Immer häufiger werden sie aus ihrem gewohnten Umfeld

Begründung

redaktionell

L-01-253-2 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 253 bis 256:

~~Bezahlbarer~~ Der Mangel an leistbarem Wohnraum ist für viele Berliner Familien ein immer größer werdendes Problem – aber gerade für besonders schwer haben es Familien, die von Armut betroffen sind. Immer häufiger werden sie aus ihrem gewohnten sozialen Umfeld verdrängt, auf das sie angewiesen sind. In Extremfällen werden Familien sogar wohnungslos, weil sie zwangsgeräumt wurden. Sie leben oft in Unterkünften, die nicht an die Bedarfe von Kindern angepasst sind: Familien

Von Zeile 260 bis 264:

beschämend. Wir fordern deshalb, dass bei kommunalen Wohnungsgesellschaften grundsätzlich keine Familien geräumt werden Räumungen stattfinden wie dies auch im Wohnraumversorgungsgesetz vorgeschrieben ist und wollen prüfen, inwiefern über eine Härtefallregelung auch bei privaten Vermieter*innen verhindert werden kann, dass Familien durch Zwangsräumung wohnungslos werden. [Zeilenumbruch]

Ein entscheidender Baustein ist hier die Prävention, die wir landesweit durch aufsuchende Hilfe ausbauen wollen. Zudem soll die AöR "Soziale Wohnraumversorgung Berlin" gemeinsam mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen und sozialen Trägern das Präventionsprogramm der landeseigenen Wohnungsunternehmen verbessern und stärken, auch damit Mietschulden gar nicht erst entstehen – dabei sehen wir auch die Jobcenter in der Pflicht. Denn wenn die Aussicht auf die Fortführung des Mietvertrages besteht, sollten diese die Mietschulden auch übernehmen. Wir begrüßen, dass der Senat bei den Kosten der Unterkunft die Härtefallregelung für Familien ausgebaut hat.

L-01-260 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Taylan Kurt (KV Mitte)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 259 bis 264:

Notunterkunft für wohnungslose Familien. Allein, dass eine solche Einrichtung nötig ist, ist beschämend. ~~Wir fordern deshalb, dass bei kommunalen Wohnungsgesellschaften grundsätzlich keine Familien geräumt werden und wollen prüfen, inwiefern über eine Härtefallregelung auch bei privaten Vermieter*innen verhindert werden kann, dass Familien durch Zwangsräumung wohnungslos werden. Ein entscheidender Baustein ist hier~~ Wir fordern deshalb von kommunalen Wohnungsgesellschaften ein Zwangsräumungsverbot beim Vorliegen von sozialen Härten und wollen durch die verstärkte befristete Beschlagnahmung von Wohnraum nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) bei privaten Vermieter*innen Zwangsräumungen von Familien in die Wohnungslosigkeit verhindern. Ein entscheidender Baustein ist ebenso die Prävention, damit Mietschulden gar nicht erst entstehen – dabei sehen wir auch die Jobcenter in der Pflicht.

L-01-264 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 263 bis 264 einfügen:

wohnungslos werden. Ein entscheidender Baustein ist hier die Prävention, damit Mietschulden gar nicht erst entstehen – dabei sehen wir auch die Jobcenter in der Pflicht.

Geflüchteten Familien muss spätestens nach 6 Monaten unabhängig vom Aufenthaltsstatus ein Wohnberechtigungsschein (WBS) erteilt werden, auch wenn das Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Es ist ein Skandal, dass geflüchtete Familien mit Kindern jahrelang in Sammelunterkünften verbringen müssen. Berlin ist das einzige Bundesland, dass diesen Familien den WBS-Schein verwehrt. Dies muss sofort geändert werden!

Begründung

s. o.

L-01-266 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 265 bis 267 einfügen:

Wir kämpfen außerdem für mehr bezahlbaren Wohnraum. Dafür wollen wir den Bau neuer Wohnungen beschleunigen, setzen uns aber auch für den Erhalt von bezahlbaren Wohnungen ein - dazu haben wir eine ausführliche Beschlusslage, die alle Instrumente vom Wohnraumschutz, preisgünstigen Neubau, den Ankauf bzw. der Rekommunalisierung bis hin zum Mietendeckel und der Vergesellschaftung von Wohnraum umfasst. Unsere grünen Stadträt*innen schaffen deshalb immer mehr Milieuschutzgebiete und ziehen immer

L-01-275 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 274 bis 275 einfügen:

Genossenschaften und Stiftungen gefördert werden. Wir wollen einen höheren Anteil an Sozialwohnungen; davon profitieren vor allem auch einkommensschwächere Familien.

Gemeinwohlorientierte Bauträger*innen wie Genossenschaften und Stiftungen sind finanziell zu unterstützen, damit sie geflüchtete Familien aufnehmen und integrieren können, d. h. es sind sowohl die Genossenschaftsanteile - die im Eigentum des Landes Berlin verbleiben - als auch ein Zuschuss zu zahlen, der die Differenz zwischen der Kostenmiete der Genossenschaft und den vom Sozialamt zu zahlenden Unterkunftskosten ausgleicht.

Begründung

s. o.

L-01-280 Schluss mit Kinderarmut – gute Startchancen für alle Kinder in Berlin

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 279 bis 281:

Verwaltung, Arbeitswelt, Schule und Kita unterstützt, ausreichend bezahlbaren Wohnraum, Beratungsangebote ~~und~~, Angebote von Kinder-, Jugend- und Familienzentren schafft und Diskriminierungen insbesondere Klassismus, oft verschränkt mit Sexismus und / oder Rassismus, systematisch, ganzheitlich und nachhaltig abbaut. Bündnis 90/Die Grünen Berlin stellen sich dieser Herausforderung – denn für uns ist klar: Kein Kind

L-02-000 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Tarek Massalme (KV Mitte)

Titel

Ändern in:

Jetzt die Landeseigenen zu mehr Klimaschutz auffordern!

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 1 bis 1 einfügen:

Jetzt die Landeseigenen zu mehr Klimaschutz auffordern!

Die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bauen bis 2026 90.000 neue Wohnungen. Eigentümer und Gesellschafter ist das Land Berlin. Erklärtes Ziel: den Berliner Wohnungsmarkt entlasten. Das ist ein wichtiger sozialer Beitrag für alle Berliner*innen. Die soziale Frage darf jedoch nicht von der ökologischen Frage getrennt werden!

Tatsächlich hat das angestrebte Bauvolumen im sozial geförderten Wohnungsneubau erhebliche Auswirkungen auf die Erreichung der CO₂-Neutralität im Gebäudesektor im Sinne der Klimaziele BEK 2030 und 2050. Deshalb fordern wir das Land Berlin und ihre landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften auf, ab sofort alle Planungen bei Neubauvorhaben und Bestandssanierungen auf ihre Klimaschädlichkeit hin zu überprüfen. Wir fordern die Einführung verbindlicher Nachhaltigkeitsstandards bei allen Bauvorhaben in Bezug auf:

- die Bauweise,
- das Maß der Versiegelung,
- die Art der Baustoffe,
- die Form der Gebäudetechnik,
- die Art der Energieversorgung und Energieerzeugung,
- die soziale und funktionale Nutzungsmischung sowie
- die Nutzungsflexibilität.

Wir brauchen jetzt den Impuls und das Signal der Öffentlichen, ihrem gesellschaftlichen und gemeinwohlorientierten Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise für alle Berliner*innen gerecht zu werden!

Was wir jetzt falsch bauen, kostet Zukunft.

Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Begründung

Die bau- und planungspolitischen Zielsetzungen der Landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften haben wesentlichen Einfluß auf die Erreichung der Klimaziele im Gebäudeneubausektor für Berlin.

L-02-001 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Titel

Ändern in:

Jetzt entschlossen handeln und das Klima retten!

L-02-001-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

In Zeile 1:

~~Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen~~

Jetzt entschlossen Handeln und das Klima retten!

L-02-003 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Tarek Massalme (KV Mitte)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 3 bis 4 einfügen:

nach Zeile 266 einfügen:

Was wir jetzt falsch bauen, kostet Zukunft.

Die sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften bauen bis 2026 90.000 neue Wohnungen. Eigentümer und Gesellschafter ist das Land Berlin. Erklärtes Ziel ist es, so den Berliner Wohnungsmarkt zu entlasten. Das ist ein wichtiger sozialer Beitrag für alle Berliner*innen. Die soziale Frage jedoch kann nicht von der ökologischen Frage getrennt werden!

Tatsächlich hat das angestrebte Bauvolumen im sozial geförderten Wohnungsneubau erhebliche Auswirkungen auf die Erreichung der CO2 Neutralität im Gebäudesektor im Sinne der Klimaziele BEK 2030 und 2050.

Deshalb fordern wir das Land Berlin und ihre landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften auf, ab sofort alle Planungen bei Neubauvorhaben und Bestandssanierungen auf Ihre Klimaschädlichkeit hin zu überprüfen. Wir fordern die Einführung verbindlicher Nachhaltigkeitsstandards bei allen Bauvorhaben in Bezug auf die Errichtung, das Maß der Versiegelung, die Konstruktionsweise, die Art der Baustoffe, die Form der Gebäudetechnik, die Art der Energieversorgung und Energieerzeugung, auf ihre soziale und funktionale Nutzungsmischung sowie Nutzungsflexibilität. Wir brauchen jetzt den Impuls und das Signal der Öffentlichen ihrer gesellschaftlichen und gemeinwohlorientierten Verantwortung im Kampf gegen die Klimakrise im Sinne aller Berliner*innen gerecht zu werden! Um die Ziele des günstigen Wohnungsneubaus nicht gegen die Klimaziele auszuspielen, fordern wir das Land Berlin auf einen "Förderfond Klimaschutz Neubau" einzurichten, der es den Landeseigenen ermöglichen soll, zusätzliche Mittel abrufen zu können, um den sozial geförderten Neubau klimafreundlich zu errichten.

Begründung

Die Landeseigenen Wohnbaugesellschaften für Klimaschutzziele in die Verantwortung nehmen!

L-02-009 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 8 bis 10 einfügen:

Das sind nur die spürbarsten Auswirkungen der Klimakrise, die nun auch Berlin erreicht. Doch Berlin steht nicht allein da. Weltweit, besonders im globalen Süden sind die Folgen des Klimawandels jetzt schon verheerend. Die Gletscher schmelzen rapide, die Dürren in der Sahelzone sind länger denn je und die

L-02-013 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 12 bis 14 einfügen:

erdgeschichtliche Dimensionen angenommen und immer mehr Inseln und Küstenregionen werden Opfer eines steigenden Meeresspiegels. Immer mehr Menschen im globalen Süden verlieren aufgrund von klimawandelbedingten Umweltkatastrophen ihre Zuhause und müssen flüchten. Das Zeitfenster, noch schlimmere Folgen durch die Klimakatastrophe abzuwenden, schließt sich täglich mehr und mehr. Die Klimakrise wird sich

L-02-014 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Janik Feuerhahn (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 13 bis 15 einfügen:

Opfer eines steigenden Meeresspiegels. Das Zeitfenster, noch schlimmere Folgen durch die Klimakatastrophe abzuwenden, schließt sich täglich mehr und mehr. Wir erkennen diesen Klimanotstand an, den auch das europäische Parlament und zahlreiche andere Städte bereits festgestellt haben.

L-02-014-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Janik Feuerhahn (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 13 bis 15 einfügen:

Opfer eines steigenden Meeresspiegels. Das Zeitfenster, noch schlimmere Folgen durch die Klimakatastrophe abzuwenden, schließt sich täglich mehr und mehr. Wir erkennen diesen Klimanotstand an, den auch das europäische Parlament und zahlreiche andere Städte bereits festgestellt haben.

L-02-016 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 15 bis 17:

nicht nur lokal lösen lassen, aber wir können und müssen aus Berlin dazu beitragen, diese Menschheitsaufgabe zu bewältigen. Wer heute vernünftig ist, weiß, dass wir ~~radikal~~ jetzt effektiv handeln müssen, um unsere Lebensgrundlage noch zu retten.

Begründung

erfolgt mündlich

L-02-017 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 17 einfügen:

Wir werden all unser Handeln darauf ausrichten, ein klimaneutrales Berlin möglichst bis 2035 zu erreichen.

L-02-017-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 17 bis 19:

Das, und nicht weniger, ist unser Ziel!

Berlin muss seinen Beitrag leisten in der Anstrengung, die vereinbarte Begrenzung der Erderwärmung um 1,5 Grad zu schaffen und das Pariser Klimaabkommen einzuhalten. Wir basieren sowohl die notwendigen Maßnahmen als auch das Tempo der anvisierten Umsetzung auf nationale und internationale Studien, die darauf verweisen, dass keine Zeit zu verlieren ist.

~~Das, und nicht weniger, ist unser Ziel!~~ Dafür dürfen wir die Verantwortung nicht an andere abschieben, sondern müssen mit voller Kraft auf allen Ebenen Maßnahmen für den Klimaschutz

Begründung

Unterstützer*innen: Enad Altaweel, Vasili Franco, Dorothee Marquardt Rousbeh DjahangiriKay Marx, Jürgen Wolf, Dominik Pross, Jan Paschke

L-02-022 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 21 bis 23 einfügen:

Das sogenannte Klimapakete ist den Namen nicht wert, den es trägt. Ohne einen schnellen, ehrlichen CO₂-Preis wird Klimaschutz konterkariert. Der Einstiegspreis soll bei 60 Euro pro Tonne liegen und jährlich weiter ansteigen, um die erforderliche Lenkungswirkung zur Einhaltung des Paris-kompatiblen CO₂-Budgets zu erreichen.

Begründung

Unterstützer*innen: Michael Schweiß, Britta Kallmann, Enad Altaweel, Dorothee Marquardt, Rousbeh Djahangiri, Kay Marx, Jürgen Wolf, Dominik Pross, Jan Paschke (Alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-022-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Sascha Krieger (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 21 bis 23 einfügen:

Das sogenannte Klimapakete ist den Namen nicht wert, den es trägt. Ohne einen schnellen, ehrlichen CO₂-Preis, der im Einklang mit dem Beschluss der Bundesdelegiertenkonferenz 2019 zunächst mindestens bei 40 Euro pro Tonne, ab 2020 bei mindestens 60 Euro pro Tonne liegen soll und danach planbar in gleicher Höhe weiter ansteigt, wird Klimaschutz konterkariert. Ohne Maßnahmen zur energetischen Modernisierung von Gebäuden und einen schnellen Kohleausstieg brauchen wir von Klimaschutz

L-02-033 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Michael Sebastian (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 32 bis 34:

Strukturen und Verfahren so verändern, dass sie dauerhaft für eine sozial-ökologische Transformation arbeiten und klimaschädliches Verhalten ~~bestrafen~~verhindern. Denn wir meinen es ernst mit dem Klimaschutz.

Begründung

erfolgt mündlich

Weitere Antragsteller*innen: Vasili Franco, Britta Kallmann, Dominik Pross, Jan Paschke (alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-038 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 37 bis 39 einfügen:

Verantwortung gegenüber den Menschen im globalen Süden, die weniger zur Klimakatastrophe beigetragen haben, aber noch stärker von ihr betroffen sind sowie gegenüber Tier- und Pflanzenarten, die durch den Klimawandel ihren Lebensraum verlieren und/oder vom Aussterben bedroht sind. In diesem Wissen haben wir uns schon 2016 mit dem rot-rot-grünen Koalitionsvertrag in Berlin hohe Ziele für konsequenten

Begründung

Analog Begehren "Im Mittelpunkt unserer Politik stehen alle Lebewesen" denn wir sind nicht allein auf der Erde

https://beteiligung.gruene.de/zb-gsp/Im_Mittelpunkt_unserer_Politik_stehen_alle_Lebewesen-41249

Die Würde des Menschen und seine Gestaltungsmacht gebieten uns auch den Schutz aller anderen Lebewesen um ihrer selbst willen und die Achtung ihrer Rechte. Wir Menschen tragen die Verantwortung für den Erhalt ihres Lebensraums und ein würdevolles Leben

L-02-045 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 44 bis 48:

haben bei uns Vorfahrt. Für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs stellen wir 28 Milliarden Euro zur Verfügung. ~~Unser Ziel ist nicht nur eine Verkehrswende, sondern der Umbau unserer Stadt, autofreie Kieze, neue Freiheit durch neue Räume zum Leben und eine völlig neue Mobilität, die so komfortabel ist, dass sie das eigene Auto weitgehend überflüssig macht.~~ Unser Ziel ist keine reine Antriebswende, sondern eine echte, groß angelegte, stadtweite Verkehrswende. Dafür werden wir unsere Stadt an den notwendigen Stellen umbauen, autofreie Kieze erschaffen und Flächengerechtigkeit durch neue Räume zum Leben verwirklichen. Die autogerechte Stadt ist ein Relikt der Vergangenheit, die Mobilität der Zukunft ist grün! Neue Mobilität soll dabei so komfortabel wie bislang nur das eigene Auto sein und eben dieses eigene Auto, egal wie es angetrieben wird, überflüssig machen. Dabei halten wir es für legitim, dem neuen Komfortangebot bspw. auch durch weiträumige Fahrausschlusszonen für private Pkw Nachdruck zu verleihen und setzen dies um, damit unsere Stadt ihrer Klimaverantwortung gerecht werden kann.

Begründung

Mündlich.

L-02-045-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 44 bis 48:

haben bei uns Vorfahrt. Für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs stellen wir 28 Milliarden Euro zur Verfügung. ~~Unser Ziel ist nicht nur eine Verkehrswende, sondern der Umbau unserer Stadt, autofreie Kieze, neue Freiheit durch neue Räume zum Leben und eine völlig neue Mobilität, die so komfortabel ist, dass sie das eigene Auto weitgehend überflüssig macht.~~ Unser Ziel ist es, den öffentlichen Raum sozialer und gerechter zu gestalten. Hierzu gehört es, dass das Dogma einer autogerechten Stadt überwunden wird und Verkehr menschengerecht gedacht wird: Der öffentliche Raum muss grüner und sozialer sein, die Interessen von Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen berücksichtigt und von Grünflächen dominiert sein. Autos sollen hier allerhöchstens eine untergeordnete Rolle spielen dürfen. Langfristig wollen wir Autos in der Stadt überflüssig machen.

L-02-045-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 44 bis 48:

haben bei uns Vorfahrt. Für den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs stellen wir 28 Milliarden Euro zur Verfügung. ~~Unser Ziel ist nicht nur eine Verkehrswende, sondern der Umbau unserer Stadt, autofreie Kieze, neue Freiheit durch neue Räume zum Leben und eine völlig neue Mobilität, die so komfortabel ist, dass sie das eigene Auto weitgehend überflüssig macht.~~

Unser Ziel ist eine Verkehrswende, die den Umbau der Stadt erfordert: autofreie Kieze, umgewidmete Parkplätze sowie begrünte ehemalige Querstraßen zur Kühlung, als CO2 Speicher, als kleine Parks – neue Freiheit durch neue Räume zum Leben.

Begründung

Unterstützer*innen: Enad Altaweel, Vasili Franco, Dorothée Marquardt Rousbeh Djahangiri, Michael Sebastian Schweiß, Jan Paschke (aus dem KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-048 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Wieczorek-Hahn (KV spandau)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 48 einfügen:

Klimaschutznetzwerk für Bezirke

Der Klimaschutz ist nicht nur ein großes globales Problem, sondern auch für Bezirke real. Denn Klimaschutz fängt bei jedem einzelnen von uns an, geht über die Nachbarschaft, Orts- und Bezirksstadteile. Deshalb setzen wir, Bündnis 90/ Die Grünen uns für die Gründung eines Klimaschutznetzwerkes in Bezirken ein. Ziel dieses Netzwerkes ist es, alle Akteure an einen Tisch zu bringen, um den Klimaschutz in Bezirken voranzubringen und zu verbessern. Aufgerufen sind alle ob private oder öffentliche Unternehmen, Vereine, Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie öffentliche Einrichtungen. Sie alle können Einfluss nehmen auf den Klimaschutz.

Es geht insbesondere um Themenbereiche wie

- Klimaschutz,
- Energieeffizienz,
- Ressourceneffizienz,
- Klimafreundliche Mobilität.

Die regionale Bedeutung für klimaschutzrelevante Komplexe liegt auf der Hand. Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen des globalen Klimawandels sind, zum Beispiel in Bezug auf Veränderungen der Fauna, der Flora und des Wetters. Das setzt ein konsequentes, vorausschauendes und rechtzeitiges Handeln voraus. Die Maßnahmen des zu entwickelnden Klimaschutzkonzeptes für Bezirke betreffen u.a.

- Bezirksplanung und Naherholung
- Umweltmanagement und Naturschutz
- Gebäudemanagement
- Soziales, Gesundheit und Wohnungswesen
- Wirtschaftsförderung
- Mobilität
- Kommunikation und Vernetzung.

Das Klimaschutznetzwerk soll das Klimaverhalten in Bezirken unmittelbar beeinflussen. Denn Klimaschutz geht uns alle an, nicht nur die Bezirksverwaltung. Deshalb ist zwischen der Politik und Verwaltung ein Handlungskonzept bei Hinzuziehung aller genannten Akteure in Bezirken erforderlich. Nur so kann es erreicht werden, dass ein umfassendes Konzept und ganzheitliches Konzept entsteht und die Bereitschaft aller entwickelt wird, Klimaschutz aktiv voranzutreiben.

Die Koordinierung soll dabei von der Bezirksverwaltung übernommen werden.

Begründung

Klimaschutznetzwerk für Berlin

Hiermit stelle ich den Antrag, den ursprünglichen Antrag dahingehend zu ändern, dass er um den Passus der Einführung von Klimaschutznetzwerken ergänzt wird.

Begründung:

Klimaschutznetzwerke bieten die Möglichkeit, alle betroffenen Institutionen und Bürger mit einzubeziehen. Denn Klimaschutz sollte nicht einseitig verordnet werden. Vielmehr kommt es darauf an, die Notwendigkeit von Klimaschutz in allen Bereichen aufzuzeigen und neben staatlichen Lenkungsmaßnahmen die Beteiligung aller Betroffenen zu organisieren. Letztlich geht es um die Gründung von runden Tischen, die allerdings nur dann Erfolg haben können, wenn die Beteiligten, die sich einbringen, nicht nur Willenserklärungen abgeben, sondern sich zugleich für deren Einhaltung verbindlich erklären.

Klimaschutznetzwerke sind von daher ein geeignetes Instrument, praktischen Umweltschutz vor Ort zu gewährleisten

L-02-059 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 14.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 58 bis 60 einfügen:

Busflotte auf Elektro um. Wir steigen schrittweise bis 2030 aus der Kohleverstromung aus und beweisen damit, dass dies selbst bei einer kohlekraftbasierten Wärmeversorgung möglich ist. Wir setzen die begonnene Zero – Waste – Strategie ambitioniert um und entwickeln für Berlin eine moderne und umweltfreundliche Kreislaufwirtschaft. Mit optimalen Trennsystemen sorgen wir zukünftig dafür, dass wir immer weniger Abfall verbrennen müssen. Wir wollen es schaffen, den Ressourcenverbrauch zu verringern und Reststoffe verstärkt als Sekundärrohstoffe wieder zu nutzen. Damit leisten wir einen außerordentlich hohen Beitrag für den Klimaschutz. Denn das Recyclen von Abfall erzielt eine rund 30fach höhere Klimagutschrift als dessen thermische Verwertung.

Begründung

Der Beitrag von Zero-Waste und Kreislaufwirtschaft zum Klimaschutz ist möglicherweise noch nicht ausreichend erkannt und deshalb in diesen Antrag nicht aufgenommen worden.

L-02-063 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 62 bis 65 löschen:

Weg zu einer Stadt, die klimaneutral ist, die mit der Natur funktioniert, nicht gegen sie, und die dadurch den Berliner*innen mehr Lebensqualität gibt. ~~Eine solche Stadt gibt es bislang weltweit nicht.~~ Wir treten an, um die guten Ansätze, die weltweit ausprobiert werden, in Berlin zusammen zu führen und zu beweisen, dass Metropole, Nachhaltigkeit und

Begründung

Wir empfinden es als unnötig hier einen Vergleich zu ziehen, der sozusagen die Besonderheit Berlins in der ganzen Welt hervorkehrt. Wir sind nicht besser als der Rest der Welt.

weitere Antragssteller*innen: Britta Kallmann, Kay Marx, Jan Paschke (alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-066 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Till Kötter (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 65 bis 67 einfügen:

werden, in Berlin zusammen zu führen und zu beweisen, dass Metropole, Nachhaltigkeit und Lebensqualität zusammengehören. Mit einer neuen, senatsübergreifenden Koordinierungsstelle und gemeinsam mit führenden deutschen Forschungsinstituten und Technologieanbietern im Bereich Mobilität, Gebäude und Energie, platzieren wir Berlin auch international als Innovationslabor für die klimaneutrale Wirtschaft von morgen

Wir haben viele konkrete Schritte eingeleitet, doch das reicht uns noch lange nicht. Wir

Begründung

Berlin ist der Wissenschaftsstandort für Nachhaltigkeit in Deutschland. Berlin hat die höchste Dichte an "Innovation Labs" führender deutscher Technologieunternehmen. Und dennoch geht Tesla nach Brandenburg und bleibt Berlin (bisher) deutlich hinter seinem Potential zurück. Wir brauchen mehr strategische Partnerschaften und konkrete Leuchtturmprojekte im Bereich Mobilität, Gebäude und Energie, um Berlin auch international als Visitenkarte für klimaneutrale Technologien "made in Germany" zu platzieren. Damit das gelingt brauchen wir eine finanziell und personell angemessen ausgestattete und senatsübergreifend aufgehängte "Arbeitseinheit" für Strategieentwicklung und Koordinierung mit Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft, in Deutschland und international.
Unterstützer: Klima AG, KV Pankow

L-02-066-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Till Kötter (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 65 bis 67 einfügen:

werden, in Berlin zusammen zu führen und zu beweisen, dass Metropole, Nachhaltigkeit und Lebensqualität zusammengehören. Mit einer neuen, senatsübergreifenden Koordinierungsstelle und gemeinsam mit führenden deutschen Forschungsinstituten und Technologieanbietern im Bereich Mobilität, Gebäude und Energie, platzieren wir Berlin auch international als Innovationslabor für die klimaneutrale Wirtschaft von morgen.

Wir haben viele konkrete Schritte eingeleitet, doch das reicht uns noch lange nicht. Wir

Begründung

Berlin ist der Wissenschaftsstandort für Nachhaltigkeit in Deutschland. Berlin hat die höchste Dichte an "Innovation Labs" führender deutscher Technologieunternehmen. Und dennoch geht Tesla nach Brandenburg und bleibt Berlin (bisher) deutlich hinter seinem Potential zurück. Wir brauchen mehr strategische Partnerschaften und konkrete Leuchtturmprojekte im Bereich Mobilität, Gebäude und Energie, um Berlin auch international als Visitenkarte für klimaneutrale Technologien "made in Germany" zu platzieren. Damit das gelingt brauchen wir eine finanziell und personell angemessen ausgestattete und senatsübergreifend aufgehängte "Arbeitseinheit" für Strategieentwicklung und Koordinierung mit Partnern aus Wirtschaft und Wissenschaft, in Deutschland und international.

L-02-068 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 13.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 67 bis 68 einfügen:

Wir haben viele konkrete Schritte eingeleitet, doch das reicht uns noch lange nicht. Wir brauchen mehr! Wir wollen daher die Kapazitäten des Landes Berlin, sowie der Unternehmen, privaten Haushalte und öffentlichen Einrichtungen, CO₂ sozial verträglich einzusparen, radikal und realistisch erhöhen. Wir wollen durch mehr Personal, mehr Know-how und eine gesteigerte Verwendung verfügbarer Finanzmittel und Förderprogramme in den verschiedenen Sektoren das tatsächliche Klima-Modernisierungsgeschehen deutlich beschleunigen und verbessern.

Begründung

Verweis auf erforderliche Umsetzungskapazitäten

L-02-072 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 71 bis 73:

Folgen aller politischen Entscheidungen abschätzen und abwägen. Deshalb müssen die Klimafolgen ~~ein wichtiges Kriterium~~ eines der zentralen Kriterien für politische Entscheidungen werden. Dazu ist in einem ersten Schritt mehr Transparenz über die Klimarelevanz politischer Entscheidungen und eine

Begründung

Wir wollen, dass Klimaschutz Priorität hat. Deshalb Anschärfung dieses Satzes.

L-02-075 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 13.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 74 bis 80:

Klimafolgenabschätzung nötig. Um dies dauerhaft in den Strukturen zu verankern, wollen wir, dass die zu erwartenden CO₂- und anderen Treibhausgas-Emissionen der öffentlichen Verwaltung ausgewiesen werden. Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe und alle Senatsverwaltungen müssen bei ihren Entscheidungen das Klima im Blick haben. Neben dem Klimavorbehalt wollen wir ~~prüfen, inwieweit auch schnellstmöglich ein~~ Klima-Monitoring in Berlin ~~eingesetzt werden kann einsetzen~~, um dauerhaft und strukturell die Belastung des Klimas und die Einsparung oder Erhöhung der CO₂-Emissionen in Berlin zu ~~evaluieren~~ messen und festzuhalten. Das vom Bündnis für Klimaschutz der Kommunen entwickelte Monitoringsystem BSKO, das bereits in Charlottenburg-Wilmersdorf

Begründung

Klarere Formulierung der Zielstellung, ein Klima-Monitoring einzuführen; außerdem Verweis auf andere Treibhausgase (es gibt nicht nur CO₂)

L-02-077 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 76 bis 78 einfügen:

Klimaschutz ist eine Querschnittsaufgabe und alle Senatsverwaltungen müssen bei ihren Entscheidungen das Klima im Blick haben. Wenn Gesetze oder Maßnahmen negative Auswirkungen auf das Klima haben, müssen sie gestoppt und Alternativen erarbeitet werden. Dabei werden wir uns am aktuell im Stadtstaat Bremen erarbeiteten Konzept eines Klimavorbehalts orientieren. Den Berliner Klimaschutzrat wollen wir zu einer Kontrollinstanz mit Einspruchsrecht weiterentwickeln. Neben dem Klimavorbehalt wollen wir prüfen, inwieweit auch Klima-Monitoring in Berlin eingesetzt werden kann, um dauerhaft und

Begründung

Das Fraktionsfachgespräch zum Thema "Klimavorbehalt" am 21.11. hat gezeigt: Ein "aufschiebendes Veto" ist machbar und sinnvoll. In Bremen wird aktuell eine Methodik eines Klimavorbehaltes erarbeitet, die wir zum Teil übernehmen können. Mit dem Klimaschutzrat haben wir - im Gegensatz zu anderen Ländern - bereits ein gesetzlich eingerichtetes Gremium, welches wir weiter entwickeln können. (Analog zum "Rat für Generationengerechtigkeit" wie vom Umwelt-Sachverständigenrat (SRU) empfohlen.

L-02-081 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 80 bis 86:

Kommunen entwickelte Monitoringsystem BSKO, das bereits in Charlottenburg-Wilmersdorf angewandt wird, kann hier als Vorbild dienen.

Um das Klima-Monitoring unabhängig von politischen Mehrheiten zu realisieren, wollen wir nach Vorbild des US-Congressional Budget Office eine unabhängige Einrichtung schaffen, die dem Berliner Abgeordnetenhaus und der Öffentlichkeit unabhängig, nachprüfbar und zeitnahe Informationen zu (klima)relevanten politischen Entscheidungen bereitstellt, um eine effektive Kontrolle der Regierungsarbeit der Exekutive zu ermöglichen. Es sollte geprüft werden, ob eine solche Einrichtung gemeinsam mit Brandenburg initiiert werden kann.

Es ist entscheidend, dass Zahlen und Fakten, wie wirkungsvoll Klimaschutzmaßnahmen sind, auch veröffentlicht werden. ~~Darüber hinaus streben wir~~ Dies kann dann die Basis dafür sein, ein Klimabudget nach Osloer Vorbild ~~anzu etablieren~~. Damit würde Berlin nicht nur ein Jahresziel, sondern eine CO₂-Emissionsobergrenze bekommen, deren Aufteilung und Überwachung von einer mit entsprechenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestatteten ~~Energie- und Klimaverwaltung~~ Einrichtung übernommen wird.

Begründung

Die Erreichung von Klimazielen wird uns noch ein paar Jahre beschäftigen. Der Bedeutung der Aufgabe entsprechend, sollte es dazu in Berlin(-Brandenburg) auch unabhängige Expertise werden. Orientierung kann hier bspw das Congressional Budget Office des Kongresses der Vereinigten Staaten sowie unsere Berliner Datenschutzbeauftragte sein.

L-02-082 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Till Kötter (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 81 bis 85:

angewandt wird, kann hier als Vorbild dienen. Es ist entscheidend, dass Zahlen und Fakten, wie wirkungsvoll Klimaschutzmaßnahmen sind, auch veröffentlicht werden. ~~Darüber hinaus streben wir ein Klimabudget nach Osloer Vorbild an. Damit würde Berlin nicht nur ein Jahresziel~~Dafür streben wir ein Berliner Klimaschutzgesetz an, mit festgeschriebenen Minderungszielen für alle Sektoren, in Einklang mit dem Paris Abkommen, und mit verbindlichen Zuständigkeiten der entsprechenden Senatsverwaltung als Grundlage für zukünftige Haushalts- und Investitionsentscheidungen. Damit würde Berlin nicht nur verbindliche Jahresziele, sondern eine CO₂-Emissionsobergrenze bekommen, deren Aufteilung und Überwachung von einer mit entsprechenden Kompetenzen und Ressourcen ausgestatteten Energie- und

Begründung

Auf der Landes- und Bezirksebene erleben wir: die Ziele des Paris Abkommens umzusetzen und einzuhalten ist eine riesen Herausforderung. Trotz guter Fortschritte sieht es aktuell so aus, als würde Berlin das Minderungsziel für 2020 von -40% ggü. 1990 nicht einhalten können. Wie auf Bundesebene, benötigen wir deshalb auch in Berlin, mehr Verbindlichkeit, deutlich mehr personelle und finanzielle Ressourcen, um die Einhaltung der Ziele zu gewährleisten. Ein Klimaschutzgesetz schafft diese Verbindlichkeit und Grundlage für entsprechende Haushalts- und Investitionsentscheidungen.
Unterstützer: Klima AG, KV Pankow

L-02-089 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 14.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 88 bis 90 einfügen:

Für uns spielen beim Klimaschutz die Bezirke, die konkret vor Ort Berlin gestalten, eine zentrale Rolle.

Deshalb fordern wir mindestens eine*n Klimaschutzmanager*in bzw./und eine*n

Klimaschutzbeauftragte*n

Begründung

In den Bezirken ist der Begriff „Klimaschutzmanager*in“ unseres Wissens nicht mit Funktionen hinterlegt. Sollte hier Klimaschutzbeauftragte*r gemeint sein, so möge dieses bitte dahingehend geändert werden. Sollte es eine*n Klimaschutzmanager*in geben, so soll die/der „Klimaschutzbeauftragte“ wie sie/er schon in einigen Bezirken existiert, in allen Bezirken zusätzlich zur/m „Klimaschutzmanager*in“ eingeführt werden.

L-02-089-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Janik Feuerhahn (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 88 bis 92:

Für uns spielen beim Klimaschutz die Bezirke, die konkret vor Ort Berlin gestalten, eine zentrale Rolle. Deshalb fordern wir ~~mindestens~~ eine*n Klimaschutzmanager*in mit einem Klimaschutzteam pro Bezirk, die*der effektiv in die Strukturen der Verwaltung eingegliedert werden muss, und mit konkreten Aufgaben betraut werden soll. Jeder Bezirk soll einen Klimarat mit relevanten bezirklichen Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und lokaler Wirtschaft einrichten, der regelmäßig tagt. Er soll dem Austausch, der Prüfung klimarelevanter Maßnahmen und Entwicklung neuer Lösungen dienen. Die Bezirke können vieles leisten, gerade bei der Umsetzung des BEK sind sie ganz entscheidende Akteur*innen.

L-02-091 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 90 bis 92 einfügen:

die*der effektiv in die Strukturen der Verwaltung eingegliedert werden muss, und mit konkreten Aufgaben betraut werden soll. [Das wollen wir im Berliner Energiewendegesetz verankern](#). Die Bezirke können vieles leisten, gerade bei der Umsetzung des BEK sind sie ganz entscheidende Akteur*innen.

Begründung

Damit alle Bezirke die Stelle fest einrichten bedarf es nicht nur warmer Worte und gutes Geld, sondern auch eine verbindliche Regelung. (siehe Energiemanager*innen, die ebenfalls im BerLEWG vorgeschrieben sind.)

L-02-092 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 14.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 91 bis 92 einfügen:

konkreten Aufgaben betraut werden soll. Die Bezirke können vieles leisten, gerade bei der Umsetzung des BEK sind sie ganz entscheidende Akteur*innen. Über das BEK sollten auch Personalmittel gefördert werden, so dass die Bezirksämter personell in die Lage versetzt werden, diese Mittel zu beantragen.

Begründung

mündlich

L-02-092-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 13.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 91 bis 92 einfügen:

konkreten Aufgaben betraut werden soll. Die Bezirke können vieles leisten, gerade bei der Umsetzung des BEK sind sie ganz entscheidende Akteur*innen. Dabei werden wir uns für eine höhere Eingruppierung der Tarifbeschäftigten für Stadtentwicklung, Bauen, Grünflächen und Mobilitätsentwicklung in den Bezirken einsetzen, damit alle freien Stellen besetzt werden. Außerdem werden wir uns für ausreichend Aus- und Fortbildungen einsetzen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bezirksverwaltungen bestens aufgestellt sind, um die komplexen bestehenden und neuen Anforderungen zum Erreichen der Klimaschutzziele in der wachsenden Stadt zu meistern

Begründung

Wir brauchen mehr und bestens ausgebildetes Personal, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern

L-02-092-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Janik Feuerhahn (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 91 bis 92 einfügen:

konkreten Aufgaben betraut werden soll. Die Bezirke können vieles leisten, gerade bei der Umsetzung des BEK sind sie ganz entscheidende Akteur*innen.

Unser Ziel ist es, ein Viertel des Berliner Strombedarfs durch erneuerbare und vor allem Solarenergie zu decken. Dazu können auch die Bezirke einen wichtigen Beitrag leisten. Wir wollen, dass alle Bezirke sich feste Jahresziele für den Ausbau von Solarenergie-Anlagen setzen. Die Bezirke sollen dabei mit ihren eigenen Gebäuden vorangehen und umgehend prüfen, auf welchen Dach- und Fassadenflächen bezirkseigener Gebäude Solaranlagen installiert werden können und diese Potenziale schnell realisieren. Die Möglichkeit, bei der Aufstellung von Bebauungsplänen die Nutzung von erneuerbarer Energie bei Neubauten festzulegen, wollen wir in den Bezirken engagiert nutzen.

Um den Energieverbrauch zu senken, fordern wir die Bezirksämter auf, die Energieeinsparpotenziale bei bezirkseigenen Gebäuden möglichst schnell zu ermitteln und energetische Modernisierungen zügig umzusetzen. Neubauvorhaben sollen möglichst im Passivhausstandard und unter Berücksichtigung der Möglichkeit des Holzbaus erfolgen.

L-02-093 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 93 bis 95 einfügen:

Wir wollen die Bezirke dazu befähigen, aktiv für [Klimaschutz und Klimaanpassung, z.B. durch](#) die Entsiegelung der Böden und somit für eine atmende Stadt, zu sorgen. Dafür müssen die bezirklichen Energiemanager*innen endlich gestärkt und eine Stelle für die Bauberatung in jedem Bezirk geschaffen werden. Was wir

Begründung

Energiemanager*innen müssen gestärkt werden! Aber nicht (nur) für mehr Entsiegelung. Absatz macht so mehr Sinn.

L-02-093-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 13.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 93 bis 96:

Wir wollen die Bezirke dazu befähigen, aktiv für die Entsiegelung der Böden z.B. in Hinter- und Innenhöfen, für mehr Begrünung und somit für eine atmende Stadt zu sorgen. ~~Dafür müssen die~~ Die bezirklichen Energiemanager*innen müssen endlich gestärkt und eine Stelle für die Bauberatung in jedem Bezirk geschaffen werden. ~~Was~~ Diese Stellen erhalten Unterstützung durch das Bauinformationszentrum. Hier gibt es Beratung und Information für ökologisches und klimaneutrales Bauen für jeden. Denn was wir heute bauen, wird auch noch in den nächsten Jahrzehnten Berlin prägen. Daher ist es

Begründung

Verdeutlichung, was mit Entsiegelung gemeint sein könnte bzw. wo sie sehr schnell sehr positive Wirkungen zeigen könnte; Verweis auf das Bauinformationszentrum, um Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Maßnahmen aufzuzeigen

L-02-095 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 94 bis 96:

eine atmende Stadt zu sorgen. Dafür müssen die bezirklichen Energiemanager*innen endlich ~~gestärkt~~ die nötigen Kompetenzen bekommen und bei wichtigen Entscheidungen mitbestimmen können, um sich ernsthaft für Klimaschutz im Bezirk einsetzen zu können! Außerdem soll eine Stelle für die Bauberatung in jedem Bezirk geschaffen werden, in der der Aspekt der feministischen Stadtplanung mit einbezogen wird. ~~[Leerzeichen]~~

L-02-099 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 99 einfügen:

Wir streben eine Beratungsverpflichtung zum ökologischen Bauen an, die zu einem frühen Stadium der Planung Bestandteil jedes Bauvorhabens werden soll.

Begründung

Unterstützer*innen : Enad Altaweel, Vasili FrancoKay Marx, Jürgen Wolf, Dominik Pross, Jan Paschke
(alle aus dem KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-37 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 36 bis 38 einfügen:

Zukunft für uns und nachfolgende Generationen zu schaffen. Wir stehen hier auch in der Verantwortung gegenüber den Menschen im globalen Süden, die noch heute von den Auswirkungen der über 500-jährigen Kolonialgeschichte betroffen sind und die weniger zur Klimakatastrophe beigetragen haben, aber noch stärker von ihr betroffen sind. In diesem Wissen haben wir uns

L-02-100 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schweiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 100 bis 105:

~~Darüber hinaus wollen wir die Haushalte der Bezirke, die durch die Kosten- und Leistung-Rechnung (KLR) geprägt sind, nachhaltig umgestalten. Wir fordern, dass Klimaschutz Einzug in die KLR-Berechnung der Bezirke nimmt. Bezirke, die faire und ökologische Produkte beschaffen, die ihre Gebäude sanieren und Grünflächen pflegen, dürfen dafür nicht länger finanziell bestraft werden. Die KLR-Kriterien müssen auf ihre Nachhaltigkeit überprüft und konkrete Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden.~~

Darüber hinaus müssen wir die Haushalte der Bezirke, die durch die Kosten- und Leistung-Rechnung (KLR) geprägt sind, strukturell umgestalten. Bestmöglicher Klimaschutz muss bei allen Produkten Voraussetzung für eine Beschaffung oder Investition sein. Dabei ist nicht der Zeitpunkt der Beschaffung, sondern eine wie vom IPCC angedachte LifeCycleAssesment-Berechnung aller Produkte die Grundlage. Zusätzlich sollte dies als Klimaschutzfaktor in die KLR-Kriterien mit einbezogen werden, damit Bezirke, die faire, klimafreundliche und ökologische Produkte beschaffen, die ihre Gebäude sanieren und Grünflächen pflegen, nicht länger dafür finanziell bestraft werden.

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragssteller*innen: Vasili Franco, Dorothée Marquardt (beide KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-104 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 103 bis 105:

beschaffen, die ihre Gebäude sanieren und Grünflächen pflegen, dürfen dafür nicht länger finanziell bestraft werden. Die KLR-Kriterien müssen ~~auf ihre~~ **grundsätzlich im Sinne der** Nachhaltigkeit ~~überprüft~~ **überarbeitet** und konkrete Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden.

L-02-105 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 14.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 104 bis 105 einfügen:

finanziell bestraft werden. Die KLR-Kriterien müssen auf ihre Nachhaltigkeit überprüft und konkrete Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden. Außerdem müssen die KLR-Kriterien sowohl in die Produktdatenblätter der KLR als auch in die Öffentlichkeitsarbeit Eingang finden.

Begründung

mündlich

L-02-105-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 104 bis 105 einfügen:

finanziell bestraft werden. Die KLR-Kriterien müssen auf ihre Nachhaltigkeit überprüft und konkrete Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden. Mittelfristig wollen wir auch die Zuteilung von Finanzmitteln an die Klimaschutzbemühungen der Bezirke koppeln. Auf dem Weg dahin wollen wir prüfen, inwiefern ein eigenes Produkt "Klimaschutz" hilfreich sein kann.

L-02-105-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik und LAG Umwelt

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 104 bis 105 einfügen:

finanziell bestraft werden. Die KLR-Kriterien müssen auf ihre Nachhaltigkeit überprüft und konkrete Änderungen schnellstmöglich umgesetzt werden. In die Produkt-Datenblätter der KLR muss auch die Öffentlichkeitsarbeit einbezogen werden.

Begründung

Schonende und häufigere Pflegemaßnahmen erzeugen auch mehr Erklärungsbedarf durch die Bezirksämter, während Fällungen und Radikalschnitte nur einen kurzen (und damit billigen) Aufschrei erzeugen. Bessere vor-Ort-Informationen, Baumfäll-Listen etc sind aber über die KLR nicht finanziert, so dass die Bezirksämter selbst Sondermitteln oder geänderten KLR-Produkten für Baumpflege offenbar Maßnahmen scheuen, die immer wieder Kommunikation erfordern. Daher muss auch diese Öffentlichkeitsarbeit in die Produkte integriert werden, sonst bestrafen sich nachhaltig agierende BA weiterhin selbst.

PS: Bessere Version :-) von L-02-105 der LAG Umwelt, jetzt co-beschlossen von LAG Tierschutzpolitik. 'tschuldigung an die Kolleg*innen der LAG Umwelt dass die Formulierung in L-02-105 so durchgerutscht ist.

L-02-107 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 106 bis 108 einfügen:

Wir müssen die Bezirke in die Lage versetzen, sich gut und gründlich um ihr Grün kümmern zu können. Die im Berliner Handbuch zur Guten Pflege verankerten Verfahren und Richtlinien, die ausdrücklich die Habitate von Insekten und gebietsheimischer Flora und Fauna in Bewirtschaftungsmaßnahmen einbeziehen, sollen verbindlich umgesetzt werden. Dafür ist es entscheidend, dass insbesondere die Grünflächenämter finanziell und personell gut ausgestattet sind und dass die Zahlung für die Pflege und Neupflanzung der

Begründung

Das Handbuch gute Pflege wird zwar viel gelobt, aber wg. der Erosion von Kompetenz und finanziellen Einschränkungen in den Bezirken nicht unbedingt ausreichend umgesetzt. Hier brauchen wir mit den SGA und Auftragsnehmern mehr Verbindlichkeit und Zielvereinbarungen für mehr Tier- und Artenschutz.

https://www.berlin.de/senuvk/umwelt/stadtgruen/pflege_unterhaltung/de/hgp/index.shtml

L-02-107-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik und LAG Umwelt

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 106 bis 108 einfügen:

Wir müssen die Bezirke in die Lage versetzen, sich gut und gründlich um ihr Grün kümmern zu können. Dafür ist es entscheidend, dass insbesondere die Grünflächenämter sowie die Umwelt- und Naturschutzämter finanziell und personell gut ausgestattet sind und dass die Zahlung für die Pflege und Neupflanzung der

Begründung

Seit der Spaltung der ehemaligen Grünflächenämter in SGA und UmNat liegen wichtige Belange des Tier- und Artenschutzes bei den Umwelt- und Naturschutzämtern - für eine nachhaltig und schonende Pflege der Stadtnatur ist daher eine finanzielle Stärkung nur der SGA nicht ausreichend.

L-02-109 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Turgut Altug u.a. (KV-Friedrichshain Kreuzberg,)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 108 bis 110:

personell gut ausgestattet sind und dass die Zahlung für die Pflege und Neupflanzung der Bäume deutlich erhöht wird. ~~Dies müssen~~ „Deshalb werden wir mit dem nächsten Doppelhaushalt erreichen, damit so viel wie noch nie in diesem Bereich investieren. Aktuell werden ca. 47 € pro Straßenbaum ausgegeben. Der Bedarf liegt aber bei mind. 80 €. Daher erhöhen wir das Baumbudget für Bezirke auf ca. 80 € pro Straßenbaum. Das sind 14,8 Mio. € jeweils in 2020 und in 2021 für 434.774 Straßenbäume, um sie zu pflegen und Neue anzupflanzen. Für die Maßnahmen zur Stärkung des Berliner Baumbestandes (Stadtbaumkampagne) stellen wir zusätzlich zu dem Haushaltsentwurf des Senats in 2021 2 Mio. € zur Verfügung. Für die Grünflächenpflege und Personal werden den Bezirken in 2020 ca. 7 Mio. € und in 2021 14,1 Mio. € zur Verfügung gestellt. Damit wollen wir unsere Grünanlagen, Parks, Stadtnatur vor den Folgen des Klimawandels schützen. Darüber hinaus werden wir 5,3 Mio. Euro mehr als im vorherigen Haushalt für die Berliner Wälder in die Hand nehmen, um mehr Förster*innen einzustellen, die Berliner Forsten gegen die Waldbrände auszurüsten und um die Folgen durch die Hitzerekorde der letzten Jahre in den Griff zu bekommen. Des Weiteren wird das neue Projekt "Parkmanager*innen und Naturranger*innen einzustellen" verstetigt. Auch das Parkmanagement wird in 2021 mit zusätzlichen Mitteln i.H.v. 2 Mio. € ausgebaut. Die Zivilgesellschaft im Bereich des Naturschutzes und Umwelt- und Naturbildung wird deutlich gestärkt. Mit all diesen Maßnahmen wird Berlin weiter grün aufblühen.“

Begründung

Wir haben dies doch schon in diesem Haushalt erreicht.

Weitere Antragsteller*innen:

Antje Kapek, KV-Friedrichshain-Kreuzberg

Daniel Wesener, KV-Friedrichshain-Kreuzberg

Stefanie Remlinger, KV-Pankow

Georg Kössler, KV-Neukölln

Stefan Ziller, KV-Marzahn-Hellersdorf

Stefan Taschner, KV-Lichtenberg

L-02-109-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 108 bis 110 einfügen:

personell gut ausgestattet sind und dass die Zahlung für die Pflege und Neupflanzung der Bäume deutlich erhöht wird. In Berlin sollen künftig für jeden gefällten Baum mindestens drei neue gepflanzt werden. Außerdem müssen alle Emissionen des Landes ab 2030 durch Klimaschutzfonds ausgeglichen werden. Dies müssen wir mit dem nächsten Doppelhaushalt erreichen, damit Berlin weiter grün aufblüht.

L-02-109-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 108 bis 110:

personell gut ausgestattet sind und dass die Zahlung für die Pflege und Neupflanzung der Bäume deutlich erhöht wird. ~~Dies müssen wir mit dem nächsten Doppelhaushalt erreichen, damit Berlin weiter grün aufblüht.~~

um den Baumverlust der letzten fünf Jahre entgegenzuwirken. Bei der Planung neuer Stadtquartiere muss jede neue Straße von vornherein mit Straßenbäumen konzipiert werden. Auch die Umwidmung von Parkplätzen werden wir dazu nutzen, die in den letzten Jahren verlorengegangenen Bäume auszugleichen. Angepflanzt werden sollen vor allem trockenheits- und hitzeresiliente Bäume.

.Dies müssen wir mit dem nächsten Doppelhaushalt erreichen, damit Berlin weiter grün aufblüht.

Begründung

Unterstützer*innen: Enad Altaweel, Vasili Franco, Dorothée Marquardt, Rousbeh DjahangiriKay Marx, Jürgen Wolf, Dominik Pross, Jan Paschke (alle aus dem KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-110 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 109 bis 110 einfügen:

Bäume deutlich erhöht wird. Dies müssen wir mit dem nächsten Doppelhaushalt erreichen, damit Berlin weiter grün aufblüht. Für die Ökosysteme sind auch Hecken, Sträucher und Stauden notwendig, denn sie erbringen entscheidende Funktionen für Mikroklima und Biodiversität und sind oft leichter anzupflanzen.

Begründung

Bäume allein sind keine Ökosysteme, nachhaltiges Stadtgrün muss breit aufgestellt sein.

L-02-113 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Karolina Ziehm (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 112 bis 114 einfügen:

nachhaltige Ernährung: gläserne Küchen, urbane Gärten, Verteilnetze der solidarischen Landwirtschaft, [Startups zur Herstellung veganer Nahrungsmittel](#), Verarbeitung geretteter Lebensmittel – sie und viele andere wirken vor Ort. Bündnis 90/Die Grünen Berlin fördern und unterstützen diese Initiativen, z.B. durch die

Begründung

Berlin ist eine vegane Hochburg, Beispiel: Cashewbert, hergestellt in Schöneweide;

L-02-119 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 119 bis 120 einfügen:

Und nicht zuletzt wollen wir den Fuhrpark der Bezirke auf E-Mobilität (gleichberechtigt Batterie und Wasserstoff-Sauerstoff-Brennstoffzelle) umbauen und es ermöglichen, endlich auch Dienstfahräder anzubieten.

Begründung

Siehe jüngste Beschlusslage der Grünen BDK aus November 2019 in Bielefeld https://antraege.gruene.de/44bdk/Gruene_Wasserstoffstrategie_-13260

L-02-119-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 119 bis 120:

Und nicht zuletzt wollen wir den Fuhrpark der Bezirke auf E-Mobilität ~~umbauen~~, Lasten- und ~~es ermöglichen, endlich auch~~ Dienstfahräder ~~anzubieten~~ umbauen.

Begründung

Unterstützer*innen: Enad Altaweel, Britta Kallmann, Rousbeh Djahangiri, Jürgen Wolf, Jan Paschke (Alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-119-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 119 bis 120:

Und nicht zuletzt wollen wir den Fuhrpark der Bezirke auf ~~E-Mobilität umbauen und~~ das minimum reduzieren, alle unbedingt notwendigen Fahrzeuge sollen Wasserstoff- bzw. Elektrobetrieben sein. Außerdem wollen wir es ermöglichen, endlich auch Dienstfahräder anzubieten.

L-02-120 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 119 bis 120 einfügen:

Und nicht zuletzt wollen wir den Fuhrpark der Bezirke auf E-Mobilität umbauen und es ermöglichen, endlich auch Dienstfahräder anzubieten. Weil wir Vorbilder sein wollen, fahren grüne Senats- und Bezirksamtsmitglieder bereits heute mindestens Hybrid-Dienstwagen und steigen bis 2021 auf komplett elektrische Fahrzeuge um.

Begründung

Dieses Jahr haben auch die letzten Grünen von Benzin auf Hybrid-Antrieb umgestellt. Mit dieser - durchaus machbaren - Ansage zeigen wir, dass es uns ernst ist mit der Verkehrswende. Bereits heute fahren die SenWEB Staatssekretär*innen Barbro und Christian rein elektrisch. (Stand: Anfrage August 2019)

L-02-123 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Dorothee Marquardt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 122 bis 123 einfügen:

wegweisende strukturelle Veränderungen, die dauerhaft wirken und nachhaltig eine Klimaschutzpolitik von unten heraus befördern.

Nicht nur die Bezirke können Vorreiter beim Klimaschutz sein. Unsere Landesverwaltung und die landeseigenen Betriebe sollen genauso befähigt werden, klimaneutral zu handeln. Besonders die Beschaffung fairer, nachhaltiger und klimafreundlicher Produkte und Dienstleistungen und der Umbau des landeseigenen Fuhrparks hin zu E-Mobilität, Dienst- und Lastenfahrrädern muss prioritär in Angriff genommen werden. Was in den Bezirken gelingt, muss auch auf Landesebene angewendet werden.

Begründung

Unterstützer*innen: Vasili Franco, Enad Altaweel, Michael Sebastian Schweiß, Britta Kallmann, Jürgen Wolf, Dominik Pross, Jan Paschke (alle KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

L-02-131 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 131 bis 133 löschen:

Aber auch der Kohleausstieg muss verantwortlich organisiert werden. Wir müssen ~~die Strom- und~~ die Wärmeversorgung der Stadt sicherstellen. Dazu gehört, dass wir das Berliner Fernwärmenetz – eines der größten Europas – nachhaltig und ökologisch umbauen. Dies ist

Begründung

Die Kohlekraftwerke laufe rein zur Wärmeerzeugung

L-02-133 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 132 bis 134 einfügen:

und die Wärmeversorgung der Stadt sicherstellen. Dazu gehört, dass wir das Berliner Fernwärmenetz – eines der größten Europas – nachhaltig und ökologisch umbauen. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart werden wir das in einem Landeswärmegesetz durch eine entsprechende Regelung gesetzlich absichern. Dies ist entscheidend, denn die Produktion von Wärme erzeugt mit großem Abstand das meiste CO₂ in

Begründung

Wir setzen den Koalitionsvertrag um (Wärmegesetz mit Regel zur "Dekarbonisierung der Fernwärme") und wir wollen klare Regeln statt nur warmer Worte. Eine Vereinbarung mit Vattenfall reicht uns nicht - das haben wir vor 2016 stets kritisiert und werden auch weiterhin für eine rechtlich bindende und Paris-konforme Regelung streiten.

L-02-138 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 138 bis 143:

~~Zusammen mit Vattenfall hat unsere Klimaschutzsenatorin Regine Günther eine Studie vorgelegt, die aufzeigt, dass und wie wir bis spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen können. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass dabei übergangsweise nicht auf Erdgas verzichtet werden kann. Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass~~ Unsere Klimaschutzsenatorin Regine Günther hat mit Unterstützung eines Energieversorgers einen Vorschlag vorgelegt, der einen Weg aus der Kohle bis spätestens 2030 aufzeigt. Eine Übergangslösung kann dabei Erneuerbares Erdgas sein. . Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass - falls uns keine klimafreundlichere Lösung bereitsteht - sie sukzessive mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir

Begründung

erfolgt mündlich.

Weitere Antragssteller*innen: Vasili Franco, Britta Kallmann, Enad Altaweel, Dorothée , Dominik Pross (alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-139 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 138 bis 140 einfügen:

Zusammen mit Vattenfall hat unsere Klimaschutzsenatorin Regine Günther eine Studie vorgelegt, die aufzeigt, dass und wie wir bis spätestens 2030 schrittweise aus der Kohle aussteigen können. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass dabei übergangsweise nicht auf Erdgas verzichtet

L-02-139-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 138 bis 141:

Zusammen mit Vattenfall hat unsere Klimaschutzsenatorin Regine Günther eine Studie vorgelegt, die aufzeigt, dass ~~und wie wir~~ Berlin bis spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen ~~können~~ kann und dabei weiterhin eine bezahlbare Wärmeversorgung hat. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass ~~dabei~~ übergangsweise bei aktuellen Marktbedingungen nicht auf Erdgas als Übergangstechnologie verzichtet werden kann. Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas

L-02-140 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Janik Feuerhahn (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 139 bis 144:

vorgelegt, die aufzeigt, dass und wie wir bis spätestens 2030 aus der Kohle aussteigen können. ~~Diese kommt zu dem Ergebnis, dass dabei übergangsweise nicht auf Erdgas verzichtet werden kann. Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie sukzessive mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können.~~

Das Ergebnis, dass dabei übergangsweise Erdgas benötigt wird, wollen wir überprüfen, aufgrund geänderter Rahmenbedingungen und neuer Entwicklungen wie unserer Erwartungen und Forderungen an einen zukünftigen deutlich höheren CO2-Preis. Wir brauchen so schnell wie möglich eine klimaneutrale Fernwärmeversorgung. Dazu legen wir konkrete Maßnahmen fest, wie stetig sinkende CO2-Grenzwerte für die erzeugte Fernwärme, um den Einsatz von Alternativen wie Power to Heat mit Strom aus erneuerbaren Energien oder die Einspeisung von Solarthermie ins Fernwärmenetz zu beschleunigen. Sollten trotzdem übergangsweise Gaskraftwerke benötigt werden, müssen sie Gase aus allen Quellen (z.B. auch Wasserstoff) nutzen können, die sich im nachhaltigen Energiemix der nahen Zukunft bewähren.

L-02-141 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 140 bis 144 einfügen:

können. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass dabei übergangsweise nicht auf Erdgas verzichtet werden kann. Wir müssen aber schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie sukzessive mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. Zusätzlich braucht es strenge CO2-Grenzwerte durch ein Landeswärmegesetz. Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir effektiver nutzen als bisher. Für uns ist jedoch klar: Das Ziel der Zero Waste Stadt darf

L-02-141-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 140 bis 144:

können. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass dabei übergangsweise nicht auf Erdgas verzichtet werden kann. Wir müssen schon heute Schritte einleiten, um den Ausstieg aus dem fossilen Gas bis 2030 zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie sukzessive ab 2030 nur noch mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können.

Wir sehen die Ergebnisse dieser Machbarkeitsstudie kritisch, da essenzielle Punkte, wie eine dezentrale Strom- und Wärmeversorgung nicht bzw. nicht ausreichend beachtet wird. Wir wollen dezentrale Bürger*innenenergie fördern um das Monopol von Vattenfall aufzubrechen und damit den schnellstmöglichen Weg zu einem CO2-neutralem Berlin gehen. Der Berliner Senat soll sich nicht aus der Verantwortung nehmen, und Druck auf Vattenfall ausüben um den Ausstieg aus allen fossilen Energieträgern bis 2030 vollziehen und parallel das netto-null auch bis 2030 zu erreichen.

Wenn der Kohleausstieg, wie in der Studie beschrieben, erst 2030 vollzogen und dann zu 60% mit fossilen Gas und Müllverbrennung kompensiert wird, würde Berlin nicht einmal die 2 Grad Grenze bis 2050 einhalten.

Ein Rechtsgutachten des "Volksbegehren Klimaschutz" zeigt vier verschiedene Möglichkeiten für Landesgesetze auf, die gewährleisten würden, wie der Berliner Kohleausstieg gelingen kann. Damit soll Vattenfall unter Druck gesetzt werden, sich um einen Kohleausstieg ohne Kompensation durch fossile Energieträger zu bemühen. Wir verpflichten uns, diese zu prüfen und gegebenenfalls mit den Koalitionspartner*innen zu verhandeln.

Weiter ist es für eine ernst gemeinte Energiewende unumgebar Berlin und Brandenburg stärker als gemeinsame Energieregionen zu betrachten. Wir verpflichten uns dies in Zukunft verstärkt zu machen und Pläne für eine gemeinsame Energiewende in Berlin und Brandenburg auszuarbeiten.

L-02-143 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 142 bis 144 einfügen:

zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie sukzessive mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. Dabei ist uns bewusst, dass Erneuerbares Gas möglicherweise nicht im benötigtem Masse aus nachhaltiger Produktion zur Verfügung steht bzw. vorrangig für andere Sektoren benötigt wird. Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir effektiver nutzen als bisher. Für uns ist jedoch klar: Das Ziel der Zero Waste Stadt darf

Begründung

Wir sollten Erneuerbares Gas nicht so unreflektiert stehen lassen und ähnlich wie beim sogenannten Überschussstrom hinterfragen in wie weit dies wirklich zur Verfügung steht

L-02-143-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Oliver Powalla (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 142 bis 144 einfügen:

zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie sukzessive mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können - auch neue Gasleitungen nach Berlin müssen für steigende Anteile von Erneuerbarem Gas geplant und ausgelegt werden. Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir effektiver nutzen als bisher. Für uns ist jedoch klar: Das Ziel der Zero Waste Stadt darf

Begründung

Für den Betrieb eines neuen Gaskraftwerks müssen in und nach Berlin auch neue Gasleitungen verlegt werden. Dabei sollte nicht mehr in rein fossile Infrastruktur investiert werden, die dann später aufwendig erneuert werden muss, um sie für Erneuerbare Gase ausulegen. Der Betreiber Vattenfall muss dem Land Berlin hier ein schlüssiges Gesamtkonzept vorlegen. Dazu gehören perspektivisch auch verbindliche Kriterien für die nachhaltige Produktion bzw. den nachhaltigen Import von grünen Gasen sowie Maßnahmen für mehr Effizienz in der Fernwärmeversorgung, um den Gasverbrauch Berlins so gering wie technisch möglich zu halten.

L-02-143-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Nicole Holtz (KV Berlin-Reinickendorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 142 bis 149:

zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie sukzessive mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. ~~Die Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir effektiver nutzen als bisher. Für uns ist jedoch klar: Das Ziel der Zero-Waste-Stadt darf nicht konterkariert werden und wir wollen die Müllverbrennungsmenge nicht über den Status Quo ausweiten. Deshalb muss vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Strom- und Wärmeerzeugung und die Sektorkopplung zur Nutzung von Grünem Gas verstärkt vorangetrieben werden. Das Ziel der Zero-Waste-Stadt hat für uns Priorität. Bei der in Berlin anfallenden Menge an Restmüll wollen wir daher so weit wie möglich auf eine Reduzierung hinarbeiten. Hinsichtlich des unvermeidlichen Rests wollen wir die Wärme aus der Müllverbrennung effektiver nutzen als bisher. Darüber hinaus muss vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Strom- und Wärmeerzeugung und die Sektorkopplung zur Nutzung von Grünem Gas verstärkt vorangetrieben werden.~~

Begründung

580.000 Tonnen werden aktuell im Heizkraftwerk Ruhleben jährlich verfeuert. Pro Berliner*in sind das rund 150 Kilogramm Müll. Eine unglaubliche Menge! Und wie bereits im Antrag „Keine Ausweitung der Müllverbrennung in unserer Zero-Waste-Metropole Berlin“ vom April aufgeführt, sind das 60.000 Tonnen mehr, als immissionschutzrechtlich genehmigt.

In dem genannten Antrag wurde auch bereits daran erinnert, dass sich die Regierungsfractionen in der Koalitionsvereinbarung auf eine „drastische Reduktion der Restabfallmenge“ verständigt haben. Daher würden wir hinter diese Ziele zurückfallen, wenn hier im Antrag nun nur noch die Rede davon ist, dass die Müllverbrennungsmenge nicht über den Status Quo ausgeweitet werden soll.

Es kann kein Grünes Ziel sein, diesen Status quo auch nur zu halten, wenn wir das Thema Zero-Waste-Stadt wirklich ernst nehmen wollen, in Hinblick auf die Mengen an Ressourcen, die in die Produktion dieser Dinge geflossen und nach einer Verbrennung unwiderruflich verloren sind. Insoweit sollte an dieser Stelle klar formuliert werden, dass es das primäre Ziel ist, diesen Müll gar nicht erst anfallen zu lassen und nur das sekundäre Ziel, die Reste, die sich auch mit einer guten Zero-Waste-Strategie nicht vermeiden lassen, dann wenigstens so effizient wie möglich zu verbrennen.

Weitere Antragsteller: Reinhard Koppenleitner (KV Reinickendorf), Peer Rust (KV Reinickendorf), Bernhard Müller (KV Reinickendorf)

L-02-143-4 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 142 bis 145:

zu bewerkstelligen. Daher müssen die Gaskraftwerke so gestaltet sein, dass sie sukzessive mit Erneuerbarem Gas befeuert werden können. ~~Die~~Neben der Wärme aus der Müllverbrennung wollen wir ~~effektiver nutzen als bisher~~auch die Planung von modernen automatischen Abfalltrennungsanlagen vorantreiben, Mechanisch-Physikalische Stabilisierungsanlagen (MPS) wie in Pankow und Reinickendorf auch in anderen Stadtteilen ausbauen, sowie den Bau weiterer Bio-Gasspeicher wie in Spandau, zum Überbrücken von Spitzenlasten umsetzen. Für uns ist jedoch klar: Das Ziel der Zero Waste Stadt darf nicht konterkariert werden und wir wollen die Müllverbrennungsmenge nicht über den Status

L-02-145 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 14.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 144 bis 147:

effektiver nutzen als bisher. Für uns ist jedoch klar: Das Ziel der Zero Waste Stadt darf nicht konterkariert werden ~~und wir~~.

Wie mit dem Antrag „Keine Ausweitung der Müllverbrennung in unserer Zero-Waste-Metropole“ beschlossen, wollen wir die Müllverbrennungsmenge nicht-nicht über den Status Quo die genehmigte Menge von 520.000 Tonnen pro Jahr ausweiten. Wir werden an dieser wichtigen Schnittstelle von ökologischer Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz beharrlich sein und mit unserer Umweltsenatorin alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Steigerung der Kapazität zu verhindern und durch die Stärkung von Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Recycling einen noch größeren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Entgegen der oben genannten und von Vattenfall finanzierten Machbarkeitsstudie, ist die Wärme aus Abfall grundsätzlich nicht als klimaneutral zu bewerten! Für die von uns angestrebte klimafreundliche Wärmenutzung aus Hausmüll müssen deshalb neben einer energetischen Optimierung der BSR-eigenen Abfallverbrennungsanlagen alle Anstrengungen unternommen werden, unseren Berliner Abfall zu vermeiden und zu recyceln. Deshalb muss vor allem der Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Strom- und Wärmeerzeugung und die Sektorkopplung zur Nutzung von Grünem Gas verstärkt vorangetrieben

Begründung

Das Recycling von Abfällen führt zu einer 30mal höheren Klimagasgutschrift als die energetische Verwertung von Abfällen. Die energetische Verwertung von Müll ist nur dann vorteilhaft für das Klima, wenn sämtliche Potenziale der Abfallvermeidung, Wiederverwendung und des Recyclings ausgeschöpft sind.

Entsprechend der Abfallhierarchie darf nur das verbrannt werden, was nicht vermieden und recycelt werden kann (§§ 6 – 8 KrWG). Zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft sollen Wiederverwendung, Langlebigkeit, und Reparaturfreundlichkeit gefördert werden und Produkte und Materialien so lang wie möglich im Stoffkreislauf erhalten werden.

Auch unter Klimagesichtspunkten hat das Vermeiden und Recyceln von Abfall absoluten Vorrang.

Die UBA-Bilanz der CO₂-Iventare zeigt, dass die Verbrennung von Abfall nicht klimaneutral ist. Nur die Energie des biogenen Anteils im Abfall kann als klimaneutral bewertet werden. Die Machbarkeitsstudie von Vattenfall lässt dies unberücksichtigt!

Die Bundesregierung hat nun bereits reagiert, indem sie die Abfallverbrennung innerhalb des nationalen Emissionshandels, der ab 2021 beginnt, mit einem CO₂-Preis belastet. Das Brennstoff-Emissionshandelsgesetz (BEHG), welches am 15.11.2019 im Bundestag beschlossen wurde, bezieht ab 2023 neben den Hauptbrennstoffen (Ottokraftstoffe, Diesel, Erdgas, Heizöl) auch die CO₂-Emissionen von Kohle und kohlenwasserstoffhaltigen Energieerzeugnissen (Sammelbezeichnung für Abfälle oder aus Abfällen gewonnene Ersatzbrennstoffe, einschließlich Plastik- und Kunststoff-Fraktionen) ein. Lediglich die biogenen Anteile aller Brennstoffemissionen werden vom nationalen Emissionshandel ausgenommen, bzw. mit dem Emissionsfaktor null bewertet.

L-02-154 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 13.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 153 bis 154:

darüber hinaus den Senat auf, für die zukünftige Wärmeversorgung die Berliner Potentiale emissionsarmer Wärmeerzeugung kontinuierlich und **intensivkleinteilig** zu analysieren und transparent zu dokumentieren.

Begründung

Wir denken, dass wir ziemlich genaue Informationen brauchen werden, um viele dezentrale Veränderungen in Gang setzen zu können - außerdem müssen Eigentümerinnen und Eigentümer sich leicht darüber informieren, was wo möglich ist

L-02-154-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 153 bis 154 einfügen:

darüber hinaus den Senat auf, für die zukünftige Wärmeversorgung die Berliner Potentiale emissionsarmer Wärmeerzeugung kontinuierlich und intensiv gemeinsam mit dem Land Brandenburg und den Hochschulen Berlins zu analysieren.

L-02-157 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 156 bis 158:

Sektorkopplung und Flexibilisierung des Energiesystems besser zu nutzen und Einnahmen in eine nachhaltig versorgte Stadt zu reinvestieren. Neben ~~der Fortführung~~ der mit hochdruck geführten Rekommunalisierungsverfahren werden wir auch Gespräche mit den derzeitigen

L-02-166 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 165 bis 169:

auch ein Förderprogramm zum Abwracken alter Ölheizungen aufgelegt und werden erneuerbare Wärme deutlich stärker fördern. Wir werden, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, ein Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz ~~erarbeiten~~ verabschieden, wodurch wir gewährleisten, dass beim Neubau und beim Austausch von Heizungsanlagen die künftig produzierte Wärme ~~zu einem vorgegebenen Anteil~~ durch erneuerbare Energien gedeckt wird.

Begründung

Begründung: Die Legislaturperiode ist zur Hälfte vorbei und nun müssen wir beweisen, wofür wir den Regierungsauftrag der Wähler*innen erhalten haben. Weitere Verzögerungen schaden nicht nur der Glaubwürdigkeit von Bündnis90/Die Grünen, sondern beschleunigen den Klimawandel enorm und riskieren eine lebensfähige Zukunft nachkommender Generationen.

L-02-167 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 166 bis 168 löschen:

Wärme deutlich stärker fördern. Wir werden ein Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz erarbeiten, wodurch wir gewährleisten, dass ~~beim Neubau und~~ beim Austausch von Heizungsanlagen die künftig produzierte Wärme zu einem vorgegebenen Anteil durch erneuerbare Energien gedeckt

Begründung

Neubau ist durch das Bundes-EEWärmeG geregelt, wir dürfen dies nicht regeln - nur den Bestand.

L-02-169 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 168 bis 169 einfügen:

künftig produzierte Wärme zu einem vorgegebenen Anteil durch erneuerbare Energien gedeckt wird.
Insbesondere beim Neubau werden wir darauf achten, dass Heizungssysteme eingebaut werden, die auch mit Niedrigtemperaturnetzen betrieben werden können.

L-02-174 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 173 bis 176:

Wärme aus verschiedenen regenerativen Quellen in Nahwärmenetze eingespeist, mit Speichern verknüpft und lokal verteilt werden – ob Solarthermie, Abwärme, Abwasserwärme, Biomasse, Geothermie oder Power2Heat aus ~~Stromüberschüssen oder Kraft-Wärme-Kopplung~~ erneuerbaren Stromüberschüssen. Darüber hinaus fördern wir auch seit Anfang Oktober über das Förderprogramm „Energiespeicher PLUS“ Stromspeicher mit bis

Begründung

- Begründung: Kraft-Wärme-Kopplung ist nicht regenerativ und erneuerbar. Kann und darf in diesem Zusammenhang nicht aufgeführt werden.
- Biomasse wird bereits genutzt und kann erstens durch Biomüllabfälle und zweitens durch Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg hergestellt und gespeichert werden.

L-02-177 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 177 bis 182:

Für uns ist es auch zentral, dass Berlin seinen Beitrag bei der Erzeugung von ökologischem Strom stärker wahrnimmt. Wir haben das Ziel, dass ein Viertel des in Berlin benötigten Stromes durch Solaranlagen generiert wird.

Deshalb wollen wir bei Neubauten PV-Anlagen zur Pflicht machen und im Bestand fördern.

~~Für uns ist es auch zentral, dass Berlin seinen Beitrag bei der Erzeugung von ökologischem Strom stärker wahrnimmt. Wir haben das Ziel, dass ein Viertel des in Berlin benötigten Stromes durch Solaranlagen generiert wird. Deshalb wollen wir bei Neubauten Solar-Anlagen zur Pflicht machen. Nur~~ so können wir gewährleisten, dass dauerhaft und strukturell befördert der Ausbau an Photovoltaik-Anlagen auch gelingt. Dabei schließt eine Photovoltaik-

Begründung

Unterstützer*innen: Jürgen Wolf, Jan Paschke, Michael Sebastian Schweiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-179 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Isaro Idris (KV Mitte)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 178 bis 182:

Für uns ist es auch zentral, dass Berlin seinen Beitrag bei der Erzeugung von ökologischem Strom stärker als Priorität wahrnimmt. Wir haben das Ziel, dass ein Viertel des in Berlin benötigten Stromes durch Solaranlagen generiert wird. Deshalb wollen wir bei Neubauten Solar-Anlagen zur Pflicht machen.

Des weiteren werden wir den Forschungsetat des Kompetenzzentrums für Photovoltaik des Helmholtz-Instituts Berlin massiv ausweiten, so dass mit seiner Hilfe die deutsche Solarindustrie einen neuen Impetus bekommt und wieder Spitzentechnologie auf dem Weltmarkt hervorbringen kann und auch wieder eine Vorreiterrolle in der Umwelttechnologie hat. Dadurch könnte das Ziel der Grünen in Berlin, ein Viertel des Stromes aus erneuerbaren Energien zu generieren, sogar noch übertroffen werden.

Wir treten an, um eine starke wettbewerbsfähige deutsche Solarindustrie wieder hervorzubringen, in der wir jährlich eine deutsche Solarindustrie-Strategietagung in Berlin ausrichten, damit der Wirtschaftsstandort Deutschland mit Berlin als Hauptstadt in Zeiten von globalen Umbrüchen weiterhin im globalen Wettbewerb seine Attraktivität behält.

Wenn wir zu 100% zum Klimaschutz stehen, dann müssen wir in die deutsche Solarindustrie investieren. Es ist eine lohnende Investition in die Zukunft, für den Wirtschaftsstandort Deutschland, für neue langfristige Arbeitsplätze und für den Klimaschutz und um die alten industriestrategischen Fehler wiedergutzumachen.

Da wir wahrscheinlich am Ende des Jahres den Klimanotstand ausrufen werden, ist die Umsetzung des Klimaschutzes einer der politischen Schwerpunkte dieses Jahrhunderts.

Die öffentliche Hand und somit ein landeseigenes strategisch ausgerichtetes Solarunternehmen in Berlin hätte hier Vorbildcharakter und auch eine gewichtige Signalwirkung, dass das Land Berlin in eine klimafreundliche, zukunftsorientierte Technologie investiert und ein gewichtiger Spieler bei der Umwelttechnologie wird.

Die Erforschung und Entwicklung neuer Solartechnologien geschieht rasant und weltweit und Deutschland und Berlin müssen auf dieser Ebene mitspielen, ansonsten entgleiten uns Schlüsseltechnologien!

Die neuesten Forschungserfolge und Ergebnisse des Helmholtz-Instituts könnten dann schnell in der Masse durch ein zu gründendes landeseigenes Solarunternehmen produziert werden, dadurch würde man Berlin schnell und effizient zur Hauptstadt der erneuerbaren Energien machen.

Wie der Ausbau des ÖPNV mit 28 Milliarden Euro eine lohnende Investition in den Klimaschutz ist, so ist auch ein langfristig angelegtes Förderprogramm in die Berliner Solarindustrie eine mehr als lohnende Investition, in ein klimafreundliches, arbeitsplatz schaffendes Programm. Wenn man das mit dem Ausbau der Solarenergie wirklich ernst meint, muss man auch hier im großen Stil investieren. Durch die alljährlich stattfindende Solarindustrie-Strategietagung könnte man dann auch eine deutschlandweite Strategie erarbeiten.

Begründung

Die Umsetzung der Strategien gegen den Klimawandel darf keine Zeit mehr verloren werden, wie neueste Studien eindrücklich belegen.

<https://www.klimareporter.de/erdsystem/klimaneutralitaet-kommt-2050-zwei-jahrzehnte-zu-spaet>

Zudem sind viele Fachleute der Meinung, dass es für den Standort Deutschland wichtig wäre, bei Zukunftstechnologien im globalen Wettbewerb nicht ins Hintertreffen zu geraten.

L-02-179-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 178 bis 181:

Für uns ist es auch zentral, dass Berlin seinen Beitrag bei der Erzeugung von ökologischem Strom stärker wahrnimmt. Wir ~~haben das Ziel~~ beginnen 2020 mit dem Erarbeiten und Umsetzen von Konzepten, die gewährleisten, dass ein Viertel des in Berlin benötigten Stromes durch ~~Solaranlagen~~ Photovoltaik-Anlagen generiert wird. Deshalb wollen wir bei Neubauten Solar-Anlagen zur Pflicht machen. Nur so können wir gewährleisten, dass dauerhaft und strukturell

L-02-180 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 179 bis 181 einfügen:

Strom stärker wahrnimmt. Wir haben das Ziel, dass ein Viertel des in Berlin benötigten Stromes durch Solaranlagen generiert wird. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt bei Neubauten Solar-Anlagen zur Pflicht machen. Nur so können wir gewährleisten, dass dauerhaft und strukturell

Begründung

Perspektivisch müssen wir auch an den Bestand ran

L-02-180-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 14.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 179 bis 181:

Strom stärker wahrnimmt. Wir haben das Ziel, dass ein Viertel des in Berlin benötigten Stromes durch ~~Solaranlagen~~ Photovoltaik-Anlagen generiert wird. Deshalb wollen wir bei Neubauten ~~Solar~~ Photovoltaik-Anlagen zur Pflicht machen. Nur so können wir gewährleisten, dass dauerhaft und strukturell

Begründung

Als Solaranlagen werden auch thermische Anlagen zur Warmwasserproduktion bezeichnet. Hier soll es aber um Stromproduktion gehen.

L-02-181 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Janik Feuerhahn (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 180 bis 183:

Stromes durch Solaranlagen generiert wird. Deshalb wollen wir bei Neubauten Solar-Anlagen zur Pflicht machen. Bei umfangreichen energetischen Sanierungen von Bestandsbauten soll es ebenfalls eine Verpflichtung zur Nachrüstung von Solar-Anlagen geben. Nur so können wir gewährleisten, dass dauerhaft und strukturell befördert der Ausbau an ~~Photovoltaik~~Solar-Anlagen auch gelingt. Dabei schließt eine Photovoltaik-Anlage die Begrünung von Dächern oder Fassaden nicht aus, sondern potenziert den Nutzen.

L-02-182 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 181 bis 183:

zur Pflicht machen. Nur so können wir gewährleisten, dass dauerhaft und strukturell ~~befördert~~ der Ausbau an Photovoltaik-Anlagen auch gelingt. Dabei schließt eine Photovoltaik und Solarthermie-Anlage die Begrünung von Dächern oder Fassaden nicht aus, sondern potenziert den Nutzen.

Begründung

Begründung: Rechtschreibfehler im Satz:

Neben Photovoltaik Anlagen zur erzeugung von Strom sind auch Solarthermie-Anlagen, zur Warmwasserversorgung, ein wesentlicher Bestandteil der Energie- und Wärmewende.

L-02-183 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 182 bis 186:

befördert der Ausbau an Photovoltaik-Anlagen auch gelingt. Dabei schließt eine Photovoltaik-Anlage die Begrünung von Dächern oder Fassaden nicht aus, sondern ~~potenziert den Nutzen~~ muss in allen Bauplänen berücksichtigt und weitestgehend zur Pflicht werden. Auch innovative Fassadenbegrünung müssen gefördert und bei Neubauten ab 25% der Fassadenfläche vollbegrünt werden. Auch den Mieterstrom werden wir deutlich ausbauen. Die bisherigen Mieterstrom-Projekte des Berliner Stadtwerks versorgen schon in über 6.000 Haushalten die Mieter*innen mit CO₂-sparendem Photovoltaik-Strom. Wir wollen dies kontinuierlich ausbauen und zudem Balkonphotovoltaik-Module nach Freiburger Vorbild mit einer Prämie von mindestens 1/2 des Einkaufspreises fördern.

Begründung

Begründung: potenziert den Nutzen?, Dach vollbegrünung/Fassadengrün in Bauplänen fördern.

<https://www.freiburg.de/pb/Lde/232441.html>

L-02-186 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 185 bis 186 einfügen:

Berliner Stadtwerks versorgen schon in über 6.000 Haushalten die Mieter*innen mit CO₂-sparendem Photovoltaik-Strom.

Notwendig ist ebenso eine Solarbauoffensive für den Bestand an Gebäuden, um die Metropole Berlin zur Solar-City zu transformieren. Auch auf den öffentlichen Altbauten und Altbauten in genossenschaftlichen Wohnanlagen, auf Supermärkten und Industriegebäuden sollen PV-Anlagen installiert werden, wo dies baulich möglich und durch den zu erwartenden Stromertrag gerechtfertigt ist. Weiterhin wollen wir möglichst viele Parkflächen mit aufgeständerten PV-Modulen ausstatten. Hierzu soll eine Solarbauoffensive vom Senat ergriffen werden.

Die Kredite dafür können von der Investitionsbank Berlin (IBB) sukzessive mit dem Aufwuchs der Solaranlagen aufgenommen werden, die den Landesämtern, Bezirken und Genossenschaften für die Solarbauoffensive von der IBB zur Verfügung gestellt werden können. Für die erforderlichen Investitionen kann die IBB am Finanzmarkt eigene Wertpapier-Emissionen am Kapitalmarkt (Kommunalschuldverschreibungen) emittieren (aufnehmen) - teilweise zu Negativ-Zinsen - vor dem Hintergrund der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Durch die garantierte 20-jährige Einspeisevergütung kann diese Investition refinanziert werden und ist kostenneutral für den Landeshaushalt.

Das Stadtwerk Berlin sucht sich nicht die Projekte mit den besten Renditen heraus, sondern bildet Pools von renditestarken Projekten mit Projekten ohne Rendite, so dass dabei noch eine kleine Rendite herauskommt und somit mehr PV-Anlagen gebaut werden können. Das Stadtwerk Berlin sollte vorrangig mit der Solarbauinitiative des Senats beauftragt werden.

Mit der Solarbauinitiative können die Finanzinvestitionen zu einem Boom für die Solarbranche umgelenkt werden vom Betongold in Solargold!

Begründung

Die Klimakrise gebietet in Berlin keinen Aufschub. Wir haben nur noch wenige Jahre Zeit. Die Kipppunkte des Weltklimas sind bereits erreicht. Wir können den Klimawandel nur noch auf 1,5 bis 2 Grad begrenzen wie im Pariser Klimaabkommen vereinbart. Derzeit sind wir auf einem Pfad von 3 bis 5 Grad aufgrund unserer Emissionen mit katastrophalen Folgen.

<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/heisszeit-studie-erderwaermung-von-bis-zu-5-grad-eine-welt-die-anders-ist-als-alles-was-wir-kennen/22886048.html> sowie die aktuellen Berichte des Weltklimarates (IPCC): <https://www.de-ipcc.de/128.php>

Berlin wird bereits jetzt laut Klimaforscher*innen von Wetterextremen getroffen mit wochenlangem Hitze gefolgt von heftigen Niederschlägen. Klimaforscher aus Berlin und Potsdam geben eine eindeutige Antwort: „Hitzewellen und extreme Regenfälle werden seit Jahrzehnten immer häufiger. Dieser Trend wird sich in Zukunft durch den Klimawandel fortsetzen.“ Das ist das zentrale Ergebnis ihrer Studie, die sie in der Wissenschaftszeitschrift „Nature“ veröffentlicht haben. „Wenn die globale

Temperatur um zwei Grad zunimmt, wird jeder Sommer so wie 2018“, erläutert Carl-Friedrich Schlußner von der Berliner Humboldt Universität, einer der an der Studie beteiligten Forscher.

Wenn wir die Ziele des Pariser Klimaabkommens auch in Berlin einhalten wollen, wird es nicht ausreichen, nur auf Neubauten verpflichtend Solarpaneele zu installieren. Berlin hat nur begrenzt die Möglichkeiten, Windkraft-Anlagen zu installieren bzw. durch die Regenerativen Energie zu erzeugen. Deshalb ist die Solarenergie erste Wahl!

Sogar Bundeskanzlerin Angela Merkel hat am 23. Nov. 2019 regierungsamtlich bestätigt, dass die Erdtemperatur bei den jetzigen Klimazielen um drei Grad erhöhen würde.

(<https://www.sueddeutsche.de/politik/angela-merkel-erdtemperatur-wuerde-bei-jetzigen-klimazielen-drei-grad-steigen-1.4683158> und den Monitoringbericht der Bundesregierung vom 26.11.2019: <https://www.sueddeutsche.de/politik/klima-temperatur-bericht-1.4698326>)

20 % der Menschen in den Industrieländern verbrauchen 80 % der Ressourcen. Wir müssen sofort umsteuern!

Berlin als Metropole und als Leuchtturm der Freiheit im Kalten Krieg muss nun zum Leuchtturm für Klimaneutralität werden.

Die Investitionsbank Berlin (IBB) kann zur Finanzierung am Kapitalmarkt die erforderlichen Mittel für diese Investitionen sukzessive mit dem Ausbau der Solaranlagen für den Bestand an Gebäuden am Kapitalmarkt aufnehmen. Die zusätzliche Kreditaufnahme für die Solarbauoffensive entsprechend dem Ausbau der PV-Anlagen wird für den Klimaschutz in Berlin in den nächsten Jahren einen erheblichen Beitrag dazu leisten, Berlin klimaneutral zu gestalten.

Die Investitionsbank Berlin ist berechtigt, Kommunalschuldverschreibungen und sonstige Schuldverschreibungen auf dem Kapitalmarkt zu emittieren. Durch die Garantie des Landes Berlin ergibt sich für Verbindlichkeiten der IBB in Deutschland ein Ausfallrisiko von Null. Vor diesem Hintergrund kann die IBB derzeit durch die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zu äußerst günstigen Konditionen Kredite am Kapitalmarkt aufnehmen. Die emittierten Wertpapiere werden in der Regel zum Börsenhandel im Marktsegment Regulierter Markt an der Börse Berlin zugelassen. Die börsennotierten Wertpapiere sind vom ESZB (Europäisches System der Zentralbanken) in die Asset-Klassifikation „Tier One“ – höchste Sicherheitsstufe - eingestuft worden und können somit europaweit als Sicherheiten für die Offenmarktoperationen des ESZB eingesetzt werden. (<https://www.ibb.de/de/investor-relations/wertpapiere/wertpapiere.html>)

Das Land Berlin garantiert die Rückzahlung. Berlin hat Null Risiko, da die Rückzahlung der Kredite für die Investitionen in die Solarbauinitiative für Altbauten durch die Einspeisevergütung über 20 Jahre garantiert ist. Für die ersten installierten Anlagen, die mit der Einführung des EEG unter der rot-grünen Bundesregierung vom Umweltministerium unter dem grünen Umweltminister Jürgen Trittin installiert wurden, werden für den eingespeisten Strom 49,21 Cent/kWh für 20 Jahre garantiert (z. B. für die Solaranlage an der Elinor-Ostrom-Schule/EOS). Derzeit werden nur noch ca. 11 Cent pro eingespeiste kWh an Einspeisevergütung für 20 Jahre gezahlt. Die Einspeisevergütung konnte auch vor dem Hintergrund gesenkt werden, weil es einen erheblichen Innovations- und Effektivitätsfortschritt bei den PV-Modulen gibt. Aktuelle Angebote für Kleinanlagen weisen eine Amortisationszeit von ca. 10 bis 15 Jahren auf, wenn die örtliche Gegebenheit (Ausrichtung, Verschattung etc.) stimmen. Da die Einspeisevergütung über 20 Jahre garantiert ist, verbleibt auf jeden Fall ein Überschuss.

L-02-189 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Andreas Otto (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 188 bis 190:

setzen uns dafür ein, dass die Wirtschaftlichkeitsprüfung bei der Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf landeseigenen Gebäuden ~~gestrichen wird~~ **Nachhaltigkeitskriterien einbezieht**, damit in Zukunft unbürokratisch und überall auch ökologischer Strom erzeugt werden kann. Der von unserer

Begründung

Klimaschutz ist eine große Aufgabe. Die Kriterien für Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Bauvorhaben müssen deshalb im Hinblick auf dieses Ziel unbedingt geändert werden. Bisher umfasst eine Wirtschaftlichkeitsprüfung i.d.R. nur eine kurzfristige Betrachtung bzgl. Einkaufspreis und Amortisierung.

L-02-189-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 188 bis 191:

setzen uns dafür ein, dass die Wirtschaftlichkeitsprüfung bei der Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf landeseigenen Gebäuden gestrichen wird, ~~damit in Zukunft unbürokratisch und überall auch ökologischer Strom erzeugt werden kann~~ Photovoltaik-Anlagen auf allen Dächern Pflicht werden. Der von unserer Energiesenatorin Ramona Pop angestoßene „Masterplan Solar City“ hat gemeinsam mit vielen

L-02-199 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Andreas Otto (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 198 bis 200:

endlich alle Ressorts dazu beitragen. Und wir nehmen die landeseigenen Unternehmen stärker in die Pflicht: ~~Wir wollen, dass~~ Der Senat muss für alle landeseigenen Gesellschaften, Anstalten und Körperschaften verbindliche Ziele zur CO2-Einsparung und zur Produktion erneuerbarer Energie vorgeben und anschließend mit den einzelnen Unternehmen einen Fahrplan aufstellen, wie sie möglichst schnell klimaneutral wirtschaften können. Uns reichen nicht ein paar wenige

Begründung

Die Landesunternehmen sind aus sich heraus nicht alle in der Lage und manche nicht willens, klimaneutral zu werden. Zu der Frage, was "klimaneutral" eigentlich bedeutet, gibt es sehr verschiedene Auslegungen. Außerdem gibt es Unternehmen, die mehr Einsparpotentiale haben als andere.

Aus diesen Gründen ist es unerlässlich, dass der Senat Ziele definiert.

L-02-200 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 199 bis 201:

in die Pflicht: Wir wollen, dass alle Unternehmen einen Fahrplan aufstellen, wie sie **möglichst schnell** **bis spätestens 2030** klimaneutral wirtschaften können. Uns reichen nicht ein paar wenige Photovoltaik-Anlagen auf Berlins Dächern. Mit der reformierten Bauordnung, der Abschaffung

L-02-201 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Andreas Otto (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 200 bis 203:

möglichst schnell klimaneutral wirtschaften können. Uns reichen nicht ein paar wenige Photovoltaik-Anlagen auf Berlins Dächern. Mit der reformierten Bauordnung, ~~der Abschaffung der~~ einer Wirtschaftlichkeitsprüfung, die Lebenszykluskosten sowie Nutzen für den Klimaschutz einbezieht, und der Novelle des Energiewendegesetzes und dem „Masterplan Solar City“ wollen wir die Strukturen so verändern, dass sie dauerhaft zu mehr PV-Anlagen

Begründung

Das ist einer eher redaktionelle Korrektur. Wirtschaftlichkeitsprüfungen sollen nicht abgeschafft werden, sondern die Bewertungsmaßstäbe müssen korrigiert werden. Bisher ist das i.d.R. nur eine kurzfristige Betrachtung bzgl. Einkaufspreis und Amortisierung. Wir wollen, dass die Zukunft der Maßstab ist. Das bedeutet, nicht weniger rechnen, sondern mehr und die Klimaschutzeffekte einpreisen.

L-02-204 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 203 bis 204 einfügen:

Solar City“ wollen wir die Strukturen so verändern, dass sie dauerhaft zu mehr PV-Anlagen führen. Wir wollen eine Trendwende in Berlin: In Zukunft muss sich derjenige rechtfertigen, der keine Solaranlage hat - denn Berlins Dachflächen sind eine unserer wertvollsten Ressourcen und müssen genutzt werden.

L-02-204-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Levi Penell (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 203 bis 204 einfügen:

Solar City“ wollen wir die Strukturen so verändern, dass sie dauerhaft zu mehr PV-Anlagen führen.

Um den Ausbau der Solarenergie zu beschleunigen, müssen wir auch die lokale Ebene stärken. Die Bezirke kennen die Bedingungen vor Ort am besten und sollen als Bindeglied zwischen den Gebäudeinhaber*innen und der Politik fungieren. Dafür ist es notwendig, dass wir die bezirklichen Handlungsträger*innen mit den entsprechenden finanziellen Mitteln und Handlungsmöglichkeiten ausstatten, um den Ausbau der Photovoltaik auch bei Bestandsgebäuden gewährleisten zu können.

Begründung

Ziel des Senats ist es, den Anteil der Solarenergie am Strommix auf 25% zu erhöhen. Bei uns in Charlottenburg-Wilmersdorf liegt dieser aktuell bei 0,2%. Es ist daher unerlässlich, die Aufgabe auch auf die Bezirke auszuweiten und Lokalpolitiker*innen in ihrer Handlungsfähigkeit zu stärken.

L-02-204-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 203 bis 204 einfügen:

Solar City“ wollen wir die Strukturen so verändern, dass sie dauerhaft zu mehr PV-Anlagen führen.

Die senatorischen Behörden werden aufgefordert Kleinst-Anlagen "Solar-Rebell" (PV-PLUG) durch Zulassung und Unterstützung (z. B. Werbung, finanzielle Förderung) pro Wohnung oder Wochenend-Grundstück zu unterstützen. Solche Anlagen - auch bekannt als Solar-Rebell - liegen unter der Bagatellgrenze und können mit einem Schuko-Stecker an einer normalen Steckdose angeschlossen werden, da sie eine Energiesteckdose ist und alle Anforderungen der Sicherheit erfüllt. Es sollte eine Werbekampagne gestartet werden, damit diese Möglichkeit der Energieeinsparung im Stadtbild erkennbar wird. Auch Aufklärung ist notwendig, damit Hausbesitzer beruhigt sind und sich nicht gegen Anlagen der Mieter*innen stellen und ebenso dafür zu sorgen, das die Netzbetreiber den Schuko-Stecker als Energiesteckdose anerkennen.

Erzeugt die PV-PLUG-Anlage "Solar-Rebell" mehr Strom als der Haushalt gerade verbraucht, dreht sich der Zähler rückwärts. Das wäre auch eine sehr gute Möglichkeit für Mieter*innen und einkommensschwache Haushalte, sich an der Energiewende zu beteiligen und daran zu partizipieren.

Begründung

Eine PV-PLUG-Anlage „Solar-Rebell“ kann auf dem Balkon nur in der Phase Energie für die Wohnung liefern, wenn sie angeschlossen ist. Die Leistung hängt von der Sonneneinstrahlung ab, mit 600 W reißen sich dabei Österreich und die Schweiz ein; Luxemburg hat mit 800 W die höchsten Werte. Die Deutsche Gesellschaft für Solarenergie e. V. (DGS) startet diesbezüglich voraussichtlich im April nächsten Jahres ein Normungsprojekt mit Labortests auch mit altem Leistungsmaterial, um verifizierbare genaue Daten zu erhalten (<https://www.dgs.de/aktuell/>). Wer ein Balkonmodul installiert muss zwingend einen Zähler mit Rücklaufsperrung haben. Einige Netzbetreiber fordern auch Zweirichtungszähler; Stromnetz Berlin hat zugesagt, dass sie diesen auch auf ihre Kosten einbauen, wenn es einen Zählerplatz dafür gibt.

Die Investitionskosten für eine „Solar-Rebell-Anlage“ betragen ca. 1.500 €. Bei einem Stromertrag von 700 bis 1000 kWh pro Jahr ergibt sich eine Reduzierung der Stromrechnung von 200 bis 300 €/Jahr – bei einer Amortisationszeit von 5 bis 8 Jahren ohne Förderung. Wenn davon ausgegangen wird, dass bei optimaler Ausrichtung durchschnittlich 900 kWh/kWp erreicht werden (600 W => 540 kWh) und die Balkonmodule selten in der optimalen Ausrichtung und unverschattet sind... vielleicht auch nicht immer der Strom genutzt werden kann, wenn er gerade da ist... wird von ca. 100 € Stromkosteneinsparung/Jahr ausgegangen, um einen niedrigen realistischen Wert anzusetzen, d. h. spätestens in 10 bis max. 15 Jahren Amortisation rentiert sich eine solche Anlage, während im Vergleich für eine Anlage auf dem Dach nach dem EEG die Einspeisevergütung 20 Jahre gesetzlich geregelt gezahlt wird. Auch wenn mit dem Ausbau von Balkonmodulen nur weit unter 1 % der in Berlin installierten Leistung erreicht wird, so leistet jedes gut eingesetzte Modul einen Beitrag zur Energiewende. Beteiligen sich 500.000 Berliner Haushalte, so werden zusätzlich ca. 350 bis 500 GWh Ökostrom pro Jahr Made in Berlin erzeugt. (siehe: <https://www.dgs.de/service/solarrebell/>)

L-02-204-4 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 203 bis 204 einfügen:

Solar City“ wollen wir die Strukturen so verändern, dass sie dauerhaft zu mehr PV-Anlagen führen.

Bereits in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen "Berlin gemeinsam gestalten.Solidarisch.Nachhaltig.Weltoffen" für die Legislaturperiode von 2016 bis 2021 wurde vereinbart: "Bis 31.12.2018 sind alle Dachflächen öffentlicher Gebäude auf ihre Eignung zur Installation von Solaranlagen zu überprüfen. Die Bedingungen für die Nutzung von Erdwärme, Windenergie und biogenen Reststoffen, die stofflich nicht klimafreundlich verwertbar sind werden verbessert." Da die Prüfung der Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden bereits seit einem Jahr abgeschlossen sein müsste, könnte die Installation der Solaranlagen mittels der Solarbauinitiative starten.

Begründung

Begründung s. Antrag Solarbauinitiative

L-02-205 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Isaro Idris (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 205 bis 207:

~~Mit~~ Wie in den obigen Ausführungen beschrieben und mit unserem Beschluss „Berliner Sonne – Die Energie der Zukunft!“ haben wir darüber hinaus noch viele weitere Maßnahmen beschlossen, damit Berlin wirklich zur Hauptstadt der Erneuerbaren Energien wird.

Begründung

Um die Stringenz der Aussagen zu betonen.

L-02-212 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Andreas Otto (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 211 bis 212 einfügen:

zu binden, durch ökologische Standards bei den Baustoffen gar nicht erst zu erzeugen bzw. immer weiter zu reduzieren und die Lebenszyklen von Gebäuden mitbedenken. Das Ziel aus unserem Koalitionsvertrag von 2016, für Gebäude des Landes Berlin und der Landesunternehmen den Passiv- bzw. Plusenergiehausstandard bei Neubauten vorzusehen, muss von Senat und Koalition endlich umgesetzt werden.

Begründung

Die Aufgaben aus dem Koalitionsvertrag sind noch lange nicht abgearbeitet. Die Zeit bis zur Wahl 2021 muss genutzt werden, um gerade im Bereich Stadtentwicklung und Bauen langfristig für den Klimaschutz zu wirken.

L-02-216 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Andreas Otto (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 215 bis 217 einfügen:

nachhaltig angelegt werden. Wir setzen beim Bau neuer Gebäude und bei der Modernisierung auf ökologische, energieeffiziente, Umwelt und Klima schützende Dämm- und Baustoffe wie Hanf und Stroh, Holz, Lehm, Naturstein oder Recyclingbeton. Mit der Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen

Von Zeile 220 bis 222 einfügen:

landeseigene Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften für den Holzbau und den Aufbau eines Holzbaucusters Berlin-Brandenburg, damit diese Schritt für Schritt dazu verpflichtet werden, Mindestquoten beim Holzbau zu erfüllen. Auch für Recyclingbeton fordern wir Mindestquoten, u.a. bei allen

Begründung

Als natürlicher Dämmstoff ist insbesondere Hanf als Rohstoff, der große Mengen CO₂ bindet, inzwischen gut eingeführt. Das nachwachsende Material hat genau wie Holz das Potential, jedes Gebäude zu einem CO₂-Speicher zu machen. Dazu wollen wir Impulse setzen.

Bei allen nachwachsenden Dämm- und Baustoffen müssen wir versuchen, gemeinsam mit dem Land Brandenburg voranzugehen, weil dort viele Produzenten genau das herstellen, was in Berlin verbaut werden kann.

L-02-219 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 13.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 218 bis 223:

Beschaffung haben wir für die öffentlichen Bauvorhaben bereits eine wichtige Weiche gestellt. Weitere Schritte sind eine ökologisch reformierte Bauordnung und die grundlegende Modernisierung der Anweisungen für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins (ABau) nach dem Vorbild der Frankfurter Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen. In der Bauwirtschaft sollte Kreislaufwirtschaft das oberste Ziel sein, d.h. es sollten nur Baustoffe und Bauelemente verbaut werden, die später wiederverwendet oder recycelt werden können. Wir wollen darüber hinaus ein Förderprogramm bzw. verpflichtende Vorgaben (z.B. Mindestquoten) für landeseigene Betriebe und Wohnungsbaugesellschaften für den Holzbau und den Aufbau eines Holzbaucusters, ~~damit diese um dem Holzbau~~ Schritt für Schritt ~~dazu verpflichtet werden, Mindestquoten beim Holzbau und flächendeckend zum Durchbruch~~ zu ~~erfüllen~~verhelfen. Auch für Recyclingbeton fordern wir Mindestquoten, u.a. bei allen Neubauten. Leitkonzepte zur Regenwasserbewirtschaftung und Hitzeanpassung machen größere

Begründung

Hinweis auf die angestrebte Reform der Bauordnung und Reformbedarf bei den Berliner Regelwerken für Bauaufgaben des Landes; Hervorhebung der Zielstellung beim Holzbau (Aufbau einer kritischen Masse, auf die die Bauwirtschaft sich einstellen kann)

L-02-225 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Andreas Otto (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 225 bis 226 einfügen:

In den neuen Stadtquartieren muss flächensparend und umweltgerecht gebaut werden. Weil wir möglichst wenig Boden versiegeln wollen, sollen neue Wohngebiete grundsätzlich im Geschosswohnungsbau errichtet werden. Neue Einfamilienhaussiedlungen lehnen wir ab. Die Nähe von Wohnraum und Arbeitsplätzen sowie Infrastruktur für Bildung und Kultur, Naherholung und

Begründung

Nach wie vor wird in Berlin bei neuen Wohngebieten viel Fläche mit Einfamilien- oder Reihenhäusern bebaut und verschwendet. Das ist schlecht für die Flächenbilanz, verschwendet Energie und Baustoffe. In Einfamilienhausgebieten sind i.d.R. auch keine Sozialwohnungen. Deshalb muss grundsätzlich Geschosswohnungsbau errichtet werden.

L-02-228 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 227 bis 229 einfügen:

Versorgung ist wichtig, da sie nicht nur ihren Teil zur besseren Klimabilanz beiträgt, sondern auch die Lebensqualität der Bewohner*innen erhöht. Dabei wollen wir das Wissen von feministischer Stadtplanung nutzen. Quartiere, die wir jetzt planen, müssen von Beginn an autoarm und klimaneutral konzipiert werden, gut mit Rad, Bus und Bahn

L-02-229 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 228 bis 231:

sondern auch die Lebensqualität der Bewohner*innen erhöht. Quartiere, die wir jetzt planen, müssen von Beginn an ~~autoarm~~ autofrei und klimaneutral konzipiert werden, gut mit Rad, Bus und Bahn erreichbar sein, Sharing-Dienste integrieren und Komfort für Fußgänger*innen bieten. Bei landeseigenen Gebäuden und Infrastrukturmaßnahmen müssen ökologische Standards bindend sein und zwingend umgesetzt

Begründung

Wir dürfen gerne mal etwas radikaler sein, um einen klaren Punkt zu machen.

L-02-233 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 232 bis 234 einfügen:

werden. Dafür stellen wir für alle landeseigenen Gebäude verbindliche Sanierungsfahrpläne auf und preisen den Klimaschutz bei Kosten-Nutzen-Betrachtungen zum CO₂-Schadenspreis von mindestens 180 €/t ein. Gleiches gilt für die Wohnungsbestände der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und alle

L-02-242 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 241 bis 243 einfügen:

Um ökologisches und energetisch nachhaltiges Bauen dauerhaft und strukturell zu fördern, werden wir die breiten Erkenntnisse zur zeitgemäßen feministischen Bauweise in einem Informationszentrum für energetisches, sozialverträgliches und nachhaltiges Bauen und Modernisieren öffentlich

Von Zeile 249 bis 250 einfügen:

der Eröffnung des SolarZentrums haben wir einen ersten Baustein im Energiebereich bereits geschaffen. Die Energie- oder Bauwende werden oft sehr technisch kommuniziert. Auf Grund gesellschaftlicher Sozialisation fühlen sich beispielsweise viele Frauen* weniger davon angesprochen. Da wir für die Energie- und Bauwende die Mitarbeiter aller gesellschaftlicher Gruppen benötigen, müssen die Beratungsangebote so konzipiert sein, dass verschiedene gesellschaftliche Gruppen angesprochen werden.

L-02-250 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 249 bis 250 einfügen:

der Eröffnung des SolarZentrums haben wir einen ersten Baustein im Energiebereich bereits geschaffen. Die Energie- oder Bauwende werden oft sehr technisch kommuniziert. Auf Grund gesellschaftlicher Sozialisation fühlen sich beispielsweise viele Frauen* weniger davon angesprochen. Da wir für die Energie- und Bauwende die Mitarbeit aller gesellschaftlicher Gruppen benötigen, müssen die Beratungsangebote so konzipiert sein, dass verschiedene gesellschaftliche Gruppen angesprochen werden.

L-02-251 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Janik Feuerhahn (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 251 bis 252:

Wer den Klimaschutz ernst nimmt, muss ~~jedoch~~ vor allem den Energieverbrauch drastisch reduzieren und dazu die energetische Modernisierung der Gebäude im Bestand in Angriff nehmen. Das derzeitige Tempo ist zu gering und der Umfang und

L-02-252 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 251 bis 253 einfügen:

Wer den Klimaschutz ernst nimmt, muss jedoch vor allem die energetische Modernisierung der Gebäude im Bestand in Angriff nehmen. Wir fordern daher eine energetische Sanierungsquote von 10% pro Jahr. Dafür wollen wir die energetische Sanierung im Ordnungsrecht verbindlich festschreiben. Das derzeitige Tempo ist zu gering und der Umfang und die Qualität der Maßnahmen reichen längst nicht aus, um die Klimaschutzziele 2030 zu

Begründung

- https://bv.antrag.gruene-jugend.de/buko53/Das_15_Grad-Ziel_von_Paris_endlich_umsetzen_Fuer_effektiven_Klimaschu-30994
- -> Z. 44

L-02-255 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 13.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 254 bis 255 einfügen:

erreichen. Zudem werden häufig nicht einmal die vorausberechneten Energieeinspareffekte durch die Modernisierungen erreicht. Um die Erreichung der Klimaziele bei der energetischen Gebäudemodernisierung im Auge zu behalten und bei Bedarf nachzusteuern, brauchen wir daher ein verlässliches Monitoring des Gebäudebestandes (z.B. durch ein aufzubauendes Kataster) sowie Qualitäts-, Umsetzungs- und Erfolgskontrollen für energetische Maßnahmen.

Begründung

Analog zur Beobachtung der Mieten im Mietenkataster brauchen wir auch mehr Informationen zum energetischen Zustand von Gebäuden

L-02-261 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 260 bis 261 einfügen:

einfach umsetzbaren und rasch erfolgversprechenden Maßnahmen sowie zur Erstellung von verbindlichen Modernisierungsfahrplänen für weitere Schritte. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, ist noch in dieser Legislaturperiode ein Erneuerbare Wärme Gesetz zu verabschieden, das einen CO2-Grenzwert für die Fernwärme festlegt und ökologische Mindeststandards an die Qualität der Fernwärme beinhalten und einen Netzzugangsanspruch zugunsten erneuerbarer Wärme regeln.

L-02-262 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 262 bis 263 einfügen:

Dem Land Berlin kommt bei der energetischen Gebäudemodernisierung und -Sanierung der eigenen Bestände eine Vorbildrolle zu. Das gilt nicht nur für öffentliche Gebäude, sondern auch für die

Von Zeile 265 bis 266 einfügen:

Modernisierungskonzepte ein, die konsequenten Klimaschutz und Sozialverträglichkeit sowie Bewohnerbeteiligung beispielgebend verbinden. Bei energetischer Modernisierung und -Sanierung muss der Arten- und Tierschutz für Gebäudebrüter besser beachtet werden, denn im Baugesetzbuch, bei der Gebäudebrüter-Verordnung, bei der Begutachtung und dem Vollzug in den Naturschutzbehörden bestehen große Defizite.

Begründung

... siehe den weiteren ÄA der LAG Tierschutzpolitik.

(Dieser erste Absatz mit LAG Umwelt beschlossen, dann auf einer späteren Sitzung noch einen zweiten Absatz der LAG Tierschutzpolitik hinzu gefügt und wg. Sitzungszyklus nicht mehr in die LAG Umwelt gegeben.)

Mitunterstützer*in: LAG Umwelt

L-02-266 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 13.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 265 bis 266 einfügen:

Modernisierungskonzepte ein, die konsequenten Klimaschutz und Sozialverträglichkeit sowie Bewohnerbeteiligung beispielgebend verbinden. [Dies kann z.B. in einem „Bündnis für Klimaschutz“ \(analog zum Mietenbündnis\) vereinbart werden.](#)

Begründung

praktischer, griffiger Vorschlag für eine politische Operationalisierung

L-02-266-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 265 bis 266 einfügen:

Modernisierungskonzepte ein, die konsequenten Klimaschutz und Sozialverträglichkeit sowie Bewohnerbeteiligung beispielgebend verbinden. Es wird geprüft, wie die Berücksichtigung von Artenschutzbelangen z.B. Nistplätze für Gebäudebrüter eine Voraussetzung für die Förderung energetischer Baumaßnahmen bilden kann und welche Förderrichtlinien der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der integrierten Stadtteilentwicklung, von ‚Zukunft Stadtgrün‘ oder der Städtebauförderprogramme Ansatzpunkte für den Schutz urbaner Biodiversität bilden.

Begründung

(dieser Absatz als Ergänzung und 2. Absatz zum gemeinsamen ÄA LAG Umwelt und LAG Tierschutzpolitik, wir konnten diesen Teil wg. Sitzungszyklus nicht mehr in die LAG Umwelt zurück geben)

Begründung für beide ÄA - wir haben uns damit beschäftigt :-) ...

Gebäudesanierung und Artenschutz in Einklang bringen

Unbedachte Sanierungen bedrohen Nistplätze

In vielen Städten, speziell in den Innenstädten, nehmen seit Jahren die Bestände der an Gebäuden brütenden Vogel- und Fledermausarten ab. Auch in Berlin gibt es spürbare Rückgänge. Die Gefährdungsursachen sind vielschichtig, aber die enormen Verluste von Lebensstätten durch (energetische) Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen zählen neben dem Verlust von Schutzgehölzen und Nahrungshabitaten zu den Hauptursachen, wie zahlreiche Experten, u.a. ein

Positionspapier des Bundesamtes für Naturschutz feststellt ^[1] .

Inzwischen mussten selbst ehemalige Allerweltsarten wie der Haussperling in Deutschland auf die Vorwarnstufe der Roten Liste, in Hamburg auf die Rote Liste und Mehlschwalben sowie Stare in Deutschland auf die Rote Liste gesetzt werden.

Die Tatsache, dass Fassaden wertvollen Lebensraum für Vögel und Fledermäuse bieten, Öffnungen und Hohlräume unter Dachziegeln von gebäudebrütenden Kulturfolgern wie Mauerseglern, Haussperlingen und auch von Fledermäusen genutzt werden, ist vielfach unbekannt. Doch genau solche Hohlräume werden einer energetischen Sanierung geschlossen und damit gehen die Lebensstätten für auf Gebäude zum Überleben zwingend angewiesene Tierarten durch die Dämmung systematisch verloren. Das geschieht oftmals unbemerkt und nicht selten werden brütende Altvögel und ganze Durchgänge von flugunfähigen Nestlingen im Bauschutt entsorgt und lebendig eingemauert.^[2]

Rechtliche Grundlagen

Nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG §44 Abs. 1) und der Europäischen Vogelschutzrichtlinie sind alle europäische Vogelarten (außer der verwilderten Haustaube) besonders geschützt. Alle Fledermausarten gelten lt. Anhang IV der FFH-Richtlinie als streng zu schützende Arten. Die Lebensstätten (Fortpflanzungs- und Ruhestätten) von gebäudebewohnenden Vogel- und

Fledermausarten sind sogar ganzjährig geschützt, weil sie entweder ganzjährig oder regelmäßig wiederkehrend standorttreu genutzt werden.

Von den gesetzlichen Zugriffs- und Zerstörungsverboten kann bei Sanierungen eine Befreiung erteilt werden, die vor Baubeginn oder Abriss bei der Naturschutzbehörde beantragt werden muss. Mit der Erteilung einer Ausnahme oder Befreiung sind das Tötungsverbot und in der Regel die Auflage verbunden, geeignete Ersatznisthilfen anzubringen.

Abwärtsspirale: Mangel an Kontrollen, Standards und Vollzugsdefizite

Der gesetzliche Schutz der Arten und ihrer Fortpflanzungsstätten läuft in der Praxis weitgehend ins Leere. Dass die Vernichtung von Lebensstätten gesetzlich verboten ist, wissen Bauherr*Innen oft nicht bzw. stoßen artenschutzrechtliche Belange auf Vorbehalte und Mangel an Anreizen seitens der Bauherrenschaft.

Nicht nur die Rechtslage ist oft unbekannt, es wird auch so gut wie nicht kontrolliert, da Behörden keine systematischen Kenntnisse von Bauvorhaben bzw. bedrohten Lebensstätten haben und die Meldung von Niststätten und diesbezügliche Initialisierung artenschutzfachlicher Maßnahmen in der kompletten Eigenverantwortung der Bauherrenschaft liegt.[\[3\]](#)

Hinzu kommt, dass Bauherren als ornithologische Laien kaum befähigt sind, tief hinter Fassadenfugen oder unter Dachziegeln versteckte Quartiere von Vögeln und Fledermäusen zu entdecken. Generell gilt jedoch: Je sanierungsbedürftiger die Immobilie ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass Spalten und Hohlräume vorhanden sind und Vögel und Fledermäuse diese nutzen. Häufig werden z.B. Mauersegler und insbesondere Fledermäuse erst von den mit der Sanierung beauftragten Handwerksbetrieben im Zuge der Baumaßnahme bemerkt und lösen Konflikte sowie Baustopps aus oder es werden auf Grund von Druck und Angst um den Arbeitsplatz, Straftaten begangen.

Werden Nistplätze an Sanierungsvorhaben den Behörden gemeldet, was häufig erst durch Anwohnende oder Ehrenamtliche der Fall ist, greifen behördliche Vollzugsdefizite, da gegenüber den Bauherr*Innen eine Nachweispflicht für geschützte Lebensstätten besteht, die allerdings im Zuge fortlaufender Baumaßnahmen nur schwer oder gar nicht zu erbringen ist.

Werden Gutachter*Innen (die keinerlei Fachkenntnisse zur Zulassung benötigen) durch Bauherren beauftragt, um Niststätten zu erfassen und ein Konzept für den ökologischen Ausgleich zu erstellen, kommt es häufig zu gravierenden Mängeln bei der Erfassung der Arten und Brutplätze.

Durch das Land Berlin werden den Bauherren/ Gutachtenden keinerlei objektive Standards und Kriterien für die fachgerechte Erfassung und Dokumentation von Lebensstätten am Gebäude vorgegeben und es besteht keine schriftliche Dokumentationspflicht von Lebensstätten.

Des Weiteren können Behörden im Rahmen der Berliner Gebäudebrüterverordnung[\[4\]](#) nur schwer Alternativenprüfungen vornehmen und Vermeidungs- bzw. Verminderungsmaßnahmen von den gesetzlichen Zugriffsverboten im Vorfeld von Baumaßnahmen auflagen, damit aktive Aufzuchten während laufender geschützt und der Erhalt der Populationen bei langen Bauzeiten gesichert wird.

Der Mangel an qualitativ ausreichenden Gutachten und damit an juristisch nachprüfbaren Informationen über die genaue Lage und Anzahl von Niststätten, die bei Bauvorhaben zerstört werden bedeutet in der Vollzugspraxis, dass Behörden oftmals wirksame Instrumente fehlen, um Bußgeldbescheide zu erlassen, bei etwaigen Verstößen einzugreifen und Maßnahmen zur Gefahrenabwehr zu ergreifen. Bauherren können auf Grund der derzeitigen Defizite in Berlin häufig davon ausgehen, dass sie ohne Strafen und Ahndung zu befürchten, gegen Bundes- und Europarecht verstoßen können.

Ersatzmaßnahmen werden nicht umgesetzt

Es kommt in den meisten Fällen der energetischen Sanierungen nicht zur Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen ökologischen Ersatzmaßnahmen, wie z.B., dem Anbringen von Nisthilfen an Fassaden. Das Artenschutzbelange bei energetischen Sanierungen nur unzureichend berücksichtigt werden, indem sowohl die Brutplätze am Gebäude als auch die dazugehörigen grünen Habitatstrukturen vernichtet werden, hat auch eine Studie der TU Berlin unter Leitung von Bernd Demuth nachgewiesen. [5]

Diese Konflikte sowohl in artenschutzrechtlicher, als auch in sozialer Dimension wie z.B. die Frustrationen von Anwohnenden, wenn ihre Vögel wegsaniert werden und Behörden sich handlungsunfähig zeigen, wären im Vorfeld mit guter Planung und strukturierten Vorgaben durch das Land Berlin vermeidbar. Eine erhöhte Sensibilität für politische ‚Maßnahmen‘, behördliches ‚Nicht-Handeln‘ und geringe Frustrationstoleranz für unliebsame Eingriffe in das Lebensumfeld sind die Folge. Entsprechend kritisch hat sich auch der Dachdeckerverband geäußert und einen besseren Artenschutz am Haus gefordert. [6]

Gebäudebrüter – Im freien Fall!

Die Konzepte zur nachhaltigen Gebäudesanierung sehen vor, das offene Fugen und Bereiche vollständig verschlossen werden, dies ist auch bei Neubauten der Fall. An den glatten, modernen Fassaden können Gebäudebrüter nicht mehr siedeln und ohne Bruterfolg gibt es keinen Nachwuchs. [7]

Erschwerend hinzukommt, dass gebäudebewohnende Tierarten fast nur in Kolonien brüten und bei unbedachten Sanierungen immer gleich ganze Standorte unwiderruflich verloren gehen. Aber nicht nur auf Grund ihrer Standorttreue haben Gebäudebrüter große Schwierigkeiten neue Quartiere mit geeigneter Lebensraumausstattung zu finden, sondern meistens wird in der unmittelbaren

Nachbarschaft auch saniert bzw. wird entsprechend der Klimaschutzziele noch saniert werden [8] und damit verschwinden Zug um Zug die Möglichkeiten zur Eigenumsiedlung der Tiere.

Artenschutz und Energiewende sind sehr gut vereinbar – bei rechtzeitiger Planung Energetische Gebäudesanierungen sind für den Klimaschutz unerlässlich und auch für den Wohnkomfort von großer Bedeutung.

Um Gebäudesanierung und Artenschutz miteinander in Einklang zu bringen, kann auf zahlreiche, praxiserprobte Lösungen zurückgegriffen werden, die häufig kostengünstig und ästhetisch ansprechend umzusetzen sind und ein rechtssicheres Planen und Bauen ermöglichen. Entsprechende Maßnahmen werden für Architekten mit der Zeit zur Routine und fallen bei den Kosten kaum ins Gewicht, wenn der Artenschutz bereits im Planungs- und Ausschreibungsprozess berücksichtigt wird. [9]

So können an zu sanierenden Gebäuden Lebensstätten für Haussperlinge, Mauersegler, Zwergfledermäuse und andere im Rückgang begriffene Arten erhalten bzw. ersetzt/ integriert bzw. nachträglich angebracht werden. Dass sich Artenschutz und Bauen nicht ausschließen und durch entsprechende Anreize befördert werden, belegen zudem auch diverse Erfahrungen und Best Practises. Maßnahmen für Gebäudebrüter sind sogar relativ einfach beim Bauen und Sanieren umzusetzen [10], fördern den Mittelstand und das Gewerbe. Derzeit werden im Rahmen eines Projektes von BMBF und BMU Standards für Wärmeverbundsysteme mit Nistkästen entwickelt.

Andere Städte wie München, Köln, Hamburg, Hannover setzen teure Schutzmaßnahmen z.B. auch für Haussperlinge um, was aber erst passiert ist, nachdem dort nach Jahren naturferner Stadtentwicklung

fast nichts mehr zu retten ist. In Berlin haben wir noch die Chance, die Bestände der Gebäudebrüter angesichts der flächendeckenden Sanierungen rechtzeitig zu schützen, damit die Populationen nicht weiter in großem Umfang ausgelöscht werden. Werden diese Maßnahmen im Zuge von Sanierungen rechtzeitig eingeplant, können sie mit wenig Aufwand umgesetzt werden und die Bestände der dort nistenden Arten stabilisieren.

Lösungen

Bei der Berücksichtigung von Tier- und Artenschutzbelangen muss es um alle Modernisierungs-, Wärmedämm- bzw. Neubaumaßnahmen und das städtebauliche Entwicklungskonzept gehen.

Durch Nistkästen und Fledermausquartiere - entweder außen an der Fassade angebracht oder integriert in die Dämmung lassen sich Brut- und Lebensstätten erhalten, ersetzen und neue schaffen. Hierfür gibt es auch optisch gute Lösungen.

Die Aufnahme des Artenschutzes in die Berliner Bauordnung ist eine Maßnahme, die den Informationsfluss bezüglich Artenschutz vom Gesetz zum Bauherren und Bauplaner gewährleisten und konkrete Vorgaben für die Implementierung von Nistkästen bzw. Habitaten machen kann.

Vorschläge:

-Die Stadt Berlin nimmt ihre Vorbildfunktion wahr und richtet bei allen Modernisierungs-, Wärmedämm- bzw. Baumaßnahmen im eigenen Gebäudebestand Nistplätze für Gebäudebrüter, z.B. für den Mauersegler, den Haussperling, den Hausrotschwanz und den Star, sowie verschiedene Fledermausarten ein. Hierbei darf es durch die Maßnahmen selbstverständlich zu keiner Einschränkung der Funktionalität des Gebäudes oder zu deutlichen Verzögerungen im Bau kommen.

-Bei allen Bauvorhaben auf städtischem Grund, auch bei Neubau, Vergabe und Verkauf von Grundstücken (Ausschreibungen) kann eine automatische Schaffung/ Einplanung von Nistangeboten den Verlust von Quartieren im Bestand ‚auffangen‘.

Damit erfüllt die Stadt Berlin auch ihre Verpflichtung, Gebäudebrüter als gefährdete urbane Arten zu fördern, die sich aus der Berliner Strategie zur Biologischen Vielfalt und der Koalitionsvereinbarung ergeben. Zusätzlich bieten die Nistangebote insbesondere an Bildungseinrichtungen sehr gute Beobachtungsmöglichkeiten und erfüllen somit gleichzeitig einen Bildungsauftrag zu Naturerleben und -bildung in der verdichteten Stadt.

Da Gebäude neben Grünflächen auch in der nationalen Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung eine hohe Priorität für den Erhalt der biologischen Vielfalt im besiedelten Bereich besitzen (NBS-BMU [\[11\]](#)) und alle gebäudebewohnende Arten zu den Indikatoren für nachhaltige Entwicklung im Lebensraum Siedlung zählen, gilt es besonders, „...dass die nationalen Klimaschutzziele nicht isoliert, sondern im Einklang mit den Zielen von Naturschutz und Landschaftspflege verfolgt werden.“ [\[12\]](#)

-Sinnvoll ist es, o.g. Maßnahmen für Gebäudebrüter im Kontext von energetischen Sanierungen auch für eine private Bauherrenschaft zu implementieren und an Förderkulissen für die energetische Sanierung oder an städtebauliche Programme zu binden, um deutliche und nachhaltig wirkende Anreizsysteme für private Bauherren zu schaffen.

-Verpflichtende Artenschutzgutachten vor Baubeginn können für eine rechtssichere Planung und Baudurchführung städtischer und privater Bauherren sorgen und Konflikte mit dem Artenschutz kostengünstig im Vorfeld vermeiden.

Die Bedürfnisse von Tieren schon im Planungsprozess zu berücksichtigen und als kreativen Entwurfsbaustein zu nutzen, wird bundesweit erfolgreich in diversen Ansätzen verfolgt.^[13]

#--

[1] Durch die verstärkte Sanierung und Wärmedämmung von Gebäuden gehen in großem Umfang Quartiere der Tiere verloren, die zu einem Rückgang bzw. einer Stagnation der Bestände siedlungstypischer Vogel- sowie Fledermausarten führen.“; [BfN Positionspapier gebäudebewohnende Tierarten, 2016](#)

[2] [Spiegel: Küken eingemauert Polizei ermittelt wegen Tierquälerei](#)

[3] Hierzu: [NABU Leipzig fordert Einhaltung der Artenschutzgesetze bei Baumaßnahmen](#)

[4] [Verordnung über Ausnahmen von Schutzvorschriften für besonders geschützte Tier- und Pflanzenarten](#)

[5] „Bislang werden Artenschutzbelange bei der Wärmedämmung der Außenfassade jedoch nur unzureichend berücksichtigt, was zu einer zunehmenden Gefährdung gebäudebewohnender Arten führen kann.“ Bernd Demuth: „Klimaschutz und Naturschutz gehen zusammen“ – Offenbach, 28.08.2017

[6] [Der Dachdeckerverband greift im November 2018 die Problematik der Zerstörung von Lebensstätten auf und fordert, 'der Reduzierung der Artenvielfalt entgegenzuwirken'](#)

[7] [vgl. BfN: Positionspapier Gebäudebewohnende Arten](#); [LBV München](#); S.Weber (LBV München) in Der Falke, Sonderheft 2015, Lebensraumansprüche eines Allerweltsvogels: Schutzmaßnahmen für Haussperlinge müssen einsetzen, bevor Bestände unter die kritische Grenze fallen und keine Fortpflanzung mehr stattfindet.

[8] Auch der Senat von Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, dass die Stadt bis zum Jahr 2050 klimaneutral werden soll.

[9] [Vgl. Architekturbüro Hechenbichler: „Nachhaltigkeit beim Bauen bedeutet auch, die Bestände bedrohter und gefährdeter Gebäudebrüter zu erhalten.“](#)

[10] http://region-hannover.bund.net/themen_und_projekte/artenschutz_an_gebaeuden/

[11] [Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt](#)

[12] [Vgl. BfN Positionspapier gebäudebewohnende Arten](#)

[13] [Vgl. Prof. Weisser/Dr.Hauck: 'Animal Aided Design'](#)

L-02-275 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 13.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 274 bis 276:

zahlungskräftiger Bewohner*innen missbraucht. Bündnis 90/Die Grünen Berlin fordert deshalb ~~ein~~ **Drittelmodell** eine faire Kostenteilung im Sinne des Drittelmodells, das neben den Mieter*innen auch die Vermieter*innen an der Finanzierung der Kosten beteiligt. Entscheidend wird dabei sein, die Kosten für die Mieter*innen

Begründung

Das "Drittelmodell" sehen wir kritisch, weil der Beitrag der Vermieter*innen in diesem (älteren) Konzept nicht klar gefasst ist - wenn am Begriff aber festgehalten werden soll, würden wir gern das eigentliche Ziel stärker hervorheben

L-02-276 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schweiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 275 bis 277 einfügen:

ein Drittelmodell, das neben den Mieter*innen auch die Vermieter*innen an der Finanzierung der Kosten beteiligt. Nach der Armortisierung der realen Modernisierungskosten soll die Modernisierungsumlage ersatzlos entfallen. Entscheidend wird dabei sein, die Kosten für die Mieter*innen überschaubar und kalkulierbar zu halten. Der Weg, den Berlin hier im Zuge des Mietendeckels

Begründung

erfolgt mündlich.

Weitere Antragssteller*innen: Vasili Franco, Britta Kallmann, Dorothee Marquardt , Jürgen Wolf, Dominik Pross, Jan Paschke (alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-277 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schweiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 276 bis 278 einfügen:

der Kosten beteiligt. Entscheidend wird dabei sein, die Kosten für die Mieter*innen überschaubar und kalkulierbar zu halten. Die Modernisierungskostenschätzung müssen den Mieter*innen vor Beginn schriftlich und detailliert mitgeteilt werden. Der Weg, den Berlin hier im Zuge des Mietendeckels geht, kann hier vorbildlich sein, denn gerade die Umlage auf die Mieter*innen muss gedeckelt

Begründung

erfolgt mündlich.

Weitere Antragssteller*innen: Britta Kallmann, Dorothee Marquardt Kay Marx, Jürgen Wolf, Dominik Pross, Jan Paschke (alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-279 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schweiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 278 bis 279 einfügen:

geht, kann hier vorbildlich sein, denn gerade die Umlage auf die Mieter*innen muss gedeckelt werden.

Wir schlagen außerdem vor zu prüfen, inwiefern eine Umstellung von Kalt- auf Warmmiete einen Anreiz für Vermieter*innen darstellt ihre Wohnungsbestand energetisch zu sanieren und inwiefern eine solche Umstellung rechtlich gelöst werden könnte.

Begründung

erfolgt mündlich.

Weitere Antragssteller*innen: Britta Kallmann, Dominik Pross

L-02-280 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Nina Stahr (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 280 bis 290:

Wir denken Klimaschutz und Gerechtigkeit zusammen. ~~Für uns ist klar, dass der Mietendeckel das Problem der bisher zu niedrigen Sanierungsrate nicht lösen kann, jedoch darf er auch nicht dazu führen, dass sinnvolle energetische Sanierungen ausgebremst werden. Deshalb haben wir ein neues Umlagesystem durchgesetzt, das dafür sorgt, dass sich neben den Mieter*innen, auch Vermieter*innen und das Land Berlin an den Kosten beteiligen und die Umlage auf die Mieter*innen auf maximal ein Euro pro Quadratmeter gedeckelt ist. Um dies auch wirklich umsetzen zu können, muss das dazugehörige Förderprogramm deutlich aufgestockt und verbessert werden. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass durch Mietzuschüsse Menschen mit geringen Einkommen unterstützt werden, die Kosten für die energetische Modernisierung zu tragen. Damit wird in Berlin schon bald das faire Drittelmodell Wirklichkeit.~~ Deshalb gilt für uns, die dringend nötige Steigerung bei der energetischen Sanierung mit sozialen Maßnahmen zu koppeln und so die Kosten für die Mieter*innen sozial abzufedern. Auch wenn der Mietendeckel das Problem der zu niedrigen Modernisierungsrate nicht lösen kann, wollen wir die Chance nutzen, die Modernisierung der Gebäude auf energetische Themen zu konzentrieren und die Förderprogramme attraktiver zu gestalten. Es ist entscheidend, dass eine positive Maßnahmenliste mit ambitionierten Standards entwickelt bzw. ökologisch-soziale Modernisierungsfahrpläne erstellt werden, damit Luxussanierungen durch die Hintertür ausgeschlossen werden und gezielt nur Maßnahmen unterstützt werden, die wirklich einen Effekt für den Klimaschutz erbringen. Damit wirklich eine faire und sozialgerechte Verteilung dieser Kosten gelingt, müssen wir dafür sorgen, dass die landeseigenen Förderprogramme zur energetischen Sanierung zukünftig besser abgerufen und deutlich aufgestockt werden. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Umlage bei der energetischen Modernisierung von einem Euro pro Quadratmeter nicht dazu führt, dass sinnvolle und notwendige Maßnahmen ausgebremst werden und wir in Berlin einen ersten Schritt Richtung Drittelmodell gehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin steht hinter den Vereinbarungen zum Mietendeckel. Darüber hinaus wollen wir, dass Vermieter*innen, die keine oder nur moderate Mieterhöhungen in den letzten Jahren vorgenommen haben und daher niedrige Mieten anbieten nicht bestraft werden. Deshalb sollte der Inflationsausgleich schon ab Januar 2021 möglich sein. Wir setzen uns dafür ein, Genossenschaften aufgrund ihres Selbstverwaltung-Charakters und ihrer Gemeinwohlorientierung aus dem Mietendeckel auszunehmen. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass durch Mietzuschüsse Menschen mit geringem Einkommen unterstützt werden, um die Kosten für die energetische Modernisierung zu tragen. Das bereits eingeführte Klimawohngeld für Transferleistungsempfänger ist ein erster Baustein in diesem Sinne. Für bereits energetisch modernisierte Wohnungen setzen wir uns zudem auf Bundesebene für einen

Begründung

Unterstützer*innen:

Werner Graf (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
Antje Kapek (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
Silke Gebel (KV Mitte)
Katrin Schmidberger (KV Friedrichshain-Kreuzberg)
Andreas Otto (KV Pankow)
Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Daniela Billig (KV Pankow)
Petra Vandrey (KV Charlottenburg Wilmersdorf)
Georg Kössler (KV Neukölln)

L-02-285 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Janik Feuerhahn (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 284 bis 288:

auch Vermieter*innen und das Land Berlin an den Kosten beteiligen und die Umlage auf die Mieter*innen auf maximal ein Euro pro Quadratmeter gedeckelt ist. ~~Um dies auch wirklich umsetzen zu könne, muss das dazugehörige Förderprogramm deutlich aufgestockt und verbessert werden.~~ Um die energetische Sanierung zu vervielfachen und soziale Mieten sicherzustellen, wandeln wir das bestehende Förderprogramm in einen handlungsstarken und auskömmlich finanzierten energetischen Sanierungsfonds um. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass durch Mietzuschüsse Menschen mit geringen Einkommen unterstützt werden, die Kosten für die energetische Modernisierung zu

L-02-289 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 13.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 288 bis 290:

geringen Einkommen unterstützt werden, die Kosten für die energetische Modernisierung zu tragen. Damit wird in Berlin schon bald ~~das eine~~ faire ~~Drittelmodell~~ ~~Wirklichkeit~~ ~~Kostenteilung~~ ~~Wirklichkeit~~, die absichert, dass dem Ziel der Warmmietenneutralität Rechnung getragen wird. Für bereits energetisch modernisierte Wohnungen setzen wir uns zudem auf Bundesebene für einen

Begründung

Bzgl. Drittelmodell vgl. Änderungsantrag zu Zeile 275; Erwähnung des Ziels der Warmmietenneutralität

L-02-298 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 298 bis 303:

~~Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer Mobilitätsdienstleistungen entwickelt sich ebenso rasant wie die Forschung zu neuen Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster. Dies wollen wir gestalten und steuern.~~

Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Neue Mobilitätsdienstleistungen ziehen weltweit in die Städte ein und revolutionieren das Verkehrswesen.

Wir sind stolz darauf, dass Berlin hier schon heute quasi Reallabor und internationales Schaufenster ist und eine globale Vorreiterrolle einnimmt.

Diese Vorreiterrolle wollen wir verteidigen und ausbauen.

Wir werden daher zukünftig - konsequent und jedes Jahr planmäßig fortschreitend - Parkplätze, die heute quasi exklusiv dem motorisierten Individualverkehr zur Verfügung stehen, der Gemeinschaftsnutzung zurück führen und für neue Mobilitätsdienstleistungen reservieren.

Dafür werden wir den engen Kontakt mit neuen Mobilitätsdienstleistern suchen und deren Bedarf mindestens decken.

Auch dort, wo heute schon Parkdruck herrscht. Und zwar genau deshalb, weil Parkdruck herrscht und wir dringend und mit aller Macht umsteuern müssen.

Um neue Angebote auch zeitnah zu ermöglichen, werden wir zudem stadtweit immer ein Übergangebot an Flächen für neue Mobilitätsdienstleistungen bereit halten.

Denn wir wollen dass Mietfahrräder, Elektroroller und Co zukünftig wie selbstverständlich und sicher am Straßenrand stehen und nicht auf den Rad- oder Gehwegen. Nur dann werden klimafreundliche Alternativen auch stadtweit akzeptiert.

Wir nehmen hier unseren politischen Anspruch proaktiv wahr und werden gestalten und steuern.

L-02-298-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 298 bis 303:

~~Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer Mobilitätsdienstleistungen entwickelt sich ebenso rasant wie die Forschung zu neuen Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster. Dies wollen wir gestalten und steuern.~~

Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Um dies zu erreichen ist für uns ein deutlich besser ausgebautes und qualitativ hochwertigeres ÖPNV-Angebot eine wichtige Maßnahme. Wir wollen mehr Rufbusse und Ridesharing, mehr Busspuren, wir wollen mehr Straßenbahnen in allen Himmelsrichtungen und ja, wir wollen dort, wo es verkehrlich und volkswirtschaftlich sinnvoll ist, auch eine Vervollständigung und einen Ausbau des U-Bahn-Netzes. Nicht nur die Innenstadt steht für uns im Blickpunkt.

Am Stadtrand und in den Vorstädten engagieren wir uns für mehr und bessere Fahrradabstellanlagen, Park-and-Ride-Parkplätze, sowie einen Ausbau des S-Bahn- und Regionalverkehrsangebotes.

Wir werden uns im VBB dafür einsetzen, dass Pendler*innen noch attraktivere Angebote zum Umstieg vorfinden werden als heute.

L-02-298-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 298 bis 303:

~~Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer Mobilitätsdienstleistungen entwickelt sich ebenso rasant wie die Forschung zu neuen Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster. Dies wollen wir gestalten und steuern.~~

Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Eine im ersten Schritt verbrennerfreie Innenstadt und autofreie Kieze, sowie im darauf folgenden Schritt eine größtmöglich autofreie Innenstadt sind unsere politisches Ziel. In dieser Konsequenz auch deshalb, weil sich ein Großteil der Probleme des Autoverkehrs - viele von ihnen klimawirksam - nicht dadurch von alleine beheben, in dem man den Antrieb von Benzin- oder Diesel auf Wasserstoff- oder Batterieantrieb umstellt.

L-02-298-4 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 298 bis 300:

Für uns steht fest: ~~Der~~Bis 2030 soll der motorisierte Individualverkehr ~~muss dafür auf ein Minimum reduziert werden~~aus Berlin verschwinden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer

L-02-299 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Joachim Schmitt (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 298 bis 300 einfügen:

Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt, [die konsequente Abkehr von autoorientiertem Autobahn-](#) und [Straßenbau sowie](#) ein deutlich besser ausgebautes ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer

Begründung

Die Verkehrswende darf vor den übergeordneten Straßennetzen nicht halt machen. Wir brauchen ein klares Stoppsignal gegen Weiterbau wie auch flächenfressende - am Primat schnellen Kfz-Verkehrs ausgerichtete - Umbauten im Autobahnnetz (wie aktuell z.B. am Dreieck Funkturm geplant). Und wir brauchen eine rasch wirksame Autoverkehrs-Reduzierung gerade auch im Hauptverkehrsstraßennetz, dessen Anwohner*innen schon bisher den höchsten verkehrsbedingten Immissionen mit entsprechenden Folgen für Gesundheit und Lebenserwartung ausgesetzt sind. Dies ist auch ein Gebot der Umwelt- und Klimagerechtigkeit.

L-02-299-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 298 bis 300:

Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden.

~~Autofreie Kieze~~ **Lebendige, autofreie Kieze in allen Bezirken Berlins**, eine **zunächst** verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer

L-02-299-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 298 bis 300:

Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden.

~~Autofreie Kieze~~ **Lebendige, autofreie Kieze in allen Bezirken Berlins**, eine **zunächst** verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer

L-02-299-4 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 298 bis 303 löschen:

Für uns steht fest: Der motorisierte Individualverkehr muss dafür auf ein Minimum reduziert werden. ~~Autofreie Kieze, eine verbrennerfreie Innenstadt und ein deutlich besser ausgebautes ÖPNV-Angebot sind dabei zentrale Ziele unserer Politik. Die Entwicklung neuer Mobilitätsdienstleistungen entwickelt sich ebenso rasant wie die Forschung zu neuen Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster. Dies wollen wir gestalten und steuern.~~

L-02-302 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Isaro Idris (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 301 bis 303 einfügen:

Mobilitätsdienstleistungen entwickelt sich ebenso rasant wie die Forschung zu neuen Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster. Es ist eine Überlegung wert, sich nicht allein auf die Elektromobilität festzulegen, sondern auch den Betrieb von Biogasautos zumindest zu erwägen, denn die E-Mobilität hat eine wesentlich schlechtere CO₂ Bilanz, ganz zu schweigen von der Problematik der Herstellung der Batterien etc.

Es wäre durchaus möglich, Biogasautos herzustellen (wie FIAT in Norditalien), weil die Herstellung das Klima weitaus weniger belasten würde. Die Herstellung von Biogas wird zur Zeit von der Firma Verbio betrieben. Dieses Biogas erreicht eine CO₂-Einsparung von bis zu 90% und es vermeidet eine Feinstaub- und Stickoxid-Belastung. Außerdem stehen die dafür benötigten Rohstoffe nicht in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln, denn es handelt sich dabei um Stroh oder Schlempe.

Bisher ist dieses Unternehmen der größte Biogaslieferant in Deutschland und weltweit der einzige Produzent, der die Produktion von Biogas aus Stroh technologisch im großtechnischen Maßstab betreiben kann. Würde man mit dieser Firma ein Kooperationsprojekt mit dem Land Berlin entwickeln, könnte Biogas durchaus eine gewichtige Komponente im erneuerbaren Energiemix sein.

Begründung

Die verfrühte Festlegung auf E-mobilität seitens einiger Autohersteller und der Politik ist ein Fehler, da sich jetzt herausstellt, dass die Elektroautos eine viel schlechtere CO₂-Bilanz als Biogasautos aufweisen.

<https://www.spiegel.de/plus/warum-das-erdgasauto-besser-ist-als-das-e-auto-a-00000000-0002-0001-0000-000163155875>

Für die Batterieherstellung der Elektroautos wird das Metall Cobalt benötigt. Laut Amnesty International kommen hier wiederholte Menschenrechtsverletzungen und Kinderarbeit in den Minen vor. Schon dies alleine ist inakzeptabel.

Wegen der Giftigkeit der abgebauten Rohstoffe ergeben sich Gesundheitsrisiken sowohl für die Kinder als auch für die Erwachsenen.

Hinzu kommt, dass die Batterien zum großen Teil in China, Japan und Südkorea hergestellt werden, wo die Stromerzeugung noch mit fossilen Brennstoffen erfolgt.

L-02-303 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 302 bis 303 einfügen:

Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster. Dies wollen wir gestalten und steuern. Unser Ziel sind neue Mobilitätskonzepte, die auf umweltfreundliche, ineinandergreifende Verkehrsträger setzen und den motorisierten Individualverkehr nach und nach ablösen werden. Daher lehnen wir Berlin als Standort für die Internationale Automobil Ausstellung (IAA) ab.

Begründung

Unterstützer*innen:

Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Svenja Borgschule (KV Pankow)

Ankatrin Essen (KV Temepelhof-Schöneberg)

Sebastian Weise (KV Charlottenburg-Wilmersdorf),

Alexandra Neubert, Enad Altaweel, Britta Kallmann, Dorothee Marquardt Rousbeh Djahangiri, Jan Paschke (Alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-303-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Igor Leonidovic Faylor (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 302 bis 303 einfügen:

Fahrzeugtechnologien und macht Berlin zu einem Reallabor und internationalem Schaufenster. Dies wollen wir gestalten und steuern.

Tesla zählt zu den Pionieren der Elektromobilität, die für uns Grüne ein elementarer Baustein der Verkehrswende ist. Die Ansiedlung einer Gigafactory in Brandenburg kann auch in Berlin neue Impulse für die noch schleppende Einführung der Elektromobilität setzen. Mit der zusätzlichen Errichtung eines

Design- und Entwicklungszentrums im Stadtgebiet bietet sich die Gelegenheit, Teslas Zukunft an unseren Prinzipien einer klima-, stadt- und menschenverträglichen Mobilitätswende auszurichten. E-Autos müssen in der Kombination zum Bus-, Bahn-, Fahrrad- und Fußverkehr designt und gebaut werden. Ihre Batterien müssen ressourcenschonend und recyclingfähig sein, um Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen bei der Förderung von Lithium und anderer Rohstoffe möglichst zu verhindern. Die Forschung in Richtung einer effizienten, intermodalen und nachhaltigen Mobilität sollte durch das Land Berlin gefördert werden. Für die Weiterentwicklung von Teslas E-SUVs, Cybertrucks und vergleichbaren Modelle, die für urbane Mobilität zu schwer, zu gefährlich und übermotorisiert sind, werden wir hingegen keine staatlichen Zuschüsse gewähren. Bei den weiteren Gesprächen mit Tesla werden wir außerdem deutlich machen, wie bedeutsam die gewerkschaftliche Organisierung der zukünftigen Beschäftigten in Berlin und Brandenburg für die sozial-ökologische Transformation der Automobilbranche ist.

Begründung

E-SUVs, E-Sportwagen, E-PickUps und Teslas neuer Cybertruck verdeutlichen einmal mehr, dass E-Mobilität nicht mit Mobilitätswende gleichgesetzt werden darf. Elon Musk und Tesla locken (auch uns Bündnisgrüne) allzu gern mit Visionen: von Hyperloops bis zur digitalen, sauberen und autonomen Mobilität für alle. Gleichzeitig verkauft Tesla munter überdimensionierte und übermotorisierte Sportwagen, SUVs und Stadtpanzer.

Die aktuellen verkehrspolitischen Probleme unserer wachsenden Stadt – knapper öffentlicher Raum, Verkehrs- und Schulwegsicherheit, Staus, steigende Pender*innenzahlen, usw. lösen wir jedoch nicht mit übergroßen, überschweren und übermotorisierten E-Autos. Wir brauchen bessere Lösungen, die wir Bündnisgrüne in diesem Leitantrag zum Klimaschutz bereits vorschlagen aber auch in älteren Anträgen diskutiert und zum Teil beschlossen haben: saubere, geteilte, vernetzte Mobilität mit kompakten, stadtauglichen und effizienten Fahrzeugen sowie die Förderung von ÖPNV und aktiver Mobilität zu Fuß und auf dem Rad. Und nur dafür sollten wir auch staatliche Zuschüsse gewähren. Alles andere würde bedeuten, sich unreflektiert den Konzerninteressen von Tesla unterzuordnen. Lasst uns hier und heute den politischen Rahmen für unsere Vision urbaner Mobilität setzen. Wenn Elon Musk mit seinem geplanten Design- und Entwicklungszentrum in Berlin dazu beitragen möchte, ebendiese Vision einer klima-, stadt- und menschenverträglichen Mobilität zu verwirklichen, kann er fest mit unserer Unterstützung rechnen

Alles andere konterkariert unsere bisherige Politik und macht uns unglaubwürdig.

Co-Autor und Unterstützer: Oliver Powalla (KV Neukölln)

Weitere Unterstützer*innen:

Martin Kupfer (KV Neukölln)
Lisa Müller (KV Neukölln)
Manfred Herrmann (KV Neukölln)
Vivian Weitzl (KV Neukölln)
Georg Kössler (KV Neukölln)
Sarah Schneider (KV Neukölln)
Manfred Hassemer-Tiedeken (KV Neukölln)
André Schulze (KV Neukölln)

L-02-304 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 304 bis 307:

Wir wollen alles unternehmen, um den Umstieg vom Auto ~~auf~~ auf neue Mobilitätsangebote, das eigene oder geteilte Rad, in Bus oder Bahn oder auf die eigenen zwei Beine zu befördern. Mit mehr geschützten Fußgänger*innen überwegen auch an Hauptverkehrsstraßen, einem umfassenden Radverkehrsnetz, mit geschützten Radstreifen und Radwegen an Hauptstraßen, mit Ampelschaltungen welche die Bedürfnisse von Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen in den Mittelpunkt stellen, mit 100 Kilometern Radschnellverbindungen und mit dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen, machen wir das zu Fuß gehen und das Radeln attraktiver. Und zwar in der ganzen Stadt, für alle Menschen.

L-02-306 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 305 bis 307 einfügen:

die eigenen zwei Beine zu befördern. Mit einem umfassenden Radverkehrsnetz, mit geschützten Radstreifen und Radwegen an Hauptstraßen, mit 1000 Kilometern Radschnellverbindungen, einem Radring parallel zum S-Bahn Ring und mit dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen machen wir das Radeln attraktiver.

L-02-307 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 306 bis 307 einfügen:

Radstreifen und Radwegen an Hauptstraßen, mit 100 Kilometern Radschnellverbindungen und mit dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen machen wir das Radeln überall und für alle Menschen attraktiver.

L-02-307-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 13.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 306 bis 307 einfügen:

Radstreifen und Radwegen an Hauptstraßen, mit 100 Kilometern Radschnellverbindungen und mit dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen und dem Bau von Fahrradparkhäusern machen wir das Radeln attraktiver. Im Bereich Museumsinsel, Spandauer Straße, Friedrichstraße, Unter den Linden wollen wir mit modellhaften Projekten und auf Grundlage planerischer Konzepte erproben, wie die Berliner Innenstadt schrittweise autofrei und die Aufenthaltsqualität durch die Umgestaltung des öffentlichen Raums deutlich gesteigert werden kann. Diesen Prozess wollen wir auch nutzen, um die Diskussion um Verkehrsflüsse und Verkehrsmodelle in Berlin auf eine sachliche und zukunftsorientierte Grundlage zu stellen, die mit dem notwendigen Umbau des städtischen Verkehrssystems in Einklang steht.

Begründung

Wir wollen mehr als nur eine verbrennerfreie Innenstadt, und wir müssen und wollen auf diesem Weg auch ingenieurtechnische Hindernisse aus dem Weg räumen

L-02-307-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schweiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 306 bis 307 einfügen:

Radstreifen und Radwegen an Hauptstraßen, mit 100 Kilometern Radschnellverbindungen und mit dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen machen wir das Radeln attraktiver. Im besonderen Fokus liegen dabei die Gebiete außerhalb des S-Bahn-Rings. Hier möchten wir an zentralen Knotenpunkten den Umstieg auf andere Verkehrsträger erleichtern.

Begründung

erfolgt mündlich.

Weitere Antragssteller*innen: Vasili Franco, Britta Kallmann, Dorothee Marquardt , Jürgen Wolf, Dominik Pross, Jan Paschke (alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-307-4 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 306 bis 307 einfügen:

Radstreifen und Radwegen an Hauptstraßen, mit 100 Kilometern Radschnellverbindungen und mit dem Ausbau von Fahrradabstellanlagen machen wir das Radeln attraktiver. Bisherige Autostraßen sollen Stück für Stück in Fahrradstraßen und Autoparkplätze in ausgeleuchtete Fahrradstellplätze umgewandelt werden.

Begründung

erfolgt mündlich

L-02-309 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 308 bis 310 einfügen:

Mit einer Übernachtungsabgabe wollen wir, dass alle Tourist*innen für die Zeit ihres Aufenthaltes automatisch ein Ticket für den ÖPNV erhalten. Um hier auch den Graumarkt und die Tagesreisenden abzudecken, prüfen wir, in wie weit sich eine Nahverkehrsabgabe in die Flughafengebühren integrieren lässt und setzen dies wenn möglich auch um. Wir halten auch am Ziel der Einführung eines Barentickets fest, wodurch alle Berliner*innen durch eine solidarisch

L-02-309-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 308 bis 313:

Mit einer Übernachtungsabgabe wollen wir, dass alle Tourist*innen für die Zeit ihres Aufenthaltes automatisch ein Ticket für den ÖPNV erhalten. ~~Wir halten auch am Ziel der Einführung eines Barentickets fest, wodurch alle Berliner*innen durch eine solidarisch gezahlte Abgabe außerhalb der Stoßzeiten fahrscheinlos den Berliner ÖPNV benutzen können, und~~ Wir begrüßen es, das alle Berliner Schüler*innen bereits ein kostenloses Ticket erhalten und fordern dies in Form der Bärenkarte auf alle Berliner*innen auszuweiten. Langfristig setzten wir uns für einen zu jeder Zeit umlagefinanzierten ÖPNV ein. Wir werden prüfen, wie durch eine City-Maut die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann. Auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden wir vorantreiben und uns dafür

L-02-312 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 311 bis 319:

gezahlte Abgabe außerhalb der Stoßzeiten fahrscheinlos den Berliner ÖPNV benutzen können, und werden prüfen, wie durch eine City-Maut oder eine Nahverkehrsabgabe die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann. Auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden wir vorantreiben ~~und uns dafür einsetzen, dass, denn öffentliche Flächen sind~~ auch in Berlin ein knappes Gut. Das Parken im öffentlichen Raum wollen wir wie anderswo üblich verteuern. Auch für Anwohner*innen muss das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland einen angemessenen Preis erhalten. ~~[Leerzeichen]~~ Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden Euro Investitionen durch den Nahverkehrsplan in die Infrastruktur des ÖPNV in Berlin, mit der Anschaffung von mehr und besseren S- und U-Bahn-Wagen, dem Ausbau der Tram-Linien ~~und~~, einer besseren Taktung, ~~gerade bei den Buslinien~~ und neuen Mobilitätsangeboten wie Rufbussen und Ridesharing in den Außenbezirken, werden wir das Verkehrssystem und die Strukturen so umbauen, dass es kein Verzicht, sondern ein Gewinn an

Begründung

- Eine flächenhafte Parkraumbewirtschaftung entlastet den öffentlichen Raum, verbessert die Verkehrssicherheit und verspricht eine höhere Aufenthaltsqualität.
- Durch Parkgebühren und ein reduziertes Parkplatzangebot werden Autofahrerinnen und Autofahrer motiviert, zu Fuß zu gehen, Fahrrad zu fahren oder Busse und Bahnen zu nutzen.

L-02-312-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 311 bis 314 einfügen:

gezahlte Abgabe außerhalb der Stoßzeiten fahrscheinlos den Berliner ÖPNV benutzen können, und werden prüfen, wie durch eine City-Maut die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann. Wir werden ein umfassendes Parkraummanagement einführen, dass unter anderem die Umwidmung von Parkplatzflächen für Autos hin zu exklusiven Abstellflächen für Privat- sowie Zweirad-Sharing-Mobilität vorsieht. Ferner wollen wir, wo möglich, Parkplätze neu nutzen für Erholungs- und Spielräume, um die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum zu fördern. Auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden wir als Teil dieses Managements vorantreiben und uns dafür einsetzen, dass auch für Anwohner*innen das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland

L-02-312-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 311 bis 316:

gezahlte Abgabe außerhalb der Stoßzeiten fahrscheinlos den Berliner ÖPNV benutzen können, und werden prüfen, wie durch eine City-Maut die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann.

~~{Leerzeichen}~~ Auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung als wichtige Säule des Parkraummanagements werden wir vorantreiben und uns dafür einsetzen, dass auch für Anwohner*innen das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland einen angemessenen Preis erhält. Öffentliches Land ist ein rares Gut und ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität in unserer Öffentliches Land. Wir wollen es mit gezielten Parkraummanagement und gezieltem Rückbau von Parkplätzen entsiegeln, klimawirksam begrünen und für die Stadtgesellschaft zugänglicher gestalten. Öffentliches Land ist zu wertvoll, um es zu verschenken! Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden Euro Investitionen durch den Nahverkehrsplan in die Infrastruktur des ÖPNV in Berlin, mit

L-02-312-4 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 311 bis 313 einfügen:

gezahlte Abgabe außerhalb der Stoßzeiten fahrscheinlos den Berliner ÖPNV benutzen können, und werden prüfen, wie durch eine City-Maut oder durch die Kombination von Fahrausschlusszonen und Nahverkehrsabgabe die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann. Auch die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden wir vorantreiben und uns dafür

L-02-313 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 312 bis 316:

und werden prüfen, wie durch eine City-Maut die Stadt vom Autoverkehr entlastet werden kann.

~~Auch~~ Wir wollen die ~~Ausweitung~~ Verknappung und verteuerung von Parkplätzen und die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung ~~werden wir~~ vorantreiben und uns dafür einsetzen, dass auch für Anwohner*innen das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland einen angemessenen Preis erhält. Um den Anreiz, das Auto stehen zu lassen noch weiter zu erhöhen wollen wir auch eine künstliche Verknappung der Parkfläche. Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden Euro Investitionen durch den Nahverkehrsplan in die Infrastruktur des ÖPNV in Berlin, mit

L-02-315 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Beschlussdatum: 26.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 314 bis 316 einfügen:

einsetzen, dass auch für Anwohner*innen das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland einen angemessenen Preis erhält. Nicht länger dürfen wir den klimaschädlichen Autoverkehr durch flächenfressenden und stadtunverträglichen Autobahnaus- und -umbau in Berlin befördern. Wir beenden den Weiterbau der A 100 und korrigieren die Umbaupläne für das Autobahn-Dreieck Funkturm so, dass die Verkehrsbelastung für Wohngebiete vermindert wird und keine zusätzlich beeinträchtigenden Verkehrsbauwerke entstehen. Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden Euro Investitionen durch den Nahverkehrsplan in die Infrastruktur des ÖPNV in Berlin, mit

Begründung

Mündlich

L-02-315-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Beschlussdatum: 26.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 314 bis 316 einfügen:

einsetzen, dass auch für Anwohner*innen das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland einen angemessenen Preis erhält. Außerdem wollen wir alles daran setzen, die stadtzerstörerischen, Kieze zertrennenden Zeugnisse der autogerechten Planung - wie am Bundesplatz, Breitenbachplatz oder Adenauerplatz - zurückzubauen. Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden Euro Investitionen durch den Nahverkehrsplan in die Infrastruktur des ÖPNV in Berlin, mit

Begründung

Mündlich

L-02-315-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Hans-Christian Höpcke (KV Pankow)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 314 bis 316 einfügen:

einsetzen, dass auch für Anwohner*innen das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland einen angemessenen Preis erhält. Bis 2025 werden wir jeden zehnten Autoparkplatz im öffentlichen Straßenraum in Stellplätze für Fahrräder, Lastenräder, Elektrokleinstfahrzeuge oder Carsharing Fahrzeuge umwidmen. Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden Euro Investitionen durch den Nahverkehrsplan in die Infrastruktur des ÖPNV in Berlin, mit

Begründung

Unterstützt durch ein Meinungsbild des KV Pankow auf der KVM am 26.11.2019 (Ja 45, Nein 1, Enthaltungen 3)

- Das riesige und zumeist kostenlose Angebot an Parkflächen am Straßenrand trägt wesentlich zur Attraktivität des Autos bei. Ein breites Bündnis aus Verkehrs- und Umweltverbänden und Initiativen forderte erst vor wenigen Tagen die Umwidmung von Parkplätzen.
- Da es zu oft an Abstellflächen mangelt, behindern Fahrräder, zunehmend Lastenräder und seit diesem Jahr auch Elektrokleinstfahrzeuge leider Zufußgehende auf den Gehwegen. Der Umweltverbund sollte aber nicht gegeneinander aufgebracht werden.
- Sind Parkplätze knapp, werden Carsharing Fahrzeuge häufig regelwiedrig und andere Menschen behindert abgestellt, in der Hoffnung, dass die*der nächste Nutzer*in es vor einer möglichen Strafe wegfährt. Dies frunktioniert leider viel zu oft, reservierte Parkplätze sind hier die bessere Lösung.
- Am 08.11.2019 hat SenUVK [Regelpläne](#) für das Parken von Lastenrädern und E-Tretrollern bekannt gegeben. Diese sollten zeitnah auf der Straße umgesetzt werden.

L-02-315-4 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Cornelia Biermann-Gräbner (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 314 bis 316 einfügen:

einsetzen, dass auch für Anwohner*innen das Abstellen von Autos im öffentlichen Straßenland einen angemessenen Preis erhält. Die Verkehrswende betrifft auch die Autobahnen in unserer Stadt. Notwendige Erneuerungen und Umbauten wie aktuell am Autobahndreieck Funkturm müssen konsequent mit dem Ziel der Klimaentlastung, Stadtverträglichkeit, Verkehrssicherheit und Verkehrsminderung geplant werden. Mit diesen Maßnahmen und mit den geplanten 28 Milliarden Euro Investitionen durch den Nahverkehrsplan in die Infrastruktur des ÖPNV in Berlin, mit

Begründung

Die aktuell von der DEGES öffentlich vorgestellten Umbaupläne für das Autobahndreieck Funkturm zeigen: Wir dürfen die Planung nicht den Autobahnplanern und Brückenbauingenieuren überlassen, die nur den optimalen Verkehrsfluss im Auge haben – mitten in der Stadt! Grüne Verkehrspolitik muss sich einmischen und ihr Veto einlegen gegen stadtunverträgliche Fehlplanungen wie aktuell die Verlagerung des Verkehrs in Wohngebiete.

L-02-318 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 317 bis 321:

der Anschaffung von mehr und besseren S- und U-Bahn-Wagen, dem Ausbau der Tram-Linien und einer besseren Taktung, gerade bei den Buslinien in den Außenbezirken, werden wir ~~das~~da Verkehrssystem und die Strukturen so umbauen, dass es kein Verzicht, sondern ein Gewinn an Lebensqualität sein wird, das Auto stehen zu lassen oder es noch besser ganz abzuschaffen. Dabei setzen wir besonders auf den Ausbau der Tramlinien und unterstützen die Ziele des Bündnisses „Pro Straßenbahn“. Bis 2030

L-02-319 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 318 bis 321:

einer besseren Taktung, gerade bei den Buslinien in den Außenbezirken, werden wir das Verkehrssystem und die Strukturen so umbauen, dass es ~~kein Verzicht, sondern~~ ein Gewinn an Lebensqualität sein wird, das Auto stehen zu lassen oder abzuschaffen. Dabei setzen wir besonders auf den Ausbau der Tramlinien und unterstützen die Ziele des Bündnisses „Pro Straßenbahn“. Bis 2030

Begründung

Unterstützer*innen: Enad Altaweel, Britta Kallmann, Michael Sebastian Schweiß, Dorothee Marquardt (Alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-320 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 319 bis 321 einfügen:

Verkehrssystem und die Strukturen so umbauen, dass es kein Verzicht, sondern ein Gewinn an Lebensqualität sein wird, das Auto stehen zu lassen. Hierbei setzen wir im Sinne einer menschengerechten Stadtplanung vor allem auf mehr Verbindungen zwischen und innerhalb der Bezirke, eine feministische Stadtplanung und die Abkehr von dem Konzept einer Stadtzentrumsfokussierten Verkehrspolitik.

Wir fordern, dass (ähnlich wie bei der Ringbahn) auch zwischen den Außenbezirken direktere, dezentrale Verbindungen geschaffen werden. Hierbei soll auch die Schaffung eines Straßenbahn-Rings und neuer Nachtbusverbindungen in den Rand- und Außenbezirken geprüft werden. Dabei setzen wir besonders auf den Ausbau der Tramlinien und unterstützen die Ziele des Bündnisses „Pro Straßenbahn“. Bis 2030

L-02-323 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Karolina Ziehm (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 322 bis 323 einfügen:

wird der gesamte öffentliche Nahverkehr elektrisch betrieben – auch das ist eine lohnende Investition in den Klimaschutz.

Doch der Spielraum für zusätzliche Einnahmen, um in den Klimaschutz investieren zu können, ist auf Landesebene begrenzt. Die Schuldenbremse verlagert notwendige Ausgaben für Instandhaltung, Energieeffizienz und Energieeinsparung auf zukünftige Generationen. Das ist ungerecht und verschärft die Klimakrise. Wer heute dafür sorgt, dass Gebäude und Infrastruktur gut in Schuss sind, vermeidet Energieverschwendung und Kostenexplosionen. Deswegen wollen wir einen kreditfinanzierten Topf für generationengerechte Investitionen in die Zukunft schaffen.

Begründung

Nachdem die BDK 2019 beschlossen hat, dass kreditfinanzierte Investitionen in den Klimaschutz sinnvoll und notwendig sind, sollten wir diese Position im Grundsatz auch auf Landesebene verankern - zumal hier die Spielräume auf der Einnahmeseite geringer sind als im Bund (Soli-Umwidmung, Spitzensteuersatz, Vermögensbesteuerung).

L-02-329 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 328 bis 331 löschen:

Radwegen oder gar auf Baumscheiben und Grünflächen, auf mindestens 100 Euro deutlich zu verteuern und das Abschleppen schneller durchzuführen. ~~Auch Sharing-Angebote haben auf den Fußwegen nichts zu suchen. Hier werden wir dafür sorgen, dass Abstellflächen auf der Straße oder auf Parkplätzen geschaffen werden.~~

Begründung

Durch anderen Änderungsantrag ergibt sich Dopplung, diese wird hiermit bereinigt.

L-02-331 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Florian Maaß (KV Mitte)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 330 bis 331 einfügen:

Fußwegen nichts zu suchen. Hier werden wir dafür sorgen, dass Abstellflächen auf der Straße oder auf Parkplätzen geschaffen werden.

Wir wollen außerdem eine klimaneutrale Schifffahrt in Berlin ermöglichen. Dazu gehört, dass wir uns weiterhin für eine Umweltzone auch für Binnen- und Fahrgastschiffe einsetzen und die Umrüstung auf elektrische oder emissionsarme Antriebe fördern, sowie den Ausbau von Elektroanleger.

Begründung

Fahrgastschiffe fahren oft noch mit alten Dieselmotoren ohne Abgasfilter und haben somit sehr hohe CO₂-, Stickoxid- sowie Feinstaubemissionen. Vernachlässigen wir sie sind in anderen Bereichen deutlich größere Anstrengungen nötig, um unsere Klimaschutz- und Luftreinhalteziele einzuhalten.

L-02-337 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 336 bis 338 einfügen:

Lagerstellen die Anwohner*innen mit Lastenrädern beliefern, haben wir schon initiiert und wollen sie immer weiter ausbauen. So wollen wir Liefer-Kooperationen fördern, damit die Anzahl an Fahrten und Leerfahrten massiv gesenkt wird. Dazu wird im Innenstadtring ab 2025 nur noch emissionsfreier Lieferverkehr zugelassen. Darüber hinaus muss auch der Lieferverkehr für den Einzelhandel und Supermärkte besser strukturiert und gesteuert werden, damit wir die Straßen

L-02-337-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 336 bis 338 einfügen:

Lagerstellen die Anwohner*innen mit Lastenrädern beliefern, haben wir schon initiiert und wollen sie immer weiter ausbauen. Langfristig wollen wir den Paketlieferverkehr emissionsfrei gestalten, damit auch dieser Sektor ab 2035 Klimaneutral ist. Darüber hinaus muss auch der Lieferverkehr für den Einzelhandel und Supermärkte besser strukturiert und gesteuert werden, damit wir die Straßen

L-02-339 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 338 bis 340 einfügen:

Einzelhandel und Supermärkte besser strukturiert und gesteuert werden, damit wir die Straßen weiter entlasten. Gerade die Digitalisierung bietet hier viele Möglichkeiten. Um die Problematik kurzfristig zu entschärfen, ist die Umwandlung von Parkplätzen zu Ladezonen ein geeignetes Mittel.

L-02-342 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Umwelt

Beschlussdatum: 14.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 341 bis 342 einfügen:

„Welmo“ (Wirtschaftsnahe Elektromobilität) wurden bereits zusätzlich über 400 Ladepunkte geschaffen. Darüber hinaus setzen wir uns für den Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur ein.

Begründung

Die Förderung privater Ladeinfrastruktur reicht nicht aus.

L-02-342-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

Beschlussdatum: 26.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 341 bis 342 einfügen:

„Welmo“ (Wirtschaftsnahe Elektromobilität) wurden bereits zusätzlich über 400 Ladepunkte geschaffen.

[Um die Verkehrswende in Berlin umzusetzen, dürfen wir nicht auf die Landes-Zuständigkeit für Planfeststellungsverfahren zum Autobahnbau verzichten.](#)

Begründung

Mündlich

L-02-342-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 341 bis 342 einfügen:

„Welmo“ (Wirtschaftsnahe Elektromobilität) wurden bereits zusätzlich über 400 Ladepunkte geschaffen. Beim Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur, die wir grundsätzlich fördern wollen, achten wir strikt darauf, dass die Ladepunkte unserem höheren Ziel der autofreien Kieze und der autofreien Innenstadt nicht entgegenstehen. Deshalb konzentrieren wir uns auf die Förderung von Ladestationen für gewerblichen Bedarf und bauen Ladestationen für private Nutzer*innen nicht inmitten von Wohngebieten, die eigentlich bevorzugt komplett autofrei sein sollten, sondern wählen gezielt Lagen entlang von Haupteinfahrstraßen aus.

L-02-343 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Bernd Steinhoff (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 343 bis 344:

Kurzfristig wollen wir durch autofreie Sonntage ~~und~~ mehr Schul- und Spielstraßen für Kinder die Kieze vom Autoverkehr entlasten und die Lebensqualität steigern. Darüber hinaus wollen wir prüfen,

Begründung

Schulstraßen wie in Hannover und Wien beenden das morgendliche Verkehrschaos an den Schulen und entlasten zugleich täglich die Wohngebiete von gefährlichem durchgangsverkehr. So wird zugleich der Schulweg zu Fuß sicher und attraktiv. Das Hineinwuchern des Durchgangsverkehrs in die Wohngebiete hat stark zugenommen und ist Teil der immer noch zunehmenden Autodominanz und des damit verbundenen hohen Ausstoßes von Schadstoffen, Lärm und CO2.

L-02-343-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 343 bis 345:

Kurzfristig wollen wir durch großräumige, regelmäßige autofreie ~~Sonntage~~Sonn- und ~~mehr Spielstraßen für Kinder~~Feiertage die Kieze vom Autoverkehr entlasten und so die Lebensqualität wirksam und wiederkehrend steigern. An Werktagen stellen wir durch mehr Spielstraßen sicher, dass Kinder ihre Räume zum spielen haben und die Kieze entlastet werden. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie wir nach dem Vorbild von Wien oder Paris in den heißesten Monaten ausgewählten Straßen

Begründung

Erfolgt mündlich.

L-02-343-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 343 bis 344 einfügen:

Kurzfristig wollen wir durch autofreie Sonntage und mehr Spielstraßen - auch temporäre in Kooperation mit der Anwohner*innenschaft - für Kinder die Kieze vom Autoverkehr entlasten und die Lebensqualität steigern. Darüber hinaus wollen wir prüfen,

Begründung

Unterstützer*innen: Enad Altaweel, Britta Kallmann, Dorothee Marquardt, Jürgen Wolf, Jan Paschke (Alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-344 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Bauen

Beschlussdatum: 13.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 343 bis 349:

Kurzfristig wollen wir durch autofreie Sonntage und mehr Spielstraßen für Kinder die Kieze vom Autoverkehr entlasten und die Lebensqualität steigern. ~~Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie wir nach dem Vorbild von Wien oder Paris in den heißesten Monaten ausgewählten Straßen auch hitzefrei geben können, um dort für Abkühlung und Erholung zu sorgen. Dies kann jedoch nur eine Übergangslösung sein, denn dauerhaft wollen wir autofreie Kieze, autofreie Straßen und bis 2030 die Innenstadt zu einer~~ Darüber hinaus wollen wir Hitzeinseln entschärfen, indem wir in jedem Bezirk - beginnenden in besonders hitzebelasteten Kiezen - beteiligungsorientiert, experimentell und mit zunächst temporären Elementen Wohnstraßen zu autofreien Modellstraßen umbauen, mit Entsiegelung von ehemaligen Verkehrsflächen, Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten, kühlendem und artenreichem Stadtgrün und Trinkbrunnen. So schaffen wir Begegnungsorte und klimangepasste grüne Oasen, kühlend an heißen Sommertagen, und als Schwammstadt zur Abmilderung von Starkregen. Auch dies ist Teil unseres Beitrags zur Verkehrswende, denn dauerhaft wollen wir autofreie Kieze, autofreie Straßen und bis 2030 die Innenstadt zu einer autoarmen Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf.

Begründung

Wir wollen Verkehrswende und wirksame Klimaanpassung miteinander verbinden, und der hier vorgeschlagene Weg macht deutlich, wie das gelingen kann

L-02-347 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 346 bis 349:

auch hitzefrei geben können, um dort für Abkühlung und Erholung zu sorgen. Dies kann jedoch nur eine Übergangslösung sein, denn dauerhaft wollen wir ~~autofreie Kieze~~, eine im Grundsatz autofreie Straßen-Innenstadt.

und zum Übergang dahin bis spätestens 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein Fahrzeug [Zeilenumbruch] mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf.

L-02-348 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 347 bis 349 einfügen:

nur eine Übergangslösung sein, denn dauerhaft wollen wir autofreie Kieze, autofreie Straßen und bis 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten und diese sukzessive auf weitere Teile Berlins ausdehnen, in der kein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf.

L-02-348-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 347 bis 349:

nur eine Übergangslösung sein, denn dauerhaft wollen wir autofreie Kieze, autofreie Straßen und bis ~~2030~~2025 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein ~~Fahrzeug mit Verbrennungsmotor~~Auto in Individualbesitz mehr fahren darf.

Begründung

erfolgt mündlich

L-02-349 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 348 bis 349 einfügen:

und bis 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf. Bis dahin setzen wir uns für die Erhöhung der Verkehrssicherheit und Luftreinhaltung für eine Regelgeschwindigkeit von 30km/h auf allen Hauptstraßen ein.

L-02-349-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 348 bis 349 einfügen:

und bis 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf. Wir positionieren uns klar gegen Scheinlösungen, wie E-Roller, die in aktueller Form weder klimaschonend sind, noch zu einer echten Verkehrswende beitragen. Der Senat soll Kriterien ausarbeiten, wie diese im Sinne der Klimagerechtigkeit einen sinnvollen Teil zur Verkehrswende leisten.

L-02-349-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 348 bis 349 einfügen:

und bis 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf. Der Sport- und Privatschiffverkehrsverkehr mit Motorbooten ist ein klimaschädlicher Luxus, den sich nur wenige, wohlhabende Menschen leisten können. Im Sinne einer lokalen und globalen Klimagerechtigkeit fordern wir, dass er eingestellt werden soll.

L-02-349-4 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 348 bis 349 einfügen:

und bis 2030 die Innenstadt zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in der kein Fahrzeug mit Verbrennungsmotor mehr fahren darf. Durch seine Flüsse, Kanäle und Seen ist Berlin auch vom Schifffahrtsverkehr geprägt. Klimaschutz darf hier nicht Halt machen – nicht nur Autos, sondern auch Boote müssen auf lange Sicht emissionsfrei werden. Wir fordern deshalb: Boote mit alternativen Antrieben müssen verstärkt gefördert werden und diesel- und gasbetriebene Schiffsmotoren zunehmend abgeschafft werden. Deswegen wird ab 2030 auch der Schiffsverkehr in Berlin klimaneutral betrieben.

L-02-349-5 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 349 einfügen:

Die Verkehrswende bezieht sich auch auf den Flugverkehr, dessen bislang ungebremsstes Wachstum wir in Berlin beenden wollen durch das Durchsetzen eines Nachtflugverbots zwischen 22 und 6 Uhr, mit Hilfe von Start- und Landeentgelten und indem wir eine Änderung des Landesreisekostengesetzes anstreben, damit Flugreisen innerhalb Deutschlands nicht mehr erstattungsfähig sind. Staatliche Institutionen müssen auch bei der Reduzierung des Flugverkehrs eine Vorbildrolle einnehmen. Über den Bundesrat streben wir weitere Initiativen an, die Flugreisen innerhalb Deutschlands bis 2030 unnötig machen sollen.

Begründung

Unterstützer*innen: Vasili Franco, Dorothée Marquardt Rousbeh Djahangiri, Enad Altaweel, Michael Sebastian Schweiß, Jürgen Wolf, Jan Paschke (alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-356 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Karolina Ziehm (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 355 bis 358 einfügen:

Verbraucherstadt Deutschlands haben wir es in der Hand, für eine klimafreundliche Landwirtschaft zu sorgen. Global betrachtet verursacht die Erzeugung tierischer Lebensmittel mehr Klimagase als der gesamte Verkehrsbereich. Die Studien der letzten Jahre und der im August 2019 veröffentlichte IPCC-Bericht zeigen deutlich, dass zum Erreichen der Klimaziele eine massive Reduktion des Konsums von Tierprodukten notwendig ist. Deshalb geht für uns Klimaschutz nur Hand in Hand mit einer Ernährungswende, die die Förderung pflanzlicher Ernährung einschließt. Dazu gehört auch ein radikaler Wandel in der Gemeinschaftsverpflegung. In Berlin haben wir dafür die Kantine Zukunft Berlin nach dem Vorbild des Kopenhagener House of

Begründung

In Anlehnung an den BDK-Beschluss zu pflanzlicher Ernährung

<https://cms.gruene.de/uploads/documents/Verschiedenes-Klimaziele-ernst-nehmen-Agrarwende-ermoeglichen-Beschluss-BDK-11-2019.pdf>

L-02-362 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 361 bis 364:

und anderen staatlichen Einrichtungen beraten und dabei unterstützen, Schritt für Schritt das Angebot so umzustellen, dass ~~deutlich mehr~~ausschließlich regionale, ökologische und vegan-vegetarische Produkte angeboten werden. Damit wir Fleisch und tierische Produkte in Massen konsumieren können, werden in Ländern des globalen Südens Regenwälder abgeholzt und Menschen, besonders indigene Bevölkerungsgruppen, vertrieben und verdrängt. Dies wollen wir nicht unterstützen.

Begründung

erfolgt mündlich

L-02-365 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 364 bis 366 einfügen:

Brandenburg. Als größte deutsche Stadt kann Berlin mit einer Umsteuerung der Gemeinschaftsverpflegung hin zu regionalen, saisonalen, veganen und ökologischen Produkten einen erheblichen Einfluss auf die Lebensmittelproduktion in der Region nehmen. Die

Begründung

erfolgt mündlich

L-02-367 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 366 bis 367 einfügen:

erheblichen Einfluss auf die Lebensmittelproduktion in der Region nehmen. Die Ernährungswende in Berlin und die Agrarwende in der Region hängen eng zusammen. Wir wollen eine pflanzliche Ernährung fördern und das pflanzliche Ernährungsangebot verbessern. Dadurch ernähren wir uns deutlich öfter nachhaltig, ohne dass unsere Entscheidungsfreiheit eingeschränkt ist und ohne dass wir Einbußen beim Genuss und der Bequemlichkeit in Kauf nehmen müssen.

Begründung

Durch eine Verbesserung des pflanzlichen Ernährungsangebots ernähren wir uns deutlich öfter nachhaltig, ohne dass unsere Entscheidungsfreiheit eingeschränkt ist und ohne dass wir Einbußen beim Genuss und der Bequemlichkeit in Kauf nehmen müssen. Die pflanzliche Ernährung soll gefördert werden, indem der Stellenwert der pflanzlichen Küche institutionell und gesellschaftlich erhöht wird. Ein solcher struktureller und freiheitlicher Ansatz bewegt die Gesellschaft zielführend zu einer nachhaltigeren Ernährung.

Klimawandel

Die Massentierhaltung ist ein relevanter Treiber des Klimawandels. Laut UN Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO ist die Tierhaltung für bis zu 15 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich und damit ähnlich klimaschädlich wie der Verkehr- & Transportsektor mit ebenfalls 15% der Treibhausgasemissionen.

Ressourceneffizienz

Für eine pflanzliche Ernährung wird eine 5-mal kleinere Agrarfläche benötigt als für die aktuelle Durchschnittsernährung. Die Nutztierhaltung beansprucht 70% des weltweiten Kulturbodens und 30% der Erdoberfläche. 70% des abgeholzten Amazonaswaldes werden zu Viehweiden und ein Großteil der restlichen 30% wird für den Futteranbau verwendet. Der Import von Soja als Kraftfutter mehrheitlich aus Südamerika trägt damit zu dieser Abholzung bei. Auch in der der Bio-Tierhaltung stammt über 80% des Kraftfutters aus dem Ausland. Die Produktion von 1kg Rindfleisch benötigt bis zu 13kg Getreide, für 1kg Schweinefleisch sind es bis zu 6kg Getreide. Global werden 85% der Sojaernte und 35% der Getreideproduktion an Nutztiere verfüttert – eine Nahrungsverschwendung. Würde man die Getreideernten der menschlichen Ernährung zur Verfügung stellen, könnten bereits heute 4 Mrd. Menschen mehr ernährt werden.

Wasserverschmutzung & -knappheit

Tierexkremate (Ammoniak), Antibiotika, Hormone und Düngemittel sowie Pestizide für den Futteranbau machen die Nutztierhaltung zu einer der größten Quellen der Wasserverschmutzung. In Regionen, in denen Futterpflanzen künstlich bewässert werden müssen, verschärft die Nutztierhaltung die Wasserknappheit. Wird der Wasserverbrauch berücksichtigt, der in die Produktion eingeht, so werden für 1kg Rindfleisch über 15'000 l Wasser benötigt. Für 1kg Weizen sind es nur 1'600 l.

Gesundheit

Aus medizinischer Sicht werden in Europa gegenwärtig zu viele tierische Nahrungsmittel konsumiert, was zu zahlreichen Gesundheitsproblemen, wie bspw. Herz-Kreislauf-Erkrankungen und hohen Kosten führt. Eine vorwiegend pflanzliche Ernährung ist gesund und verringert das Risiko für diverse Erkrankungen. Bei einer gänzlich fleischlosen Ernährung liegt das Risiko an Diabetes mellitus zu erkranken fast 50% tiefer. Multiresistente Keime sind unter Nutztieren entsprechend weit verbreitet – auch in der Bio-Tierhaltung und in 36% der Gewässer. Werden sie durch den Konsum tierischer Produkte auf Menschen übertragen, sind die Behandlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Bereits heute sterben jedes Jahr mehrere hundert Personen an resistenten Keimen. Die Keimdichte in der Nutztierindustrie begünstigt außerdem die Entstehung von Pandemien wieder Vogelgrippe.

Tierrechte

In der Schweiz werden jährlich über 26'000 Rinder und Kälber sowie über 2'800 Schweine bei Bewusstsein aufgeschlitzt bzw. gebrüht. Dies steht in krassem Widerspruch zum Tierschutzgesetz, dass Säugetiere nur geschlachtet werden dürfen, wenn sie vor Beginn des Blut-entzugs betäubt worden sind. Die Milchtierhaltung führt aufgrund von Überzüchtung zu vielen Gesundheitsproblemen. Hat eine Kuh ursprünglich 8l Milch/Tag gegeben, um ihr Kalb zu ernähren, so liegt die "Milchleistung" heute bei 25l/Tag. Auch jede dritte Bio-Milchkuh leidet an Euterentzündungen. In der Schweinehaltung leidet das Tierwohl ebenfalls. Pro Geburt werden 1-2 Ferkel von ihrer Mutter erdrückt. Zuchtbedingte Krankheiten wie Gelenkschäden und Herzversagen sind verbreitet. Ob konventionell oder biologisch, eine solche Massenproduktion bedeutet für die Tiere unvermeidlich enormes Leid. Durch die Förderung der pflanzlichen Ernährung nehmen wir den Tierschutz ernst.

(Sentience Politics (2016): Nachhaltige Ernährung, <http://gruenlink.de/1h0k>)

L-02-373 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 372 bis 374 einfügen:

Bewegung, die eine Ernährungswende hin zu mehr saisonal, regional und biologisch produzierten Lebensmitteln fordert. Inbesondere die vegan-vegetarische Ernährung sollte dabei stark im Fokus stehen, um den Flächenverbrauch zu reduzieren und die nachhaltige Produktion unserer Lebensmittel zu stärken. So schaffen wir Strukturen, die dauerhaft für eine Ernährungswende arbeiten.

Begründung

Durch eine Verbesserung des pflanzlichen Ernährungsangebots ernähren wir uns deutlich öfter nachhaltig, ohne dass unsere Entscheidungsfreiheit eingeschränkt ist und ohne dass wir Einbußen beim Genuss und der Bequemlichkeit in Kauf nehmen müssen. Die pflanzliche Ernährung soll gefördert werden, indem der Stellenwert der pflanzlichen Küche institutionell und gesellschaftlich erhöht wird. Ein solcher struktureller und freiheitlicher Ansatz bewegt die Gesellschaft zielführend zu einer nachhaltigeren Ernährung.

Klimawandel

Die Massentierhaltung ist ein relevanter Treiber des Klimawandels. Laut UN Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO ist die Tierhaltung für bis zu 15 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich und damit ähnlich klimaschädlich wie der Verkehr- & Transportsektor mit ebenfalls 15% der Treibhausgasemissionen.

Ressourceneffizienz

Für eine pflanzliche Ernährung wird eine 5-mal kleinere Agrarfläche benötigt als für die aktuelle Durchschnittsernährung. Die Nutztierhaltung beansprucht 70% des weltweiten Kulturbodens und 30% der Erdoberfläche. 70% des abgeholzten Amazonaswaldes werden zu Viehweiden und ein Großteil der restlichen 30% wird für den Futteranbau verwendet. Der Import von Soja als Kraftfutter mehrheitlich aus Südamerika trägt damit zu dieser Abholzung bei. Auch in der Bio-Tierhaltung stammt über 80% des Kraftfutters aus dem Ausland. Die Produktion von 1kg Rindfleisch benötigt bis zu 13kg Getreide, für 1kg Schweinefleisch sind es bis zu 6kg Getreide. Global werden 85% der Sojaernte und 35% der Getreideproduktion an Nutztiere verfüttert – eine Nahrungsverschwendung. Würde man die Getreideernten der menschlichen Ernährung zur Verfügung stellen, könnten bereits heute 4 Mrd. Menschen mehr ernährt werden.

Wasserverschmutzung & -knappheit

Tierexkremate (Ammoniak), Antibiotika, Hormone und Düngemittel sowie Pestizide für den Futteranbau machen die Nutztierhaltung zu einer der größten Quellen der Wasserverschmutzung. In Regionen, in denen Futterpflanzen künstlich bewässert werden müssen, verschärft die Nutztierhaltung die Wasserknappheit. Wird der Wasserverbrauch berücksichtigt, der in die Produktion eingeht, so werden für 1kg Rindfleisch über 15'000 l Wasser benötigt. Für 1kg Weizen sind es nur 1'600 l.

Gesundheit

Aus medizinischer Sicht werden in Europa gegenwärtig zu viele tierische Nahrungsmittel konsumiert, was zu zahlreichen Gesundheitsproblemen, wie bspw. Herz-Kreislauf-Erkrankungen und hohen Kosten führt. Eine vorwiegend pflanzliche Ernährung ist gesund und verringert das Risiko für diverse Erkrankungen. Bei einer gänzlich fleischlosen Ernährung liegt das Risiko an Diabetes mellitus zu erkranken fast 50% tiefer. Multiresistente Keime sind unter Nutztieren entsprechend weit verbreitet – auch in der Bio-Tierhaltung und in 36% der Gewässer. Werden sie durch den Konsum tierischer Produkte auf Menschen übertragen, sind die Behandlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Bereits heute sterben jedes Jahr mehrere hundert Personen an resistenten Keimen. Die Keimdichte in der Nutztierindustrie begünstigt außerdem die Entstehung von Pandemien wieder Vogelgrippe.

Tierrechte

In der Schweiz werden jährlich über 26'000 Rinder und Kälber sowie über 2'800 Schweine bei Bewusstsein aufgeschlitzt bzw. gebrüht. Dies steht in krassem Widerspruch zum Tierschutzgesetz, dass Säugetiere nur geschlachtet werden dürfen, wenn sie vor Beginn des Blut-entzugs betäubt worden sind. Die Milchtierhaltung führt aufgrund von Überzüchtung zu vielen Gesundheitsproblemen. Hat eine Kuh ursprünglich 8l Milch/Tag gegeben, um ihr Kalb zu ernähren, so liegt die "Milchleistung" heute bei 25l/Tag. Auch jede dritte Bio-Milchkuh leidet an Euterentzündungen. In der Schweinehaltung leidet das Tierwohl ebenfalls. Pro Geburt werden 1-2 Ferkel von ihrer Mutter erdrückt. Zuchtbedingte Krankheiten wie Gelenkschäden und Herzversagen sind verbreitet. Ob konventionell oder biologisch, eine solche Massenproduktion bedeutet für die Tiere unvermeidlich enormes Leid. Durch die Förderung der pflanzlichen Ernährung nehmen wir den Tierschutz ernst.

(Sentience Politics (2016): Nachhaltige Ernährung, <http://gruenlink.de/1h0k>)

L-02-373-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Isaro Idris (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 372 bis 374 einfügen:

Bewegung, die eine Ernährungswende hin zu mehr saisonal, regional und biologisch produzierten Lebensmitteln fordert. Ein weiterer wichtiger Punkt wäre, Bioprodukte steuerlich zu begünstigen, damit mehr Verbraucher darauf umsteigen können.

Begründung

Die Steuergesetzgebung ist ein wesentliches Element bei der Gestaltung der Strukturen.

L-02-388 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 387 bis 389 einfügen:

Stadt gekühlt und Pflanzen mit Nahrung versorgt werden. Blumen stellen die Nahrungsquelle für Insekten und Bienen dar. Insekten wiederum die Nahrungsgrundlage für in der Stadt ansässige Vögel und Säugetiere. Mehr und besseres Grün trägt dabei also nicht nur zu einer besseren Lebensqualität bei, sondern rettet auch das Klima.

Begründung

Die Nahrungskette endet nicht bei Bienen und Honig, auch wenn beides sehr populär ist :-)

L-02-393 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 392 bis 394 einfügen:

Freiflächen, Wälder, Naturschutzgebiete und Freiräume – schützen, sondern auch dafür Sorge tragen, dass das Grün in der Stadt weiter wächst. Wir stehen weiter zum Erhalt des Tempelhofer Feldes als eine der größten und wichtigsten Grünflächen und damit grüne Lunge Berlins.

Begründung

Unterstützer*innen:

Georg Kössler (KV Neukölln)

Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Svenja Borgschule (KV Pankow)

Ankatrin Esser (KV Tempelhof-Schöneberg)

Sebastian Weise (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Alexandra Neubert, Britta Kallmann, Enad Altaweel, Dorothee Marquardt, Jürgen Wolf, Jan Paschke
(Alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-396 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 395 bis 397 einfügen:

es Parkplätze oder Vorplätze – noch immer gibt es riesige Potenzialflächen, die entsiegelt und begrünt werden können. **Und auch einen Teil von ehemaligen Autostraßen wollen wir entsiegeln.** Damit dauerhaft das Grün in der Stadt wächst, müssen wir den Ankauffonds ausweiten und noch mehr Flächen ankaufen, die für Flora und Fauna reserviert

Begründung

erfolgt mündlich

L-02-405 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Brigitte Kallmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Nach Zeile 405 einfügen:

In Anlehnung an den Leitantrag zum Klimaschutz der BDK im November wollen wir, dass die Ausgleichmaßnahmen planungsrechtlich so ausgestaltet werden, dass eine entsiegelte Fläche nicht kleiner als die neu versiegelte sein darf und vier junge Bäume einen alten Baum ersetzen.

Begründung

Unterstützer*innen: Enad Altaweel, Dorothee Marquardt, Jürgen Wolf, Dominik Pross, Michael Sebastian Schweiß (alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-416 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 415 bis 416 einfügen:

Klimawandels brauchen wir einen Umbau der Wälder – auch der Wirtschaftswälder – hin zu einem naturnahen Waldbau und naturnaher Parkpflege. Bei Park-, Ufer- und Platzsanierungen werden artenschutzfachliche Belange in die Planungen einbezogen.

Begründung

Tierarten wie Gebäudebrüter brauchen nicht nur Niststätten, sondern auch Lebensräume da sie sich nicht in Betonmauern verstecken können. Wenn dieser Umstand erst am Ende der Planungen auffällt ist es in der Praxis der Bezirksämter oft zu spät.

L-02-416-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 415 bis 416 einfügen:

Klimawandels brauchen wir einen Umbau der Wälder – auch der Wirtschaftswälder – hin zu einem naturnahen Waldbau und naturnaher Parkpflege. Es soll Möglichkeiten geben für Anwohner*innen sich bei der Nutzung und Bepflanzung von stadt-eigenen Grünflächen zu beteiligen. So können auch diese zu Begegnungsräumen werden und das Miteinander stärken.

Begründung

erfolgt mündlich

L-02-416-3 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 415 bis 416 einfügen:

Klimawandels brauchen wir einen Umbau der Wälder – auch der Wirtschaftswälder – hin zu einem naturnahen Waldbau und naturnaher Parkpflege. Dafür müssen Grünflächenämter mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Begründung

erfolgt mündlich

L-02-438 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Stephanie Stockklauser (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 438 bis 439 einfügen:

Auch die Berliner Wirtschaft muss sich zukunftsfähig aufstellen. Dies wird nur gelingen, wenn sie weniger Ressourcen verbraucht und weniger CO₂ ausstößt. Wir wollen deshalb die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft stärker fördern. Berliner Unternehmen zeigen heute schon, wie mit Digitalisierung, Vernetzung und Kooperation Ressourcen eingespart werden können. Nirgends gibts es mehr Startups im Bereich der nachhaltigen Wirtschaft als hier. Dies liegt auch an der starken Forschungs- und Innovationslandschaft, gerade in Bereichen wie Clean Technologies und Energiewende oder Material Efficiency. Um den Transfer aus der Wissenschaft in die Wirtschaft zu stärken, sollen Netzwerke und Kooperationen besser gefördert werden. Auch die Zukunftsorte, in denen die Innovationen entwickelt und ausgerollt werden, müssen langfristig gesichert werden.

Was wir konsumieren und kaufen erzeugt CO₂ in anderen Teilen der Welt. Wir stehen auch zu

Begründung

Unser wirtschaftspolitisches Ziel in Bezug auf Klimaschutz muss klar werden. Nur eine Umstellung auf eine nicht-lineare Betrachtung der Wirtschaft(also als Kreislauf) wird langfristig zu einer Einsparung von Ressourcen und damit zur Reduktion von CO₂ beitragen.

L-02-442 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 441 bis 443:

Wir wollen, dass sie ihre Klimawirkungen in den unternehmerischen Nachhaltigkeitsberichten transparent machen und einen Fahrplan entwickeln, wie sie ~~möglichst schnell~~ schrittweise auf 100% bis 2030 klimaneutral wirtschaften können. Wir fordern den Senat auf, im Rahmen seiner Aufsichtskompetenzen die

Begründung

erfolgt mündlich

L-02-446 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 446 bis 447 löschen:

Die Förderbank des Landes Berlin (IBB) soll ihre Förderpolitik ~~soweit wie möglich~~ an den Klimazielen ausrichten. Auch bei der Vergabe von nicht umweltschutzbezogenen Bundes- oder

Begründung

erfolgt münlich

L-02-460 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schneiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 459 bis 460 einfügen:

Nachdruck verleihen. Berliner Unternehmen und Institutionen, die hier bereits vorangehen, werden wir unterstützen, diesen Schritt zu wagen.

Die Klimakrise ist eine der Folgen unseres Wirtschaftens. Obwohl schon seit den 1970er Jahren die Auswirkungen unseres Wirtschafts- auf das Ökosystem bekannt ist, haben wir es nicht geschafft, dieses System nachhaltig umzugestalten. Das hängt auch mit der Art und Weise zusammen, wie wir über Wirtschaft nachdenken und sprechen. Eingriffe, wie zum Beispiel der von der BDK 2019 vorgeschlagene CO2-Preis, können helfen Symptome zu bekämpfen, lösen aber nicht die ursächlichen Fehlstellungen in unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, das momentan vorherrschende Dogma eines Dualismus zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, zwischen Markt und Staat zu hinterfragen und aufzubrechen, indem andere Formen des Wirtschaftens, wie zum Beispiel Kreislaufwirtschaft, Gemeinwohlökonomie und Solidarische Wirtschaftsformen gezielt gefördert werden. Es geht darum, das Ziel der Profitmaximierung gegen die Gemeinwohlorientierung auszutauschen, nicht mehr die Mittel wie Geld, Wachstum und Innovation in den Mittelpunkt zu stellen, sondern die Ziele: Menschenwürde, Lebensqualität, Chancengleichheit und Freiheit. Dazu reicht es nicht bestimmte Praktiken zu fördern, sondern wir müssen auch lernen umzudenken. Die Wirtschaftswissenschaft muss pluraler werden. Wir unterstützen deshalb die Forderungen des "Netzwerks für Plurale Ökonomie" nach einer Wirtschaftswissenschaft, die sich mit den heutigen Herausforderungen auseinandersetzt und die mit Hilfe verschiedener Theorien und Methoden untersucht. Denn um unsere Wirtschaft strukturell umzugestalten und nachhaltig umzugestalten, brauchen wir nicht Innovation als Wirtschaftstreiber, wir brauchen Innovation im ökonomischen Denken.

Begründung

erfolgt mündlich.

Weitere Antragssteller*innen: Britta Kallmann, Dominik Pross, Jan Paschke (alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

L-02-466 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 465 bis 466 einfügen:

strengerer Standards, damit aus dem öffentlichen Dienst entstehende Pensionen und Renten nicht mit klimaschädlichen Geschäften erwirtschaftet werden.

Ein wichtiger Faktor und ein wichtiges Schaufenster für klimaverantwortliches wirtschaften und finanzieren ist die Berliner Messe, mit ihrem weltweit beachteten Produkt- und Leistungsschauen. Wir stehen dafür, dass unsere Messe immer mehr zur grünen Messe wird. Wir werden deshalb bspw. für die Internationale Grüne Woche (IGW) mit besonderen Zielvorgaben und Preiskonditionen den Anteil der Bio-Erzeuger*innen erweitern oder auf der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) gezielt Anbieter*innen von klimafreundlichen Reisen fördern. Besonders die Signalkraft von neuen Messen oder Messen, die aus anderen Städten nach Berlin umziehen, halten wir für wichtig. Wir wollen, dass Berlin für Öko-Innovation steht und nicht für die Wirtschaft von vorgestern. Wir werden uns deshalb nur dann um die Internationale Automobilausstellung (IAA) an unserer Messe bemühen, wenn der Veranstalter vertraglich für die nahe Zukunft einen Mindestanteil an Elektromobilen von 25% akzeptiert, diese jährlich um mindestens 5% steigert und ab 2030 komplett auf die Ausstellung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren verzichtet.

L-02-467 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 467 bis 468 einfügen:

Wir stehen einem Wirtschaftssystem, welches auf endlosen Wachstum und Ausbeutung basiert generell sehr kritisch gegenüber und glauben nicht, dass darin die 1,5 Grad Grenze eingehalten werden kann. Deshalb wollen wir diese Strukturen ändern.

Begründung

erfolgt mündlich

L-02-471 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GJ Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 470 bis 474:

Mit den beschriebenen Maßnahmen werden wir die Strukturen so verändern, dass wir die sozial-ökologische Transformation konsequent und dauerhaft umsetzen können. ~~Für uns ist klar, dass wir Berlin klimaneutral umbauen müssen – und zwar jetzt! Dabei ist für uns nicht eine große Debatte über Jahreszahlen entscheidend, sondern wie viele Tonnen CO₂ wir einsparen.~~ Für uns ist klar, dass Berlin bis 2030 klimaneutral sein muss Entscheidend ist, dass wir radikal vernünftige Maßnahmen so schnell wie möglich

Begründung

erfolgt mündlich

L-02-474 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 473 bis 475:

Debatte über Jahreszahlen entscheidend, sondern wie viele Tonnen CO₂ wir einsparen. Entscheidend ist, dass wir ~~radikal~~ vernünftige die notwendigen Maßnahmen ~~so schnell wie möglich~~ implementieren und unser Klima endlich konsequent schützen. Den Rückenwind der Straße werden

Begründung

erfolgt mündlich

L-02-474-2 Wer vernünftig ist, handelt radikal! Jetzt entschlossen das Klima schützen

Antragsteller*in: Landesvorstand GJ Berlin

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu L-02

Von Zeile 473 bis 475:

Debatte über Jahreszahlen entscheidend, sondern wie viele Tonnen CO₂ wir einsparen. Entscheidend ist, dass wir ~~radikal~~ vernünftige die notwendigen Maßnahmen ~~so schnell wie möglich~~ implementieren und unser Klima endlich konsequent schützen. Den Rückenwind der Straße werden

Begründung

erfolgt mündlich

SÄA2-004 §13, Absatz 5 "Antragsberechtigungen"

Antragsteller*in: Michael Greiner (Abteilung Wissenschaft)

Änderungsantrag zu SÄA2

Von Zeile 3 bis 5:

Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.

²Antragsberechtigt sind ~~Kreisverbände~~Bezirksgruppen und ~~Kreisvorstände~~Bezirksvorstände, Landesarbeitsgemeinschaften, der Landesvorstand, der Landesausschuss, die

Begründung

Die Satzung des Landesverbandes kennt, bis auf zwei jüngst erfolgte Änderungen, den Begriff Kreisvorstand nicht. Stattdessen ist nahezu ausschließlich von Bezirksgruppen die Rede. Im Interesse einer einheitlichen Verwendung von Begriffen sollte auch hier die Bezeichnung Bezirksgruppe und Bezirksvorstand verwendet werden.

SÄA2-004-2 §13, Absatz 5 "Antragsberechtigungen"

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 21.11.2019

Änderungsantrag zu SÄA2

Von Zeile 3 bis 7:

Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.

²Antragsberechtigt sind Kreisverbände und ~~Kreisvorstände~~Kreisvorstände/Geschäftsführende Ausschüsse, Landesarbeitsgemeinschaften, der Landesvorstand, der Landesausschuss, die Frauenvollversammlung/Frauenkonferenz, ~~innerparteiliche Vereinigungen~~, die Mitgliederversammlung oder der Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben und mind. 15 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen,

SÄA2-004-3 §13, Absatz 5 "Antragsberechtigungen"

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schweiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu SÄA2

Von Zeile 3 bis 5 löschen:

Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.

²Antragsberechtigt sind Kreisverbände ~~und Kreisvorstände~~, Landesarbeitsgemeinschaften, der Landesvorstand, der Landesausschuss, die

Begründung

erfolgt mündlich.

Weitere Antragsteller*innen: Vasili Franco, Dorothee Marquardt, Enad Altaweel (alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

SÄA2-004-4 §13, Absatz 5 "Antragsberechtigungen"

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu SÄA2

Von Zeile 3 bis 10:

Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten zugänglich gemacht.
~~²Antragsberechtigt sind Kreisverbände und Kreisvorstände, Landesarbeitsgemeinschaften, der Landesvorstand, der Landesausschuss, die Frauenvollversammlung/Frauenkonferenz, innerparteiliche Vereinigungen, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben und mind. 15 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens acht Frauen.³Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und werden den Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich zugänglich gemacht. [...]~~
^{2,3}Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und werden den Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten frühestmöglich zugänglich gemacht. [...]

Begründung

Die bestehende und seit vielen Jahren bewährte Satzungsregelung der Mit-mach-Partei der Grünen in der Metropole Berlin wird erhalten, um auch den vielen neuen Mitglieder*innen die Möglichkeit zu eröffnen, einfach und unbürokratisch am Parteileben teilzuhaben.

SÄA2-006 §13, Absatz 5 "Antragsberechtigungen"

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 19.11.2019

Änderungsantrag zu SÄA2

Von Zeile 5 bis 7 einfügen:

Landesarbeitsgemeinschaften, der Landesvorstand, der Landesausschuss, die Frauenvollversammlung/
Frauenkonferenz, innerparteiliche Vereinigungen und deren Vorstände, die Antragskommission im
Rahmen ihrer Aufgaben und mind. 15 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen,

Begründung

Wir wollen die Vorstände der innerverbandlichen Vereinigungen ergänzen, damit klar ist, dass auch der Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin antragsberechtigt ist.

SÄA2-007 §13, Absatz 5 "Antragsberechtigungen"

Antragsteller*in: Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu SÄA2

Von Zeile 6 bis 9:

Frauenvollversammlung/Frauenkonferenz, innerparteiliche Vereinigungen, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben und mind. ~~15~~fünf Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens ~~acht~~drei Frauen.³Änderungsanträge können auch von einzelnen Mitgliedern gestellt werden, müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und werden den Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten

Begründung

Obwohl eine Erhöhung und Klärung des Quorums für Anträge bei LDKen sinnvoll ist, scheint 15 Personen zu hoch als Hürde. Wir plädieren daher für eine Hürde von fünf Personen. Die Ergänzung zu den Änderungsanträgen dient nur der Klarstellung, da sonst nicht ersichtlich ist, ob das Quorum für Änderungsanträge auch gilt oder nicht.

Unterstützer*innen

Fabio Reinhardt (KV Lichtenberg); Philipp Ahrens (KV Lichtenberg); Frederike Navarro (KV Lichtenberg); Bernd Schwarz (KV Reinickendorf)

SÄA2-007-2 §13, Absatz 5 "Antragsberechtigungen"

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu SÄA2

Von Zeile 6 bis 9:

Frauenvollversammlung/Frauenkonferenz, innerparteiliche Vereinigungen, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben und mind. ~~15 Mitglieder~~fünf Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens ~~acht Frauen~~drei Frauen.³Aus der Anzahl der Antragsteller*innen ergibt sich darüber hinaus eine Priorität für die Platzierung des Antrages auf der Tagesordnung, wobei dort eine Gruppierung von Anträgen in Leitanträgen und verschiedene Anträge davon ungeachtet möglich ist. Änderungsanträge unterliegen keiner Mindestanzahl an gemeinschaftlichen Antragsteller*innen. Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und werden den Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten

Begründung

Mündlich.

SÄA2-007-3 §13, Absatz 5 "Antragsberechtigungen"

Antragsteller*in: Grüne Jugend Berlin

Beschlussdatum: 19.11.2019

Änderungsantrag zu SÄA2

Von Zeile 6 bis 9:

Frauenvollversammlung/Frauenkonferenz, innerparteiliche Vereinigungen, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben und mind. ~~15~~⁴ Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter ~~mindestens acht~~^{mindestens 2} Frauen.³ Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und werden den Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten

SÄA2-007-4 §13, Absatz 5 "Antragsberechtigungen"

Antragsteller*in: Tilo Fuchs (KV Mitte)

Änderungsantrag zu SÄA2

Von Zeile 6 bis 9:

Frauenvollversammlung/Frauenkonferenz, innerparteiliche Vereinigungen, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben ~~und~~oder mind. 15 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, ~~darunter mindestens acht Frauen.~~wobei der Anteil an Frauen auszuweisen ist³Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und werden den Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten

Begründung

Die Ersetzung von "und" durch "oder" dient der Klarstellung, um nicht jede Antragstellung an eine der berechtigigten Gremien/Gliederungen und zusätzlich die Antragstellung durch 15 Mitglieder zu binden.

Die Streichung der Bedingung, dass unter den Antragstellenden mindestens 8 Frauen sein müssen ist erforderlich, da eine Bindung des Antragsrechtes von Nicht-Frauen an die Unterstützung von Frauen bereits im Vorwege dem Gleichheitsgrundsatz im Parteiengesetz widersprechen dürfte. Durch die Übernahme der Praxis der BDK, den Anteil von Frauen an den Antragstellenden eines Antrages auszuweisen, erlaubt es, die genderpolitische Bewertung einer Antragstellung vorzunehmen und dient somit in ähnlicher Weise dem politischen Ziel.

Die Änderung vermeidet zudem die Notwendigkeit, dass sich Personen, die einen Antrag unterstützen wollen, auf eine geschlechtliche Identität festlegen müssen.

SÄA2-007-5 §13, Absatz 5 "Antragsberechtigungen"

Antragsteller*in: Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Titel

Ändern in:

§13, Absatz 5 "Antragsberechtigungen" / Antragsrecht für jedes Mitglied

Änderungsantrag zu SÄA2

Von Zeile 6 bis 9:

Frauenvollversammlung/Frauenkonferenz, innerparteiliche Vereinigungen, die Antragskommission im Rahmen ihrer Aufgaben und ~~mind~~ jedes Mitglied, einzeln und gemeinsam mit anderen Mitgliedern. 15 Mitglieder, die gemeinschaftlich einen Antrag stellen, darunter mindestens acht Frauen. ^[Leerzeichen] Änderungsanträge müssen acht Tage vor der LMV vorliegen und werden den Bezirksgruppen, Abteilungen, innerparteilichen Vereinigungen und Delegierten

Begründung

Das Antragsrecht gehört zu den wichtigsten Mitgliederrechten. Durch Anträge an die Beschlussgremien können Mitglieder direkt an der Willensbildung unserer Partei teilnehmen. Sie können ihre Vorschläge und Forderungen als Beschlussvorlagen einreichen und haben dann ein Recht auf eine öffentlich begründete und zügige Entscheidung in der Sache, auf Ablehnung oder Annahme.

Es ist also durchaus angemessen und sinnvoll, das Antragsrecht in die Satzung aufzunehmen. Es gibt aber keinen vernünftigen Grund, die Mitglieder dabei Hürdenrennen laufen zu lassen.

In den vergangenen beiden Jahren haben wir auf vier LDKen (2. 12. 2017, 21. 4. 2018, 24. 11. 2018 und 6. 4. 2019) zu 72 eigenständigen Anträgen (inhaltliche, ohne die zu Tagesordnung und Haushalt) Beschlüsse gefasst – 65mal zustimmend, siebenmal ablehnend. Neben 37 Gremianträgen und 3, die von Personen und Gremien zusammen gestellt wurden, bildeten 32 Personenanträge die Grundlage. 23 dieser Personenanträge wurden von ein bis vier Mitgliedern gestellt. Neben drei Personenanträgen wurden auch vier Gremianträge nicht angenommen. - Auch zu dieser LDK (7. 12. 2019) stehen neben 11 Gremianträgen und einem, der von Personen und Gremien zusammen gestellt wird, 14 Personenanträge zur Abstimmung, neun davon werden von ein bis vier Mitgliedern beantragt.

Bei uns gibt es keine Geschlechter-Apartheid und Frauen werden nicht in den Hintergrund gedrängt - ganz im Gegenteil. Da, wo mehrere Mitglieder zusammen einen Antrag stellen, sind es ganz überwiegend geschlechtergemischte Gruppen von Antragsstellenden: bei den vier zurückliegenden LDKen alle 16, die von mindestens drei Mitgliedern gestellt wurden, plus zwei der Zweier-Anträge. Diesmal gibt es (neben sieben Anträgen Einzelner und einem von zwei Männern) ausnahmsweise einen „männerlosen“ Antrag von sechs Frauen, die anderen fünf sind geschlechtergemischt. Bei den vier zurückliegenden LDKen gab es 81 Antragstellungen von Frauen und 58 von Männern, diesmal sind es 68 und 54 (jeweils ohne die ausdrücklich nur als Unterstützende Genannten; natürlich sind einzelne Mitglieder dabei mehrfach vertreten).

LDKen dauern auch nicht zu lang, sie bewältigen ihr Arbeitspensum in der Regel sogar vorfristig.

Und der Landesverband leidet auch keineswegs unter Beschlussfülle. Wenn ein LDK-Beschluss im politischen Alltag seltener gebraucht wird, so liegt er doch bereit für die Gelegenheiten, wo er passt und verwendet werden kann.

Die gegenwärtige Praxis hat sich also durchaus bewährt. Sie funktioniert auch bei erfreulich gewachsener Mitgliederzahl gut.

Die Fülle der Änderungsanträge lässt sich mit der achtköpfigen Antragskommission (vgl. https://berlin.antragsgruen.de/ldk192/Landesvorstand_13_Absatz_5_Antragskommission-33833) mindestens so gut bearbeiten, wie das auf Bundesebene vor und auf BDKen geschieht. Dort bewältigen die acht Antragskommissionsmitglieder an die tausend Anträge pro BDK und bei Wahlprogrammen noch deutlich mehr. Bei unseren LDKen gibt es sehr viel weniger Änderungsanträge; bei der letzten am 6. April 2019 waren es nur 164. Von ihnen wurden fast alle durch (modifizierte) Übernahmen integriert, machten also den Delegierten gar keine Arbeit, nur bei zweien gab es Abstimmungen. Das ist mühelos zu „händeln“. Und das Verhandeln vor der LDK braucht zwar immer einige Zeit, aber auch die ist gut angelegt: Antragsteller*innentreffen sind nebenbei auch zur Transparenz und als politische Weiterbildung für Antragstellende hilfreich. Es wäre also nutzlos und kontraproduktiv, Mitglieder durch hohe Hürden mutwillig davon abzuhalten, Änderungsanträge zu stellen.

Nun zur Behauptung des Landesvorstandes, es sei „jedem Mitglied möglich.., 15 Unterstützer*innen zu finden“. Die ist vollkommen realitätsfern. Das weiss einfach jede*r, die/der sich schon mal selbst vor BDKen um die dort vorgeschriebenen 19 Mit-Antragstellenden bemüht hat.

Allen übrigen sei es am Beispiel von Ingrid Nestles Wasserstoffstrategie-BDK-Antrag V-09 erklärt:

die hervorragende fachliche Qualität und besondere Dringlichkeit kann gar nicht bestritten werden, dieser Antrag wurde gegen grosse Konkurrenz erster beim Gesamtmitglieder-V-Ranking und die BDK Bielefeld hat ihn mit grossem Beifall angenommen. Dennoch und obwohl grüne Energiepolitiker*innen eigentlich in ständigem Austausch stehen, haben bundesweit grade mal 20 Mitglieder in 39 Stunden diesen Antrag unterstützt, siehe <https://antraege.gruene.de/44bdk/motion/901> . - Ingrids zweiter, ebenfalls guter und wichtiger Antrag zur BDK Bielefeld, https://antraege.gruene.de/44bdk/Stromkunden_am_Markt_aktiv_beteiligen-2013 ist leider mit 17 statt der vorgeschriebenen 19 Unterstützenden an dieser Hürde hängengeblieben.

Der Vorschlag des LaVo, die Mindestzahl von fünfzehn ist also ganz unbrauchbar, dies würde das persönliche Antragsrecht zum De-facto-Vorrecht der ein bis zwei Dutzend prominentesten Mitglieder unseres Landesverbandes machen, und sogar MdBs könnten bei etwas spezielleren Arbeitsgebieten grosse Schwierigkeiten beim Sammeln von Unterstützer*innen haben.

Aber auch geringere Zahlen wie die von Anderen beantragten vier bzw. fünf haben praktische Nachteile. Die liegen vor allem in dem völlig überflüssigen Zwang, Teams nach Mindestgrössen zusammenzusuchen und zusammenzuhalten. Der würde weder Mitgliedern Freude machen noch die Beschlussqualität fördern.

Denn Gremianträge sind erfahrungsgemäß nicht unbedingt besser als Personenanträge. Die Texte grösserer Arbeitsgruppen überragen nicht unbedingt die Entwürfe von einem oder zwei Mitgliedern. Viele Köch*innen können Antragsbreie auch breiig machen, der Ausdruck "typisches Kompromisspapier" ist kein Kompliment. Dagegen überzeugen Anträge einzelner Mitglieder oft durch besondere sprachliche und gedankliche Qualitäten, sie sind Beschlussvorlagen "aus einem Guss". Soweit politische Fragen sich von einem Mitglied auch allein gut überblicken und bearbeiten lassen und soweit die Expertise Einzelner ausreicht, können „schlanke“ Anträge Einzelner auch zu besseren Beschlüssen führen. Dies haben die LDK-Delegierten auch gern anerkannt und den Anträgen einzelner Mitglieder dieselben Chancen gegeben wie den Anträgen grosser Gremien.

Es gibt sehr gute Gründe, dass Teams sich geschlechtervielfältig zusammenfinden. Eben deswegen sind ja auch beinahe alle grösseren Antragsteller*innengruppen geschlechtergemischt. Es gibt aber keine guten Gründe, dies durch Satzungsvorschrift erzwingen zu wollen.

Nötigende Vorschriften sollten nur da gemacht werden, wo es ohne sie wirklich nicht geht. Wo das nicht sein muss, soll unsere Satzung allen Mitgliedern soviel Freiheit wie möglich verschaffen.

Bei der Antragstellung geht es auch ohne Zwang. Und es ist menschlich viel schöner, wenn die Zusammenarbeit freiwillig erfolgt und niemand denken muss: die anderen sprechen nur gezwungenermassen mit mir, ich bin nur Füllmasse für ein Satzungsquorum.

Viel besser ist es, wenn wir bei freien Entscheidungen bleiben. So, wie es jetzt ist, ist das individuelle Antragsrecht zu LDK und LMV ein grossartiges Zeichen dafür, dass wir eine Gemeinschaft mündiger Mitglieder sind. Jedem Mitglied wird damit gesagt: bei uns zählst Du nicht nur gebündelt und „in der Masse“. Du wirst individuell wahrgenommen und ernst genommen. Wenn Du mit Namen und Gesicht für Deinen Vorschlag einsteht, dann schenkt die LDK bzw. die LMV Dir auch Gehör. Du bist Mitgestalter*in des gemeinsamen Willens.

Lasst uns daher beschliessen: Jedes Mitglied soll ihr bzw. sein Antragsrecht als Person behalten und frei wählen dürfen, mit wem sie bzw. er Anträge stellt.

SÄA3-011 §13, Absatz 5 "Antragskommission"

Antragsteller*in: André Schulze (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu SÄA3

Von Zeile 10 bis 14:

werden. ⁴Die inhaltliche Zuordnung der Anträge im Rahmen eines Tagesordnungsentwurfs übernimmt im Vorfeld der LMV die Antragskommission. ~~Sie setzt sich zusammen aus zwei vom Landesvorstand entsendeten Mitgliedern, die nicht die Landesvorsitzenden sein können und sechs durch die LMV zu wählende Mitglieder.~~ Sie setzt sich zusammen aus acht durch die LMV zu wählende Mitglieder. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre. Die Antragskommission bereitet die Behandlung eines oder mehrerer Tagesordnungspunkte in

Begründung

Im Regelfall ist der Landesvorstand mindestens mit den Leitanträgen selber als Antragsteller*in stark in die Verhandlungen eingebunden. Für die Mitglieder des Landesvorstands in der Antragskommission würden sich dauerhaft sowohl inhaltlich als auch zeitliche Aufgabenüberschneidungen (Antragsteller*in und Antragskommission) für die Antragsteller*innentreffen häufen, da meist nicht nur die Landesvorsitzenden für den LaVo verhandeln.

Da gleichzeitig keine inhaltliche Notwendigkeit besteht, dass der LaVo in der Antragskommission vertreten ist, schlagen wir vor alle acht Mitglieder der Antragskommission von der LMV/LDK wählen zu lassen.

Unterstützer*in:

Meike Berg (KV Berlin-Neukölln)

SÄA3-013 §13, Absatz 5 "Antragskommission"

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu SÄA3

Von Zeile 12 bis 14 einfügen:

Landesvorstand entsendeten Mitgliedern, die nicht die Landesvorsitzenden sein können und sechs durch die LMV zu wählende Mitglieder, die zum Zeitpunkt der Wahl keine Parlamentarier*innen sind. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre. Die Antragskommission bereitet die Behandlung eines oder mehrerer Tagesordnungspunkte in

Begründung

Eine Formalisierung der Antragskommission macht Sinn, denn sie hat einen hohen strategischen Einfluss für die Positionsfindung der Partei. Deshalb sollten wir auch im Sinne der Trennung von Partei und Fraktion uns Parlamentarier*innen von dieser Funktion ausschließen. Da fast immer unsere parlamentarischen Aktivitäten in den Anträgen und Änderungsanträgen adressiert werden, sollten Abgeordnete nicht den Prozess moderieren. Abgeordnete haben in einem Vollzeitparlament genug zu tun und es gibt in unserer Partei genug fleißige Menschen, die das können.

SÄA3-013-2 §13, Absatz 5 "Antragskommission"

Antragsteller*in: André Schulze (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu SÄA3

Von Zeile 12 bis 14 einfügen:

Landesvorstand entsendeten Mitgliedern, die nicht die Landesvorsitzenden sein können und sechs durch die LMV zu wählende Mitglieder. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre. Für jeweils eine LMV können die gewählte Antragskommission und der Landesvorstand bei besonderem Bedarf der LMV gemeinsam bis zu vier weitere Mitglieder für die Antragskommission vorschlagen. Die Antragskommission bereitet die Behandlung eines oder mehrerer Tagesordnungspunkte in

Begründung

In der Vergangenheit haben die Beratungen für das Wahlprogramm meist sehr umfangreiche, parallel stattfindende Verhandlungen umfasst, die eine mehr als achtköpfige Antragskommission erfordert haben um alle Verhandlungen abzudecken. Insbesondere da u.U. nicht zu jedem Zeitpunkt längerer Verhandlungen alle Mitglieder der Antragskommission zur Verfügung stehen.

Um auch in Zukunft insbesondere für die Beratung des Wahlprogramms eine gewisse Flexibilität zur Erweiterung der Antragskommission zu haben, schlagen wir obige Änderung vor. Die vorgeschlagene Mitglieder müssten am Beginn der betreffenden LMV/LDK - wie im bisherigen Verfahren - bestätigt werden.

Unterstützer*in:

Meike Berg (KV Berlin-Neukölln)

SÄA3-013-3 §13, Absatz 5 "Antragskommission"

Antragsteller*in: Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu SÄA3

Von Zeile 12 bis 14 einfügen:

Landesvorstand entsendet Mitgliedern, die nicht die Landesvorsitzenden sein können und sechs durch die LMV zu wählende Mitglieder, die zum Zeitpunkt der Wahl keine Parlamentarier*innen oder Senatsmitglieder sind. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre. Die Antragskommission bereitet die Behandlung eines oder mehrerer Tagesordnungspunkte in

Begründung

Weitere Antragsteller*innen:

Dorothee Marquardt (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Vasili Franco (KV Friedrichshain-Kreuzberg),
Dominik Pross (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

SÄA4-002 §17, Absatz 4 "Einladungsfrist"

Antragsteller*in: Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu SÄA4

Von Zeile 2 bis 3:

(4)¹Der Landesausschuss tagt mindestens ~~6~~²-mal im Kalenderjahr und ist vom Landesvorstand mit einer Frist von mindestens zehn Tagen einzuladen. ²Seine Sitzungen sind öffentlich. ³Er

V-01-002 Gesundheitsschutz in Shisha-Bars umsetzen

Antragsteller*in: Bernd Szczepanski (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-01

Von Zeile 2 bis 4:

~~Mehr als 300 Shisha-Bars in Berlin bereichern das Leben vorwiegend junger Menschen. Sie spiegeln die kulturelle Vielfalt wider und sind ein wichtiger sozialer Treffpunkt und auch ein Wirtschaftsfaktor in unserer Stadt.~~

Mehr als 300 Shisha-Bars in Berlin beräuchern das Leben vorwiegend junger Menschen.

Begründung

Ja, es gibt Shisha-Bars und sie werden von vielen (jungen) Menschen besucht. Solange es sie gibt, müssen wir deshalb versuchen, die Besucher*innen, das Personal und die Umgebung vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu schützen. Der Antrag zeigt und fördert m. E. allerdings eine grundsätzlich positive Einstellung gegenüber diesen Bars.

Auch nach Umsetzung der im Antrag geforderten Maßnahmen bleiben Shisha-Bars suchtfördernde, gesundheitsgefährdende Orte, von deren Besuch abzuraten ist. Dies soll meine Änderung verdeutlichen.

V-01-010 Gesundheitsschutz in Shisha-Bars umsetzen

Antragsteller*in: Karolina Ziehm (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu V-01

Von Zeile 9 bis 11 einfügen:

akuten Kohlenmonoxid-Vergiftungen. Dies reicht uns aber nicht, um den Gesundheitsschutz der Konsumierenden und der Beschäftigten zu gewährleisten. Denn eine überhöhte Feinstaub- und Kohlenmonoxid-Belastung führt zu erheblichen Gesundheitsgefahren – insbesondere bei Kindern, Schwangeren,

Von Zeile 14 bis 18:

baurechtliche Erlaubnispflicht für die Shisha-Betriebe. Auch die Nachbarschaft kann erheblich durch die geruchsintensiven Emissionen belästigt werden. ~~Und es mehren sich die Untersuchungen, die zeigen: sowohl das aktive Rauchen als auch das Passivrauchen von~~ Einige suchtfährende und gesundheitsschädliche Stoffe, beispielsweise Nikotin oder Kohlenmonoxid, kommen im Shisha-Tabak aus der Umgebungsluft Rauch sogar in größeren Mengen vor als im Zigarettenrauch. Wer zwei bis drei Tabakköpfe pro Tag raucht, ist mindestens genauso gesundheitsschädlich nach heutigem Kenntnisstand ähnlichen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt wie E-Zigaretten, Zigaretten, Zigarren und Pfeifen beim regelmäßigen Rauchen von Zigaretten.

Auf Bundesebene setzen wir uns für ein Werbeverbot für Tabakprodukte und eine Besteuerung von Tabakprodukten ein, die sich am Gefährdungspotential orientiert

Begründung

Quelle: <https://www.bfr.bund.de/cm/343/ausgewaehlte-fragen-und-antworten-zu-wasserpfeifen.pdf>

V-01-036 Gesundheitsschutz in Shisha-Bars umsetzen

Antragsteller*in: Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu V-01

Nach Zeile 36 einfügen:

Zudem fordern wir die Regierungsfractionen auf, dass sie sicher stellen, dass ähnliche Maßnahmen durch die Überarbeitung des Berliner Nichtraucherschutzgesetzes in Klubs und Bars auch gelten.

Begründung

Weitere Antragsteller*innen:

Britta Kallmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Jan Paschke (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

V-02-001 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 1 bis 2:

Demokratisierung der E-Mobilität – ~~eMobi Pass als~~für eine gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

V-02-001-2 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Ruben Joachim (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 1 bis 2:

~~Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen~~

Streiche Zeile 1 bis 91 und ersetze durch GLOBALALTERNATIVE:

Die Verkehrswende ist mehr als nur die Antriebswende - umweltfreundliche Mobilität und Teilhabe für alle.

Berlin wächst, die Menschen drängeln sich auf Straßen, Radwegen, in Bahn und Bus. Die Trendwende beim ÖPNV ist eingeleitet. Innerhalb von 15 Jahren werden mindestens 28 Milliarden Euro ins System fließen. Die Misere des öffentlichen Nahverkehrs soll spätestens im Jahr 2035 der Vergangenheit angehören.

Diesen sehr langen Zeitraum können wir jedoch nicht verstreichen lassen, ohne die Senkung der lokalen CO2-Emissionen, die Verringerung der Emissionen von Schadgasen (v.a. NOx) und Feinstauben, die Steigerung der Verkehrssicherheit, die Flächengerechtigkeit, sowie die stadtweite Lärminderung in Berlin voranzutreiben.

Wenn wir diese Ziele erreichen wollen, müssen wir für eine massive Reduzierung des Autoverkehrs in der Stadt sorgen. Um Autofahrer*innen zum Umstieg auf bessere Verkehrsmittel zu bewegen, sind einerseits Maßnahmen nötig, die es unattraktiv machen, mit dem Auto oder anderen Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor in Berlin unterwegs zu sein, und andererseits müssen positive Anreize für den Umstieg auf bessere Verkehrsmittel geboten werden.

Verkehrsmittel, die im Einklang mit all unseren Zielen sind und deren Infrastruktur im Sinne einer schnellen Verkehrswende vergleichsweise günstig und schnell bereitgestellt werden kann, sind zum Beispiel Pedelecs, Elektrokleinstfahrzeuge und Fahrräder. Für Menschen, die regelmäßig Strecken von 10 km und mehr zurücklegen müssen, sind darüberhinaus S-Pedelecs eine Alternative, die jedoch in Deutschland durch ihre Gleichsetzung mit Mofas oft nicht auf Radverkehrsanlagen, sondern zwischen Autos und LKWs auf Straßen gefahren werden müssen.

Während Elektroautos, die zumindest bei Lärm- und lokalen CO2-Emissionen einen Fortschritt darstellen, vom Markt bisher nicht angenommen werden und Subventionen benötigen, wurden im Jahr 2018 knapp eine Million Pedelecs in Deutschland verkauft - diese Form der Elektromobilität hat sich also mit einem Anteil von fast 25% aller verkauften Fahrräder bereits am Markt durchgesetzt und benötigt keine weiteren Subventionen.

Das größte Potenzial für positive Anreize für den Umstieg aufs Pedelec, Elektrokleinstfahrzeug oder Fahrrad liegt ganz klar in der Verbesserung der Fahrrad-Infrastruktur, wie sie im Mobilitätsgesetz vorgesehen ist. Hierauf werden wir uns weiterhin fokussieren und den Ausbau mit finanziellen und personellen Mitteln vorantreiben. Um die Bedingungen für S-Pedelecs zu verbessern, werden die Bezirke in Berlin befähigt, geeignete Radverkehrsanlagen durch ein Zusatzschild für S-Pedelecs freizugeben, gegebenenfalls einhergehend mit einer Begrenzung der zulässigen

Höchstgeschwindigkeit auf den betroffenen Wegen auf 30 km/h.

Da positive Anreize alleine nicht ausreichen, werden zusätzlich Beschränkungen für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor etabliert.

Um auch Menschen, die bisher auf ihr Verbrenner-Fahrzeug angewiesen sind, den Umstieg auf umweltfreundlichere Alternativen zu ermöglichen, werden wir eine Umweltprämie in Höhe von mindestens 200€ einführen, die bei endgültiger Außerbetriebnahme von fahrbereiten Verbrenner-Fahrzeugen und gleichzeitiger Neuanschaffung eines Fahrrads, Elektrokleinstfahrzeugs (nach eKFV) oder leichten E-Fahrzeugs der EG-Klassen L1e bis L2e (z.B. Pedelec, S-Pedelec, E-Motorroller), gezahlt wird. Bei Anschaffung eines Lastenrades als Ersatz für ein Verbrenner-Fahrzeug wird die Umweltprämie zusätzlich zur bereits 2018 erfolgreich eingeführten Berliner Lastenradförderung gezahlt. Die Laufzeit und das Budget der Umweltprämie werden großzügig gestaltet, sodass möglichst viele Berliner*innen davon profitieren können.

Die Verkehrswende ist eine große Aufgabe für uns alle, die nur gelingen wird, wenn wir Mobilität für alle Menschen ermöglichen. Um möglichst viele Menschen zu erreichen und mitzunehmen, wird die Berliner Umweltprämie daher durch eine geeignete Kommunikationskampagne begleitet werden.

Begründung

Als Globalalternative zum Antrag V-02

Unterstützer*innen: Oda Hassepaß (KV Pankow), Hans-Christian Höpcke (KV Pankow)

V-02-010 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 10 bis 12 löschen:

~~Sanktionen wie umweltbezogene Zwangsabgabe, Fahrverbote, oder Geschwindigkeitsbeschränkungen alleine führen nicht zu einem Umdenken der Verkehrsteilnehmer.~~ Laut Kraftfahrtbundesamt wurden in den ersten sechs Monaten des Jahres 2019 bundesweit 49.823 Audi Q Modelle (Q2 -

V-02-015 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 14 bis 15 einfügen:

Segment der Mini- und Kleinwagen nur 5.551 Zulassungen des Renault Zoe oder 2.046 des Smart For2 electric drive erfolgten.

Der Audi Q5 Diesel - Euro-Norm 6 - stößt die 19-fache Schadstoffmenge aus als gesetzlich erlaubt (siehe ARTE Reportage & Dokumentation-Der Fall Audi). Bisher unveröffentlichte Schadstoffmessungen des Kraftfahrt-Bundesamtes belegen, dass "Fahrzeuge mit Euro 6 fahren hier herum, dabei liegen sie weit, weit über dem Grenzwert, so dass die nicht mal Euro 1 einhalten. Ein Grenzwert, der 1993 gegolten hat, wird von diesen neuen Fahrzeugen nicht eingehalten", sagt der DUH-Experte Friedrich. "Das ist natürlich ein unglaublicher Vorgang, dass die weiterhin unsere Luft verpesten dürfen." Bisher sind diese Fahrzeuge von Fahrverboten ausgenommen (siehe <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2019/10/abgase-dieselskandal-nox-messung-kraftfahrtbundesamt-autos-schmutzig.html>). An Ampeln schaltet die Abgasreinigung mittels der eingebauten Betrugssoftware komplett ab. Kinder im Kinderwagen, die diese Abgase an einer Ampel einatmen, können aufgrund ihrer geringen Körpermasse erhebliche Gesundheitsschäden davontragen. Sogar ein neuer 40-Tonner-LKW ist sauberer durch die Abgasreinigung als diese Fahrzeuge.

Begründung

s. o.

V-02-020 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 19 bis 21 löschen:

Um positive Akzente für eine Verhaltensänderung zu setzen, fordern wir eine weitreichendere Förderung der E-Mobilität im Land Berlin. Aktuell bietet der Senat ~~nur~~ das Programm "Wirtschaftsnahe Elektromobilität- WELMO", eine Förderung der gewerblichen E-Mobilität, an.

V-02-022 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 22 bis 26:

Wir ~~wollensetzen~~ uns für die Demokratisierung der E-Mobilität in Berlin ~~einsetzen~~ein. ~~Ähnlich wie in München, sollten die~~Dazu ~~wollen wir~~ Fördermittel in Berlin allen Bürger*innen zugute kommen ~~lassen~~. Im Bereich der Privataushalte sollte ~~der Umfang der Unterstützung auf die Förderung~~eine Förderung von Pedelecs, S-Pedelecs, Lastenrad mit oder ohne elektrischen Antrieb, E-Motorroller/E-Mopeds, ~~sowie E-Tretroller~~ und sonstige Elektroleichtfahrzeuge der EG Klassen Le1e bis Le7e ausgeweitet werden. ~~Sharing-Modelle wollen wir dabei bevorzugt behandeln~~

V-02-023 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 22 bis 26 löschen:

Wir wollen uns für die Demokratisierung der E-Mobilität in Berlin einsetzen. Ähnlich wie in München, sollten die Fördermittel in Berlin allen Bürger*innen zugute kommen. ~~Im Bereich der Privataushalte sollte der Umfang der Unterstützung auf die Förderung von Pedelecs, S-Pedelecs, Lastenrad mit oder ohne elektrischen Antrieb, E-Motorroller/E-Mopeds und sonstige Elektroleichtfahrzeuge der EG Klassen Le1e bis Le7e ausgeweitet werden.~~

Begründung

Pedelecs, S-Pedelecs, ... E-Roller ... haben derzeit einen wahren Boom. Die Verkaufszahlen, z. B. bei E-Bikes, haben von 2009/150.000 bis 2018 auf 980.000 pro Jahr zugenommen (siehe: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/152721/umfrage/absatz-von-e-bikes-in-deutschland/>). Hier sind staatliche Fördermittel zur Anschubfinanzierung und Marktimplementierung nicht mehr erforderlich. Der Markt funktioniert hier sehr gut durch die Preisbildung von Angebot und Nachfrage - anders als in anderen Märkten, z. B. bei der CO2-Bepreisung im Energiesektor zur Implementierung der externalisierten Kosten. Regulierung und Förderung ist in diesem Fall nicht mehr erforderlich. Dieses Steuergeld kann sinnvoller eingesetzt werden für den Ausbau der Fahrradinfrastruktur, Fahrradschnellstraßennetz und zur Verbesserung/Ausbau der Fahrradinfrastruktur in Berlin, z. B. durch Ausbau und Verbreiterung der Fahrwege, damit Fahrradfahrer*innen sich ohne angerempelt zu werden überholen können bzw. sich hinter einem Lastenfahrrad ein Stau bildet.

Gefördert werden sollten weiterhin Initiativen wie BUND, etc. die Lastenfahrräder kostenlos verleihen, z. B. über die Initiative "Lastenrad kostenlos ausleihen". Bei dieser Initiative können Lastenräder von Bürger*innen wohnortnah kostenlos termingenau gebucht und ausgeliehen werden um größere Transporte abzuwickeln: <https://flotte-berlin.de/lastenrad-ausleihen/kostenlos/>

Überlegenswert wäre auch zu prüfen, ob in Zukunft auf dem S-Bahnring Doppelstockwagen eingesetzt werden könnten, die bei der Regionalbahn der DB verwendet werden, wenn dies technisch machbar ist; denn dann könnten die Menschen die längere Strecken mit der Ringbahn fahren in Ruhe oben sitzen und unten diejenigen Menschen, die nur kürzere Strecken zurücklegen müssen. Durch die zunehmende Attraktivität des ÖPNV wird v. a. die Leistungsfähigkeit dieses Verkehrssystems ein Problem, da bereits jetzt trotz enger Taktzeiten, mann/frau sich zumindest zu den Hauptverkehrszeiten in der Ringbahn fühlt wie ein Fisch in einer Konservendose. :-)) Ich spreche da aus eigener Erfahrung mit der Ringbahn und zwar tagtäglich.

V-02-026 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 25 bis 26:

Pedelecs, Lastenrad mit oder ohne elektrischen Antrieb, E-Motorroller/E-Mopeds und sonstige Elektroleichtfahrzeuge der EG Klassen Le1e bis Le7e ~~ausgeweitet~~ eingeführt werden.

V-02-027 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 27 bis 34:

Kopenhagen hat gezeigt, dass ~~die Mehrzahl der Radfahrer~~ die Radfahrer*innen nicht nur aus rein grünen Motiven aufsauf's Rad umgestiegen sind, sondern weil sie auch einen Vorteil aus der Nutzung des Rads zogen: Zeit, Prestige und soziale Akzeptanz sind hier maßgebliche Faktoren. Durch das Attraktiveren von Lastenpedelecs, E-Motorollern & Co kann man [Leerzeichen] eine breitere Masse motivieren, für Berufs- oder Einkaufsfahrten ihren PKW Zuhause stehen zu lassen und auf Zweiräder umzusteigen. ~~Diese einfache Veränderung des alltäglichen Mobilitätsverhaltens kann ohne aufwändige Eingriffe in die Infrastruktur zu einer spürbaren Reduzierung des innerstädtischen Flächenverkehrs führen.~~

V-02-035 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

In Zeile 35 löschen:

~~WIE STELLEN WIR UNS DIE UMSETZUNG VOR?~~

V-02-036 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 36 bis 38:

Mit der Einführung ~~eines Berlin eMobi Passes~~ einer Förderung von e-Fahrzeugen können Privatpersonen, gemeinnützige Organisationen und Wohnungseigentümergeinschaften, die in Berlin ~~registriert~~ gemeldet sind sind, ~~eine E-Mobilitätsförderung~~ diese Förderung beantragen.

V-02-038 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 37 bis 38 einfügen:

Organisationen und Wohnungseigentümergeinschaften, die in Berlin registriert sind, eine E-Mobilitätsförderung beantragen. Bei der Ausgestaltung der Förderung wollen wir uns an dem Förderprogramm Elektromobilität in München orientieren.

V-02-040 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Frank Schmuntzsch (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 39 bis 42 löschen:

Die entsprechenden Elektrofahrzeuge können nur beim Fachhandel in Berlin erworben werden. Ein Direktvertrieb über das Internet wird nicht gefördert. ~~Finanziert werden soll die Maßnahme über das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt und Nachhaltigkeitsfonds (SIWANA)~~

Begründung

SINAWA ist zur Förderung von Strukturmaßnahmen, nicht zur Förderung von individuellen Verkehrsmitteln.

V-02-043 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

In Zeile 43 löschen:

~~FÖRDERFÄHIG SIND:~~

V-02-044 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

In Zeile 44 löschen:

~~1. Pedelecs mit 30 % der Nettokosten bis maximal 800 €~~

V-02-044-2 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu V-02

In Zeile 44 löschen:

~~1. Pedelecs mit 30 % der Nettokosten bis maximal 800 €~~

Begründung

siehe obige Begründung zur Ablehnung der Förderung!

V-02-045 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

In Zeile 45 löschen:

~~2. Lastenrad mit oder ohne elektrischen Antrieb mit 30 % der Nettokosten bis max. 1.500 €~~

V-02-045-2 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu V-02

In Zeile 45 löschen:

~~2. Lastenrad mit oder ohne elektrischen Antrieb mit 30 % der Nettokosten bis max. 1.500 €~~

Begründung

siehe obige Begründung zur Ablehnung der Förderung!

V-02-046 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 46 bis 48 löschen:

~~3. Elektroleichtfahrzeuge (EG-Klasse L5e bis L7e wie z.B. Renault Tweezy, der als Leichtfahrzeug von der Bundesförderung ausgeschlossen ist) mit 30 % der Nettokosten bis maximal 3.000 €~~

V-02-046-2 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 46 bis 48 löschen:

~~3. Elektroleichtfahrzeuge (EG-Klasse L5e bis L7e wie z.B. Renault Tweezy, der als Leichtfahrzeug von der Bundesförderung ausgeschlossen ist) mit 30 % der Nettokosten bis maximal 3.000 €~~

Begründung

siehe obige Begründung zur Ablehnung der Förderung!

V-02-049 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 49 bis 53 löschen:

~~4. Abwrackprämie für PKW und Zweiräder mit Verbrennungsmotor: Der Berlin eMobi Pass fördert als Beitrag zur Luftreinhaltung die endgültige Außerbetriebnahme von fahrbereiten Diesel- und Benzinfahrzeugen (Pkws und Zweiräder), bei gleichzeitiger Neuanschaffung eines E-Zweirades (z. B. E-Motorroller, S-Pedelec, Pedelec). Gezahlt werden 200 bis 500 €. Die Höhe der Prämie ist abhängig von der Schadstoffklasse des abgewrackten Fahrzeugs.~~

V-02-054 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 54 bis 56 löschen:

~~4. Ladeinfrastruktur für Leichtfahrzeuge der EG-Klassen L5e bis L7e mit 40 % der Nettokosten für Montage und Installation bis maximal 3.000 € für Normalladepunkte und maximal 10.000 € für Schnellladepunkte~~

V-02-057 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 57 bis 58 löschen:

~~5. Öko-Bonus: Wer sein Elektro-Zweirad oder Leichtfahrzeuge zuhause mit Ökostrom lädt, kann einen zusätzlichen Bonus bis 200 € bis 500 € erhalten~~

V-02-057-2 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 57 bis 58 löschen:

~~5. Öko-Bonus: Wer sein Elektro-Zweirad oder Leichtfahrzeuge zuhause mit Ökostrom lädt, kann einen zusätzlichen Bonus bis 200 € bis 500 € erhalten~~

Begründung

siehe obige Begründung zur Ablehnung der Förderung!

V-02-059 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 59 bis 62 löschen:

~~6. Steuerfreie Arbeitgeberleistung: Wir möchten Arbeitgeber motivieren, sich an der Anschaffung der förderfähigen Fahrzeuge zu beteiligen. Hierzu streben wir eine Befreiung des Zuschusses über die lokale Gewerbesteuer an. Die Abschreibung des Zuschusses könnte über zwei bis drei Jahre laufen und somit eine regionale Mitarbeiterbindungsmaßnahme darstellen.~~

V-02-059-2 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 59 bis 62 löschen:

~~6. Steuerfreie Arbeitgeberleistung: Wir möchten Arbeitgeber motivieren, sich an der Anschaffung der förderfähigen Fahrzeuge zu beteiligen. Hierzu streben wir eine Befreiung des Zuschusses über die lokale Gewerbesteuer an. Die Abschreibung des Zuschusses könnte über zwei bis drei Jahre laufen und somit eine regionale Mitarbeiterbindungsmaßnahme darstellen.~~

Begründung

Arbeitgeber können beim Finanzamt bei der Gewinn- und Verlustrechnung diese Anschaffungen als Betriebskosten über die Nutzungsdauer linear abschreiben und damit den Reingewinn mindern. In Krisenzeiten sogar degressiv, wenn der Gesetzgeber dies in diesen Zeiten ermöglicht und die Abschreibung von linear auf degressiv umstellt. Wird die Gewerbesteuer - eine Haupteinnahmequelle der Kommunen - noch ermäßigt, führt dies zu einer doppelten Steuerentlastung für Unternehmen, die v. a. die klammen Kassen der Kommunen belasten würde.

V-02-063 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

In Zeile 63 löschen:

~~Ausgeschlossen von der Förderung sind E-Tretroller und Segways~~

V-02-064 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

In Zeile 64 löschen:

~~OPERATIVE UMSETZUNG:~~

V-02-065 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 65 bis 70 löschen:

~~Das Förderprogramm "Wirtschaftsnahe Elektromobilität-WELMO" wurde vom Senat der landeseigenen Investitionsbank (IBB) unterstellt. Operativ betreut wird das Thema durch die IBB Business Team GmbH. Da die IBB im Immobiliensektor auch Projekte für private Haushalte betreut, dürfte nichts dagegen sprechen, dass Thema E-Mobilität für Privatpersonen, gemeinnützige Organisationen und Wohnungseigentümergeinschaften auch bei der IBB aufzuhängen.~~

V-02-071 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 71 bis 72 löschen:

~~Wir empfehlen hierzu über den SIWANA Nachhaltigkeitsfond zwei befristete Projektstellen für den nicht-gewerblichen Sektor einzurichten und bei der IBB Business Team GmbH aufzuhängen.~~

V-02-073 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 73 bis 74 löschen:

~~LAUFZEIT: das Programm soll nach Einrichtung der operativen Funktionen vorerst auf zwei Jahre beschränkt werden.~~

V-02-075 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

In Zeile 75 löschen:

~~KOMMUNIKATIVE BEGLEITUNG:~~

V-02-076 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 76 bis 79:

~~Neben~~Für die kommunikative Begleitung soll neben der Vorstellung und Beschreibung des ~~Berlin~~ eMobi Passes Förderprogrammes über „be-Berlin“, ~~werden wir~~ auf den einschlägigen Portalen, auch eine Roadshow durch die 12 Bezirke Berlins veranstalten werden. In Kooperation mit den lokalen Fachhändlern, bei denen ~~man~~ auch die förderfähigen Fahrzeuge ~~kauft,~~ gekauft werden ~~wir~~ können, sollen jeweils mehrtägige Info- und Testtage zum Thema E-Mobilität für die Bürger*innen veranstalten werden.

V-02-080 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Frank Schmuntzsch (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 80 bis 88 löschen:

~~Zur Erhöhung der medialen Reichweite werden wir die Roadshow in den Berlin ePrix der FIA Formula E einbetten. Auf einem eigenen Stand des Berlin eMobi Passes können die Besucher des Berlin ePrix Pedelecs, S-Pedelecs, Lastenpedelecs, E-Mopends/-Roller ausgiebig testen. Höhepunkt des Auftritts wird ein Lastenpedelec Media Race. Auf der offiziellen Rennstrecke werden Teams der Berliner Media Partner (RBB, Verlagshäuser, etc.) gegen Teams der verschiedenen Parteien aus dem Abgeordnetenhaus antreten. Neben dem Media Race soll es einen offenen Lauf geben, für den sich alle Bürger*innen mit einem Berlin eMobi Pass qualifizieren können. Die Siegerehrung wird von Regine Günther und Alejandro Agag (Vorstand der FIA Formula E) medienwirksam inszeniert.~~

Begründung

Dieser PR Vorschlag ist in seinem Detaillierungsgrad zu tief und verfrüht.

V-02-080-2 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 80 bis 88 löschen:

~~Zur Erhöhung der medialen Reichweite werden wir die Roadshow in den Berlin ePrix der FIA Formula E einbetten. Auf einem eigenen Stand des Berlin eMobi Passes können die Besucher des Berlin ePrix Pedelecs, S-Pedelecs, Lastenpedelecs, E-Mopeds/-Roller ausgiebig testen. Höhepunkt des Auftritts wird ein Lastenpedelec Media Race. Auf der offiziellen Rennstrecke werden Teams der Berliner Media Partner (RBB, Verlagshäuser, etc.) gegen Teams der verschiedenen Parteien aus dem Abgeordnetenhaus antreten. Neben dem Media Race soll es einen offenen Lauf geben, für den sich alle Bürger*innen mit einem Berlin eMobi Pass qualifizieren können. Die Siegerehrung wird von Regine Günther und Alejandro Agag (Vorstand der FIA Formula E) medienwirksam inszeniert.~~

V-02-089 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Frank Schmuntzsch (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 89 bis 91:

Wir empfehlen zur Organisation und Koordination der Kommunikationsmaßnahmen ~~über den SIWANA Nachhaltigkeitsfond eine befristete Projektstellen für das Thema Kommunikation & Eventmanagement im nicht-gewerblichen IBB Team einzurichten.~~ eine befristete Projektstellen für das Thema Kommunikation & Eventmanagement einzurichten.

Begründung

SINAWA ist zur Förderung von Strukturmaßnahmen, nicht zur Förderung von individuellen Verkehrsmitteln. In 2020 soll es eine Neuauflage des Lastenradförderprogramm geben, dass dann auch bei der IBB aufgehängt wird. Evtl. kann diese neue Stelle die Koordination übernehmen.

V-02-089-2 Demokratisierung der E-Mobilität – eMobi Pass als gleichberechtigte Förderung für Berliner Bürger*innen

Antragsteller*in: Stefan Taschner (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-02

Von Zeile 89 bis 91 löschen:

~~Wir empfehlen zur Organisation und Koordination der Kommunikationsmaßnahmen über den SIWANA Nachhaltigkeitsfond eine befristete Projektstellen für das Thema Kommunikation & Eventmanagement im nicht-gewerblichen IBB Team einzurichten.~~

V-03-007 Zukunft vergünstigen - Vergangenheit verteuern

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 6 bis 8:

die Mehrwertsteuerbelastung der Bahntickets von 19 auf 7 Prozent senken. Bündnis90/Die Grünen will auf der Bundes- und europäischer Ebene weitere Schritte in diese Richtung gehen, die wirkliche Lenkungswirkung erzeugen, wie ~~zum Beispiel eine empfindliche~~ der Einführung einer Kerosinsteuer erheben und Erhebung der Mehrwertsteuer bei grenzüberschreitenden Flügen, einen wirksameren Emissionshandel, aber auch die überfällige Novellierung des Fluglärm- und des Luftverkehrsgesetzes.

V-03-009 Zukunft vergünstigen - Vergangenheit verteuern

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 9 bis 11:

Auch das Land Berlin wird u.a. als Miteigentümer der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten müssen, wollen wir die in Paris vereinbarten Klimaziele erreichen. Dafür sehen Bündnis90/Die Grünen fünffolgende Maßnahmen als notwendig an.

V-03-018 Zukunft vergünstigen - Vergangenheit verteuern

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-03

Nach Zeile 18 einfügen:

1. Statt flugverkehrsfördernder Maßnahmen, wie die Gewährung von Rabatten, werden wir die Entgeltordnung an den Berliner Flughäfen modifizieren, indem

- die Entgeltsätze regelmäßig an die tatsächlich entstandenen Aufwendungen für den Flugbetrieb angepasst werden,
- ein emissionsabhängiges Entgelt eingeführt wird,
- ein Lärmschutzentgelt zur Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen an den Berliner Flughäfen eingeführt wird,
- für verspätete Starts und Landungen am Abend und in der Nacht werden grundsätzlich zeitlich gestaffelte Aufpreise auf die Start- und Landeentgelte erhoben,
- außerdem wird der Aufschlag auf das lärmabhängige Start- und Landeentgelt ab 22 Uhr im Halbstundentakt deutlich erhöht,
- für die Beantragung von Ausnahmegenehmigungen für verspätete Starts und Landungen in den Rand- und Nachtstunden wird die obere Luftfahrtbehörde eine Gebühr erheben.

Hierdurch nutzen wir unsere Steuerungsmöglichkeiten hin zu weniger schädlichem und leiserem Flugverkehr und zu kostendeckenden Flughafengebühren. Damit tragen wir auch zur Kostenwahrheit im Luftverkehr bei.

V-03-023 Zukunft vergünstigen - Vergangenheit verteuern

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 22 bis 25:

beginnen. Die Ausbaupläne nach dem Masterplan 2040 sind geeignet, die Klimakrise weiter zu verschärfen. ~~Wir werden sie ad acta legen, weil wir davon ausgehen, dass wir es schaffen, den Flugverkehr in erforderlichen Maßen zu reduzieren, um den Erfordernissen des Klimaschutzes gerecht zu werden.~~ Wir werden sie nicht unterstützen, statt dessen müssen ggf. noch entstehende Kapazitätsfragen über ein nationales oder mindestens ostdeutsches Luftverkehrskonzept gelöst werden.

V-03-026 Zukunft vergünstigen - Vergangenheit verteuern

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 26 bis 31:

~~3. Dem innerdeutschen Luftverkehr wollen wir die Subventionen Stück für Stück streichen und ihn bis zur Deckung seiner Gesamtkosten systematisch verteuern bis hin zu dem Zeitpunkt, dass er weitestgehend überflüssig wird. Die Einnahmen aus Gebühren und Kerosinsteuer sind sinnvoll für die Verbesserung des Bahnangebots in Preis und Takten zu verwenden. Dabei bieten Angebote von komfortablen innereuropäischen Nachtzügen - klassische wie Hochgeschwindigkeitszüge - klimafreundliche Alternativen für den Mittelstrecken-Flugverkehr.~~

3. Beim Zurückdrängen des innerdeutschen Luftverkehrs werden wir zur Vorbildwirkung innerdeutsche Dienstreisen der Berliner Verwaltung nicht mehr mit dem Flugzeug, sondern mit der Bahn durchführen. Darüber hinaus werden wir den Ausbau von komfortablen innereuropäischen Nachtzugverbindungen - klassische wie Hochgeschwindigkeitszüge - als klimafreundliche Alternativen für den Kurz- und Mittelstrecken-Flugverkehr unterstützen.

V-03-034 Zukunft vergünstigen - Vergangenheit verteuern

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 33 bis 35:

Schönefeld werden 1 Million Menschen im Süden Berlins sowie 250.000 Menschen im südlichen Speckgürtel einschließlich Potsdams verlärm. ~~Wir bestehen auf einem strikten~~ Deshalb setzen wir uns weiterhin für ein striktes Nachtflugverbot von ~~21 bis 7 Uhr~~ 22 bis 6 Uhr ein.

V-03-035 Zukunft vergünstigen - Vergangenheit verteuern

Antragsteller*in: Ruben Joachim (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 34 bis 35:

Speckgürtel einschließlich Potsdams verlärm. Wir bestehen auf einem strikten Nachtflugverbot von ~~21~~22 bis ~~7~~6 Uhr.

Begründung

<https://www.berlin.de/senuvk/umwelt/laerm/laermschutz/limschg.shtml>

§ 3 Schutz der Nachtruhe

Von 22.00 bis 06.00 Uhr ist es verboten, Lärm zu verursachen, durch den jemand in seiner Nachtruhe gestört werden kann.

V-03-036 Zukunft vergünstigen - Vergangenheit verteuern

Antragsteller*in: Ruben Joachim (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 36 bis 44 löschen:

~~5. Sollte im achten Jahr verschobener Eröffnungen auch der Eröffnungstermin im Oktober 2020 nicht gehalten werden können, stellt sich die größte Flughafenbaustelle Europas von selbst in Frage. Bis heute beziffert sich der durch die Verzögerungen entstandene volkswirtschaftliche Schaden auf geschätzte 3 Milliarden Euro. Bündnis90/Die Grünen werden ein „Weiter so“ nicht mittragen. Die laufenden Kosten der Baustelle betragen aktuell runde 1 Million Euro pro Tag. Für den nicht unwahrscheinlichen Fall seiner weiteren Verschiebung bereitet der Landesverband bis zum Ende des kommenden Quartals ein Exit-Szenario vor, das von einer Arbeitsgruppe der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus, des Landesvorstandes und der Landesarbeitsgemeinschaft Mobilität erarbeitet wird.~~

V-03-036-2 Zukunft vergünstigen - Vergangenheit verteuern

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 36 bis 44:

~~5. Sollte im achten Jahr verschobener Eröffnungen auch der Eröffnungstermin im Oktober 2020 nicht gehalten werden können, stellt sich die größte Flughafenbaustelle Europas von selbst in Frage. Bis heute beziffert sich der durch die Verzögerungen entstandene volkswirtschaftliche Schaden auf geschätzte 3 Milliarden Euro. Bündnis90/Die Grünen werden ein „Weiter so“ nicht mittragen. Die laufenden Kosten der Baustelle betragen aktuell runde 1 Million Euro pro Tag. Für den nicht unwahrscheinlichen Fall seiner weiteren Verschiebung bereitet der Landesverband bis zum Ende des kommenden Quartals ein Exit-Szenario vor, das von einer Arbeitsgruppe der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus, des Landesvorstandes und der Landesarbeitsgemeinschaft Mobilität erarbeitet wird.~~

.

V-03-036-3 Zukunft vergünstigen - Vergangenheit verteuern

Antragsteller*in: KV Spandau

Beschlussdatum: 19.11.2019

Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 36 bis 44 löschen:

~~5. Sollte im achten Jahr verschobener Eröffnungen auch der Eröffnungstermin im Oktober 2020 nicht gehalten werden können, stellt sich die größte Flughafenbaustelle Europas von selbst in Frage. Bis heute beziffert sich der durch die Verzögerungen entstandene volkswirtschaftliche Schaden auf geschätzte 3 Milliarden Euro. Bündnis90/Die Grünen werden ein „Weiter so“ nicht mittragen. Die laufenden Kosten der Baustelle betragen aktuell runde 1 Million Euro pro Tag. Für den nicht unwahrscheinlichen Fall seiner weiteren Verschiebung bereitet der Landesverband bis zum Ende des kommenden Quartals ein Exit-Szenario vor, das von einer Arbeitsgruppe der grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus, des Landesvorstandes und der Landesarbeitsgemeinschaft Mobilität erarbeitet wird.~~

Begründung

Auch wenn der Eröffnungstermin in Oktober 2020 nicht gehalten werden kann, muss dennoch das Ziel aufrecht erhalten werden den BER an den Start zu bringen. Oberstes Ziel muss es sein, dass der Flughafen Tegel so schnell wie möglich geschlossen wird.

Der Flughafen Tegel ist eine erhebliche Belastung für 100.000 Berliner*innen, die von dem Lärm betroffen sind. Vor allem aber wird das Gelände des Flughafens Tegel dringend benötigt. Wohnungsbau, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung werden dort zukünftig ihre Heimat finden. Auch über das Gelände hinaus sind wichtige Bauprojekte, wie etwa Gartenfeld in Spandau, davon abhängig, dass Tegel geschlossen wird. Besonders wichtig ist, dass Spandau schnellstmöglich mit der Straßenbahn erschlossen wird. Für das notwendige Depot ist das Gelände des Flughafens Tegel dringend erforderlich.

Auch wenn wir den Flugverkehr generell kritisch sehen ist der BER außerdem für die wirtschaftliche Entwicklung von Berlin notwendig. Investoren wie Tesla vertrauen darauf, dass der BER seinen Flugbetrieb aufnehmen wird.

V-04-009 Klimafreundliche Mobilität in Europa stärken – Alternativen zum Flugverkehr ausbauen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-04

Von Zeile 8 bis 13:

Verkehrsträger wie Auto, LKW und Flugzeug durch direkte und indirekte Subventionen besonders stark gefördert. ~~Das Land Berlin sollte umgehend wirksame Maßnahmen ergreifen, um die Alternativen zum Flugverkehr auf innereuropäischen Kurz- und Mittelstrecken von und nach Berlin zu stärken. Hierzu sind auch die Reisekostenregelungen für Landesbedienstete zu überarbeiten und in Zusammenarbeit mit dem Bund Nachtzugverbindungen in europäische Hauptstädte zu fördern. Das Land Berlin sollte umgehend~~

alle ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen

.um die Alternativen zum Flugverkehr auf innerdeutschen und innereuropäischen Kurz- und Mittelstrecken von und nach Berlin zu stärken. Hierzu sind auch die Reisekostenregelungen für Landesbedienstete zu überarbeiten und in Zusammenarbeit mit dem Bund Nachtzugverbindungen in europäische Hauptstädte zu fördern.

V-04-009-2 Klimafreundliche Mobilität in Europa stärken – Alternativen zum Flugverkehr ausbauen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-04

Von Zeile 8 bis 11:

Verkehrsträger wie Auto, LKW und Flugzeug durch direkte und indirekte Subventionen besonders stark gefördert. Das Land Berlin sollte umgehend ~~wirksame Maßnahmen ergreifen~~ alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, um die Alternativen zum Flugverkehr auf innerdeutschen und innereuropäischen Kurz- und Mittelstrecken von und nach Berlin zu stärken. Hierzu sind auch die Reisekostenregelungen für Landesbedienstete zu

V-04-014 Klimafreundliche Mobilität in Europa stärken – Alternativen zum Flugverkehr ausbauen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-04

In Zeile 14 löschen:

~~Nachtzugverbindungen gezielt fördern – EU-Hauptstädte verbinden~~

Begründung

Die beiden erläuternden Absätze zu den Nachtzugverbindungen und Reisekostenregelungen sind zu detailliert, teilweise widersprüchlich bzw. nicht umsetzbar, außerdem sind die wichtigen Kernforderungen im ersten Absatz enthalten und ausreichend für die Beschlussfassung.

V-04-015 Klimafreundliche Mobilität in Europa stärken – Alternativen zum Flugverkehr ausbauen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-04

Von Zeile 15 bis 32 löschen:

~~Das Land Berlin sollte sich zum Ziel setzen, attraktive Angebote im Schienenpersonenfernverkehr in alle Hauptstädte unserer europäischen Nachbarländer zu schaffen. Moderne Nachtzüge sind eine nachhaltige und klimafreundliche Alternative zum Flugverkehr in Europa. Durch eine gezielte öffentliche Förderung kann das Angebot an Nachtzügen in Berlin wieder ausgebaut werden. Aktuell fehlen insbesondere attraktive Bahnverbindungen über Nacht nach Paris und Brüssel, aber auch nach Skandinavien und Osteuropa sollte das Angebot schnell verbessert werden. Für Verbindungen auf Mittelstrecken, wie etwa Richtung London, Rom und Barcelona bieten sich speziell für den Nachtverkehr ertüchtigte Hochgeschwindigkeitszüge an. Deshalb soll sich das Land Berlin über eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den betroffenen Bundesländern neue Nachtzugverbindungen mit Schlaf- und Liegewagen sowie (auf geeigneten Strecken) für den Nachtverkehr optimierten Hochgeschwindigkeitszügen ins europäische Ausland ausschreibt, um das bereits existierende eigenwirtschaftliche Angebot zu ergänzen. Als Alternative zu einer Ausschreibung von Verkehrsleistungen durch eine Kooperation mit dem Bund soll auch die Vergabe von Förderkrediten für neue eigenwirtschaftliche Nachtzugverbindungen ab Berlin durch die Investitionsbank Berlin und die KfW geprüft werden. Zur Gegenfinanzierung dieser Maßnahmen sollen die Start- und Landegebühren an den Berliner Flughäfen angehoben werden.~~

Begründung

Die beiden erläuternden Absätze zu den Nachtzugverbindungen und Reisekostenregelungen sind zu detailliert, teilweise widersprüchlich bzw. nicht umsetzbar, außerdem sind die wichtigen Kernforderungen im ersten Absatz enthalten und ausreichend für die Beschlussfassung.

V-04-033 Klimafreundliche Mobilität in Europa stärken – Alternativen zum Flugverkehr ausbauen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-04

Von Zeile 33 bis 47 löschen:

~~Neben fehlender (Nachtzug-)Verbindungen hindert auch die bestehende Praxis des Ticketkaufs viele Menschen daran, transeuropäische Zugverbindungen zu nutzen. Es ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, dass für eine Zugverbindung von Paris nach Warschau Online-Tickets über die jeweiligen nationalen Anbieter gebucht werden müssen. Die Landesregierung sollte sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, bis Ende der Legislaturperiode ein gemeinsames Online-System und offene technische Schnittstellen verpflichtend einzuführen, um europaweit Tickets für alle Tag- und Nachtzugverbindungen öffentlicher und privater Anbieter auf allen gängigen Buchungsportalen buchen zu können. Außerdem soll dafür gesorgt werden, dass alle online verfügbaren Angebote auch Agenturen und Reisezentren zu fairen Konditionen zur Verfügung gestellt werden, um durch kompetente Beratung weitere Kund*innen für den internationalen Bahnverkehr zu gewinnen. Für eine Reisekette mit mehreren Bahngesellschaften sollen die Fahrgastrechte im Verspätungsfall durchgängig und firmenübergreifend gelten. Zudem soll sich das Land Berlin dafür einsetzen, dass jede*r 18-Jährige in der EU ein kostenloses Interrail-Ticket bekommt und entsprechende Mittel im EU-Haushalt aufgestockt werden.~~

Begründung

Die beiden erläuternden Absätze zu den Nachtzugverbindungen und Reisekostenregelungen sind zu detailliert, teilweise widersprüchlich bzw. nicht umsetzbar, außerdem sind die wichtigen Kernforderungen im ersten Absatz enthalten und ausreichend für die Beschlussfassung.

V-04-048 Klimafreundliche Mobilität in Europa stärken – Alternativen zum Flugverkehr ausbauen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-04

In Zeile 48 löschen:

~~Reisekostenregelungen überdenken – Wahlfreiheit für Beschäftigte schaffen~~

Begründung

Die beiden erläuternden Absätze zu den Nachtzugverbindungen und Reisekostenregelungen sind zu detailliert, teilweise widersprüchlich bzw. nicht umsetzbar, außerdem sind die wichtigen Kernforderungen im ersten Absatz enthalten und ausreichend für die Beschlussfassung.

V-04-049 Klimafreundliche Mobilität in Europa stärken – Alternativen zum Flugverkehr ausbauen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-04

Von Zeile 49 bis 57 löschen:

~~Beamt*innen und Mitarbeiter*innen des Landes sowie landeseigener Universitäten möchten wir bei Dienstreisen die Nutzung klimafreundlicher Verkehrsmittel erleichtern, sowie Anreize für ein sparsames und klimafreundliches Dienstreiseverhalten setzen. Das Landesbeamtengesetz und entsprechende Verwaltungsvorschriften sollen so angepasst werden, dass es Landesbediensteten ausdrücklich erlaubt sein soll, klimafreundliche Verkehrsmittel wie die Bahn auch dann zu nutzen, wenn sich dadurch längere Reisezeiten oder (in einem akzeptablen Rahmen) höhere Kosten ergeben. Ein leicht verständlicher und praktikabler Leitfaden für klimafreundliche Dienstreisen ist in Abstimmung mit Gewerkschaften und Beamt*innenvertretungen sowie Umwelt- und Verkehrsverbänden zu erarbeiten.~~

Begründung

Die beiden erläuternden Absätze zu den Nachtzugverbindungen und Reisekostenregelungen sind zu detailliert, teilweise widersprüchlich bzw. nicht umsetzbar, außerdem sind die wichtigen Kernforderungen im ersten Absatz enthalten und ausreichend für die Beschlussfassung.

V-04-058 Klimafreundliche Mobilität in Europa stärken – Alternativen zum Flugverkehr ausbauen

Antragsteller*in: Harald Moritz (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-04

Von Zeile 58 bis 89 löschen:

~~Landesbedienstete sollen künftig frei wählen dürfen, ob sie auf Dienstreisen geeignete Arbeiten unterwegs, zum Beispiel im Zug, durchführen möchten, was dann auch ausdrücklich über die tägliche Arbeitszeit hinaus anerkannt werden soll, oder die Zeit lieber für private Zwecke nutzen und nicht als Arbeitszeit verbuchen wollen. Bei Dienstreisezielen, die mit der Bahn in unter viereinhalb Stunden erreichbar sind, sollen Flugreisen in der Regel nicht mehr erstattet werden. Fahrten in Nachtzügen sollen bis zur Komfortklasse Schlafwagen erstattet werden und gleichwertig mit Hotelübernachtungen behandelt werden. Die Genehmigung von Flugreisen durch Dienstvorgesetzte soll künftig grundsätzlich meldepflichtig sein. Die hierbei erhobenen Daten sollen statistisch ausgewertet werden, wobei keine personenbezogenen Daten gesammelt werden sollen. Dienststellen mit besonders hohem Flugreiseaufkommen sollen dazu angehalten werden, Alternativen zu prüfen und ihre Mitarbeiter*innen diesbezüglich zu sensibilisieren. In einem zweiten Schritt soll das Land Berlin sich als Teil einer übergeordneten Klimastrategie auf der so gewonnenen Datenbasis verbindliche Ziele für die Reduktion von Dienstreisen per Flugzug setzen und gegebenenfalls weitere Maßnahmen ergreifen. Allen Landesbediensteten sollen qualitativ hochwertige e-Conferencing-Tools zu Verfügung gestellt werden, nach Möglichkeit auf OpenSource-Basis. Eine neue Richtlinie sollte die Landesverwaltung dazu anhalten, Konferenzen möglichst zeitlich so anzusetzen, dass eine An- und Abreise mit der Bahn für externe Teilnehmer*innen am selben Tag möglich ist, so dass Flugreisen und Hotelübernachtungen vermieden werden können. Die neue Richtlinie soll in erster Linie die verantwortlichen Landesbediensteten für die Problematik sensibilisieren, ohne zu strenge Auflagen zu machen, die die Erledigung von Dienstaufgaben behindern könnten. Auf die Möglichkeit der Nutzung von Nachtzügen sowie geeignete e-Conferencing-Tools durch externe Teilnehmer*innen von Meetings soll ausdrücklich hingewiesen werden. Die genauen Details einer neuen, klimafreundlichen Reisekostenregelung für Landesbedienstete möchten wir im Dialog mit Gewerkschaften und Beamt*innenverbänden erarbeiten. Die neuen Regeln sollen zunächst für einen Zeitraum von einem Jahr in einzelnen Dienststellen freiwillig erprobt werden. Zielsetzung sollte sein, die Umstellung auf das neue Regelwerk durch verstärkte Nutzung von e-Conferencing insgesamt kostenneutral zu gestalten. Grundsätzlich sollen zukünftig die verbleibenden, durch das Reisen von Beamt*innen und Mitarbeiter*innen des Landes entstehenden unvermeidlichen CO₂-Emissionen kompensiert werden, wobei die Kompensation durch lokale Projekte in Berlin und nicht in Drittländern erfolgen soll.~~

Begründung

Die beiden erläuternden Absätze zu den Nachtzugverbindungen und Reisekostenregelungen sind zu detailliert, teilweise widersprüchlich bzw. nicht umsetzbar, außerdem sind die wichtigen Kernforderungen im ersten Absatz enthalten und ausreichend für die Beschlussfassung.

V-04-061 Klimafreundliche Mobilität in Europa stärken – Alternativen zum Flugverkehr ausbauen

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-04

Von Zeile 60 bis 64:

über die tägliche Arbeitszeit hinaus anerkannt werden soll, oder die Zeit lieber für private Zwecke nutzen und nicht als Arbeitszeit verbuchen wollen. Bei Dienstreisezielen innerhalb Deutschlands und Städten, die mit der Bahn in unter viereinhalbfünf Stunden erreichbar sind, sollen Flugreisen ~~in der Regel~~ nicht mehr erstattet werden. Unsere Vorbildwirkung wollen wir ernst nehmen und werden dies innerhalb der Koalition forcieren. Fahrten in Nachtzügen sollen bis zur Komfortklasse Schlafwagen erstattet werden und gleichwertig mit Hotelübernachtungen behandelt werden. Die Genehmigung von

Begründung

Die AGH-Fraktion berät gerade einen entsprechenden Antrag (von Harald Moritz und mir) hierzu. Dahinter sollte die Partei nicht zurück fallen. :-P

V-04-073 Klimafreundliche Mobilität in Europa stärken – Alternativen zum Flugverkehr ausbauen

Antragsteller*in: Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-04

Von Zeile 72 bis 74:

ergreifen. Allen Landesbediensteten sollen qualitativ hochwertige e-Conferencing-Tools zu Verfügung gestellt werden, ~~nach Möglichkeit~~ bevorzugt basierend auf ~~OpenSource-~~ BasisFreeLibreOpenSourceSoftware (FLOSS). Eine neue Richtlinie sollte die Landesverwaltung dazu anhalten, Konferenzen möglichst zeitlich so anzusetzen,

Begründung

Ergänzung des Rahmens für die Verwendung von freier Quelloffener Software der Konferenzwerkzeuge.

V-06NEU-032 Klimawandel ist tödlich – Flugwerbung in Berlin verbieten und CO2-Kennzeichnung von Flügen einführen

Antragsteller*in: Annkatrin Esser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Änderungsantrag zu V-06_

Von Zeile 31 bis 33 einfügen:

verbraucht mit 310 kg CO2 ungefähr ein Drittel des klimaverträglichen Jahresbudgets eines Menschen. Für eine ernsthaft klimagerechte Welt ist es jedoch notwendig die Erderwärmung auf unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Weitere Gesundheitsrisiken des Flugverkehrs entstehen durch die hohe Lärmbelastung oder den Ausstoß von Feinstaub und Mikropartikeln, von denen die Anwohner*innen von

V-06NEU-045 Klimawandel ist tödlich – Flugwerbung in Berlin verbieten und CO2-Kennzeichnung von Flügen einführen

Antragsteller*in: AG buntgrün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-06_

Von Zeile 44 bis 46 einfügen:

weiterhin einen schnelllebigen Lifestyle ohne Rücksicht auf die Umwelt propagiert. Stattdessen bräuchte es bei rein touristisch motivierten Reisen eine kulturelle Hinwendung zu "Slow Travel". Dies würde bedeuten, ferne Reisen mit mehr Zeit und Muße anzutreten, sowie eine neue Wertschätzung für

Begründung

Interkontinentale Flugreisen sind nicht für alle Berliner*innen touristischer Art und daher vermeidbar. Für viele etwa sind sie aus verschiedenen Gründen die einzige und äußerst seltene Gelegenheit ihre Familienangehörigen besuchen zu können. Ihnen eine kulturelle Hinwendung zum „Slow Travel.“ zu empfehlen, wäre unangemessen angesichts der Hindernisse, die Menschen mit dem falschen Pass beim Reisen in den Weg gelegt werden.

V-06NEU-063 Klimawandel ist tödlich – Flugwerbung in Berlin verbieten und CO2-Kennzeichnung von Flügen einführen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu V-06_

Von Zeile 62 bis 63 einfügen:

Äquivalenten - auf den Bordkarten und auf den Bildschirmen am Check-In-Schalter deutlich sichtbar zu dokumentieren.

Für Inlandsflüge streben wir eine höhere Abgabe der Flughafengebühren für die Fluggesellschaften an, um Inlandsflüge unattraktiver zu machen. Für jeden unabdingbar notwendigen Flug sollte eine Kompensation für Klimaschutzprojekte (z. B. bei atmosfair) erfolgen. Für jeden Flug des Regierenden, von Parlamentsmitglieder*innen und Mitarbeiter*innen von Behörden des Landes Berlin muss diese Abgabe verpflichtend durch die Landesregierung an Klimaschutzprojekte erfolgen. Vor jedem Flug muss geprüft werden, ob zwingende Gründe vorliegen, dass ein Flug gebucht werden muss und die Anreise nicht per ICE - zumindest innerhalb von Europa - stattfinden kann. Diesbezüglich kann der Senat eine Dienstanweisung an alle Mitarbeiter*innen der Behörden erlassen.

Begründung

Die externalisierten ökologischen Folgekosten des Flugverkehrs müssen internalisiert werden, damit wir die Klimaziele des Pariser Klimaschutzabkommens auch in der Metropole Berlin erreichen können.

V-06NEU-073 Klimawandel ist tödlich – Flugwerbung in Berlin verbieten und CO2-Kennzeichnung von Flügen einführen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Pankow)

Änderungsantrag zu V-06_

Von Zeile 72 bis 73 einfügen:

Fluggesellschaften dürfen unser Bild von der Welt nicht mehr beeinflussen, damit es auch in Zukunft noch schön sein wird, sie zu bereisen.

Wir streben zur Eröffnung des BER an, die Fluggesellschaften zu verpflichten, für die gebuchten Flüge eine CO2-Kompensation zu entrichten.

Begründung

Der Billigflieger easy Jet hat in der letzten Woche mit einer groß angelegten weltweiten Werbekampagne angekündigt den CO2-Ausstoß für alle Flüge auszugleichen (siehe: https://www.youtube.com/watch?time_continue=12&v=ROCpXC0Pl9M&feature=emb_logo). Weltweit haben die Medien darüber berichtet. "Von heute an wird Easyjet die erste große Airline sein, die die CO2-Emissionen aus Treibstoff für alle ihre Flüge für alle ihre Kunden ausgleicht", kündigte Easyjet in einem Kommuniqué an. Es handelt sich jedoch dabei um Greenwashing, also den Versuch, sich durch Geldspenden für ökologische Projekte, PR-Maßnahmen a. Ä. als besonders umweltbewusst und umweltfreundlich darzustellen. Das Unternehmen will in diesem Jahr 29 Mio. EUR dafür bereitstellen. Es handelt sich letztlich um eine preisgünstige weltweite Werbe- und PR-Aktion des Unternehmens. "29 Millionen Euro, das sind pro verkauftem Easyjet-Flugticket umgerechnet 30 Cent. Ein Schnäppchen. (...) wer selbst kompensiert, muss dafür ein Vielfaches von 30 Cent zahlen. Beim Anbieter myclimate beispielsweise kostet die Kurzstrecke von Berlin nach Wien 4 Euro - oder die nach Mallorca 7 Euro." Experten sehen darin eine Mogelpackung. "Die Klimawirkung des Luftverkehrs geht weit über die CO2-Emissionen hinaus", sagt Martin Schmied, Abteilungsleiter Verkehr, Lärm und räumliche Entwicklung beim Umweltbundesamt. "Wasserdampf, Stickoxide und andere Abgase haben bedeutende Auswirkungen auf das Klima" - besonders in großen Flughöhen. Außergewöhnlich niedrig sind auch die Preise pro kompensierter Tonne CO2, die Easyjet angibt. Nur ungefähr 3,50 Euro will das Unternehmen für Zertifikate aus Klimaschutzprojekten zahlen. "Wenn man die Zertifikate aus dem europäischen Emissionshandel herauskaufen würde, würde eine Tonne deutlich mehr als 20 Euro kosten", sagt Experte Schmied vom Umweltbundesamt. Führende Kompensationsanbieter wie myclimate oder atmosfair verlangen 23 Euro pro Tonne.

"Easyjet versucht hier, etwas richtig zu machen, es aber nicht zu teuer werden zu lassen", sagt Klimaforscher Creutzig. Dabei könnte das Unternehmen schon heute all seine klimaschädlichen Emissionen kompensieren. Nur würde das ein Vielfaches der 25 Millionen Pfund kosten. Und dazu ist Easyjet offensichtlich nicht bereit." Die Emissionen der Fluggesellschaften stiegen in den letzten drei Jahren um mehr als 20 % an. "Greta Thunberg und ihre Anhänger haben "Flugscham" zum geflügelten und in der Branche verhassten Wort gemacht. Schlimmer noch für Easyjet und Co.: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, EU-Vizekommissionschef Frans Timmermans, das deutsche Umweltbundesamt, das niederländische Parlament, internationale Wissenschaftler und Naturschützer fordern eine Kerosinsteuer - die gerade Billigflüge spürbar verteuern würde." (siehe: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/easyjet-und-co2-kompensationen-klima-retten-zum-billigpreis-a-1297657.html>).

Wir sollten easy Jet beim Wort nehmen und eine Kompensation für alle Flüge am BER verlangen, denn dies schafft dann auch gleiche Wettbewerbschancen und vermeidet Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Fluggesellschaften in einem oligopolistischen Markt, denn bei voller Kompensation würden die Flugpreise bei den Billigfliegern steigen, was ja von uns erwünscht ist - auch wenn in unseren Kreisen Reden und Handeln manchmal noch weit auseinander liegen. Deshalb heißt es bzgl. des Fliegens, reden und Handeln in Einklang zu bringen.

Dies gilt auch für die Fluggesellschaften. Nebeneffekt wäre, dass die zahlreichen Berlintouristen*innen und Geschäftsreisenden bereit sind, sich für eine nachhaltige Entwicklung des Berlintourismus, des Flugverkehrs einzusetzen und für die externierten Kosten des Flugverkehrs Verantwortung übernehmen. Diese nachhaltig handelnde Gäste sind uns in Berlin sehr willkommen. Nebeneffekt wäre auch, dass der von Visit Berlin entfachte, mittlerweile überbordende Boom im Berlintourismus (Negativeffekte in den Stadtteilen z. B. airnb, zu viele Party-Wochenendtouris, Gentrifizierung etc.) begrenzt werden könnte. Berlin ist als Metropole ist eine Marke in der Welt und zieht viele Menschen wegen der noch guten Lebensqualität und Kultur an. Damit wären auch die ständigen Debatten um die Erweiterung des BER beendet, obwohl der BER noch gar nicht eröffnet ist. Der BER ist ja bisher seit vielen Jahren der einzige Flughafen auf der Welt, der CO2-frei ist. So fordert der Chef von "Visit Berlin", Burkhard Kieker, in der Morgenpost vom 28. Nov. 2019 in seiner sog. Potentialanalyse min. 15 weitere Langstreckenflüge: "Jede zusätzliche Langstreckenverbindung bringt mehr Arbeitsplätze und mehr Wertschöpfung in die Region". Da kann ich als Volks- und Betriebswirtschaftler nur antworten, dass dies nun wirklich eine sehr verkürzte Darstellung unseres Wirtschaftssystems und neoliberaler Bullshit ist!

V-07-001 Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu V-07

In Zeile 1 einfügen:

Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln und aus Bihac/Kroatien aufnehmen

Begründung

s. nachstehende Ergänzung zum Antragstext.

V-07-002 Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen

Antragsteller*in: Frank Schmuntzsch (KV Tempelhof Schöneberg)

Titel

Ändern in:

Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete gerade in Berlin schneller aufnehmen

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 2 bis 14:

~~Seit einigen Monaten kommen wieder mehr Menschen auf der Flucht auf griechischen Inseln an. Die Situation in den überfüllten Flüchtlingslagern auf Lesbos und Moria ist katastrophal. Aber auch auf dem griechischen Festland kann oftmals keine ausreichende und menschenwürdige Versorgung garantiert werden. Griechenland kämpft noch mit den Konsequenzen der Finanzkrise und ist sowohl mit angemessener Unterbringung und Betreuung als auch mit schneller Durchführung von Asylverfahren überfordert. Zugleich spitzt sich die Situation weiter zu. Der türkische Staatschef Erdogan droht unverhohlen damit, den EU-Türkei-Deal aufzukündigen und Geflüchtete nach Griechenland zu schicken, sollte die EU seine Offensive gegen die Kurden in Nordsyrien zu verhindern suchen. Besonders unerträglich ist die Situation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Es gibt nur 1000 altersgerechte Unterbringungsplätze für sie in ganz Griechenland. Deshalb leben mittlerweile tausende geflüchtete Kinder und Jugendliche auf der Straße, in Lagern für Erwachsene ohne jeden Kinderschutz oder sind gar in Haft.~~

Streiche von Zeile 1 bis 56 und ersetze durch Globalalternative:

Seit einigen Monaten kommen wieder mehr Menschen auf der Flucht auf griechischen Inseln an und stranden an verschiedenen EU Außengrenzen.

Die Situation in überfüllten Flüchtlingslagern wie auf Lesbos, Samos und Chios oder an den osteuropäischen Landgrenzen ist katastrophal. So will die Regierung in Athen z.B. die großen Hotspots wie Moria schließen – die Situation, kurz vor dem Winter, gerät außer Kontrolle.

Oftmals kann keine ausreichende und menschenwürdige Versorgung garantiert werden. Die Erstaufnahmeländer sind sowohl mit angemessener Unterbringung und Betreuung als auch mit schneller Durchführung von Asylverfahren überfordert. Besonders unerträglich ist die Situation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Aktuell leben tausende geflüchtete Kinder und Jugendliche auf der Straße, in Lagern für Erwachsene ohne jeden Kinderschutz – oder sitzen als Illegale in Haft.

Wir brauchen endlich mehr Solidarität in Europa: Solidarität aller Mitgliedstaaten, um Geflüchtete menschenwürdig aufnehmen, unterbringen und versorgen zu können.

Wir begrüßen den Vorstoß von Bundesinnenminister Seehofer, 25% der Seenotgeretteten in Deutschland aufzunehmen und erwarten, dass seinen Worten nun schnell Taten folgen. Aber der Widerstand gegen diesen Vorschlag, von anderen EU-Staaten und aus Seehofers eigener Fraktion im Bundestag zeigt, dass wir eigene Anstrengungen unternehmen müssen.

Die Metropolen sind hier besonders gefragt. Berlin als internationales, freie und diverse Stadt im

Herzen Europas, muss beispielhaft sein. Berlin unterstützt die Forderungen der Seebrücke nicht nur, Berlin setzt sie um:

- Unterstützung von Aufnahmeprogrammen über die bestehenden Anordnungen hinaus.
- Aufnahme von Geflüchteten über die Quote des Bund hinaus.
- Aktive Unterstützung der Seenotrettung.

Die Ablehnungsquote von Asylanträgen lag in Deutschland in 2019 (bis Oktober) bei über 60%. Dies betrifft häufig auch Kinder und Jugendliche, die nicht zu hier lebenden Verwandten weiterreisen durften. Das EU-Resettlement Programm wird nicht angemessen umgesetzt, eine signifikante Erhöhung der Aufnahmeplätze ist nicht in Sicht.

Berlin kann das besser.

- Berlin muss jetzt seinen Zusagen, u.a. aus der „Seebrücke“, Handlungen folgen lassen und darf die Erstaufnahmeländer und die Geflüchteten nicht länger allein lassen.
- Berlin muss jetzt sofort seinen Beitrag leisten und zumindest Kinder, Jugendliche sowie Familienangehörige von nach Deutschland geflüchteten Menschen im Zuge der Dublin-III-Verordnung aufnehmen.
- Berlin muss die Bundesratsinitiative „die Aufnahme Geflüchteter ohne Zustimmung des Bundesministeriums zu ermöglichen“ durchsetzen.

Deshalb fordern wir:

- Berlin soll als Zeichen der Solidarität, sofort 100 unbegleitete Minderjährige - ungeachtet des Herkunftslandes und des asylrechtlichen Status- aus Flüchtlingslager wie Vucjak oder Moria aufnehmen.
- Berlin soll darüber hinaus, unbegleitete Minderjährige und Verwandte von in Berlin lebenden anerkannten bzw. subsidiär geschützten Geflüchteten ungeachtet des Herkunftslandes aufnehmen.
- Berlin soll sein europaweites Städtenetzwerk gezielt nutzen, um eine zügige und nachhaltige Inklusion der Geflüchteten zu realisieren - über das Resettlement-Programm der EU hinaus.
- Berlin soll ein internationales Netz der „Solidarity Cities“ anführen und sich insbesondere dafür einsetzen, dass unbegleitete Jugendliche bzw. ihre Vormünd*innen unterstützt werden, damit sie schneller wieder mit ihren Familien vereint, frei, ohne Angst und mit einer positiven Perspektive lebenden können.

Begründung

gesamter Antrag soll gelöscht werden, dafür Globalalternative ganz oben eingefügt.

Begründung für die zum V-07:

Wir wollen die Forderungen nicht auf in Griechenland lebende Geflüchtete einschränken. Wir wollen Berlin stärker in eine aktive Vorreiterrolle drängen. Die aktuellen Entwicklungen erfordern eine grundsätzlichere Herangehensweise.

weiterer Antragsteller: Notker Schweikhardt (LAG Kultur)

V-07-003 Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen

Antragsteller*in: Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 2 bis 8:

Seit einigen Monaten kommen wieder mehr Menschen auf der Flucht auf griechischen Inseln an. Die Situation in den überfüllten Flüchtlingslagern auf ~~Lesbos und Moria ist katastrophal. Aber auch auf dem griechischen Festland kann oftmals keine ausreichende und menschenwürdige Versorgung garantiert werden. Griechenland kämpft noch mit den Konsequenzen der Finanzkrise und ist sowohl mit angemessener Unterbringung und Betreuung als auch mit schneller Durchführung von Asylverfahren überfordert. Zugleich spitzt sich die Situation weiter zu.~~ den griechischen Inseln ist seit Jahren katastrophal. Doch auch auf dem Festland ist die Versorgungslage für Geflüchtete schwierig. Griechenland sollte die Situation für Geflüchtete verbessern und sicherstellen, dass die EU-Unterstützung auch zur Verbesserung der Lage von schutzsuchenden Menschen eingesetzt wird. Aber Griechenland hat nicht die alleinige Verantwortung für Menschen, die Schutz in Europa suchen. Zugleich spitzt sich die Situation außerhalb Europas weiter zu. Der türkische Staatschef Erdogan droht unverhohlen damit, den EU-Türkei-Deal aufzukündigen

Begründung

Griechenland ist in einer schwierigen Situation, trotzdem sollten sie die Milliardenhilfen der EU sinnvoll und nicht für Gefangenenlager einsetzen und sich mehr um die humanitäre Krise auf den griechischen Inseln kümmern.

V-07-008 Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen

Antragsteller*in: AG buntgrün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 7 bis 11:

Durchführung von Asylverfahren überfordert. Zugleich spitzt sich die Situation weiter zu. ~~Der türkische Staatschef Erdogan droht unverhohlen damit, den EU-Türkei-Deal aufzukündigen und Geflüchtete nach Griechenland zu schicken, sollte die EU seine Offensive gegen die Kurden in Nordsyrien zu verhindern suchen.~~ Für den Fall, dass der sogenannte EU-Türkei-Deal vonseiten des türkischen Staatschefs Erdoğan aufgekündigt wird, ist damit zu rechnen dass wieder mehr Menschen den Weg nach Europa über die griechischen Inseln wählen werden. Besonders unerträglich ist die Situation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Es gibt nur 1000 altersgerechte

Begründung

Am sogenannten „Flüchtlingspakt“ oder "EU-Türkei-Deal" zwischen der EU und der Türkei ist aus grüner Perspektive nichts erhaltenswert. Bei seinem Scheitern werden keine Menschen „geschickt“, sondern nicht mehr an der Weiterreise gehindert. Des Weiteren ist die Situation für unbegleitete minderjährige Geflüchtete unerträglich.

V-07-008-2 Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen

Antragsteller*in: Erik Marquardt (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 7 bis 11:

Durchführung von Asylverfahren überfordert. Zugleich spitzt sich die Situation weiter zu. Der türkische Staatschef Erdogan droht unverhohlen damit, ~~den~~ die Abhängigkeit, in die sich die EU mit dem EU-Türkei-Deal aufzukündigen begeben hat, auszunutzen und Geflüchtete nach Griechenland zu schicken, sollte die EU seine Offensive gegen die Kurden in Nordsyrien zu verhindern suchen. Statt Flucht und Migration nach Europa menschenwürdig zu gestalten, drücken sich viele Europäische Mitgliedsstaaten vor ihrer Verantwortung und lassen humanitäre Krisen an den europäischen Außengrenzen zu. Besonders unerträglich ist die Situation der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Es gibt nur 1000 altersgerechte

Begründung

Durch den EU-Türkei-Deal haben sich die EU-Mitgliedsstaaten der Illusion hingegeben, dass sie sich durch Externalisierung der Asylpolitik ihrer Verantwortung entledigen können. Die mangelnde Handlungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten in der Europäischen Asylpolitik führt zur Abhängigkeit von Despoten wie Erdogan und unter anderem dazu, dass die EU keinerlei außenpolitische Relevanz in der Diskussion um die Invasion der Türkei in Syrien entwickelt.

V-07-010 Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen

Antragsteller*in: AG buntgrün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 9 bis 12:

und Geflüchtete nach Griechenland zu schicken, sollte die EU seine Offensive gegen die Kurden in Nordsyrien zu verhindern suchen. Besonders unerträglich ist die Situation ~~der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten~~ für unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Es gibt nur 1000 altersgerechte Unterbringungsplätze für sie in ganz Griechenland. Deshalb leben mittlerweile tausende

V-07-014 Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow)

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 13 bis 14 einfügen:

geflüchtete Kinder und Jugendliche auf der Straße, in Lagern für Erwachsene ohne jeden Kinderschutz oder sind gar in Haft.

Gleichzeitig findet mitten in Europa eine humanitäre Katastrophe ungeahnten Ausmaßes statt, die von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird. In der bosnischen Region Bihac an der Grenze zu Kroatien befinden sich ca. 7.000 Geflüchtete. 2018 waren es noch ca. 3.350 Geflüchtete (s. Lagebericht der Europäischen Kommission vom 4. Sept. 2018). Die Geflüchteten sind dort aus den Kriegs- und Krisengebieten (Pakistan, Iran, Syrien, Afghanistan, Irak und Libyen) gestrandet. Im Zeltlager Vucjak in Bihac befinden sich ca. 800 Geflüchtete. „Das Lager wurde auf einer Müllhalde errichtet; ohne Sanitäranlagen, Strom und Wasser müssen 800 Migranten Wind, Regen und Kälte trotzen. Krankheiten und Unterernährung sind die Folge, das ist nicht nur eine Gefahr für die Gestrandeten, Seuchen können sich auch über das Lager hinaus schnell verbreiten. (...) Und Europa? Das EU-Land Kroatien, das zur Jahreswende die Führerschaft in der EU übernimmt, tut nichts anderes, als Migranten mit teilweise brutaler Gewalt daran zu hindern, weiter nach Norden zu kommen. Zeitgleich lässt die Türkei zunehmend Migranten nach Griechenland ziehen. Von dort aus versuchen immer mehr Menschen, die neue Balkanroute über Serbien und Montenegro nach Bosnien zu nutzen. Und werden hier, nicht nur wegen des Winters, hängen bleiben. Das Europa der EU schließt davor die Augen.“ (TAZ-Bericht von Erich Rathfelder vom 11.11.2019: Flüchtlinge in Bihac/Menschenrechte zählen nicht – siehe: <https://taz.de/Fluechtlinge-in-Bihac/!5639896/> siehe auch: Jagoda Marinic- Europa mauert <https://taz.de/Kolumne-Schlagloch/!5524859/>)

Die Menschen werden in dem i. d. R. sehr kalten Wintern in Bihac/Bosnien vom Tode bedroht sein. Bereits im letzten Winter wurde eine Hilfsaktion von Grünen aus Köln und Berlin gestartet, um die Menschen über den Winter zu bringen. Wir dürfen nicht länger dabei zuschauen, wie grundlegende Menschenrechte in Europa verletzt werden.

Begründung

s. o.

V-07-018 Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen

Antragsteller*in: Erik Marquardt (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 17 bis 19:

der Seenotgeretteten in Deutschland aufzunehmen und erwarten, dass seinen Worten nun schnell Taten folgen. ~~Denn Widerstand gegen diesen Vorschlag kommt sowohl von anderen EU-Staaten als auch aus Seehofers eigener Fraktion im Bundestag.~~ Doch der Plan, in einem 6-monatigen Pilotprojekt mit Frankreich, Italien und Malta eine schnelle Verteilung der Geretteten zu organisieren, kann nur ein erster Schritt sein. Auf europäischer Ebene muss die Union ihren Widerstand gegen die Seenotrettung aufgeben und für eine Unterstützung der zivilen Rettungsorganisationen eintreten, statt weiter libysche Milizen zu finanzieren. Wer in Pressekonferenzen für Humanität wirbt und in Parlamenten dagegen stimmt, ist nicht glaubwürdig.

Begründung

Das Abkommen von Malta ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber es enthält auch sehr kritische Punkte, wie die Unterstützung von Küstenwachen nordafrikanischer Staaten und Möglichkeiten zur Kriminalisierung von NGOs. Seehofer ist es trotzdem nicht gelungen, weitere Staaten zur Unterstützung des Deals zu bewegen. Neben internen Streitigkeiten bei der Union gab es aber auch Abstimmungen im Europäischen Parlament, in denen sich die CDU/CSU geschlossen gegen eine Finanzierung der Europäischen Seenotrettung und eine Resolution für Seenotrettung gestimmt haben.

V-07-039 Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen

Antragsteller*in: Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu V-07

Von Zeile 38 bis 41:

- Politischen Druck für ein Bundesaufnahmeprogramm: Berlin soll sich bereit erklären, sofort ~~100~~200 unbegleitete Minderjährige – ungeachtet des Herkunftslandes - aus Griechenland aufzunehmen davon mindestens 100 aus den Inseln und dafür Wohnplätze in Einrichtungen der Jugendhilfe und die entsprechende Betreuung zur Verfügung zu stellen. Die Aufnahme soll im Rahmen eines

V-07-056 Für ein solidarisches Europa: Geflüchtete von griechischen Inseln aufnehmen

Antragsteller*in: Dániel Fehér (KV Pankow)

Änderungsantrag zu V-07

Nach Zeile 56 einfügen:

- Auf der europäischen Ebene soll Berlin den Vorstoß der Oberbürgermeister von Warschau und Budapest unterstützen, dass EU-Mittel für bestimmte Aufgaben von der Kommission den Kommunen auch direkt zur Verfügung gestellt werden können. Mittel zur Unterbringung und Integration von Geflüchteten sollen von der EU zudem in gleicher Höhe um Mittel für die ländliche bzw. Stadtentwicklung ergänzt werden. Über die Verwendung dieser zusätzlichen Ressourcen sollen die Bürger*innen in den jeweiligen Kommunen weitestgehend partizipativ entscheiden, um die gemeinsame Verantwortung für diese Aufgabe zu unterstreichen und die mit der Flüchtlingsaufnahme verbundenen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten in den Vordergrund zu stellen.

Begründung

Der Antrag betont bereits die Rolle der Zusammenarbeit von Kommunen bzw. Metropolen. In diesem Kontext wäre es gerade aus grüner Sicht wichtig, diese aktuelle Initiative von Gergely Karácsony, dem frisch gewählten (grünen) Oberbürgermeister von Budapest, aufzugreifen, um einen Weg aufzuzeigen, wie die Aufnahme von Geflüchteten gerade auch in Ländern möglich sein könnte, deren Regierungen der Frage gegenüber eher skeptisch bis sehr deutlich ablehnend gegenüberstehen (ohne irgendwo Zwang auszuüben) bzw. wo nicht sichergestellt ist, dass EU-Gelder tatsächlich auf der Ebene ankommen, wo eine bestimmte Aufgabe gestemmt werden muss. Die Idee mit den zusätzlichen Mitteln soll darüber hinaus zeigen, dass die Integration eben nicht nur eine Belastung für die aufnehmenden Kommunen sein muss sondern auch Chancen eröffnen kann. All das eingebettet in ein System, indem Europa von den Bürger*innen als Problemlöser wahrgenommen würde.

Unterstützer*innen:

- Hartmut Bäumer (KV Pankow)
- Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)
- Svenja Borgschulte (KV Pankow)
- Daniel Freudl (KV Pankow)
- Klemens Griesehop (KV Pankow)
- Stefan Kellner (KV Pankow)
- Rebecca-Lea Korinek (KV Pankow)
- Volkmar Nickol (KV Pankow)
- Janis Prinz (KV Pankow)
- Susanne Sachtleber (KV Mitte)

V-08-001 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 27.11.2019

Titel

Ändern in:

Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter bestrafen

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 1 bis 2:

~~Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen~~

Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter bestrafen

V-08-001-2 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 1 bis 2:

Solidarität mit ~~Rojava~~Nord- und Nordostsyrien - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Begründung

Der Begriff Rojava wird nicht mehr gebraucht, auch die SDF und die Selbstverwaltung haben den Begriff offiziell aufgegeben und durch den Begriff Nord- und Nordostsyrien ersetzt, da der Begriff Rojava immer als Separatismus von den arabischen Nationalisten dargestellt wird, um gegen die syrischen Kurd*innen zu hetzen.

V-08-003 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 3 bis 11:

~~1. Bündnis 90/Die Grünen muss das Schweigen der deutschen Politik über die türkische Invasion in Syrien aufbrechen. Die Besetzung kurdischer Gebiete in Syrien im Gefolge des Abzugs der US-Streitkräfte aus der Region hat zur Flucht und Vertreibung Hunderttausender Menschen und zum Tod von Hunderten Kämpfer*innen der kurdischen Streitkräfte und Hunderter Zivilisten geführt, gegenüber Frauen wird von islamistischen Terroristen sexualisierte Gewalt angewendet. Kurden und andere Minderheiten wie beispielsweise die Jesiden, christliche Assyrer und Armenier werden aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben. Die gesamte Region wird nachhaltig destabilisiert mit katastrophalen Folgen für die Bevölkerung.~~

Bündnis 90/Die Grünen Berlin unterstützen den Beschluss des Bundesverbands von Bündnis 90/Die Grünen "Eskalation in Nordsyrien: Völkerrechtswidrigen Militäreinmarsch der Türkei verurteilen – Rüstungsexporte stoppen – Exportgarantien beenden – Täter bestrafen":

Mit ihrem völkerrechtswidrigen Einmarsch in Nordsyrien am 9. Oktober 2019 hat die türkische Regierung unter Präsident Erdogan den Konflikt in Syrien weiter eskaliert und so eine massive Verschlechterung der politischen sowie humanitären Lage der ohnehin geschundenen Region in Nordsyrien herbeigeführt. Rund 300.000 Menschen mussten bereits aufgrund der jüngsten türkischen Invasion fliehen, zahlreiche tote Zivilist*innen sind zu beklagen. Der Einmarsch in Nordsyrien ist ein gezielter Angriff auf die kurdische Bevölkerung. Die türkische Regierung verfolgt das Ziel, die Bevölkerungsstruktur im mehrheitlich kurdischen Norden Syriens zu verändern, die Kurd*innen im eigenen Land zu schwächen und damit den türkisch-kurdischen Konflikt zu entscheiden. Gleichzeitig verschärft auch der US-Präsident mit seiner erratischen Politik die Situation in Syrien und der Region. Mit dem plötzlichen Abzug der US-Truppen entzieht Donald Trump den kurdischen Kräften, die sich dem IS maßgeblich entgegenstellt haben und unter hohen Verlusten die vom IS kontrollierten Gebiete zurückgewinnen konnten, abrupt die jahrelange Unterstützung. Er überlässt sie damit ihrem Schicksal, setzt sie der Feindseligkeit der türkischen Armee aus, die Seite an Seite mit islamistischen Kämpfern ihren Einsatz vollzieht, und treibt sie ausgerechnet in die Arme des syrischen Regimes unter Baschar al-Assad.

Bei einem Treffen in Sotschi am 22. Oktober 2019 teilten der russische und der türkische Präsident Nordsyrien de facto auf: Die Türkei patrouilliert ab sofort gemeinsam mit der russischen Armee in Teilen des syrisch-türkischen Grenzgebiets unter Beteiligung von islamistischen Milizen, die allesamt – wie zuvor schon in Afrin - Kriegsverbrechen begangen haben. Amnesty International berichtet von schweren Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen, wie z.B. wahllosen Angriffen auf Wohngebiete, Schulen und andere zivile Ziele. Zudem will Erdogan bis zu zwei Millionen syrische Geflüchtete, von denen die wenigsten ihre Heimat im überwiegend kurdischen Landstrich haben, in diesem Gebiet zwangsansiedeln. Solche ethnischen Vertreibungen und zwangsweise Umsiedlungen würden zu einer humanitären Tragödie und gefährlichen neuen Konflikten führen und massiv zur Verschärfung des Konflikts beitragen.

Durch den Rückzug der USA und die Einigung zwischen Moskau und Ankara stabilisiert sich die Macht des syrischen Diktators Assad weiter. Seine Truppen konnten mit Hilfe ihrer iranischen und russischen Verbündeten weitere Gebiete im Norden unter ihre Kontrolle bringen.

Durch den türkischen Einmarsch werden die kurdischen Lager mit den inhaftierten IS-Kämpfern nicht mehr mit der gleichen Intensität bewacht wie vor dem Einmarsch. Medienberichten zufolge sind daher

bisher circa 100 IS-Kämpfer aus der kurdischen Haft entkommen. Bisher hat sich die Bundesregierung geweigert, die inhaftierten deutschen IS-Kämpfer und ihre Angehörigen mit deutscher Staatsbürgerschaft zurückzuholen und sie schnellstmöglich in Deutschland für ihre Taten strafrechtlich zu verfolgen. Darum ist die Gefahr durch entkommene IS-Kämpfer auch innerhalb Europas in dieser chaotischen Situation nun größer geworden.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben durch fehlende gemeinsame Initiativen zu den Auswirkungen im Syrienkonflikt, die wir heute sehen, beigetragen. Von der Bundesregierung ging auf EU-Ebene keine Initiative für eine kraftvolle Wiederbelebung eines Friedensprozesses in Syrien aus. Maßnahmen, wie der VN-Mechanismus für die Untersuchung und Verfolgung von schwersten Kriegsverbrechen in Syrien, unterstützte die Bundesregierung nicht ausreichend. Und die internationale Gemeinschaft – darunter auch Deutschland – konnte sich bis heute nicht durchringen, die Menschenrechtsverbrechen durch die türkische Regierung in Afrin 2018 klar zu benennen und den Einmarsch als eindeutig völkerrechtswidrig zu verurteilen. Dadurch fühlte sich Präsident Erdogan ermuntert, die Vertreibungen noch einmal auszuweiten.

Russland konnte seinen Einflussbereich im Nahen Osten entscheidend ausbauen, die türkische Regierung entfernt sich immer mehr von EU und NATO. Doch dieses Blinken nach Moskau kann nicht die existentiellen wirtschaftlichen Beziehungen der Türkei mit Europa ersetzen. Gerade deshalb sollten die Europäische Union und die NATO die Provokationen Erdogans ruhig, aber deutlich beantworten. Gerade im Fall von Syrien wird überdeutlich, wie notwendig eine starke EU mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist.

Die Inkonsistenz in der europäischen Außenpolitik offenbarte sich jüngst auch im Agieren der deutschen Bundesregierung. Es liegen genügend realistische Vorschläge auf dem Tisch, wie sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern aktiv für die Linderung der humanitären Katastrophe engagieren kann. Stattdessen düpierte die deutsche Verteidigungsministerin mit ihrem nicht abgestimmten Vorstoß für eine international gesicherte Schutzzone im Norden Syriens die übrige Bundesregierung und irritierte Deutschlands europäische und internationale Verbündete und Partner. Statt auf allen Kanälen Druck auf die türkische Regierung auszuüben und dafür auch den NATO-Rat zu nutzen, beschäftigten sich die Bundesregierung und ebenso die NATO mit einem innenpolitisch motivierten Vorschlag der deutschen Verteidigungsministerin, der in der Sache leider bei Weitem nicht durchdacht, geschweige denn abgestimmt war. Im Mittelpunkt der Initiative stand dabei nicht der Schutz der Zivilbevölkerung, denn von Anfang an war nicht klar benannt, wen eine solche Schutzzone vor wem schützen sollte. Stichhaltige Aussagen über die völkerrechtliche Grundlage ihres Vorstoßes blieb die Verteidigungsministerin lange Zeit ebenso schuldig wie eine Erläuterung, was in der konkreten Situation mit zusätzlicher militärischer Präsenz eigentlich erreicht werden sollte – noch dazu in einer derart multifrontalen Situation wie im Nordosten des Landes. Und es fehlte die Absage an den türkischen Plan, Flüchtlinge in die nordsyrische Region abzuschieben.

Spätestens nach der russisch-türkischen Einigung von Sotschi war klar, dass ein Einsatz unter den aktuellen Umständen in Nordsyrien für deutsche und europäische Kräfte kaum möglich wäre, ohne sich zum Handlanger des Autokraten Putin wie des Diktators Assad zu machen, der hunderttausende Menschenleben auf dem Gewissen hat und auch vor dem Einsatz von Giftgas gegen die eigene Bevölkerung nicht zurückschreckte. Ebenso wäre ein Einsatz ohne Zusammenarbeit mit Erdogan nicht möglich, dessen Ziel die Vertreibung von Kurdinnen und Kurden und ethnischer und religiöser Minderheiten vor Ort ist. Die Bundesregierung hat sich - auch mit den Äußerungen des Außenministers bei seinem Besuch in der Türkei - in einem Moment kriegerischer Eskalation durch ein Nato-Mitglied als politische Kraft präsentiert, die mehr mit sich selbst beschäftigt ist, anstatt handlungsfähiger Akteur zu sein. Aufgabe wäre es gewesen, zusammen mit seinen Partnern nach diplomatischen Lösungen zu suchen und auf eine Deeskalation zu dringen. Wer Außenpolitik hingegen rein aus innenpolitischem Kalkül betreibt, der bricht mit einem werte- und menschenrechtsgeleiteten Politikverständnis und schadet den Sicherheitsinteressen Europas.

Die Bundesregierung hat viel zu lange kaum folgenreiche Kritik an der zunehmend autokratischen und unberechenbaren Innen- und Außenpolitik der türkischen Regierung geübt, geschweige denn konkrete

politische Maßnahmen ergriffen. So hat die Bundesregierung auch nach dem völkerrechtswidrigen türkischen Einmarsch in Afrin 2018 Kriegswaffen im Wert von mindestens 427 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Die Ankündigung der Bundesregierung, keine Genehmigungen für alle Rüstungsgüter zu erteilen, die in Syrien eingesetzt werden könnten, kommt viel zu spät, ist reine Symbolpolitik und ermutigt Präsident Erdogan, seine verantwortungslose Politik ohne Risiko fortzusetzen. Denn bereits genehmigte, aber noch nicht gelieferte Waffen, können so weiter problemlos an die Türkei exportiert werden. Seit Anfang 2018 wurden deutsche Exportkreditgarantien (sogenannte Hermesbürgschaften) für die Türkei im Wert von rund 2,6 Milliarden Euro gewährt. Den wirtschaftlichen Hebel, den die Bundesregierung hat, um die türkische Regierung unter Druck zu setzen, hat sie bislang nicht genutzt. Wir Grüne erwarten von der Bundesregierung einen grundlegenden Kurswechsel im Umgang mit der türkischen Regierung. Gleichzeitig dürfen wir die Regimekritiker*innen in der Türkei, von denen Hunderte nach Kritik an der Invasion in Nordsyrien festgenommen wurden, nicht alleine lassen. Die Zusammenarbeit mit der demokratischen, pro-europäischen türkischen Zivilgesellschaft muss gestärkt und ausgebaut und diese weiter unterstützt werden.

Die gleichzeitig stattfindenden Angriffe auf Idlib sind eine Katastrophe. Dort werden Krankenhäuser und zivile Einrichtungen brutal und menschenverachtend attackiert. Der syrische Diktator Assad und seine Verbündeten haben den einstigen Zufluchtsort Idlib zu ihrem Hauptangriffsziel gemacht. Die Bundesregierung muss die Situation in Idlib zum Thema im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen machen. Russland hat dort bisher jeden Versuch einer gemeinsamen Erklärung, die die Angriffe auf Zivilisten durch die Truppen Assads verurteilt, verhindert.

Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen den völkerrechtswidrigen und durch nichts zu rechtfertigenden Angriff der türkischen Regierung und verbündeter islamistischer Milizen gegen Teile der autonomen kurdischen Selbstverwaltungszone in Syrien.

Wir fordern:

- Dass die türkische Regierung den völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien sofort stoppt und ihr Militär und die sie unterstützenden Milizenverbände sofort abzieht.
- Dass die Bundesregierung sowie EU und NATO den türkischen Einmarsch in Nordsyrien öffentlich und auf allen Ebenen als völkerrechtswidrig verurteilen, inklusive der Vereinten Nationen.
- Dass die NATO deutlich macht, dass die Türkei für ihren völkerrechtswidrigen Einmarsch keinen Beistand erhält und eine Feststellung des Bündnisfalls auf der Grundlage des NATO-Vertrags somit ausgeschlossen ist.
- Dass Deutschland und die Europäische Union an alle Beteiligten appellieren, das humanitäre Völkerrecht zu achten, und sich dafür einsetzen, dass alle Beteiligten keine Gewalt gegen Zivilist*innen ausüben, weder in Nordsyrien, noch in der Türkei noch anderswo. Menschen, die gerade aus Nordsyrien in Richtung Nordirak flüchten, muss freies und sicheres Geleit gewährt werden.
- Dass sich die EU dafür einsetzt, dass auch die Kurdinnen und Kurden aus dem Norden Syriens umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen Prozess vertreten sind und die De-facto-Autonomie des kurdischen Gebiets in Nordsyrien erhalten bleibt.
- Dass die Verantwortlichen für in Syrien begangene Kriegsverbrechen auf der Grundlage des Völkerstrafrechts zur Rechenschaft gezogen werden und dass der internationale unabhängige

Mechanismus der VN zur Untersuchung von schwerwiegenden Verbrechen in Syrien angemessen finanziert wird.

- Dass die EU oder ihre Mitgliedstaaten persönliche und gezielte finanzielle Sanktionen gegen Präsident Erdogan, Mitglieder der türkischen Regierung und führende Angehörige des türkischen Militärs sowie gegen türkische Finanzinstitutionen, über die das türkische Militär seine Finanztransaktionen abwickelt, im europäischen Verbund erlassen.
- Dass die türkische Regierung die innenpolitische Kampagne gegen Kritiker*innen der Invasion in Nordsyrien beendet und die Meinungs- und Pressefreiheit wiederherstellt.
- Dass die Bundesregierung die Verlängerung des Engagements der Bundeswehr bei der Operation „Inherent Resolve“ zurücknimmt, die Tornados aus Jordanien abzieht und ab sofort keinerlei Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei weitergibt.
- Dass die Bundesregierung alle deutschen Rüstungsexporte in die Türkei umgehend stoppt, erteilte Genehmigungen widerruft, sich für einen EU-weiten Rüstungsexportstopp an die Türkei und auch für einen Stopp der Beteiligung deutscher Unternehmen an Rüstungskonsortien in der Türkei einsetzt.
- Dass die Bundesregierung keine neuen Hermesbürgschaften zur Absicherung wirtschaftlicher Aktivitäten in der Türkei übernimmt und alle noch nicht genehmigten Anträge ablehnt.
- Dass die Bundesregierung endlich ihre rechtliche und politische Verpflichtung wahrnimmt, indem sie die deutschen IS-Kämpfer*innen und ihre Familienangehörigen zurücknimmt und so schnell wie möglich Strafverfahren gegen Personen, die sich strafbar gemacht haben, in Deutschland einleitet. Dazu müssen die Strafverfolgungsbehörden ausreichende Kapazitäten bekommen. Zudem muss sichergestellt sein, dass die Kapazitäten ausreichen, damit Gefährder*innen bzw. relevante Personen nach der Rückkehr nach Deutschland überwacht werden können.
- Dass die EU und ihre Mitgliedstaaten diesen im Kern asylrechtswidrigen EU-Türkei-Deal von 2016, der die verheerende Situation in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln noch verschlimmert und die EU durch die türkische Regierung erpressbar gemacht hat, beenden. Zugleich darf die europäische Unterstützung zu unmittelbaren Gunsten der über drei Millionen Geflüchteten in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung nach humanitären Standards muss oberste Priorität haben. Auch braucht es dringend Kontingente zur Entlastung der dortigen Strukturen.
- Dass die EU und ihre Mitgliedsstaaten sich endlich für legale Fluchtwege in die EU, eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten, rechtsstaatliche Asylverfahren und eine gerechte Verteilung der Geflüchteten auf die EU-Mitgliedstaaten einsetzen. Wer verhindern will, dass sich Schlepper an der Not von Geflüchteten bereichern, die angesichts von Verfolgung, Krieg und Gewalt ihr Leben bei der Flucht übers Mittelmeer aufs Spiel setzen, muss sichere und legale Fluchialternativen schaffen.
- Anzuerkennen, dass ein Neuanfang in Syrien nur unter Einbeziehung der politischen Opposition in den Verfassungsprozess und freier, fairer Wahlen stattfinden kann. Die EU muss wieder aktiver werden, um eine dauerhafte politische Lösung der Krise im Einklang mit der Resolution 2254 des VN-Sicherheitsrates zu finden. Besonders Frauen müssen am Verhandlungsprozess für eine politische Lösung des Konflikts beteiligt werden. Ohne einen relevanten und inklusiven politischen Prozess und ohne Freilassung der politischen Gefangenen

darf es keine finanzielle Unterstützung für das Assad- Regime und seine Günstlinge geben, auch nicht in Form von Aufbauhilfe.

- Eine politische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts bleibt die notwendige Voraussetzung für Stabilität und Frieden in der gesamten Region. Eine Lösung kann nicht in einer weiteren Eskalation des schrecklichen Krieges in Syrien und weiterer militärischer Aufrüstung der Türkei bestehen, sondern muss friedlich, unter Einbeziehung der betroffenen Staaten und der kurdischen Akteure sowie unter Wahrung des Völkerrechts erreicht werden.
- Dass sich die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten dafür einsetzen, das schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern, und dass Russland und das syrische Regime ihre militärischen Angriffe auf die Region umgehend beenden.
- Alles politische Handeln der Bundesregierung und der Europäischen Union konsequent auf die Unterstützung der vielen demokratischen Kräfte in der Türkei auszurichten.

V-08-003-2 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 3 bis 5:

1. Bündnis 90/Die Grünen muss das Schweigen der deutschen ~~Politik~~Außenpolitik über die ~~türkische~~völkerrechtswidrige Invasion ~~der Türkei, ein NATO-Partner~~, in Syrien aufbrechen. Die Besetzung kurdischer Gebiete in Syrien im Gefolge des Abzugs der US-Streitkräfte aus der Region hat zur Flucht und Vertreibung Hunderttausender

Begründung

Die Invasion war nicht nur ein Bruch des Völkerrechts, sondern auch zugleich durchgeführt eines NATO-Partners! Das ist essentiell.

V-08-004 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Bianca Denfeld (KV Berlin-Kreisfrei)

Titel

Ändern in:

Solidarität mit Nordsyrien / Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 3 bis 10:

1. Bündnis 90/Die Grünen muss das Schweigen der deutschen Politik über die türkische Invasion mit Hilfe islamistischer Hilfstruppen in Syrien aufbrechen. Die Besetzung kurdischer grosser Gebiete in Syrien Nordsyrien im Gefolge des Abzugs der US-Streitkräfte aus der Region hat zur Flucht und Vertreibung Hunderttausender Menschen und zum Tod von Hunderten Kämpfer*innen der kurdischen Streitkräfte multiethnischen Demokratischen Kräfte Syrien (QSD) und Hunderter Zivilisten geführt, gegenüber Frauen wird von islamistischen Terroristen sexualisierte Gewalt angewendet. Kurden und andere Minderheiten wie beispielsweise die Jesiden, christliche Assyrer und Armenier werden aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben, ihr Hab und Gut wird geplündert. Die gesamte Region wird nachhaltig destabilisiert mit katastrophalen Folgen für die

Begründung

Die Ergänzung von Rojava durch Nordsyrien ist eine Entschärfung des zu starken Kurdenbezugs im Antrag. "Rojava" ist der kurdische Name des Gebietes, den die Selbstverwaltung inzwischen in allen offiziellen Verlautbarungen der nicht mehr benutzt.

V-08-004-2 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 3 bis 5:

1. Bündnis 90/Die Grünen muss das Schweigen der deutschen Politik über die türkische Invasion in Syrien aufbrechen. Die Besetzung ~~kurdischer~~ der mehrheitlich kurdisch bewohnten Gebiete in Syrien im Gefolge des Abzugs der US-Streitkräfte aus der Region hat zur Flucht und Vertreibung Hunderttausender

Begründung

Die Gebiete sind nicht ausschließlich kurdisch. bzw. kurdisch bewohnt. Beispielsweise ist die Stadt Sere Kaniye/Ras Al-Ain nur zur Hälfte kurdisch, während in Tell Abiyad mehr als 2/3 der Bevölkerung Arabisch ist.

V-08-006 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 5 bis 7:

Abzugs der US-Streitkräfte aus der Region hat zur Flucht und Vertreibung Hunderttausender Menschen und zum Tod von Hunderten Kämpfer*innen der ~~kurdischen Streitkräfte~~ Demokratischen Kräfte Syriens (SDF) und Hunderten Zivilisten geführt, gegenüber Frauen wird von islamistischen Terroristen sexualisierte

Begründung

Sie selbst nennen sich nicht kurdische Streitkräfte, sondern „Demokratische Kräfte Syriens“ (SDF).

V-08-008 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

Zivilisten geführt, gegenüber Frauen wird von islamistischen Terroristen sexualisierte Gewalt angewendet. Die Bevölkerung der Region, insbesondere die Kurden und andere Minderheiten wie beispielsweise die Jesiden, christliche Assyrer und Armenier werden aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertrieben.

Begründung

Nicht nur Kurden und Minderheiten, sondern alle Menschen sind davon betroffen – auch z.T. die arabische Bevölkerung, die mit der SDF in der Vergangenheit kooperiert hat.

V-08-011 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

Die gesamte Region wird nachhaltig destabilisiert mit katastrophalen Folgen für die Bevölkerung. Die Türkei ist kein Stabilitäts- und Sicherheitsgarant für die hiesige Bevölkerung, dies zeigt sich exemplarisch an den bereits unter türkischer Kontrolle stehenden Euphrat-Shields-Gebieten und Afrin.

Begründung

Selbsterklärend

V-08-012 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Bianca Denfeld (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 12 bis 13 einfügen:

2. Die LDK erklärt sich solidarisch mit den Menschen in Nordsyrien/Rojava und dem militärischen Widerstand gegen die türkischen Invasionsstruppen und deren Verbündeten, den islamistischen

V-08-012-2 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: LaVo

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 12 bis 14 löschen:

~~2. Die LDK erklärt sich solidarisch mit den Menschen in Rojava und dem militärischen Widerstand gegen die türkischen Invasionstruppen und deren Verbündeten, den islamistischen Terrorgruppen.~~

V-08-015 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Bianca Denfeld (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 15 bis 16 einfügen:

3. [Nordsyrien](#) / Rojava ist in der gesamten Region beispielhaft und wegweisend für die Rechte von Frauen. Es ist dort politisches Programm, die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen zu

Begründung

Die Ergänzung von Rojava durch Nordsyrien mindert den zu starken Kurdenbezug des Antrags. "Rojava" ist der kurdische Name des Gebietes, den die Selbstverwaltung inzwischen nicht mehr benutzt.

V-08-015-2 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 15 bis 19 löschen:

~~3. Rojava ist in der gesamten Region beispielhaft und wegweisend für die Rechte von Frauen. Es ist dort politisches Programm, die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen zu fördern. Entsprechende Strukturen hierzu sind geschaffen worden. Dies alles ist aufgrund der türkischen Invasion der Zerschlagung ausgesetzt. Auch deshalb ist es erforderlich, den politischen Zustand wie vor Beginn der türkischen Aggression wiederherzustellen.~~

V-08-015-3 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 15 bis 16:

3. ~~Rojava ist~~ Selbstverwaltung in ~~der gesamten Region~~ Nord- und Norsostsyrien ist im Kriegsland Syrien beispielhaft und wegweisend für die Rechte von Frauen. Es ist dort politisches Programm, die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung von Frauen zu

V-08-020 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: LaVo

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 20 bis 25 löschen:

~~4. Die LDK verlangt die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen seitens der türkischen Streitkräfte und der mit ihnen verbündeten islamistischen Terrorgruppen sowie deren sofortigen Abzug aus Rojava. Ziel ist das definitive Ende der Kampfhandlungen in Nordsyrien und die umgehende Wiedererrichtung der in Rojava in den letzten Jahren geschaffenen Selbstverwaltungsstrukturen. Geflüchtete und Vertriebene müssen schnellstmöglich in ihre Wohnorte / Wohnungen zurückkehren können.~~

V-08-020-2 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Svenja Borgschulte (KV Pankow)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 20 bis 25:

4. Die LDK verlangt zum Schutz der Bevölkerung die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen seitens der türkischen Streitkräfte und der mit ihnen verbündeten islamistischen Terrorgruppen sowie deren sofortigen Abzug aus Rojava Nord-Ostsyrien. Ziel ist das definitive Ende der Kampfhandlungen ~~in Nordsyrien und die umgehende Wiedererrichtung der in Rojava in den letzten Jahren geschaffenen Selbstverwaltungsstrukturen Nord-Ostsyrien~~. Geflüchtete und Vertriebene müssen schnellstmöglich in ihre Wohnorte / Wohnungen zurückkehren können. Zudem muss Deutschland aus seiner Position heraus Druck ausüben, damit die Verhandlungen zu Syrien umfangreich und inklusiv gestaltet und alle Parteien einbezogen werden – dazu zählen auch die kurdischen Kräfte, die gegen den IS gekämpft haben.

Begründung

Die Aktivierung der Selbstverwaltungsstrukturen darf nicht unser Endziel sein, da dies Syrien mittel- und langfristig nicht befrieden kann. Stattdessen zersplittert es die syrische Frage. Eine umfassende integrative Lösung im Rahmen der UN-Verhandlungen muss für Gesamtsyrien angestrebt werden, die auch die syrischen Kurden in ein zukünftiges Syrien integriert.

Zudem ist aufgrund des notgedrungenen Abkommens zwischen der SDF und dem Assad-Regime ist eine Wiedererrichtung der geschaffenen Selbstverwaltungsstrukturen sowieso nicht möglich, da Assad die Kontrolle über die Gebiete wieder übernimmt und übernehmen wird. Stattdessen muss eine umfassende integrative Lösung im Rahmen der UN-Verhandlungen muss für Gesamtsyrien angestrebt werden, die auch die syrischen Kurden in ein zukünftiges Syrien integriert.

V-08-022 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Bianca Denfeld (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 21 bis 24 einfügen:

Streitkräfte und der mit ihnen verbündeten islamistischen Terrorgruppen sowie deren sofortigen Abzug aus [Nordsyrien](#) / Rojava. Ziel ist das definitive Ende der Kampfhandlungen in Nordsyrien und die umgehende Wiedererrichtung der in [Nordsyrien](#)/ Rojava in den letzten Jahren geschaffenen Selbstverwaltungsstrukturen. Geflüchtete und Vertriebene müssen schnellstmöglich in ihre

Begründung

Die Ergänzung von Rojava mit Nordsyrien mindert den zu starken Kurdenbezug des Antrags. "Rojava" ist der kurdische Name des Gebietes, den die Selbstverwaltung inzwischen nicht mehr benutzt.

V-08-022-2 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Juliana Wimmer (Abteilung Frieden und Internationales)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 21 bis 23:

Streitkräfte und der mit ihnen verbündeten islamistischen Terrorgruppen sowie deren sofortigen Abzug aus Rojava. Ziel Der Militäreinsatz ist völkerrechtswidrig und wir verurteilen den Einmarsch scharf. Darum ist das Ziel das definitive Ende der Kampfhandlungen in Nordsyrien und die umgehende Wiedererrichtung der in Rojava in den letzten Jahren geschaffenen

Begründung

Bisher fehlt in dem Antrag noch die wörtliche Ansage, dass der Einmarsch völkerrechtswidrig ist. Diese klare Verurteilung finde ich wichtig und würde ich hier gerne ergänzen.

V-08-026 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: LaVo

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 26 bis 29 löschen:

~~5. Dringend erforderlich ist ein ungehinderter und gesicherter Zugang internationaler Hilfsorganisationen, insbesondere des Roten Kreuzes und zivilgesellschaftlicher Hilfsorganisationen in das Krisengebiet. Humanitäre Hilfe, insbesondere die medizinische Versorgung der Bevölkerung, muss ohne Behinderung möglich sein.~~

V-08-030 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Qosay Amer (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 30 bis 33:

~~6. Zum Schutz der Bevölkerung und zur Garantie der Aktivierung der Selbstverwaltungsstrukturen ist den Streitkräften der Demokratischen Kräfte Syrien (QSD) zu ermöglichen, ihre Präsenz in dem gesamten Gebiet wiederherzustellen, in dem sie vor Beginn der türkischen Invasion stationiert waren.~~

6. Die LDK fordert, dass die Bundesregierung und die EU-Mitgliedstaaten sich dafür einsetzen sollen, die Kurdinnen und Kurden aus dem Norden Syriens umfassend im UN-vermittelten Verfassungsausschuss und politischen Prozess vertreten zu sein und die De-facto-Autonomie des kurdischen Gebiets in Nordsyrien zu erhalten und sich auch dafür einsetzen sollen, das schreckliche Leid der Menschen in Idlib zu lindern, und dass Russland und das syrische Regime ihre militärischen Angriffe auf die Region umgehend zu beenden.

Begründung

Das Stoppen aller militärischen Angriffe und die Politische Lösung sind notwendige Voraussetzung für die Stabilität und den Frieden in der gesamten Region.

Es soll eine umfassende Lösung für den gesamten Syrien angestrebt werden, die die Kurdinnen und Kurden die politische Teilhabe in dem zukünftigen Syrien garantiert

V-08-030-2 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: LaVo

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 30 bis 33 löschen:

~~6. Zum Schutz der Bevölkerung und zur Garantie der Aktivierung der Selbstverwaltungsstrukturen ist den Streitkräften der Demokratischen Kräfte Syrien (QSD) zu ermöglichen, ihre Präsenz in dem gesamten Gebiet wiederherzustellen, in dem sie vor Beginn der türkischen Invasion stationiert waren.~~

V-08-031 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 30 bis 32:

6. Zum Schutz der Bevölkerung und zur Garantie der Aktivierung der Selbstverwaltungsstrukturen ist den Streitkräften der Demokratischen Kräfte Syrien (~~QSD~~ SDF) zu ermöglichen, ihre Präsenz in dem gesamten Gebiet wiederherzustellen, in dem sie vor Beginn der türkischen

Begründung

Die Bezeichnung der Demokratischen Kräfte Syriens ist international als SDF bekannt. damit keine Verwirrungen dadurch entstehen.

V-08-031-2 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 30 bis 32:

6. Zum Schutz der Bevölkerung und zur Garantie der Aktivierung der Selbstverwaltungsstrukturen ist den Streitkräften der Demokratischen Kräfte Syrien (~~QSD~~ SDF) zu ermöglichen, ihre Präsenz in dem gesamten Gebiet wiederherzustellen, in dem sie vor Beginn der türkischen

Begründung

Die Bezeichnung der Demokratischen Kräfte Syriens ist international als SDF bekannt. damit keine Verwirrungen dadurch entstehen.

V-08-033 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 32 bis 33 einfügen:

Präsenz in dem gesamten Gebiet wiederherzustellen, in dem sie vor Beginn der türkischen Invasion stationiert waren. Wir fordern die Strafverfolgung von in Nord- und Nordostsyrien begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dazu muss die Generalbundesanwaltschaft mit ausreichend Ressourcen ausgestattet werden.

Begründung

Abgehandelt in/identisch mit Z. 20-25. Stattdessen neuer wichtige Forderung, die bislang im Antrag fehlt. Möglich ist die Strafverfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit (und Völkermord) durch das deutsche Völkerstrafgesetzbuch, das auf dem sog. Weltrechtsprinzip basiert: Es spielt keine Rolle, welche Nationalität Täter oder Opfer haben und wo der Tatort liegt – der Generalbundesanwalt kann immer ermitteln.

V-08-034 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: LaVo

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 34 bis 41 löschen:

~~7. Die LDK fordert die sofortige Freilassung sämtlicher in Gefangenschaft des türkischen Militärs und der islamistischen Terrorgruppen geratener Angehöriger der YPJ und des YPD sowie deren Übergabe an die Demokratischen Kräfte Syrien (QSD). Ist eine umgehende Freilassung wegen der Lage vor Ort nicht möglich, ist den Vertreter*innen des Internationalen Roten Kreuzes sofortiger Zugang zu den Gefangenen zu gewähren. Es ist sicherzustellen, dass die Gefangenen als sog. „Kombattanten“ wie Kriegsgefangene den Schutz der Genfer Konvention genießen und nicht, wie von der Türkei praktiziert, als Terroristen behandelt und in türkische Gefängnisse verschleppt werden.~~

V-08-034-2 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Qosay Amer (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 34 bis 41:

~~7. Die LDK fordert die sofortige Freilassung sämtlicher in Gefangenschaft des türkischen Militärs und der islamistischen Terrorgruppen geratener Angehöriger der YPJ und des YPD sowie deren Übergabe an die Demokratischen Kräfte Syrien (QSD). Ist eine umgehende Freilassung wegen der Lage vor Ort nicht möglich, ist den Vertreter*innen des Internationalen Roten Kreuzes sofortiger Zugang zu den Gefangenen zu gewähren. Es ist sicherzustellen, dass die Gefangenen als sog. „Kombattanten“ wie Kriegsgefangene den Schutz der Genfer Konvention genießen und nicht, wie von der Türkei praktiziert, als Terroristen behandelt und in türkische Gefängnisse verschleppt werden.~~

7. Die LDK fordert die sofortige Freilassung aller verhafteten und verschwundenen Menschen, die wegen ihrer politischen Meinungen und ihres zivilgesellschaftlichen Engagements verhaftet sind. Ist eine umgehende Freilassung wegen der Lage vor Ort nicht möglich, ist den Vertreter*innen des Internationalen Roten Kreuzes sofortiger Zugang zu den Gefangenen zu gewähren.

Begründung

Alle militärischen beteiligten Gruppen haben Menschenrechte verletzt und Menschen ohne Gründe verhaftet und müssen strafrechtlich verfolgt werden.

Menschen verschwinden zu lassen ist eines der grausamsten Mittel, Macht und Kontrolle auszuüben.

V-08-036 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 35 bis 37:

Militärs und der islamistischen Terrorgruppen geratener Angehöriger der YPJ und des YPD sowie deren Übergabe an die Demokratischen Kräfte Syrien (~~QSD~~ ~~SDF~~). Ist eine umgehende Freilassung wegen der Lage vor Ort nicht möglich, ist den Vertreter*innen des

Begründung

Die Bezeichnung der Demokratischen Kräfte Syriens ist international als SDF bekannt. damit keine Verwirrungen dadurch entstehen.

V-08-042 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: LaVo

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 42 bis 47 löschen:

~~8. Die LDK erkennt an, dass es neben einer umfangreichen humanitären Hilfe für die Menschen vor Ort und die Unterstützung für die vielen Flüchtlinge weiterer Schritte bedarf, Leben und Sicherheit der Betroffenen zu schützen. Es war ein schwerer Fehler der deutschen und europäischen Politik, sich seit Beginn des syrischen Krieges der Einrichtung einer Schutzzone verweigert zu haben. Es ist eine Schande westlicher Politik, es zu unterlassen, die Menschen vor den brutalen Übergriffen und Bombenangriffen des Assad-Regimes zu schützen.~~

V-08-048 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: LaVo

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 48 bis 56 löschen:

~~9. Sämtliche Waffentieferungen sowie die Lieferung militärische nutzbarer Güter an die Türkei sind sofort einzustellen. Solange die Okkupation seitens der türkischen Armee andauert, darf es auch keine Hermes-Bürgschaften zur Absicherung von Auslandsgeschäften mit der Türkei geben. Einschneidende Maßnahmen müssen dem Erdogan-Regime unmissverständlich klar machen, dass es bei seiner aggressiven erpresserischen Politik nach innen und nach außen auf den entschlossenen Widerstand der europäischen Demokratien stößt. Die Politik der Bundesregierung ist unentschlossen und widersprüchlich. Sie schadet den Menschen im Krisengebiet und hilft letztlich dem Autokraten Erdogan, seine Interessen brutal und rücksichtslos durchzusetzen.~~

V-08-049 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Juliana Wimmer (Abteilung Frieden und Internationales)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 48 bis 50 einfügen:

9. Sämtliche Waffenlieferungen sowie die Lieferung militärische nutzbarer Güter an die Türkei sind sofort einzustellen und entsprechende Genehmigungen müssen widerrufen werden. Solange die Okkupation seitens der türkischen Armee andau- ert, darf es auch keine Hermes-Bürgschaften zur Absicherung von Auslandsgeschäften mit der

Begründung

Auch der Widerruf der Genehmigungen würde ein deutliches Zeichen gegen diese Politik setzen. Ein bloßer Ausfuhrstopp ist nur die halbe Miete.

V-08-053 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Svenja Borgschulte

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 52 bis 55 einfügen:

machen, dass es bei seiner aggressiven erpresserischen Politik nach innen und nach außen auf den entschlossenen Widerstand der europäischen Demokratien stößt. Dazu zählen auch die geplanten Zwangsumsiedlungen syrischer Schutzsuchender, die derzeit in der Türkei leben. Deutschland muss sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass dieser Völkerrechtsbruch und gewaltsame Bevölkerungsverschiebung nicht stattfinden. Die Bundesregierung muss hier entschlossen agieren Die Politik der Bundesregierung ist derzeit unentschlossen und widersprüchlich. Sie schadet den Menschen im Krisengebiet und hilft letztlich dem Autokraten Erdogan, seine Interessen brutal und

Begründung

Erdogans Invasion ist im Kontext seiner Abschiebungspläne zu sehen. Er will zwei Millionen syrische Geflüchtete in die sog. „Sicherheitszone“ umsiedeln. Er spricht von auf Freiwilligkeit basierenden Rückführungen – diese sind jedoch nicht freiwillig und auch keine Rückführungen, da die Menschen aus diesen Gebieten gar nicht kommen. Alarmierenderweise hat auch die UN diesen Sprech übernommen und hat ein Expertenteam des UNHCR damit beauftragt in enger Zusammenarbeit mit den türkischen Behörden einen Plan für die Umsiedlungen zu erstellen, um eine "freiwillige und sichere Rückkehr" zu gewährleisten.

V-08-057 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: LaVo

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 57 bis 59 löschen:

~~10. Die EU muss ein klares Zeichen setzen und die "Hilfen für die Heranführung" der Türkei an die EU aussetzen. Die Verhandlungen über einen Beitritt des Landes zur EU sind ebenfalls auszusetzen.~~

V-08-058 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Juliana Wimmer (Abteilung Frieden und Internationales)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 57 bis 59:

10. Die EU muss ein klares Zeichen setzen und die "Hilfen für die Heranführung" der Türkei an die EU ~~aussetzen~~ ausschließlich an zivilgesellschaftliche, prodemokratische Organisationen auszahlen. Die Verhandlungen über einen Beitritt des Landes zur EU ~~sind ebenfalls aussetzen~~ müssen an eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geknüpft werden. Als zusätzliche Maßnahme sollten EU-Sanktionen gegen politische Entscheidungsträger, verhängt werden, insbesondere persönliche und gezielte finanzielle Sanktionen gegen Präsident Erdoğan und sein politisches Umfeld.

Der EU-Türkei-Deal über die Aufnahme von Geflüchteten hat die EU erpressbar gemacht und muss beendet werden. Zugleich darf damit die europäische Unterstützung unmittelbar zu Gunsten der mehr als drei Millionen Flüchtlinge in der Türkei nicht abbrechen. Deren Versorgung nach humanitären Standards muss gesichert werden.

Begründung

Die Beitrittsgespräche komplett abzubrechen, würde das falsche Signal an die proeuropäischen und demokratischen Kräfte in der Türkei senden, die bei den jüngsten Wahlen einige Erfolge erringen konnte. Die Zivilgesellschaft und demokratische Opposition in der Türkei brauchen gerade jetzt tatkräftige Unterstützung. Dazu gehört auch die europäische Perspektive für eine Türkei, die nach dem Ende der Ära Erdoğan zu Demokratie und Menschenrechten, zu Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit zurückfindet. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben (Weiterführende Quelle: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/140/1914094.pdf>).

Mit dem Deal hat sich die EU 2016 erpressbar gemacht und traut sich nicht, die Politik der türkischen Regierung angemessen zu verurteilen. Erdoğan muss keinerlei Konsequenzen für sein Handeln fürchten. Das muss sich wieder ändern. Allerdings dürfen nicht die Geflüchteten unter diesen Umständen leiden.

V-08-060 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Juliana Wimmer (Abteilung Frieden und Internationales)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 60 bis 67:

~~11. Europa muss künftig in die Lage versetzt werden, mit eigenen, auch militärischen Kräften, in Krisen wie in Syrien möglichst mit einem Mandat der Vereinten Nationen, eigenständig handeln zu können. Es ist nicht ehrlich, Trump für seinen verheerenden Rückzug aus den Kurdengebieten in Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber eine Beteiligung an einer Schutztruppe für eine Schutzzone zu verweigern. Bisher hat Europa am Verrat des Westens an den Kurden zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von QSD wegen Beteiligung europäischer Truppen an einer Schutzzone in Rojava sind nicht einmal beantwortet worden.~~

11. Die Bundeswehr muss umgehend ihr Engagement über Syrien und dem Irak beenden und die Tornados aus Jordanien abziehen. Es muss sofort dafür gesorgt werden, dass keine Aufklärungsergebnisse mehr direkt oder indirekt an die Türkei weitergegeben werden.

Eine Lösung kann nicht in einer weiteren Eskalation des Krieges und weiterer militärischer Intervention bestehen, sondern muss friedlich, unter Einbeziehung der betroffenen Staaten und Interessengruppen sowie unter Wahrung des Völkerrechts erreicht werden. In diesem Rahmen wäre ein vermittelndes Engagement Deutschlands und der EU sehr hilfreich. Dafür muss die außenpolitische Handlungsfähigkeit und -bereitschaft Deutschlands und der EU weiter gestärkt werden, wobei der Fokus immer auf den Mitteln der zivilen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung liegen muss.

Begründung

Unsere Friedenpolitik muss diesem globalen Kräfterennen einen anderen Ansatz entgegenbringen. Wir sollten die Fahne der gewaltfreien Konfliktbearbeitung hochhalten und dafür konkrete strategische Konzepte entwickeln. Ein militärischer Einsatz birgt immer das Risiko der Eskalation und sollte nicht ohne ein klares Mandat der VN erfolgen.

V-08-060-2 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: LaVo

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 60 bis 67 löschen:

~~11. Europa muss künftig in die Lage versetzt werden, mit eigenen, auch militärischen Kräften, in Krisen wie in Syrien möglichst mit einem Mandat der Vereinten Nationen, eigenständig handeln zu können. Es ist nicht ehrlich, Trump für seinen verheerenden Rückzug aus den Kurdengebieten in Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber eine Beteiligung an einer Schutztruppe für eine Schutzzone zu verweigern. Bisher hat Europa am Verrat des Westens an den Kurden zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von QSD wegen Beteiligung europäischer Truppen an einer Schutzzone in Rojava sind nicht einmal beantwortet worden.~~

V-08-060-3 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Erik Marquardt (KV Treptow-Köpenick)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 60 bis 65:

~~11. Europa muss künftig in die Lage versetzt werden, mit eigenen, auch militärischen Kräften, in Krisen wie in Syrien möglichst mit einem Mandat der Vereinten Nationen, eigenständig handeln zu können. Es ist nicht ehrlich, Trump für seinen verheerenden Rückzug aus den Kurdengebieten in Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber eine Beteiligung an einer Schutztruppe für eine Schutzzone zu verweigern.~~

11. Europa muss außenpolitisch handlungsfähiger werden. In Krisen wie in Syrien muss die Europäische Union wirksame Mittel ergreifen. Schon durch EU-Wirtschaftssanktionen hätte man Erdogan und seinem völkerrechtswidrigen Verhalten die Grenzen aufzeigen können.. Es ist nicht ehrlich, Trump für seinen verheerenden Rückzug aus den Kurdengebieten in Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber keine eigenen Antworten zu liefern, wie Menschen dort vor einer militärischen Eskalation geschützt werden können. Bislang hat Europa am Verrat des Westens an den Kurden zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von QSD wegen

V-08-060-4 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Svenja Borgschulte (KV Pankow)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 60 bis 67:

~~11. Europa muss künftig in die Lage versetzt werden, mit eigenen, auch militärischen Kräften, in Krisen wie in Syrien möglichst mit einem Mandat der Vereinten Nationen, eigenständig handeln zu können. Es ist nicht ehrlich, Trump für seinen verheerenden Rückzug aus den Kurdengebieten in Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber eine Beteiligung an einer Schutztruppe für eine Schutzzone zu verweigern. Bislang hat Europa am Verrat des Westens an den Kurden zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von QSD wegen Beteiligung europäischer Truppen an einer Schutzzone in Rojava sind nicht einmal beantwortet worden.~~

11. Wir fordern den Rückzug aller ausländischen Akteure, darunter die Türkei, Russland und der Iran. Die EU muss diese Forderung stärker auf internationaler Bühne vertreten. Die Bundesregierung und andere EU-Staaten müssen ihre IS-Kämpfer und deren Familien, die Staatsbürger*innen der EU-Staaten sind und sich in Gefängnislagern in Nordsyrien befinden, dringend zurückholen.

Begründung

Die Forderung nach Interventionen durch militärische Kräfte der EU kommt viel zu spät, ist unrealistisch und kann aktuell nicht zur Befriedung des Landes beitragen.

Zu den IS-Kämpfern: Die junge Selbstverwaltung in Syrien hat weder die Möglichkeiten noch die erforderliche Erfahrung, um mit so einer komplexen Frage umzugehen, zumal die IS-Gefangenen dutzenden Nationalitäten angehören mit jeweils unterschiedlichen Sprachen und Kulturen, was eine Herausforderung für die kurdische Region im Nordsyrien darstellt. Auch dem Assad-Regime darf diese Frage nicht überlassen werden, da Assad selbst die Terroristen für seine Zwecke instrumentalisiert. Das Assad-Regime hat zu Beginn der US-Invasion in den Irak im Jahr 2003 islamistische Terroristen aus seinen Gefängnissen freigelassen, sie ausgebildet und als Selbstmordattentäter und Kämpfer gegen US-Streitkräfte in Irak eingesetzt. Auch im Jahr 2011 hat Assad hunderte Islamisten freigelassen, die später terroristischen Milizen bildeten, um einerseits gegen die moderate syrische Opposition zu kämpfen und um sich der Welt als einzige Option für Syrien zu präsentieren.

V-08-063 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Bianca Denfeld (KV Berlin-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 62 bis 67:

eigenständig handeln zu können. Es ist nicht ehrlich, Trump für seinen verheerenden Rückzug aus ~~den Kurdengebieten in~~ Nord-Syrien zu kritisieren, zugleich aber eine Beteiligung an einer Schutztruppe für eine Schutzzone zu verweigern. Bislang hat Europa am Verrat des Westens an den ~~Kurden~~Menschen in Nordsyrien zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von QSD wegen Beteiligung europäischer Truppen an einer Schutzzone in Nordsyrien / Rojava sind nicht einmal beantwortet worden.

Begründung

Die Ergänzung von Rojava durch Nordsyrien mindert den zu starken Kurdenbezug des Antrags. "Rojava" ist der kurdische Name des Gebietes, den die Selbstverwaltung inzwischen nicht mehr benutzt.

V-08-065 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 64 bis 66:

einer Schutztruppe für eine Schutzzone zu verweigern. Bislang hat Europa am Verrat des Westens an den Kurden zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von ~~QSD~~SDF wegen Beteiligung europäischer Truppen an einer Schutzzone in Rojava sind nicht einmal beantwortet

Begründung

Die Bezeichnung der Demokratischen Kräfte Syriens ist international als SDF bekannt. damit keine Verwirrungen dadurch entstehen.

V-08-066 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Mitte)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 65 bis 67:

Westens an den Kurden zumindest passiv mitgewirkt. Wiederholte Anfragen von QSD wegen Beteiligung europäischer Truppen an einer Schutzzone in ~~Rojava~~Nord- und Nordostsyrien sind nicht einmal beantwortet worden.

Begründung

Der Begriff Rojava wird nicht mehr gebraucht, auch die PYD und die Selbstverwaltung haben den Begriff offiziell aufgegeben und durch den Begriff Nord- und Nordostsyrien ersetzt, da der Begriff Rojava immer als Separatismus von den arabischen Nationalisten dargestellt wird, um gegen die syrischen Kurd*innen zu hetzen.

V-08-067 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: Svenja Borgschulte (KV Pankow)

Änderungsantrag zu V-08

Von Zeile 67 bis 68 einfügen:

12. Die Lage in ganz Syrien bleibt katastrophal – ob in Nord-Ostsyrien, Idlib oder den Assad-kontrollierten Gebieten. Auch nach dem Ende von Kampfhandlungen erkennen wir an, dass Syrien unter dem Assad-Regime keinerlei Sicherheit bietet. Daher lehnen wir Abschiebungen nach Syrien für alle Personengruppen ab.

Begründung

Seit April findet eine massive Offensive auf Idlib, der letzten Protesthochburg, statt - die Zivilgesellschaft wird jeden Tag bombardiert. Zeitgleich finden seit zwei Monaten massive Kampfhandlungen in Nord-Ostsyrien statt. Selbst wenn die Kampfhandlungen und der Krieg irgendwann ein Ende haben sollten: Syrien unter Assad ist und bleibt ein Folterstaat, in dem niemand sicher ist. Abschiebungen in ein solches Land können nicht gerechtfertigt werden.

V-08-068 Solidarität mit Rojava - Keine ethnischen Säuberungen - Erhaltung der
Selbstverwaltungsstrukturen

Antragsteller*in: LaVo

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-08

In Zeile 68 löschen:

~~So darf es nicht weitergehen!~~

V-09-077 Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit!

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-09

Von Zeile 76 bis 79:

Haushaltsemissionen abzielen, benachteiligen Frauen*. Rentner*innen oder Alleinerziehende, beides Gruppen in denen Frauen* besonders stark vertreten sind, werden etwa durch ~~Erhöhungen~~ Subventionen der ~~EEG-Umlage (Erneuerbare Energien Gesetz)~~ fossilen Industrie und die (auch dadurch hohen) Abgaben auf Energie überproportional belastet. Geschlechtergerechter sind entsprechende Maßnahmen, die auf die Reduzierung der Emissionen im

Begründung

wir sollten nicht das Spiel der CDU mitspielen, alle Kosten dem EEG anzulasten. Dieses würde (in der Theorie) sinkende Strompreise (EE kosten nix an der Strombörse) bedeuten. Faktisch wird das aber "aufgefressen".

V-09-112 Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit!

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-09

Von Zeile 112 bis 113:

1. ~~Aus~~Gerade auch aus Geschlechtergerechtigkeitsperspektive müssen wir alles dafür tun, damit die mit dem Pariser Klimaabkommen festgelegte 1,5°C Grenze nicht überschritten wird! Dies ist auch weiterhin unser Ziel vor dem wir unsere eigenen Klimaschutzanstrengungen ständig überprüfen und weiter anpassen müssen.

Begründung

Konkretisierung.

V-09-112-2 Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu V-09

Von Zeile 112 bis 113:

1. ~~[Leerzeichen]~~ Aus Geschlechtergerechtigkeitsperspektive müssen wir alles dafür tun, damit wir die ~~1,5°C Grenze nicht überschritten wird!~~ Ziele des Pariser Klimaschutzabkommen erreichen.

V-09-115 Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 28.11.2019

Änderungsantrag zu V-09

Von Zeile 114 bis 116:

2. Auf Bezirks-, Landes- wie auf Bundesebene setzen wir uns für den geschlechtergerechten Klimavorbehalt ein. ~~Eine Zustimmung zu Gesetzesvorhaben darf nur noch gegeben werden, wenn dies erfolgt ist~~ Klimafolgen müssen ein wichtiges Kriterium für alle politischen Entscheidungen werden und Grundlage aller Entscheidungen über Gesetzesvorlagen sein.

V-09-120 Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit!

Antragsteller*in: Georg P. Kössler (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-09

Von Zeile 119 bis 122:

Beratungsgremien wie Klimaschutzbeauftragte und Klimabeirat auf allen Ebenen geschlechtergerecht besetzt werden. ~~Die Senatsverwaltungen für~~ Mit Regine Günther als Senatoring Umwelt, Verkehr und Klima ~~sowie~~ und Ramona Pop für ~~Stadtentwicklung~~ Wirtschaft und ~~Wohnen sollen im~~ Energie sind wir hier einen ersten Schritt gegangen. Wir wollen weiterhin vorbildhaft sein und appellieren an den Senat, sämtliche Führungspositionen paritätisch zu besetzen und Personen paritätisch in Bundesgremien entsenden.

Begründung

Lob, wenn es mal angebracht ist. Und ein Appell, es noch besser zu machen.

V-09-146 Keine Klimagerechtigkeit ohne Geschlechtergerechtigkeit!

Antragsteller*in: Bettina Jarasch (KV Pankow)

Änderungsantrag zu V-09

Von Zeile 146 bis 149:

~~8. Berlin soll sich ihrer Verantwortung für die Klimakrise bekennen. Allen Menschen, die auf Grund unserer Lebensweise ihr Zuhause verlieren, sollen durch den Klimapass Asyl in Berlin bekommen. Der Klimapass für Berlin soll dabei vorrangig an Frauen* und ihre Familien vergeben werden.~~

8. Das Land Berlin soll sich zu seiner Mitverantwortung für die Klimakrise bekennen. Deshalb soll Berlin auf allen Ebenen – im Bundesrat wie auch in den europäischen Städtenetzwerken, in denen Berlin Mitglied ist – dafür werben, dass die EU den Bewohner*innen von Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, Klimapässe anbieten soll.

Begründung

In unserem Europawahlprogramm 2019 bekennen wir uns zur historischen Verantwortung der westlichen Industriestaaten als Hauptverursacher klimaschädigender Treibhausgase und fordern, dass die EU zusammen mit anderen Industriestaaten vorgehen und im Rahmen einer gemeinsamen Regelung den Bewohner*innen von bedrohten Inselstaaten, die durch die Klimakrise unbewohnbar werden, Klimapässe anbieten soll. Das Land Berlin kann dazu einen Beitrag leisten, indem es aktiv die Städtebündnisse nutzt, in denen Berlin Mitglied ist, und auf diesem Weg für einen europäischen Klimapass wirbt. Dazu gehören das Städtenetzwerk C40 gegen Klimawandel, das Klimabündnis und Solidarity Cities, das sich für mehr Integration und Aufnahme von Geflüchteten einsetzt. – Asylrecht ist dagegen Bundesrecht. Das Land Berlin hat rechtlich keine Möglichkeit, neue Asylrechtsgründe eigenständig einzuführen, wie es der Antrag fordert.

Unterstützer*innen:

Susanne Kahlefeld (KV Neukölln)

Werner Graf (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

V-10-001 Neubesetzung BVG-Vorstandsvorsitz transparent gestalten und im Neu-Vertrag die "Verkehrswende" verankern

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Titel

Ändern in:

#Mobilitätswende: Neubesetzung des BVG-Vorstandsvorsitzes als Chance für Berlin gestalten!

V-10-008 Neubesetzung BVG-Vorstandsvorsitz transparent gestalten und im Neu-Vertrag die "Verkehrswende" verankern

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 8 bis 12:

Dr. Sigrid Evelyn Nikutta ist seit dem 1. Oktober 2010 - zu Zeiten des Regierenden [\[Zeilenumbruch\]](#) Bürgermeisters Klaus Wowereit - Vorstandsvorsitzende der BVG. Ihr Vertrag wurde vor zwei [\[Zeilenumbruch\]](#) Jahren mit [verbessertem angepasstem](#) Verdienst verlängert. Nach neun Jahren leitender Tätigkeit wird sie [\[Zeilenumbruch\]](#) nun am 1. Januar 2020 zum DB-Konzern wechseln. Der Personalausschuss des DB-Aufsichtsrats [\[Zeilenumbruch\]](#) votierte am 30.10.2019 für sie. [Wir danken Frau Dr. Nikutta für ihre Diense an unserer Stadt.](#)

Begründung

Erfolgt mündlich

V-10-013 Neubesetzung BVG-Vorstandsvorsitz transparent gestalten und im Neu-Vertrag die "Verkehrswende" verankern

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 13 bis 14:

~~Ramona Pop, Wirtschaftssenatorin und Aufsichtsratsvorsitzende der BVG, bedauerte Nikuttas Weggang und betonte, dass es keinen Anlass für überstürztes Handeln gebe.~~

Die BVG-Führung ist eine Schlüsselstelle in unserer Stadt, denn die BVG steht hinsichtlich Fahrzeugmangel, zögerlichem Straßenbahnausbau und fehlender moderner Infrastruktur vor großen Herausforderungen.

Daher wollen wir eine zeitnahe Neubesetzung vornehmen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V-10-015 Neubesetzung BVG-Vorstandsvorsitz transparent gestalten und im Neu-Vertrag die "Verkehrswende" verankern

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 15 bis 17 löschen:

~~Die Problemlagen der BVG, wie Fahrzeugmangel bei der U-Bahn, zu langsamer Straßenbahnausbau, fehlende Busspuren und kaum vorhandene Bevorrechtigungen des ÖPNV an Ampelanlagen, erfordern jedoch eine zügige Neubesetzung.~~

Begründung

Erfolgt mündlich

V-10-018 Neubesetzung BVG-Vorstandsvorsitz transparent gestalten und im Neu-Vertrag die "Verkehrswende" verankern

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 18 bis 19:

Diese Neubesetzung soll gemäß bündnisgrüner Grundsätze transparent, gerecht und mit **[Leerzeichen]**

V-10-020 Neubesetzung BVG-Vorstandsvorsitz transparent gestalten und im Neu-Vertrag die "Verkehrswende" verankern

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

In Zeile 20:

1.: Die Stelle ist ~~zügig~~ so schnell wie möglich europaweit öffentlich auszuschreiben.

V-10-021 Neubesetzung BVG-Vorstandsvorsitz transparent gestalten und im Neu-Vertrag die "Verkehrswende" verankern

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 21 bis 22:

~~2.: Das Brutto-Gehalt des Nachfolgers/der Nachfolgerin einschließlich möglicher Boni darf nicht über dem Brutto-Gehalt des Regierenden Bürgermeisters liegen.~~

2.) Die Entlohnung der Nachfolgerin darf branchenübliche Entgelde nicht übersteigen. Wir erwarten eine hauptsächliche Entlohnung in Form von stark leistungsorientierten Bonuszahlungen.

V-10-023 Neubesetzung BVG-Vorstandsvorsitz transparent gestalten und im Neu-Vertrag die "Verkehrswende" verankern

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

Von Zeile 23 bis 25:

~~3.: Die Boni für den/die BVG-Vorstandsvorsitzende/n sind an eine positive Veränderung des Modal Split und des ökologischen Fußabdrucks der Verkehrsleistungen zu koppeln und nicht wie bisher nur an das Wachsen der Verkehrsleistung und die "Schwarze Null".~~

3.) Diese Bonuszahlungen orientieren sich u.a. an folgenden, für die Stadtgesellschaft relevanten Werten:

- Steigerung des Marktanteiles der BVG im Modal Split
- Reduktion des CO2-Ausstoßes
- Betriebswirtschaftliche Ausgeglichenheit
- Zustand des Fahrzeugparkes
- Zustand der Infrastruktur
- Kundenzufriedenheit, gemessen durch unabhängige Dritte

Begründung

Erfolgt mündlich

V-10-026 Neubesetzung BVG-Vorstandsvorsitz transparent gestalten und im Neu-Vertrag die "Verkehrswende" verankern

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

In Zeile 26:

4. Der Besetzungsprozess ist maximal transparent zu organisieren.

Begründung

Reine Formatierung

V-10-027 Neubesetzung BVG-Vorstandsvorsitz transparent gestalten und im Neu-Vertrag die "Verkehrswende" verankern

Antragsteller*in: Matthias Oomen (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-10

In Zeile 27:

5. Bei ~~gleicher~~angemessener Qualifikation ist die Besetzung durch eine Frau vorzuziehen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

V-10-027-2 Neubesetzung BVG-Vorstandsvorsitz transparent gestalten und im Neu-Vertrag die "Verkehrswende" verankern

Antragsteller*in: Daniela Ehlers (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-10

In Zeile 27 einfügen:

5.: Bei gleicher Qualifikation ist die Besetzung durch eine Frau vorzuziehen. Darüber hinaus soll gezielt bei Frauen und Menschen mit Rassismuserfahrungen geworben werden.

V-11-020 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 19 bis 21 einfügen:

verankerte Lebensmittelhandwerksbetriebe und Küchen fördern, eng mit Brandenburg und Brandenburgs Landwirt*innen und hier vor allem kleinen und mittleren Betrieben zusammenarbeiten und die gesamte Gemeinschaftsverpflegung konsequent auf regionale und ökologisch erzeugte Produkte umstellen, können wir die

Begründung

Ich würde gerne vorschlagen, hier den Passus zu kleineren und mittleren Betrieben mit aufzunehmen. Gerade in Brandenburg werden 80% der Tiere (Kühe) von nur 16% der Betriebe gehalten und gerade kleinere Betriebe leiden sehr stark unter der Regulierung und Kostendruck. Gezielt kleinere Betriebe hierbei zu bevorzugen könnte helfen dem Strukturwandel und der momentanen Polarisierung der Gesellschaft gegen die Landwirtschaft entgegen zu wirken.

V-11-021 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: Philipp Ahrens (KV Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 20 bis 22:

Brandenburgs Landwirt*innen zusammenarbeiten und die gesamte Gemeinschaftsverpflegung konsequent auf regionale und **ökologisch bio-vegan** erzeugte Produkte umstellen, können wir die Ernährungs- und Agrarwende in der Stadt beginnen und zu einer echten Agrarwende auf dem Land werden

Begründung

Die Ernährung spielt beim Klimaschutz eine wichtige Rolle. Das Klima schützen wir effektiv nur durch eine bio-vegane Landwirtschaft, die unsere ökologischen Ziele unterstützt, und eine bio-vegane Ernährungsweise. Eine Standard-Mischkost erzeugt vier mal so viel CO₂ wie eine vegane Ernährung. Eine vegetarische Ernährung immer noch drei mal so viel.

Unterstützer*innen

Eva Molau (KV Lichtenberg)

V-11-023 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 22 bis 23 einfügen:

Ernährungswende in der Stadt beginnen und zu einer echten Agrarwende auf dem Land werden lassen. Mit einem Fokus auf vegetarische und insbesondere vegane Lebensmittel wollen wir den Flächenverbrauch reduzieren und Tierleid minimieren.

Begründung

Vgl. einstimmigen Beschluss der BDK "Klimaziele ernst nehmen, Agrarwende ermöglichen: mehr Pflanzen auf die Teller!" <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Verschiedenes-Klimaziele-ernst-nehmen-Agrarwende-ermoeglichen-Beschluss-BDK-11-2019.pdf>

Durch eine Verbesserung des pflanzlichen Ernährungsangebots ernähren wir uns deutlich öfter nachhaltig, ohne dass unsere Entscheidungsfreiheit eingeschränkt ist und ohne dass wir Einbußen beim Genuss und der Bequemlichkeit in Kauf nehmen müssen. Die pflanzliche Ernährung soll gefördert werden, indem der Stellenwert der pflanzlichen Küche institutionell und gesellschaftlich erhöht wird. Ein solcher struktureller und freiheitlicher Ansatz bewegt die Gesellschaft zielführend zu einer nachhaltigeren Ernährung.

Klimawandel:

Die Massentierhaltung ist ein relevanter Treiber des Klimawandels. Laut UN Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO ist die Tierhaltung für bis zu 15 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich und damit ähnlich klimaschädlich wie der Verkehr- & Transportsektor mit ebenfalls 15% der Treibhausgasemissionen.

Ressourceneffizienz:

Für eine pflanzliche Ernährung wird eine 5-mal kleinere Agrarfläche benötigt als für die aktuelle Durchschnittsernährung. Die Nutztierhaltung beansprucht 70% des weltweiten Kulturbodens und 30% der Erdoberfläche. 70% des abgeholzten Amazonaswaldes werden zu Viehweiden und ein Großteil der restlichen 30% wird für den Futteranbau verwendet. Der Import von Soja als Kraftfutter mehrheitlich aus Südamerika trägt damit zu dieser Abholzung bei. Auch in der Bio-Tierhaltung stammt über 80% des Kraftfutters aus dem Ausland. Die Produktion von 1kg Rindfleisch benötigt bis zu 13kg Getreide, für 1kg Schweinefleisch sind es bis zu 6kg Getreide. Global werden 85% der Sojaernte und 35% der Getreideproduktion an Nutztiere verfüttert – eine Nahrungsverschwendung. Würde man die Getreideernten der menschlichen Ernährung zur Verfügung stellen, könnten bereits heute 4 Mrd. Menschen mehr ernährt werden.

Wasserverschmutzung & -knappheit:

Tierexkremate (Ammoniak), Antibiotika, Hormone und Düngemittel sowie Pestizide für den Futteranbau machen die Nutztierhaltung zu einer der größten Quellen der Wasserverschmutzung. In Regionen, in denen Futterpflanzen künstlich bewässert werden müssen, verschärft die Nutztierhaltung die Wasserknappheit. Wird der Wasserverbrauch berücksichtigt, der in die Produktion eingeht, so werden für 1kg Rindfleisch über 15'000 l Wasser benötigt. Für 1kg Weizen sind es nur 1'600 l.

Gesundheit:

Aus medizinischer Sicht werden in Europa gegenwärtig zu viele tierische Nahrungsmittel konsumiert,

was zu zahlreichen Gesundheitsproblemen, wie bspw. Herz-Kreislauf-Erkrankungen und hohen Kosten führt. Eine vorwiegend pflanzliche Ernährung ist gesund und verringert das Risiko für diverse Erkrankungen. Bei einer gänzlich fleischlosen Ernährung liegt das Risiko an Diabetes mellitus zu erkranken fast 50% tiefer. Multiresistente Keime sind unter Nutztieren entsprechend weit verbreitet – auch in der Bio-Tierhaltung und in 36% der Gewässer. Werden sie durch den Konsum tierischer Produkte auf Menschen übertragen, sind die Behandlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Bereits heute sterben jedes Jahr mehrere hundert Personen an resistenten Keimen. Die Keimdichte in der Nutztierindustrie begünstigt außerdem die Entstehung von Pandemien wieder Vogelgrippe.

Tierrechte:

In der Schweiz werden jährlich über 26'000 Rinder und Kälber sowie über 2'800 Schweine bei Bewusstsein aufgeschlitzt bzw. gebrüht. Dies steht in krassem Widerspruch zum Tierschutzgesetz, dass Säugetiere nur geschlachtet werden dürfen, wenn sie vor Beginn des Blut-entzugs betäubt worden sind. Die Milchtierhaltung führt aufgrund von Überzüchtung zu vielen Gesundheitsproblemen. Hat eine Kuh ursprünglich 8l Milch/Tag gegeben, um ihr Kalb zu ernähren, so liegt die "Milchleistung" heute bei 25l/Tag. Auch jede dritte Bio-Milchkuh leidet an Euterentzündungen. In der Schweinehaltung leidet das Tierwohl ebenfalls. Pro Geburt werden 1-2 Ferkel von ihrer Mutter erdrückt. Zuchtbedingte Krankheiten wie Gelenkschäden und Herzversagen sind verbreitet. Ob konventionell oder biologisch, eine solche Massenproduktion bedeutet für die Tiere unvermeidlich enormes Leid. Durch die Förderung der pflanzlichen Ernährung nehmen wir den Tierschutz ernst.

(Sentience Politics (2016): Nachhaltige Ernährung, <http://gruenlink.de/1h0k>)

V-11-033 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 33 bis 34 einfügen:

2. Die Umstellung der gesamten Gemeinschaftsverpflegung auf bioregionale, vorzugsweise vegane Produkte ist ein entscheidender Beitrag zur Förderung einer ökologischen und tiergerechten Produktion

Begründung

Die Ernährung spielt beim Klimaschutz eine wichtige Rolle. Das Klima schützen wir effektiv nur durch eine bio-vegane Landwirtschaft, die unsere ökologischen Ziele unterstützt, und eine bio-vegane Ernährungsweise. Eine Standard-Mischkost erzeugt vier mal so viel CO₂ wie eine vegane Ernährung. Eine vegetarische Ernährung immer noch drei mal so viel.

Unterstützer*innen

Eva Molau (KV Lichtenberg)

V-11-034 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 33 bis 35:

2. Die Umstellung der gesamten Gemeinschaftsverpflegung auf bioregionale Produkte ist ein entscheidender Beitrag zur Förderung einer ökologischen und **tierechten**tierleidfreien Produktion im Berliner Umland. Wir setzen uns weiter dafür ein, den Bioanteil in der

Begründung

Die Ernährung spielt beim Klimaschutz eine wichtige Rolle. Das Klima schützen wir effektiv nur durch eine bio-vegane Landwirtschaft, die unsere ökologischen Ziele unterstützt, und eine bio-vegane Ernährungsweise. Eine Standard-Mischkost erzeugt vier mal so viel CO₂ wie eine vegane Ernährung. Eine vegetarische Ernährung immer noch drei mal so viel.

Unterstützer*innen

Eva Molau (KV Lichtenberg)

V-11-037 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 36 bis 37 einfügen:

2. Gemeinschaftsverpflegung von den Schulen bis in die Krankenhäuser bis 2030 auf 100% anzuheben und dabei vor allem auf veganes, klimafreundliches Essen zu setzen.

Begründung

Die Ernährung spielt beim Klimaschutz eine wichtige Rolle. Das Klima schützen wir effektiv nur durch eine bio-vegane Landwirtschaft, die unsere ökologischen Ziele unterstützt, und eine bio-vegane Ernährungsweise. Eine Standard-Mischkost erzeugt vier mal so viel CO₂ wie eine vegane Ernährung. Eine vegetarische Ernährung immer noch drei mal so viel.

Unterstützer*innen

Eva Molau (KV Lichtenberg)

V-11-037-2 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 37 bis 38 einfügen:

3. Für eine Verbesserung des pflanzlichen Speisenangebots in der gesamten Gemeinschaftsverpflegung, fordern wir, dass in allen öffentlichen Betrieben und Einrichtungen (Mensen an Schulen und Universitäten, Betriebskantinen der öffentlichen Verwaltung, Gefängnisse, Militär etc.) verpflichtend zu jeder Mahlzeit mindestens eine vollwertige pflanzliche Speise angeboten wird. Um Landwirt*innen die Umstellung auf ökologischen Landbau zu erleichtern, muss die

Begründung

Vgl. einstimmigen Beschluss der BDK "Klimaziele ernst nehmen, Agrarwende ermöglichen: mehr Pflanzen auf die Teller!" <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Verschiedenes-Klimaziele-ernst-nehmen-Agrarwende-ermoeglichen-Beschluss-BDK-11-2019.pdf>

Durch eine Verbesserung des pflanzlichen Ernährungsangebots ernähren wir uns deutlich öfter nachhaltig, ohne dass unsere Entscheidungsfreiheit eingeschränkt ist und ohne dass wir Einbußen beim Genuss und der Bequemlichkeit in Kauf nehmen müssen. Die pflanzliche Ernährung soll gefördert werden, indem der Stellenwert der pflanzlichen Küche institutionell und gesellschaftlich erhöht wird. Ein solcher struktureller und freiheitlicher Ansatz bewegt die Gesellschaft zielführend zu einer nachhaltigeren Ernährung.

Klimawandel:

Die Massentierhaltung ist ein relevanter Treiber des Klimawandels. Laut UN Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO ist die Tierhaltung für bis zu 15 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich und damit ähnlich klimaschädlich wie der Verkehr- & Transportsektor mit ebenfalls 15% der Treibhausgasemissionen.

Ressourceneffizienz:

Für eine pflanzliche Ernährung wird eine 5-mal kleinere Agrarfläche benötigt als für die aktuelle Durchschnittsernährung. Die Nutztierhaltung beansprucht 70% des weltweiten Kulturbodens und 30% der Erdoberfläche. 70% des abgeholzten Amazonaswaldes werden zu Viehweiden und ein Großteil der restlichen 30% wird für den Futteranbau verwendet. Der Import von Soja als Kraftfutter mehrheitlich aus Südamerika trägt damit zu dieser Abholzung bei. Auch in der Bio-Tierhaltung stammt über 80% des Kraftfutters aus dem Ausland. Die Produktion von 1kg Rindfleisch benötigt bis zu 13kg Getreide, für 1kg Schweinefleisch sind es bis zu 6kg Getreide. Global werden 85% der Sojaernte und 35% der Getreideproduktion an Nutztiere verfüttert – eine Nahrungsverschwendung. Würde man die Getreideernten der menschlichen Ernährung zur Verfügung stellen, könnten bereits heute 4 Mrd. Menschen mehr ernährt werden.

Wasserverschmutzung & -knappheit:

Tierexkremte (Ammoniak), Antibiotika, Hormone und Düngemittel sowie Pestizide für den Futteranbau machen die Nutztierhaltung zu einer der größten Quellen der Wasserverschmutzung. In Regionen, in denen Futterpflanzen künstlich bewässert werden müssen, verschärft die Nutztierhaltung

die Wasserknappheit. Wird der Wasserverbrauch berücksichtigt, der in die Produktion eingeht, so werden für 1kg Rindfleisch über 15'000 l Wasser benötigt. Für 1kg Weizen sind es nur 1'600 l.

Gesundheit:

Aus medizinischer Sicht werden in Europa gegenwärtig zu viele tierische Nahrungsmittel konsumiert, was zu zahlreichen Gesundheitsproblemen, wie bspw. Herz-Kreislauf-Erkrankungen und hohen Kosten führt. Eine vorwiegend pflanzliche Ernährung ist gesund und verringert das Risiko für diverse Erkrankungen. Bei einer gänzlich fleischlosen Ernährung liegt das Risiko an Diabetes mellitus zu erkranken fast 50% tiefer. Multiresistente Keime sind unter Nutztieren entsprechend weit verbreitet – auch in der Bio-Tierhaltung und in 36% der Gewässer. Werden sie durch den Konsum tierischer Produkte auf Menschen übertragen, sind die Behandlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Bereits heute sterben jedes Jahr mehrere hundert Personen an resistenten Keimen. Die Keimdichte in der Nutztierindustrie begünstigt außerdem die Entstehung von Pandemien wieder Vogelgrippe.

Tierrechte:

In der Schweiz werden jährlich über 26'000 Rinder und Kälber sowie über 2'800 Schweine bei Bewusstsein aufgeschlitzt bzw. gebrüht. Dies steht in krassem Widerspruch zum Tierschutzgesetz, dass Säugetiere nur geschlachtet werden dürfen, wenn sie vor Beginn des Blut-entzugs betäubt worden sind. Die Milchtierhaltung führt aufgrund von Überzüchtung zu vielen Gesundheitsproblemen. Hat eine Kuh ursprünglich 8l Milch/Tag gegeben, um ihr Kalb zu ernähren, so liegt die "Milchleistung" heute bei 25l/Tag. Auch jede dritte Bio-Milchkuh leidet an Euterentzündungen. In der Schweinehaltung leidet das Tierwohl ebenfalls. Pro Geburt werden 1-2 Ferkel von ihrer Mutter erdrückt. Zuchtbedingte Krankheiten wie Gelenkschäden und Herzversagen sind verbreitet. Ob konventionell oder biologisch, eine solche Massenproduktion bedeutet für die Tiere unvermeidlich enormes Leid. Durch die Förderung der pflanzlichen Ernährung nehmen wir den Tierschutz ernst.

(Sentience Politics (2016): Nachhaltige Ernährung, <http://gruenlink.de/1h0k>)

V-11-037-3 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 36 bis 37 einfügen:

2. Gemeinschaftsverpflegung von den Schulen bis in die Krankenhäuser bis 2030 auf 100% anzuheben, möglichst aus der Metropolregion Berlin-Brandenburg.

Begründung

Im ersten Satz wird von bioregionalen Produkten gesprochen. Im zweiten Satz wird dieser Bezug nicht deutlich. Mit Ergänzung soll deutlich gemacht werden, dass wir Bioregionalität aus BB anstreben – wohlwissend, dass wir dies natürlich nicht direkt steuern können (abhängig vom Angebot in Brandenburg).

V-11-053 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 53 bis 56:

6. Im eigenen Stadtgebiet verfügt Berlin über 3.633 Hektar landwirtschaftliche Fläche.
Zudem ist Berlin Eigentümerin der Berliner Stadtgüter und besitzt damit rund 16.500 Hektar eigene Fläche in Brandenburg, wovon 13.610 Hektar als landwirtschaftliche Fläche genutzt werden. Die Flächen sind langfristig verpachtet, dennoch sollten die Möglichkeiten geprüft werden,

Begründung

Die Landwirtschaftsfläche im eigenen Stadtgebiet stellt nochmals knapp ein Fünftel der Flächen der Berliner Stadtgüter dar. Auch auf diese sollte Berlin Einfluss nehmen.

V-11-059 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 58 bis 59:

6. Außerdem setzen wir uns dafür ein, neue Pachtverträge nur noch mit Landwirt*innen zu schließen, die ~~zertifizierten Biolandbau betreiben~~ bio-vegane Landwirtschaft betreiben und unsere ökologischen Ziele unterstützen.

Begründung

Die Ernährung spielt beim Klimaschutz eine wichtige Rolle. Das Klima schützen wir effektiv nur durch eine bio-vegane Landwirtschaft, die unsere ökologischen Ziele unterstützt, und eine bio-vegane Ernährungsweise. Eine Standard-Mischkost erzeugt vier mal so viel CO₂ wie eine vegane Ernährung. Eine vegetarische Ernährung immer noch drei mal so viel.

Unterstützer*innen

Eva Molau (KV Lichtenberg)

V-11-059-2 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 58 bis 59 einfügen:

6. Außerdem setzen wir uns dafür ein, neue Pachtverträge nur noch mit Landwirt*innen zu schließen, die zertifizierten Biolandbau betreiben. Für Neu-Einsteiger*innen oder Umsteiger*innen können Übergangsfristen bestimmt werden.

Begründung

Flächen die umgestellt werden, sind formal noch nicht biozertifiziert. Diese sollten wir m.E. nicht ausschließen. Auch lassen sich Neu-Einsteiger*innen nicht gleich zu Beginn der Betriebsgründung zertifizieren (aus Kostengründen), auch wenn sie nach bio-Standard oder sogar nach Kriterien eines Anbauverbands wirtschaften. Diese würden mit der aktuellen Formulierung ausgeschlossen werden.

V-11-059-3 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 58 bis 59 einfügen:

6. Außerdem setzen wir uns dafür ein, neue Pachtverträge nur noch mit Landwirt*innen zu schließen, die zertifizierten Biolandbau betreiben. Wir möchten Landwirt*innen bei der Umstellung auf eine ökologische und klimaschonende Bewirtschaftung stärker unterstützen, indem wir z.B. Anreize durch die weitere Ausgestaltung entsprechender Landes-Förderprogramme schaffen oder die Planungssicherheit der Betriebe durch mehrjährige Pachtverlängerungen erhöhen.

Begründung

Landwirt*innen benötigen Unterstützung bei der Umstellung auf eine ökologische Bewirtschaftung. Das Land kann hier Einfluss nehmen. Die genauen Details (zu Förderprogramme, Pachtzeiten) können im Nachgang geklärt werden.

V-11-060 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 60 bis 64:

- ~~7. Massentierhaltung ist aus ethischen und ökologischen Gründen abzulehnen. Wir setzen uns dafür ein, im Rahmen neuer Pachtverträge für landeseigene Flächen die Anzahl der Tiere zu beschränken und weitere Anforderungen an die Tierhaltung zu stellen, mindestens analog zu den Kriterien des Tierschutzlabels des Deutschen Tierschutzbundes.~~ Landwirtschaftliche Tierhaltung, insbesondere Massentierhaltung, ist aus ethischen und ökologischen Gründen abzulehnen. Wir setzen uns dafür ein, im Rahmen neuer Pachtverträge für landeseigene Flächen aus der Landwirtschaft mit Tieren auszusteigen. Neue Pachtverträge sollen daher nur an klimafreundliche bio-vegane Landwirt*innen vergeben werden.

Begründung

Die Ernährung spielt beim Klimaschutz eine wichtige Rolle. Das Klima schützen wir effektiv nur durch eine bio-vegane Landwirtschaft, die unsere ökologischen Ziele unterstützt, und eine bio-vegane Ernährungsweise. Eine Standard-Mischkost erzeugt vier mal so viel CO₂ wie eine vegane Ernährung. Eine vegetarische Ernährung immer noch drei mal so viel.

Unterstützer*innen

Eva Molau (KV Lichtenberg)

V-11-061 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 60 bis 64:

7. Massentierhaltung ist aus ethischen und ökologischen Gründen abzulehnen. Wir setzen uns dafür ein, im Rahmen neuer Pachtverträge für landeseigene Flächen ~~die Anzahl der Tiere zu beschränken und weitere Anforderungen an die Tierhaltung zu stellen, mindestens analog zu den Kriterien des Tierschutzlabels des Deutschen Tierschutzbundes.~~ durch eine flächengebundene Tierhaltung die Anzahl der Tiere zu beschränken.

Begründung

Die Kriterien des Tierschutzlabels sind Niedrigstandards, die wir nicht als Ausgangsbasis nehmen sollten - zudem gibt es Labels auch von anderen Tierschutz-NGO. Eine flächengebundene Tierhaltung beschränkt nicht nur die Anzahl der Tiere sondern fördert zudem noch die regionale Landwirtschaft.

V-11-071 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 70 bis 71 einfügen:

8. Schritt, um die Tierhaltungsstandards in der Landwirtschaft insgesamt zu verbessern. Wir wollen die Berliner*innen für diese Themen sensibilisieren und mit der Unterstützung und Förderung der bio-vegane Landwirtschaft noch einen wichtigen Schritt weiter gehen, hin zu einer tierleidfreien und klimafreundlichen Landwirtschaft.

Begründung

Die Ernährung spielt beim Klimaschutz eine wichtige Rolle. Das Klima schützen wir effektiv nur durch eine bio-vegane Landwirtschaft, die unsere ökologischen Ziele unterstützt, und eine bio-vegane Ernährungsweise. Eine Standard-Mischkost erzeugt vier mal so viel CO₂ wie eine vegane Ernährung. Eine vegetarische Ernährung immer noch drei mal so viel.

Unterstützer*innen

Eva Molau (KV Lichtenberg)

V-11-083 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 83 bis 87 löschen:

11. Ohne Ernährungswende gibt es keine Agrarwende. Saisonal, regional, ~~vegetarisches und~~ veganes Kochen will gelernt sein. Bei der Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung wird die „Kantine Zukunft Berlin“ eine wichtige Rolle spielen. Darüber hinaus setzen wir uns bei den Industrie- und Handelskammern dafür ein, dass ~~vegetarisches und~~ veganes Kochen mit ökologisch erzeugten Lebensmitteln, Nachhaltigkeit, Regionalität und

Begründung

Die Ernährung spielt beim Klimaschutz eine wichtige Rolle. Das Klima schützen wir effektiv nur durch eine bio-vegane Landwirtschaft, die unsere ökologischen Ziele unterstützt, und eine bio-vegane Ernährungsweise. Eine Standard-Mischkost erzeugt vier mal so viel CO₂ wie eine vegane Ernährung. Eine vegetarische Ernährung immer noch drei mal so viel.

Unterstützer*innen

Eva Molau (KV Lichtenberg)

V-11-089 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 88 bis 89 einfügen:

11. Saisonalität, sowie die Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, in der Ausbildung stärker berücksichtigt werden. Durch finanzielle Unterstützung von Fortbildungen in pflanzlicher Küche sowie eine Anpassung der Ausbildung von Köch*innen, sodass die Zubereitung pflanzlicher Lebensmittel einen höheren Stellenwert erhält und eine vegane Kochausbildung (auch durch rein pflanzliche Prüfungsmenüs), soll die Verbesserung der pflanzlichen Kochkünste in der Berufs- und Schulausbildung ermöglicht werden.

Begründung

Vgl. einstimmigen Beschluss der BDK "Klimaziele ernst nehmen, Agrarwende ermöglichen: mehr Pflanzen auf die Teller!" <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Verschiedenes-Klimaziele-ernst-nehmen-Agrarwende-ermoeglichen-Beschluss-BDK-11-2019.pdf>

Durch eine Verbesserung des pflanzlichen Ernährungsangebots ernähren wir uns deutlich öfter nachhaltig, ohne dass unsere Entscheidungsfreiheit eingeschränkt ist und ohne dass wir Einbußen beim Genuss und der Bequemlichkeit in Kauf nehmen müssen. Die pflanzliche Ernährung soll gefördert werden, indem der Stellenwert der pflanzlichen Küche institutionell und gesellschaftlich erhöht wird. Ein solcher struktureller und freiheitlicher Ansatz bewegt die Gesellschaft zielführend zu einer nachhaltigeren Ernährung.

Klimawandel:

Die Massentierhaltung ist ein relevanter Treiber des Klimawandels. Laut UN Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO ist die Tierhaltung für bis zu 15 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich und damit ähnlich klimaschädlich wie der Verkehr- & Transportsektor mit ebenfalls 15% der Treibhausgasemissionen.

Ressourceneffizienz:

Für eine pflanzliche Ernährung wird eine 5-mal kleinere Agrarfläche benötigt als für die aktuelle Durchschnittsernährung. Die Nutztierhaltung beansprucht 70% des weltweiten Kulturbodens und 30% der Erdoberfläche. 70% des abgeholzten Amazonaswaldes werden zu Viehweiden und ein Großteil der restlichen 30% wird für den Futteranbau verwendet. Der Import von Soja als Kraftfutter mehrheitlich aus Südamerika trägt damit zu dieser Abholzung bei. Auch in der der Bio-Tierhaltung stammt über 80% des Kraftfutters aus dem Ausland. Die Produktion von 1kg Rindfleisch benötigt bis zu 13kg Getreide, für 1kg Schweinefleisch sind es bis zu 6kg Getreide. Global werden 85% der Sojaernte und 35% der Getreideproduktion an Nutztiere verfüttert – eine Nahrungsverschwendung. Würde man die Getreideernten der menschlichen Ernährung zur Verfügung stellen, könnten bereits heute 4 Mrd. Menschen mehr ernährt werden.

Wasserverschmutzung & -knappheit:

Tierexkremte (Ammoniak), Antibiotika, Hormone und Düngemittel sowie Pestizide für den Futteranbau machen die Nutztierhaltung zu einer der größten Quellen der Wasserverschmutzung. In Regionen, in denen Futterpflanzen künstlich bewässert werden müssen, verschärft die Nutztierhaltung

die Wasserknappheit. Wird der Wasserverbrauch berücksichtigt, der in die Produktion eingeht, so werden für 1kg Rindfleisch über 15'000 l Wasser benötigt. Für 1kg Weizen sind es nur 1'600 l.

Gesundheit:

Aus medizinischer Sicht werden in Europa gegenwärtig zu viele tierische Nahrungsmittel konsumiert, was zu zahlreichen Gesundheitsproblemen, wie bspw. Herz-Kreislauf-Erkrankungen und hohen Kosten führt. Eine vorwiegend pflanzliche Ernährung ist gesund und verringert das Risiko für diverse Erkrankungen. Bei einer gänzlich fleischlosen Ernährung liegt das Risiko an Diabetes mellitus zu erkranken fast 50% tiefer. Multiresistente Keime sind unter Nutztieren entsprechend weit verbreitet – auch in der Bio-Tierhaltung und in 36% der Gewässer. Werden sie durch den Konsum tierischer Produkte auf Menschen übertragen, sind die Behandlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Bereits heute sterben jedes Jahr mehrere hundert Personen an resistenten Keimen. Die Keimdichte in der Nutztierindustrie begünstigt außerdem die Entstehung von Pandemien wieder Vogelgrippe.

Tierrechte:

In der Schweiz werden jährlich über 26'000 Rinder und Kälber sowie über 2'800 Schweine bei Bewusstsein aufgeschlitzt bzw. gebrüht. Dies steht in krassem Widerspruch zum Tierschutzgesetz, dass Säugetiere nur geschlachtet werden dürfen, wenn sie vor Beginn des Blut-entzugs betäubt worden sind. Die Milchtierhaltung führt aufgrund von Überzüchtung zu vielen Gesundheitsproblemen. Hat eine Kuh ursprünglich 8l Milch/Tag gegeben, um ihr Kalb zu ernähren, so liegt die "Milchleistung" heute bei 25l/Tag. Auch jede dritte Bio-Milchkuh leidet an Euterentzündungen. In der Schweinehaltung leidet das Tierwohl ebenfalls. Pro Geburt werden 1-2 Ferkel von ihrer Mutter erdrückt. Zuchtbedingte Krankheiten wie Gelenkschäden und Herzversagen sind verbreitet. Ob konventionell oder biologisch, eine solche Massenproduktion bedeutet für die Tiere unvermeidlich enormes Leid. Durch die Förderung der pflanzlichen Ernährung nehmen wir den Tierschutz ernst.

(Sentience Politics (2016): Nachhaltige Ernährung, <http://gruenlink.de/1h0k>)

V-11-101 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 100 bis 102:

14. dafür ein, dass die Partei ihre Vorbildfunktion wahrnimmt und bei Parteiveranstaltungen nur bioregionales, ~~vegan-vegetarisches~~ veganes und möglichst saisonales Catering anbietet.

Begründung

Die Ernährung spielt beim Klimaschutz eine wichtige Rolle. Das Klima schützen wir effektiv nur durch eine bio-vegane Landwirtschaft, die unsere ökologischen Ziele unterstützt, und eine bio-vegane Ernährungsweise. Eine Standard-Mischkost erzeugt vier mal so viel CO₂ wie eine vegane Ernährung. Eine vegetarische Ernährung immer noch drei mal so viel.

Unterstützer*innen

Eva Molau (KV Lichtenberg)

V-11-105 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: Philipp Ahrens (KV Berlin-Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-11

Von Zeile 104 bis 105 einfügen:

15. zur essbaren Stadt. Wir wollen die Verarbeitungsmöglichkeiten für Obst und Gemüse, welches [bio-vegan](#) in der Stadt erzeugt wird, eruieren und deren Ausbau ggf. fördern.

Begründung

Die Ernährung spielt beim Klimaschutz eine wichtige Rolle. Das Klima schützen wir effektiv nur durch eine bio-vegane Landwirtschaft, die unsere ökologischen Ziele unterstützt, und eine bio-vegane Ernährungsweise. Eine Standard-Mischkost erzeugt vier mal so viel CO₂ wie eine vegane Ernährung. Eine vegetarische Ernährung immer noch drei mal so viel.

Unterstützer*innen

Eva Molau (KV Lichtenberg)

V-11-105-2 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-11

Nach Zeile 105 einfügen:

16. Eine umfassende, unabhängige Ernährungsbildung gehört zu grüner Klima-, Landwirtschafts- und Ernährungspolitik und soll daher ein fester Bestandteil der Lehrpläne in der Schul- und Erwachsenenbildung sowie Öffentlichkeitsarbeit sein. Insbesondere soll über die Folgen der Tierhaltung und die Vorteile pflanzlicher Ernährung informiert werden.

Begründung

Vgl. einstimmigen Beschluss der BDK "Klimaziele ernst nehmen, Agrarwende ermöglichen: mehr Pflanzen auf die Teller!" <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Verschiedenes-Klimaziele-ernst-nehmen-Agrarwende-ermoeglichen-Beschluss-BDK-11-2019.pdf>

Durch eine Verbesserung des pflanzlichen Ernährungsangebots ernähren wir uns deutlich öfter nachhaltig, ohne dass unsere Entscheidungsfreiheit eingeschränkt ist und ohne dass wir Einbußen beim Genuss und der Bequemlichkeit in Kauf nehmen müssen. Die pflanzliche Ernährung soll gefördert werden, indem der Stellenwert der pflanzlichen Küche institutionell und gesellschaftlich erhöht wird. Ein solcher struktureller und freiheitlicher Ansatz bewegt die Gesellschaft zielführend zu einer nachhaltigeren Ernährung.

Klimawandel:

Die Massentierhaltung ist ein relevanter Treiber des Klimawandels. Laut UN Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO ist die Tierhaltung für bis zu 15 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich und damit ähnlich klimaschädlich wie der Verkehr- & Transportsektor mit ebenfalls 15% der Treibhausgasemissionen.

Ressourceneffizienz:

Für eine pflanzliche Ernährung wird eine 5-mal kleinere Agrarfläche benötigt als für die aktuelle Durchschnittsernährung. Die Nutztierhaltung beansprucht 70% des weltweiten Kulturbodens und 30% der Erdoberfläche. 70% des abgeholzten Amazonaswaldes werden zu Viehweiden und ein Großteil der restlichen 30% wird für den Futteranbau verwendet. Der Import von Soja als Kraftfutter mehrheitlich aus Südamerika trägt damit zu dieser Abholzung bei. Auch in der Bio-Tierhaltung stammt über 80% des Kraftfutters aus dem Ausland. Die Produktion von 1kg Rindfleisch benötigt bis zu 13kg Getreide, für 1kg Schweinefleisch sind es bis zu 6kg Getreide. Global werden 85% der Sojaernte und 35% der Getreideproduktion an Nutztiere verfüttert – eine Nahrungsverschwendung. Würde man die Getreideernten der menschlichen Ernährung zur Verfügung stellen, könnten bereits heute 4 Mrd. Menschen mehr ernährt werden.

Wasserverschmutzung & -knappheit:

Tierexkremte (Ammoniak), Antibiotika, Hormone und Düngemittel sowie Pestizide für den Futteranbau machen die Nutztierhaltung zu einer der größten Quellen der Wasserverschmutzung. In Regionen, in denen Futterpflanzen künstlich bewässert werden müssen, verschärft die Nutztierhaltung die Wasserknappheit. Wird der Wasserverbrauch berücksichtigt, der in die Produktion eingeht, so werden für 1kg Rindfleisch über 15'000 l Wasser benötigt. Für 1kg Weizen sind es nur 1'600 l.

Gesundheit:

Aus medizinischer Sicht werden in Europa gegenwärtig zu viele tierische Nahrungsmittel konsumiert, was zu zahlreichen Gesundheitsproblemen, wie bspw. Herz-Kreislauf-Erkrankungen und hohen Kosten führt. Eine vorwiegend pflanzliche Ernährung ist gesund und verringert das Risiko für diverse Erkrankungen. Bei einer gänzlich fleischlosen Ernährung liegt das Risiko an Diabetes mellitus zu erkranken fast 50% tiefer. Multiresistente Keime sind unter Nutztieren entsprechend weit verbreitet – auch in der Bio-Tierhaltung und in 36% der Gewässer. Werden sie durch den Konsum tierischer Produkte auf Menschen übertragen, sind die Behandlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Bereits heute sterben jedes Jahr mehrere hundert Personen an resistenten Keimen. Die Keimdichte in der Nutztierindustrie begünstigt außerdem die Entstehung von Pandemien wieder Vogelgrippe.

Tierrechte:

In der Schweiz werden jährlich über 26'000 Rinder und Kälber sowie über 2'800 Schweine bei Bewusstsein aufgeschlitzt bzw. gebrüht. Dies steht in krassem Widerspruch zum Tierschutzgesetz, dass Säugetiere nur geschlachtet werden dürfen, wenn sie vor Beginn des Blut-entzugs betäubt worden sind. Die Milchtierhaltung führt aufgrund von Überzüchtung zu vielen Gesundheitsproblemen. Hat eine Kuh ursprünglich 8l Milch/Tag gegeben, um ihr Kalb zu ernähren, so liegt die "Milchleistung" heute bei 25l/Tag. Auch jede dritte Bio-Milchkuh leidet an Euterentzündungen. In der Schweinehaltung leidet das Tierwohl ebenfalls. Pro Geburt werden 1-2 Ferkel von ihrer Mutter erdrückt. Zuchtbedingte Krankheiten wie Gelenkschäden und Herzversagen sind verbreitet. Ob konventionell oder biologisch, eine solche Massenproduktion bedeutet für die Tiere unvermeidlich enormes Leid. Durch die Förderung der pflanzlichen Ernährung nehmen wir den Tierschutz ernst.

(Sentience Politics (2016): Nachhaltige Ernährung, <http://gruenlink.de/1h0k>)

V-11-105-3 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-11

Nach Zeile 105 einfügen:

16. Um eine pflanzliche Ernährungsweise erschwinglicher zu machen, setzen wir uns dafür ein pflanzliche Produkte gegenüber Tierprodukten steuerlich mindestens gleichzustellen.

Begründung

Vgl. einstimmigen Beschluss der BDK "Klimaziele ernst nehmen, Agrarwende ermöglichen: mehr Pflanzen auf die Teller!" <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Verschiedenes-Klimaziele-ernst-nehmen-Agrarwende-ermoeglichen-Beschluss-BDK-11-2019.pdf>

Durch eine Verbesserung des pflanzlichen Ernährungsangebots ernähren wir uns deutlich öfter nachhaltig, ohne dass unsere Entscheidungsfreiheit eingeschränkt ist und ohne dass wir Einbußen beim Genuss und der Bequemlichkeit in Kauf nehmen müssen. Die pflanzliche Ernährung soll gefördert werden, indem der Stellenwert der pflanzlichen Küche institutionell und gesellschaftlich erhöht wird. Ein solcher struktureller und freiheitlicher Ansatz bewegt die Gesellschaft zielführend zu einer nachhaltigeren Ernährung.

Klimawandel:

Die Massentierhaltung ist ein relevanter Treiber des Klimawandels. Laut UN Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO ist die Tierhaltung für bis zu 15 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich und damit ähnlich klimaschädlich wie der Verkehr- & Transportsektor mit ebenfalls 15% der Treibhausgasemissionen.

Ressourceneffizienz:

Für eine pflanzliche Ernährung wird eine 5-mal kleinere Agrarfläche benötigt als für die aktuelle Durchschnittsernährung. Die Nutztierhaltung beansprucht 70% des weltweiten Kulturbodens und 30% der Erdoberfläche. 70% des abgeholzten Amazonaswaldes werden zu Viehweiden und ein Großteil der restlichen 30% wird für den Futteranbau verwendet. Der Import von Soja als Kraftfutter mehrheitlich aus Südamerika trägt damit zu dieser Abholzung bei. Auch in der der Bio-Tierhaltung stammt über 80% des Kraftfutters aus dem Ausland. Die Produktion von 1kg Rindfleisch benötigt bis zu 13kg Getreide, für 1kg Schweinefleisch sind es bis zu 6kg Getreide. Global werden 85% der Sojaernte und 35% der Getreideproduktion an Nutztiere verfüttert – eine Nahrungsverschwendung. Würde man die Getreideernten der menschlichen Ernährung zur Verfügung stellen, könnten bereits heute 4 Mrd. Menschen mehr ernährt werden.

Wasserverschmutzung & -knappheit:

Tierexkremate (Ammoniak), Antibiotika, Hormone und Düngemittel sowie Pestizide für den Futteranbau machen die Nutztierhaltung zu einer der größten Quellen der Wasserverschmutzung. In Regionen, in denen Futterpflanzen künstlich bewässert werden müssen, verschärft die Nutztierhaltung die Wasserknappheit. Wird der Wasserverbrauch berücksichtigt, der in die Produktion eingeht, so werden für 1kg Rindfleisch über 15'000 l Wasser benötigt. Für 1kg Weizen sind es nur 1'600 l.

Gesundheit:

Aus medizinischer Sicht werden in Europa gegenwärtig zu viele tierische Nahrungsmittel konsumiert,

was zu zahlreichen Gesundheitsproblemen, wie bspw. Herz-Kreislauf-Erkrankungen und hohen Kosten führt. Eine vorwiegend pflanzliche Ernährung ist gesund und verringert das Risiko für diverse Erkrankungen. Bei einer gänzlich fleischlosen Ernährung liegt das Risiko an Diabetes mellitus zu erkranken fast 50% tiefer. Multiresistente Keime sind unter Nutztieren entsprechend weit verbreitet – auch in der Bio-Tierhaltung und in 36% der Gewässer. Werden sie durch den Konsum tierischer Produkte auf Menschen übertragen, sind die Behandlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Bereits heute sterben jedes Jahr mehrere hundert Personen an resistenten Keimen. Die Keimdichte in der Nutztierindustrie begünstigt außerdem die Entstehung von Pandemien wieder Vogelgrippe.

Tierrechte:

In der Schweiz werden jährlich über 26'000 Rinder und Kälber sowie über 2'800 Schweine bei Bewusstsein aufgeschlitzt bzw. gebrüht. Dies steht in krassem Widerspruch zum Tierschutzgesetz, dass Säugetiere nur geschlachtet werden dürfen, wenn sie vor Beginn des Blut-entzugs betäubt worden sind. Die Milchtierhaltung führt aufgrund von Überzüchtung zu vielen Gesundheitsproblemen. Hat eine Kuh ursprünglich 8l Milch/Tag gegeben, um ihr Kalb zu ernähren, so liegt die "Milchleistung" heute bei 25l/Tag. Auch jede dritte Bio-Milchkuh leidet an Euterentzündungen. In der Schweinehaltung leidet das Tierwohl ebenfalls. Pro Geburt werden 1-2 Ferkel von ihrer Mutter erdrückt. Zuchtbedingte Krankheiten wie Gelenkschäden und Herzversagen sind verbreitet. Ob konventionell oder biologisch, eine solche Massenproduktion bedeutet für die Tiere unvermeidlich enormes Leid. Durch die Förderung der pflanzlichen Ernährung nehmen wir den Tierschutz ernst.

(Sentience Politics (2016): Nachhaltige Ernährung, <http://gruenlink.de/1h0k>)

V-11-105-4 Für eine Ernährungs- und Agrarwende in Berlin

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-11

Nach Zeile 105 einfügen:

16. Auf eigenen Veranstaltungen gehen wir mit gutem Vorbild voran, indem wir das Catering und Essensangebot grundsätzlich vegan-vegetarisch und biologisch gestalten. Dabei bieten wir für jedes vegetarische Angebot stets auch eine vollwertige vegane Alternative an.

Begründung

Wir freuen uns selbstverständlich über eine rein vegane/pflanzliche Variante!

Dieser ÄA als Übernahme des einstimmigen Beschlusses der BDK "Klimaziele ernst nehmen, Agrarwende ermöglichen: mehr Pflanzen auf die Teller!" <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Verschiedenes-Klimaziele-ernst-nehmen-Agrarwende-ermoeglichen-Beschluss-BDK-11-2019.pdf>

V-13-015 Wir digitalisieren Berlins Schulen nachhaltig, ökologisch und frei!

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)

Änderungsantrag zu V-13

Von Zeile 14 bis 17:

mehr Diversität. Die Nutzung freier Software und Betriebssysteme ermöglicht den Schüler:innen einen transparenten Einblick in die Funktionalität der Computer ~~und eine klimafreundliche Konfiguration ist immer möglich. Dafür fordern wir zusätzlich ein freies Betriebssystem auf jedem edukativen Schulcomputer.~~ Wir setzen uns dafür ein, dass an jeder Schule edukative Schulcomputer in einer relevanten Anzahl mit einem freien Betriebssystem zur Verfügung stehen.

Begründung

Eine Reduktion auf zwei Betriebssysteme auf einem Rechner finde ich zu kurz gegriffen.

V-13-027 Wir digitalisieren Berlins Schulen nachhaltig, ökologisch und frei!

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu-Abdurazak (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu V-13

Von Zeile 26 bis 28 einfügen:

und zu Projekttagen aufrufen. Schüler:innen sollen sich mit den Themen sozialer Umgang im Netz, Fake News, [Hate Speech](#) und weiteren auseinandersetzen und eine innerschulische Willenserklärungen zum gemeinsamen Umgang mit IT und im Internet erarbeiten. Wir fordern von jeder Schule in

V-13-038 Wir digitalisieren Berlins Schulen nachhaltig, ökologisch und frei!

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoglu-Abdurazak

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-13

Von Zeile 37 bis 39:

Installation der Technik, als auch für die Schulung der Akteur:innen zuständig sein. Durch die erhöhte ~~Diversität der~~ Multiprofessionalität unter den Akteur:innen an den Schulen, bündeln wir Kompetenzen und stärken die Schulen.

Begründung

Der Begriff "Diversität" ist in dem Kontext irreführend, da idR im Schulkontext mit dem Begriff die gerechte Repräsentation unter den Lehrkräften verstanden wird - wie die Repräsentation von People of Colour, aller Geschlechter, verschiedene soziale Milieus, Behinderung...

V-13-046 Wir digitalisieren Berlins Schulen nachhaltig, ökologisch und frei!

Antragsteller*in: Alexandra Heimerl (KV Berlin Lichtenberg)

Änderungsantrag zu V-13

Von Zeile 45 bis 47 einfügen:

jede:r Schüler:in individuell zur eigenen Verfügung stehen. So soll ein Bewusstsein zum Gerät und den produzierten Daten entstehen.

Wir fordern außerdem Schüler:innen früh Grundlagenfertigkeiten des Programmierens, die oft im Fach Mathematik liegen, spielerisch im Zuge des Lehrplans und Lehralltags nahezubringen, sowie in die Weiterbildung von Lehrkräften zu investieren. Wir wollen, dass digitales Arbeiten partizipativ und kreativ umgesetzt wird. Dazu empfehlen wir jeder Schule in Berlin die Schaffung eines

Begründung

Das Thema ist sehr wichtig, daher hoffe ich, dass er viele Unterstützer auf der LAG bekommt. Den Umgang mit Medien zu erklären kommt auch sehr gut raus. Mir wäre nur der Aspekt noch wichtig nicht nur den Aufbau eines Computers, sondern vor allem auch den Aufbau von Programmen in den Unterricht mit einzubauen, da ein Grundverständnis der Systeme die uns umgeben immer mehr zum Allgemeinwissen gehören.

V-14-002 Vorsorgeprinzip stärken!

Antragsteller*in: Bianca Denfeld (LAG Wirtschaft)

Änderungsantrag zu V-14

Von Zeile 2 bis 6:

~~Berlin~~ Die 5. Generation des Mobilfunks, 5G, ist eine technisch und wirtschaftlich komplexe Basisinnovation mit weitreichenden Wirkungen und zahlreichen Unsicherheiten. Die Anwendungsbereiche der Technik und Geschäftsmodelle, die auf ihr aufbauen, sind noch offen. Es scheint sich um eine Innovation zu handeln, zu der die Probleme, die sie lösen soll, noch gefunden werden müssen. Gleichwohl sind die Erwartungen hoch und die Rede ist von Zeitdruck im internationalen Wettbewerb um Technologieführerschaft.

Auch der Berliner Senat macht Tempo beim 5G Ausbau ~~und wird somit zum Vorzeigestandort und Forschungsgebiet~~. Die Senatsverwaltung hat mit der Telekom eine Vereinbarung für ~~schnelles Internet gemacht~~ einen beschleunigten 5G-Ausbau unterzeichnet, mehrere 5 G Testgebiete wurden eingerichtet. Die ~~bundesweite~~ Versteigerung der ersten 5G Frequenzbereiche ~~sind~~ ist beendet und der ~~stadtweite~~ Ausbau beginnt. ~~66 Antennen in Berlins Mitte bilden seit Sept. 2019 auf rund sechs Quadratkilometern das aktuell größte zusammenhängende 5G-Gebiet Deutschlands.~~

Die wesentlichen mit 5G verbundenen Risiken bestehen bzgl. ~~Datensicherheit, Netzverfügbarkeit (Sabotage), Energieverbrauch und Gesundheit (Strahlung im Fall von hohen Frequenzen).~~

Noch bewegen wir uns in ~~bekannt~~ den niedrigen Frequenzbereichen. Dort telefonieren wir schon heute. Und schon steht die nächste Ausbaustufe vor der Tür. Da bewegen wir uns im Hochfrequenzbereich ~~(26~~(20 GHz).

V-14-007 Vorsorgeprinzip stärken!

Antragsteller*in: Bianca Denfeld (LAG Wirtschaft)

Änderungsantrag zu V-14

Von Zeile 7 bis 9:

~~Die Skepsis im Bezug auf immer mehr Funkeinrichtungen nimmt zu und wie dieser Frequenzbereich, flächendeckend eingesetzt, auf Pflanzen, Tiere und Menschen wirken ist weitgehend unerforschtes Gebiet.~~

Wie der höhere Frequenzbereich, flächendeckend eingesetzt, auf Menschen und Tiere wirkt, ist weitgehend unerforscht.

V-14-007-2 Vorsorgeprinzip stärken!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 29.11.2019

Änderungsantrag zu V-14

Von Zeile 7 bis 9:

~~Die Skepsis im Bezug auf immer mehr Funkeinrichtungen nimmt zu und wie dieser Frequenzbereich, flächendeckend eingesetzt, auf Pflanzen, Tiere und Menschen wirken ist weitgehend unerforschtes Gebiet.~~

Wir lassen uns beim Ausbau der Netze vom Vorsorgeprinzip leiten. Da die Skepsis im Bezug auf immer mehr Funkeinrichtungen zunimmt, fordern wir die Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Auswirkungen von 5G, die aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden und rufen auch die Unternehmen auf, ihre eigenen Untersuchungen vollumfänglich zu veröffentlichen.

V-14-010 Vorsorgeprinzip stärken!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 29.11.2019

Änderungsantrag zu V-14

Von Zeile 10 bis 12 löschen:

~~Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass es über die Folgen der Einführung dieser Hochfrequenten Strahlung in weiten Kreisen der Gesellschaft große Vorbehalte und Debatten gibt.~~

V-14-013 Vorsorgeprinzip stärken!

Antragsteller*in: Bianca Denfeld (LAG Wirtschaft)

Änderungsantrag zu V-14

Von Zeile 13 bis 15:

~~Diese Vorbehalte sollten wir nicht achtlos bei Seite schieben. Gemäß Artikel 191 des geltenden EU-Vertrags sind die Bürger*innen grundsätzlich vor Produkten zu schützen, deren Unbedenklichkeit noch nicht erwiesen ist.~~

Wir lassen uns auch beim Ausbau der 5G Netze vom Vorsorgeprinzip leiten und streben verantwortungsvoll nach einer umfassenden Technikfolgenabschätzung.

V-14-013-2 Vorsorgeprinzip stärken!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 29.11.2019

Änderungsantrag zu V-14

Von Zeile 13 bis 15 löschen:

~~Diese Vorbehalte sollten wir nicht achtlos bei Seite schieben. Gemäß Artikel 191 des geltenden EU-Vertrags sind die Bürger*innen grundsätzlich vor Produkten zu schützen, deren Unbedenklichkeit noch nicht erwiesen ist.~~

V-14-016 Vorsorgeprinzip stärken!

Antragsteller*in: Bianca Denfeld (LAG Wirtschaft)

Änderungsantrag zu V-14

Von Zeile 16 bis 19:

~~Berlin verfügt über eine ausdifferenzierte Forschungslandschaft. Darum erscheint es sinnvoll, vor der großflächigen Einführung dieser Technologie, in Berlin unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, eine vorbeugende und begleitende 5G-Technikfolgenforschung zu etablieren.~~

Darum werden wir vor der großflächigen Einführung dieser Technologie in Berlin eine vorbeugende und begleitende 5G-Technikfolgenforschung etablieren, ihre Ergebnisse veröffentlichen und eine gesellschaftliche Debatte darüber führen.

V-14-016-2 Vorsorgeprinzip stärken!

Antragsteller*in: Bianca Denfeld (LAG Wirtschaft)

Änderungsantrag zu V-14

Von Zeile 16 bis 19:

~~Berlin verfügt über eine ausdifferenzierte Forschungslandschaft~~ Wir lassen uns auch beim Ausbau der 5G Netze vom Vorsorgeprinzip leiten und streben verantwortungsvoll nach einer umfassenden Technikfolgenabschätzung. Darum ~~erscheint es sinnvoll,~~ werden wir vor der ~~G~~ großflächigen Einführung dieser Technologie, in Berlin unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, eine vorbeugende und begleitende 5G-Technikfolgenforschung etablieren, deren Ergebnisse veröffentlichen und eine gesellschaftliche Debatte dazu führen. Wir unterstützen auch auf Landesebene die BDK Beschlüsse zu etablieren 5G (Veröffentlichung aller Studien, Weitentwicklung der Prüf- und Messverfahren, Formulierung verbindlicher Grenzwerte und EU weite Abstimmung).

V-14-016-3 Vorsorgeprinzip stärken!

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 29.11.2019

Änderungsantrag zu V-14

Von Zeile 16 bis 19:

~~Berlin verfügt über eine ausdifferenzierte Forschungslandschaft. Darum erscheint es sinnvoll, vor der großflächigen Einführung dieser Technologie, in Berlin unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, eine vorbeugende und begleitende 5G-Technikfolgenforschung zu etablieren.~~

Wir unterstützen die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren über Auswirkungen durch hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und die Erstellung verbindlicher Grenzwerte durch das Bundesamt für Strahlenschutz.

V-15-008 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

Unsere Grüne Vision sind Universitäten und Hochschulen, die neben der Weiterentwicklung von Forschung und Lehre sowohl die inhaltliche Demokratisierung als auch die sozial-ökologischen und (tier)ethischen Fragestellungen unserer Zeit als zentrales Thema auf der Agenda haben. Wir sehen die

Begründung

Entgegen vieler anderer Hochschulgesetze berücksichtigt das Berliner Hochschulgesetz in keiner Hinsicht den Tierschutz. Tiere werden bislang häufig aus Überschüssen von Tierversuchseinrichtungen den Studierenden in Anfängerkursen zu „Präparationszwecken“ z.B. vorgesetzt. Dies ist noch immer gängige Praxis, obwohl Berlin die „Hauptstadt der tierversuchsfreien Verfahren“ sein möchte und R2G 8,6 Mio. Euro für tierversuchsfreie Verfahren zur Verfügung gestellt hat.

Die europäische Tierversuchsrichtlinie 2010/63/EU sieht vor, den Einsatz von Tieren zu wissenschaftlichen Zwecken oder zu Bildungszwecken nur dann zu erwägen, wenn es keine tierversuchsfreie Alternative gibt. Genau daran arbeitet Europa aber derzeit und ein Hochschulgesetz, das diese neuen Entwicklungen nicht berücksichtigt, ist bereits im Vorfeld veraltet.

Fünf andere Hochschulgesetze in Bremen, Hessen, NRW, Saarland und Thüringen sind da schon viel weiter. Sie haben den Studierenden u.a. das Recht auf ethische Verweigerung mit der Möglichkeit, anstelle dieser Arbeit eine Alternative zu nutzen, eingeräumt. Außerdem haben die Universitäten dafür Sorge zu tragen, dass Lehrmethoden entwickelt werden, um den Tierverbrauch zu ersetzen. Von fünf Bundesländern, die bereits einen entsprechenden Passus im Hochschulgesetz zum Ersatz bzw. der Reduzierung vom Tierverbrauch in der Lehre haben, hat Hessen die weitreichendste Formulierung. Danach soll in der Hochschullehre auf Tierversuche sowie auf die Verwendung von toten Tieren möglichst weitgehend verzichtet werden. Die Hochschulen entwickeln Lehrmethoden und -materialien, um die Verwendung von Tieren weiter zu vermeiden und zu verringern. Studiengänge sind so zu gestalten, dass Tiere zur Einübung von Fertigkeiten und zur Veranschaulichung von biologischen, chemischen und physikalischen Vorgängen nicht verwendet werden, soweit wissenschaftlich gleichwertige Methoden zur Verfügung stehen. Legen Studierende dar, dass diese Möglichkeit besteht, sind sie zur Abschlussprüfung ohne die Leistungsnachweise zuzulassen, bei denen entgegen Satz 1 Tiere verwendet werden.

V-15-008-2 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 7 bis 9 einfügen:

Unsere Grüne Vision sind Universitäten und Hochschulen, die neben der Weiterentwicklung von Forschung und Lehre sowohl die inhaltliche Demokratisierung [auch in Bezug auf Wissenressourcen und Epistemologien](#) als auch die sozial-ökologischen Fragestellungen unserer Zeit als zentrales Thema auf der Agenda haben. Wir sehen die

Begründung

Universitäten sind vorwiegend weiße Räume in denen sich rassistische Strukturen manifestieren. Eine Dimension bilden Wissenressourcen: Das Verständnis der Welt wird durch das Wissen von (meist toten) weißen Männern aus europäischen Ländern und den USA vermittelt. Als Ort der wissenschaftlichen Reproduktion muss sie jedoch inklusiv, macht- und rassistuskritisch sein!

V-15-014 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 13 bis 15:

Berlin brauchen wir ein Hochschulgesetz, das die nachhaltige Entwicklung unserer Hochschulen unterstützt und ihre ~~soziale~~ **diversitätsorientierte** Öffnung vorantreibt. Wir brauchen ein Hochschulgesetz, das mit der veralteten Tradition der prekären Beschäftigung in der Wissenschaft bricht und dafür

V-15-053 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 53 bis 54 einfügen:

- Hochschulen stärken, ihren Beitrag zur **inklusiven und** nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft, zur Bildung für nachhaltige Entwicklung und zur sozial-ökologischen

V-15-056 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 56 bis 57 einfügen:

- Nachhaltigkeitskonzepte und Diversitätsorientierung in den Aufgaben, Strukturen und in der Organisation der Hochschule sowie in Studium, Lehre und Forschung verankern

V-15-057 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Annkatrin Esser (KV Tempelhof-Schöneberg)

Änderungsantrag zu V-15

Nach Zeile 57 einfügen:

- Hochschulen sollen sich verbindliche Nachhaltigkeitsziele setzen, um selbst dazu beizutragen, dass Berlin bis 2030 das Netto 0 erreicht. Hier sollen Student*innen beteiligt werden. Für die Erarbeitung und Durchführung sollen Stellen geschaffen werden.

Begründung

Unterstützer*innen:

Eva-Lotte (Charlottenburg-Wilmersdorf)

Alexander Kräß (Steglitz-Zehlendorf)

V-15-062 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Alexander Kräß (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu V-15

Nach Zeile 62 einfügen:

- Transparentere Informationen über die Werberechtvergabe an Hochschulen und deren Einnahmen, sowie die Reduzierung von unnötigem Werbemüll (wie die Campustüte).

Begründung

Mitunterstützerinnen: Annkatrin Esser (KV Tempelhof-Schöneberg), Eva-Lotte Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

V-15-062-2 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Alexander Kräß (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu V-15

Nach Zeile 62 einfügen:

- Transparentere Informationen über die Werberechtvergabe an Hochschulen und deren Einnahmen, sowie die Reduzierung von unnötigem Werbemüll (wie die Campustüte).

Begründung

Unterstützer*innen:

Annkatriin Esser (KV Tempelhof-Schöneberg)

Eva-Lotte Schwarz (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

V-15-079 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 79 bis 80 einfügen:

- Die Pflicht zur diversitätsorientierten und nachhaltigen Personal- und Organisationsentwicklung auf Hochschul- und Fachbereichsebene gesetzlich verankern und für Daueraufgaben Dauerstellen vorsehen

V-15-081 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: René Lutter (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 81 bis 84:

- Hochschulen für angewandte Wissenschaft (Fachhochschulen) ~~in denjenigen Forschungsfeldern und Lehrgebieten das Promotionsrecht verleihen, in denen die Möglichkeit zur Promotion nicht durch die Kooperation mit Universitäten in Berlin sichergestellt werden kann~~das Promotionsrecht verleihen

Begründung

Fachhochschulen sollen selbst entscheiden können, ob und in welcher Form sie Promotionen anbieten. Denn:

1. Fachhochschulen sollen weiter gestärkt werden. Um die zahlreichen ökologischen und sozialen Probleme unserer Zeit zu lösen, brauchen wir verstärkt anwendungsorientierte Forschung. Derzeit geht viel Forschungspotential an den Fachhochschulen verloren.
2. Für die in der Einleitung geforderte Öffnung der Hochschulen hin zur Stadtgesellschaft ist die Aufwertung der Fachhochschulen ein guter Weg.
3. An einer Promotion interessierte FH-Absolvent*innen haben ohnehin schon genug Hürden zu überwinden, bevor sie beginnen können. Promovierenden soll unnötige Bürokratie und Koordination zur Feststellung, ob es für das jeweilige Forschungsgebiet eine passende Volluniversität bzw. Prüfer*in gibt, erspart bleiben.
4. Promovierende haben mit einer offenen Regelung weiterhin die Möglichkeit mit den Hochschulen zusammenzuarbeiten.

V-15-090 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 90 bis 91 einfügen:

- Die Selbstbestimmung, Selbstbefähigung, Flexibilität und Mobilität der Studierenden in einem qualitativ hochwertigen Studium ohne Studiengebühren absichern

Begründung

Selbstbefähigung im Sinne von Empowerment etablieren sich immer mehr an Hochschulen um Studieren of Color Schutz- und Empowermenträume zu ermöglichen. Daher sollte dies hier auch explizit aufgenommen werden

V-15-095 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 94 bis 95 einfügen:

- Die Schaffung einer Orientierungsphase zu Beginn des Studiums mit Benotungswahlfreiheit in den ersten beiden Semestern

- Die Schaffung von Schutz- und Empowermenträumen für Studierende of Color in nachhaltigen Strukturen

V-15-096 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: LAG Tierschutzpolitik

Beschlussdatum: 27.11.2019

Änderungsantrag zu V-15

In Zeile 96 einfügen:

- Die Ausweitung der vollständigen Wahlfreiheit auf ein Drittel des Studiums,
- Die Ermöglichung des ethischen Verweigerungsrechts im Studium der Lebenswissenschaften bzgl. Tierversuchen und der Verwendung von Tieren, die in Tierversuchen oder für Ausbildungszwecke getötet wurden.

Begründung

Entgegen vieler anderer Hochschulgesetze berücksichtigt das Berliner Hochschulgesetz in keiner Hinsicht den Tierschutz. Tiere werden bislang häufig aus Überschüssen von Tierversuchseinrichtungen den Studierenden in Anfängerkursen zu „Präparationszwecken“ z.B. vorgesetzt. Dies ist noch immer gängige Praxis, obwohl Berlin die „Hauptstadt der tierversuchsfreien Verfahren“ sein möchte und R2G 8,6 Mio. Euro für tierversuchsfreie Verfahren zur Verfügung gestellt hat.

Die europäische Tierversuchsrichtlinie 2010/63/EU sieht vor, den Einsatz von Tieren zu wissenschaftlichen Zwecken oder zu Bildungszwecken nur dann zu erwägen, wenn es keine tierversuchsfreie Alternative gibt. Genau daran arbeitet Europa aber derzeit und ein Hochschulgesetz, das diese neuen Entwicklungen nicht berücksichtigt, ist bereits im Vorfeld veraltet.

Fünf andere Hochschulgesetze in Bremen, Hessen, NRW, Saarland und Thüringen sind da schon viel weiter. Sie haben den Studierenden u.a. das Recht auf ethische Verweigerung mit der Möglichkeit, anstelle dieser Arbeit eine Alternative zu nutzen, eingeräumt. Außerdem haben die Universitäten dafür Sorge zu tragen, dass Lehrmethoden entwickelt werden, um den Tierverbrauch zu ersetzen. Von fünf Bundesländern, die bereits einen entsprechenden Passus im Hochschulgesetz zum Ersatz bzw. der Reduzierung vom Tierverbrauch in der Lehre haben, hat Hessen die weitreichendste Formulierung. Danach soll in der Hochschullehre auf Tierversuche sowie auf die Verwendung von toten Tieren möglichst weitgehend verzichtet werden. Die Hochschulen entwickeln Lehrmethoden und -materialien, um die Verwendung von Tieren weiter zu vermeiden und zu verringern. Studiengänge sind so zu gestalten, dass Tiere zur Einübung von Fertigkeiten und zur Veranschaulichung von biologischen, chemischen und physikalischen Vorgängen nicht verwendet werden, soweit wissenschaftlich gleichwertige Methoden zur Verfügung stehen. Legen Studierende dar, dass diese Möglichkeit besteht, sind sie zur Abschlussprüfung ohne die Leistungsnachweise zuzulassen, bei denen entgegen Satz 1 Tiere verwendet werden.

V-15-100 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Alexander Kräß (KV Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu V-15

Nach Zeile 100 einfügen:

- Die Möglichkeiten, nach einer Ausbildung ein Studium anzufangen, erweitern.

Begründung

Mitunterstützerinnen:

Annkathrin Esser (Tempelhof-Schöneberg),

Eva-Lotte Schwarz (KV Mitte)

V-15-102 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schweiß (KV Friedrichshain-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu V-15

Nach Zeile 102 einfügen:

- Alle Formen der direkten und indirekten Anwesenheitskontrolle abschaffen und Verstöße sanktionieren

Begründung

erfolgt mündlich.

V-15-124 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Philmon Ghirmai (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 124 bis 134:

7. Unsere Hochschulen müssen ~~diskriminierungsfrei sein und~~ die Diversität schätzen in ihren Institutionen fördern sowie für alle Personen ein diskriminierungsfreies Studium bzw. eine berufliche und wissenschaftliche Tätigkeit sicherstellen

Dafür werden wir:

Die Gleichstellung von Frauen innerhalb der Berliner Hochschulen auf allen Ebenen anhaltend fördern und strukturell durch die herausragende Arbeit der Frauenbeauftragten unterstützen.

Um die Diversität an Berliner Hochschulen auf allen Ebenen zu erhöhen, werden wir darauf hinwirken, dass sie gesetzlich dazu verpflichtet werden, verbindliche und über alle Bereiche und Statusgruppen hinweg gültige Diversitätsstrategien zu entwickeln. Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung in die Stadtgesellschaft sollen sie gezielt bei unterrepräsentierten Geschlechtern und Gruppen (seien es beispielsweise People of Color, Schwarze Menschen, Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung sowie Arbeiter*innenkinder) für die Aufnahme eines Studiums bzw. für die Mitarbeit in der Hochschule werben.

Zudem werden wir für die hochschulgesetzliche Verankerung von standardisierten Antidiskriminierungsmaßnahmen an Berliner Hochschulen eintreten, indem wir uns für

- ~~• Die Gleichstellung von Frauen innerhalb der Berliner Hochschulen auf allen Ebenen anhaltend fördern und strukturell durch die herausragende Arbeit der Frauenbeauftragten unterstützen~~
- ~~• Die Rolle marginalisierter Gruppen stärken und Vielfalt fördern, indem wir:~~

~~- Hochschulen strukturell als diskriminierungsfreien Raum gestalten~~

~~- Hochschulen zur diskriminierungsfreien Ausgestaltung des Studiums, zur Barrierefreiheit sowie zur Berücksichtigung der sozialen Lage der Studierenden verpflichten~~

~~- Digitale und inklusive Lehrformate fördern, um die Flexibilität und Mobilität des Studiums zu erhöhen und den Zugang zum Studium für benachteiligte Gruppen zu erleichtern~~

- ein striktes Diskriminierungsverbot,
- die Einrichtung von weisungsunabhängigen Antidiskriminierungsberatungsstellen und -beschwerdestrukturen auf Hochschulebene für Studierende sowie für Angehörige und Mitarbeiter*innen der Hochschulen,
- den Abbau von bestehenden diskriminierenden Strukturen durch eine diskriminierungskritische und diversitätsorientierte Organisationsentwicklung,
- den barrierearmen Zugang sowie
- den Ausbau der diskriminierungskritischen Forschung und Lehre einsetzen.

Begründung

Im Zuge der Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes ist eine gesetzliche Verankerung der Diversitätsförderung sowie der Etablierung standardisierter Antidiskriminierungsmaßnahmen notwendig.

Weitere Antragsteller*innen:

Sebastian Walter (KV Tempelhof-Schöneberg)

Eva Marie Plonske (Abteilung Wissenschaft)

Lucas Höwner (Abteilung Wissenschaft)

V-15-125 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Philmon Ghirmai (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-15

In Zeile 125 löschen:

~~Dafür werden wir:~~

Begründung

Wäre erledigt durch den umfangreichen Änderungsantrag in Z. 124.

V-15-126 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Philmon Ghirmai (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 126 bis 129 löschen:

- ~~Die Gleichstellung von Frauen innerhalb der Berliner Hochschulen auf allen Ebenen anhaltend fördern und strukturell durch die herausragende Arbeit der Frauenbeauftragten unterstützen~~
- ~~Die Rolle marginalisierter Gruppen stärken und Vielfalt fördern, indem wir:~~

Begründung

Wäre erledigt durch den umfangreichen Änderungsantrag in Z. 124.

V-15-128 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: René Lutter (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu V-15

Nach Zeile 128 einfügen:

- Den Anteil von Studierenden aus nicht-akademischen Familien erhöhen, indem wir

- Hochschulen fördern, die sich aktiv für eine Erhöhung des Anteils von Kindern aus Nicht-Akademiker-Familien einsetzen.

- Hochschulen in regelmäßigen Abständen über ihre Bemühungen, alle gesellschaftlichen Gruppen unter Studierenden und Mitarbeitenden zu repräsentieren, berichten lassen.

Begründung

Das Studium ist nach wie vor ein zentraler Faktor für soziale Mobilität und Karrierechancen. Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien beginnen 74 ein Studium, während nur 21 von 100 Kindern aus Familien ohne studierte Eltern ein Studium antreten. Viele der Gründe hierfür liegen im Bildungssystem und in der Studienfinanzierung. Aber auch die Hochschulen können zum Bildungsaufstieg für alle beitragen - die Frauenbeauftragten haben es vorgemacht.

Die Studierendenwerke und Organisationen wie Arbeiterkind leisten bereits wertvolle Arbeit bei der Förderung von Studienanfänger*innen. Dennoch sollte es auch eine Verantwortung der Hochschulen sein, sich neben wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn und qualitativ hochwertiger Lehre um Chancengleichheit zu bemühen.

V-15-128-2 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-15

Nach Zeile 128 einfügen:

- Die fehlende Repräsentation von Mitarbeitenden of Color auf allen Ebenen fördern und die neu etablierten Stellen der Diversitätsbeauftragten unterstützen.

Begründung

rassistische Reproduktion, eurozentristische Lehrinhalte sind auch Ausdruck fehlender Repräsentation von Wissenschaftler*innen of Color an den Hochschulen.

V-15-130 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Michael Sebastian Schweiß (KV Friedrichs-Kreuzberg)

Änderungsantrag zu V-15

In Zeile 130 einfügen:

- Hochschulen strukturell als diskriminierungsfreien Raum gestalten

- [u.a. durch die verpflichtende Einrichtung genderneutraler Toiletten in allen Hochschulen in Berlin](#)

Begründung

erfolgt mündlich.

Weitere Antragssteller*innen: Vasili Franco, Enad Altaweel, Dorothée Marquardt , Dominik Pross, Jan Paschke (alle KV Friedrichshain-Kreuzberg)

V-15-130-2 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Philmon Ghirmai (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-15

In Zeile 130 löschen:

~~-Hochschulen strukturell als diskriminierungsfreien Raum gestalten~~

Begründung

Wäre erledigt durch den umfangreichen Änderungsantrag in Z. 124.

V-15-130-3 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-15

In Zeile 130:

- Hochschulen strukturell als ~~diskriminierungsfreien~~diskriminierungs- und machtkritischen Raum gestalten

V-15-131 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Philmon Ghirmai (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 131 bis 132 löschen:

~~-Hochschulen zur diskriminierungsfreien Ausgestaltung des Studiums, zur Barrierefreiheit sowie zur Berücksichtigung der sozialen Lage der Studierenden verpflichten~~

Begründung

Wäre erledigt durch den umfangreichen Änderungsantrag in Z. 124.

V-15-133 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Philmon Ghirmai (KV Neukölln)

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 133 bis 134 löschen:

~~-Digitale und inklusive Lehrformate fördern, um die Flexibilität und Mobilität des Studiums zu erhöhen und den Zugang zum Studium für benachteiligte Gruppen zu erleichtern~~

Begründung

Wäre erledigt durch den umfangreichen Änderungsantrag in Z. 124.

V-15-134 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Enad Altaweel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu V-15

Nach Zeile 134 einfügen:

- Mehr Stipendien für sie zur Verfügung stellen

V-15-134-2 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: Alexander Kräß (Steglitz-Zehlendorf)

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 133 bis 134 einfügen:

- Digitale und inklusive Lehrformate fördern, um die Flexibilität und Mobilität des Studiums zu erhöhen und den Zugang zum Studium für benachteiligte Gruppen zu erleichtern

- die Bedürfnisse und Probleme von trans* und inter* Personen respektieren und in der sozialen und administrativen Struktur der Hochschulen berücksichtigen.

Begründung

Unterstützer*innen:

Annkatrien Esser (KV Tempelhof-Schöneberg)

Eva-Lotte Schwarz (Charlottenburg-Wilmersdorf)

V-15-134-3 Das Berliner Hochschulgesetz für moderne, nachhaltige Lehre und Forschung neu aufstellen!

Antragsteller*in: AG Bunt-Grün

Beschlussdatum: 24.11.2019

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 133 bis 134 einfügen:

- Digitale und inklusive Lehrformate fördern, um die Flexibilität und Mobilität des Studiums zu erhöhen und den Zugang zum Studium für benachteiligte Gruppen zu erleichtern

- Queere, transgender und B.PoC Netzwerke fördern, um die Dekonstruktion von heteronormativen und cis-dominante Strukturen (Wissen und Personal) zu fördern.

-Das intersektionale Verständnis von Diversität an Hochschulen fördern, um nachhaltige Strategien gegen Sexismus, Klassismus, Rassismus, Behinderten- und LGBTIQ* Feindlichkeit auf allen Ebenen sowie den Lehrinhalten der Universität abzubauen.

Begründung

die universitäten benötigen zum einen gruppenspezifische Maßnahmen, wie Schutz- und Empowermenträume, zum anderen muss der lebensrealität rechnung getragen werden, dass die Menschen nicht eindimensionale sind und Mehrfachdiskriminierung zum Alltag gehört. Daher können nur nachhaltige und intersektionale Ansätze die Gleichstellung marginalisierter Gruppen vorantreiben.

V-16-004 Hilfe statt Stigmatisierung: Überschuldete unterstützen, Schuldnerberatung stärken

Antragsteller*in: Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf)

Änderungsantrag zu V-16

Von Zeile 3 bis 6:

den Konsum von Produkten und Erlebnissen, um teilzuhaben und Teil zu sein. Aber nicht alle Berliner*innen haben hierfür die erforderlichen finanziellen Mittel. Weil sie ~~arm sind und~~ nicht über das entsprechende Einkommen verfügen, aber dennoch teilhaben wollen und sich dafür verschulden.

Die Prävention gegen Überschuldung beginnt in der Schule, Jugendeinrichtung und Elternhaus. Das Erlernen des Umgangs mit eigenem Geld, ist in Zeiten von Handyverträgen, Kreditkarten und Onlineshopping wichtiger denn je. Dies gelingt jedoch zu wenig, wie die Entwicklung der letzten Jahre nahelegt.

Begründung

Prävention gegen Überschuldung beginnt in Schule. Dies sollte auch zu Beginn zumindest benannt werden. Beim "nicht zu Ende" Lesen entsteht sonst der Eindruck, Schuldnerberatung ist die Antwort auf das Problem. Schuldnerberatung bekämpft aber vor allem die Symptome.

V-17-004 Knowhow der U5-Projektgesellschaft für die Zukunft sichern

Antragsteller*in: Frank Geraets (KV Pankow)

Änderungsantrag zu V-17

Von Zeile 3 bis 7:

Aufgaben betreut werden. Dabei soll das Vorantreiben des Straßenbahnausbaus im Vordergrund stehen. Die ~~Digitalisierung von U-Bahn-Strecken (autonomes Fahren), die~~ Umsetzung von Teilprojekten der i2030-Planung (etwa Wiederinbetriebnahme der Heidekrautbahn, Siemensbahn-~~usw~~, der dringendst erforderliche zweite Bauabschnitt der S21 usw.), sowie die zügige Beantragung und Sicherung von Fördermitteln aus der Gemeindeverkehrsfinanzierung des Bundes sind ebenso relevante mögliche Aufgaben. Eine

Begründung

Unterstützer: Axel Schwipps, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

Begründung:

Seit rd. 120 Jahren baut Berlin U-Bahn-Strecken, seit 1953 sogar verstärkt, zusammen mit der Abschaffung der Straßenbahn in West-Berlin bzw. in der Ost-Berliner Innenstadt mit dem Ziel der "autogerechten Stadt".

Jetzt ist politischer Konsens der den Senat tragenden Parteien: Verkehrswende! Daher ist der U-Bahn-Bau für einige Jahre auszusetzen, um sich auf den (leider erstmal nur partiellen) Wiederaufbau der Straßenbahn konzentrieren zu können.

Übrigens hat das Ökoinstitut ausgerechnet: Der U-Bahn-Bau mit Unmengen Stahl und Zement erzeugt mehr CO₂, als in 100 Jahren mit der U-Bahn (durch Verlagerung vom Autoverkehr) eingespart werden kann.

Auch die "autonome U-Bahn" ist aus dem Antrag zu entfernen, da sie nicht die prioritäre Aufgabe der Verkehrswende in Berlin ist, und die Fahrgäste derzeit wegen der sozialen Sicherheit Züge mit Fahrern bevorzugen.

V-17-007 Knowhow der U5-Projektgesellschaft für die Zukunft sichern

Antragsteller*in: Frank Geraets (KV Pankow)

Änderungsantrag zu V-17

Von Zeile 6 bis 9:

usw.), sowie die zügige Beantragung und Sicherung von Fördermitteln aus der Gemeindeverkehrsfinanzierung des Bundes sind ebenso relevante mögliche Aufgaben. ~~Eine ausschließliche Fokussierung der Projektgesellschaft auf die Prüfung, Planung und Umsetzung von U-Bahn-Projekten ist weder möglich noch nötig.~~ Die Prüfung, Planung und Umsetzung von U-Bahn-NeubauProjekten ist kurz-/und mittelfristig ausgeschlossen. Ferner wird die "Projektrealisierungs GmbH U5" wieder in die BVG eingegliedert und den dortigen Planungsbereichen gleichgestellt, z.B. tariflich.

Begründung

Unterstützer: Axel Schwipps, KV Charlottenburg-Wilmersdorf

Begründung:

Seit rd. 120 Jahren baut Berlin U-Bahn-Strecken, seit 1953 sogar verstärkt, zusammen mit der Abschaffung der Straßenbahn in West-Berlin bzw. in der Ost-Berliner Innenstadt mit dem Ziel der "autogerechten Stadt".

Jetzt ist politischer Konsens der den Senat tragenden Parteien: Verkehrswende! Daher ist der U-Bahn-Bau für einige Jahre auszusetzen, um sich auf den (leider erstmal nur partiellen) Wiederaufbau der Straßenbahn konzentrieren zu können.

Übrigens hat das Ökoinstitut ausgerechnet: Der U-Bahn-Bau mit Unmengen Stahl und Zement erzeugt mehr CO₂, als in 100 Jahren mit der U-Bahn (durch Verlagerung vom Autoverkehr) eingespart werden kann.

Auch die "autonome U-Bahn" ist aus dem Antrag zu entfernen, da sie nicht die prioritäre Aufgabe der Verkehrswende in Berlin ist, und die Fahrgäste derzeit wegen der sozialen Sicherheit Züge mit Fahrern bevorzugen.

V-18-040 Bei Startups das Potential aller Geschlechter nutzen

Antragsteller*in: Nicole Ludwig (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)

Änderungsantrag zu V-18

Von Zeile 39 bis 42:

Vertrauenswürdigkeit, Erfahrung und das Wissen von Gründerinnen allein deshalb infrage stellen, weil es Frauen sind. [2]. Wir ~~beantragen~~ fordern den Senat auf, ein GründerINNEN-Stipendium zu prüfen, das ~~Gründerinnen-Stipendium, dass sich an~~ Gründungsteams ~~fördert~~richtet, die mehrheitlich aus Frauen oder intersexuellen, nicht-binären, lesbischen oder transgender-Personen bestehen (im Folgenden FLINT). Dieses Stipendium soll mit Beratungs- und Coachingangeboten kombiniert werden, die die spezifischen Hemmnisse von Frauen* bei der Gründung von Unternehmen adressieren.

Begründung

Um die Gründungsaktivitäten von Frauen* effektiv zu erhöhen, ist neben der finanziellen Förderung spezifische Beratung und begleitendes Coaching notwendig, das an dieser Stelle auch explizit adressiert werden sollte.